Protokoll

der 16. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 5. Juni 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Stefan Wittlin (SP); Christian C. Moesch (FDP); Mahir Kabakci (SP); Salome Bessenich (SP);*

Verhandlungsgegenstände:

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung 2
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 6
3. Wahl eines Mitglieds des Districtsrates (Nachfolge Michela Seggiani, SP) 6
4. Ersatzwahlen Regierungsrat und Regierungspräsidium vom 7. April 2024; Validierung 7
5. Kantonale Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt», Bericht der BKK 8
6. Teilrevision des Gesetzes betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) – Formell-gesetzliche Grundlage für die Pflicht zum Besuch eines Hunde-Erziehungskurses (Sachkundenachweis für Hunde), Bericht der GSK 22
6.1. Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern, Bericht der GSK 25
7. Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG); Umsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, Bericht der GSK 26
11. Motion 1 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt 32
12. Motion 2 Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt! 36

Beginn der 16. Sitzung

Mittwoch, 5. Juni 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[05.06.24 09:00:18]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Rücktritt

Andreas Zappalà hat als Mitglied des Grossen Rates auf den 30. Juni 2024 den Rücktritt erklärt. Wir werden ihn an der Bündelitag-Sitzung, seiner letzten Grossratssitzung, gebührend verabschieden.

Aktualisierter Sitzungskalender

Der Sitzungskalender für die nächsten Jahre liegt Ihnen vor. Es gibt folgende Neuerungen: Ab dem Amtsjahr 2025/2026 ist im September ein dritter Reserve-Sitzungstag vorgesehen. Es wird dem zukünftigen Ratsbüro und den zukünftigen Präsidien obliegen zu entscheiden, ob es diesen braucht oder nicht. Dieses Jahr wäre ich froh darum. Im Amtsjahr 2026/2027 wurden die Mai-Sitzungstermine aufgrund von Auffahrt geändert und neu wurden Sitzungstermine für das Amtsjahr 2027/2028 bestimmt, die Ihnen jetzt vorliegen. Sie werden auch im Versand vom Freitag einen Link erhalten, der den digitalen Kalenderimport zulässt. Es ist aber nicht immer so, dass diese Einträge dann automatisch aktualisiert werden, da müssen Sie noch selber ein bisschen darauf achten.

Paula ist auf die Welt gekommen

Salome Bessenich und Stefan Wittlin sind am 21. Mai Eltern von Paula Susanne Bessenich geworden. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich unseren beiden Mitgliedern ganz herzlich zu ihrer Tochter und wünsche ihnen alles Gute. Die beiden spendieren aufgrund dieses freudigen Anlasses heute Morgen den Kaffee. [Applaus]

Stellvertretung von Salome Bessenich in der BRK

Leoni Bolz wird die Stellvertretung von Salome Bessenich von Juni bis November wahrnehmen.

Einen runden Geburtstag und ein neues Grossmami

Unser Mitglied Stefan Suter feierte einen runden Geburtstag und Andrea Strahm ist heute Nacht Grossmami geworden von Tilda Lou. Die beiden spendieren gemeinsam heute Nachmittag den Kaffee. [Applaus]

Neue Interpellationen

Es sind 22 Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nr. 68, 73, 74, 75, 78, 80, 84, 85 und 88 werden mündlich beantwortet.

Das waren die Mitteilungen. Wir kommen damit zur

Tagesordnung

Der Präsident der Petitionskommission beantragt, die beiden Petitionen P461 und P475 auf den 12. Juni um 9 Uhr zu terminieren. Gibt es dazu Gegenanträge? Das ist nicht der Fall, das heisst, wir haben der Terminierung der Traktanden 8 und 9 auf nächsten Mittwoch zugestimmt.

Resolution betreffend die Austragung des Eurovision Song Contest 2025 in Basel. Johannes Sieber und Konsorten beantragen die Traktandierung einer Resolution. Der Entwurf wurde Ihnen aufgelegt. Wir diskutieren jetzt nur, ob der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung zu setzen ist. Die Redezeit beträgt dabei fünf Minuten pro Wortmeldung. Am Schluss stimmen wir über die Traktandierung ab. Wird der Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung gesetzt, kommt er heute nach den neuen Interpellationen zur Diskussion und zur Abstimmung. Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich bitte Johannes Sieber nach vorne.

Johannes Sieber (GLP): Nur ganz kurz. Die Bewerbung für den ESC muss Ende Juni abgeschickt werden, deshalb sollte diese Resolution heute stattfinden. Wir möchten mit der Resolution diese Bewerbung unterstützen. Deshalb danke ich Ihnen, wenn wir das heute traktandieren können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir stimmen ab, ob die Resolution überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen ist. Dafür ist ein einfaches Mehr erforderlich. Falls Sie diese Resolution auf die Tagesordnung setzen, werden wir sie heute Nachmittag nach den neuen Interpellationen behandeln. Zur Verabschiedung ist dann ein Zweidrittelmehr erforderlich. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Traktandierung Resolution Johannes Sieber und Konsorten

JA heisst auf die Tagesordnung setzen, NEIN heisst nicht auf die Tagesordnung setzen.

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 7 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003563, 05.06.24 09:06:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Resolution heute Nachmittag nach den Interpellationen zu traktandieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurde entschieden mit 80 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen, die Resolution heute Nachmittag zu behandeln.

Zweiter Resolutionsentwurf betreffend Tiefbahnhof Basel SBB. Erich Bucher und Konsorten beantragen die Traktandierung dieser Resolution. Auch dieser Entwurf liegt auf und auch hier diskutieren wir nur, ob sie traktandiert werden soll. Und auch hier ist es so, wenn das der Fall ist, käme sie nach den Interpellationen heute Nachmittag an die Reihe.

Erich Bucher, möchten Sie begründen? Er verzichtet. Es gibt keine Wortmeldungen. Wir stimmen über die Traktandierung ab.

Abstimmung

Traktandierung Resolution Erich Bucher und Konsorten

JA heisst auf die Tagesordnung setzen, NEIN heisst nicht auf die Tagesordnung setzen.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003565, 05.06.24 09:08:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Resolution heute Nachmittag nach den Interpellationen zu traktandieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben mit 86 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen entschieden, auch diese Resolution auf die Tagesordnung zu setzen und heute Nachmittag zu behandeln.

Dritter Resolutionsentwurf betreffend keine Duldung von Besetzungen von Räumlichkeiten, die von der Uni Basel genutzt werden. David Jenny und Konsorten beantragen die Traktandierung dieser Resolution, die Ihnen ebenfalls aufliegt. Auch hier diskutieren wir nur darüber, ob sie traktandiert werden soll. Wird sie traktandiert, kommt sie nicht heute Nachmittag an die Reihe, sondern es wird beantragt, diese am nächsten Mittwoch nach den Petitionen auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir kommen zur Diskussion über die Traktandierung. Erster Sprecher ist der Verfasser der Resolution David Jenny.

David Jenny (FDP): Zuerst eine kleine Korrektur. Bis jetzt habe ich noch keine Konsorten, die formell mitunterschrieben haben, ich bin natürlich für die Unterstützung dankbar. Ich habe beantragt, Traktandierung in sieben Tagen, somit können Sie sieben Nächte lang über diesen Text brüten und ich bin sicherlich bereit, Formulierungsvorschläge entgegenzunehmen. Das ist ja das gute an einer Resolution, im Gegensatz zu einem Motionstext kann man ihn noch verbessern und da hoffe ich auf Ihre Schwarmintelligenz.

Ich glaube, eine Resolution ist hier das angemessene Instrument. Sie richtet sich nicht an die Kulisse, sondern an zwei Behörden oder Institutionen, die uns sehr nahestehenden Regierungsrat und die Universität, sie ist aber auch rechtlich unverbindlich und respektiert somit die Autonomie dieser beiden Behörden. Ich bin dankbar, wenn Sie bereit sind, in den Diskurs über diese Resolution zu treten, ohne dass ich drohen muss, dieses Rednerpult als ewig zu besetzen. Vielen Dank für die Zustimmung zur Traktandierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Auch wenn wir jetzt sieben Nächte darüber brüten könnten, werden wir bis zum 12. Juni aber keine Fraktionssitzung haben. Deshalb empfehle ich, wir sind offen, das haben Sie gesehen, weil wir nicht darüber diskutieren konnten, dennoch hier diese Traktandierung nicht auf den 12. Juni zu setzen. Es ist wichtig, gerade bei einer Resolution, die ein sehr starkes Instrument ist, gerade auch bei einem solchen Thema, dass wir auch in der Fraktion uns Zeit nehmen können und darüber diskutieren können. Deshalb empfehle ich, hierzu nein zu sagen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Darf ich aus Ihren Aussagen schliessen, dass Sie elektronische Mittel zur Diskussion in ihrer Fraktion noch nicht einsetzen?

Michela Seggiani (SP): Ich spreche gerade über solche Themen sehr gerne von Angesicht zu Angesicht mit doch 33 Menschen in der Fraktion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Ich kann es auch kurz machen. Meine Vorrednerin hat schon gesagt, auch bei uns gibt es nicht die Möglichkeit ausser über elektronische Mittel und wir wissen, wie das manchmal dann hochgehen kann. Wir haben die ersten zwei Resolutionen ausgiebig am Montagabend diskutiert und das gab wirklich Diskussionen, die wertvoll waren. So können wir auch sagen, ob wir diese Resolutionen unterstützen oder nicht. Von dem her, es wäre für uns wirklich sehr gut gewesen, wir hätten zumindest schon am letzten Sonntag irgendwie einen Hinweis gekriegt. Diese Resolution ist in der Vorbereitung, einen kurzen Entwurf dazu hätte uns gereicht, um die Diskussion zu führen, aber so nicht. Auch wenn ich das inhaltlich anschaue, ich glaube, das müssen wir diskutieren, das geht nicht über elektronische Mittel. Das gibt nur zu viel Chaos.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Sie werden angenommen. Zuerst Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Harald Friedl, darf ich dieser Stellungnahme entnehmen, dass es zumindest für Sie persönlich sehr wohl in Frage kommt, diese Resolution zu unterstützen?

Harald Friedl (GAB): Ich gehe normalerweise bei komplexen Themen so vor, dass ich es zuerst genau lese, das konnte ich jetzt nicht seit gestern, und dass ich es dann diskutiere mit mehreren Leuten und das konnte ich auch nicht machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Frage kommt von Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Harald Friedl, das verstehe ich sehr gut, dieses Argument, meine Frage geht dahin, dass ich sage, wenn ich es richtig verstehe, ist eine Resolution eine Stellungnahme zum aktuellen Politgeschehen vom Grossen Rat. Eine Nicht-Traktandierung, verstehen Sie, dass ich dann eher das Gefühl haben, dass Sie sich mit denen Besetzern solidarisieren?

Harald Friedl (GAB): Nein, das verstehe ich nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die SVP bittet Sie, diese Resolution zu traktandieren. Wir unterstützen den Antrag von David Jenny, ehrlich gesagt, aus unserer Sicht könnten wir auch heute Nachmittag bereits darüber entscheiden. Ich sehe auch, ehrlich gesagt, die Komplexitätsfalle, in die Sie jetzt hier tappen wollen, nicht ganz und verstehe diese Diskussion nicht. Wenn Sie sich für diese Resolution aussprechen wollen würden, könnten Sie das locker so handhaben, dass Sie sich bis heute Nachmittag oder allenfalls spätestens bis nächsten Mittwoch eine Meinung dazu bilden können. Das scheint mir nun jetzt wirklich nicht ganz so schwierig zu sein.

Wir haben teilweise hier in diesem hohen Hause Gesetzgebungsverfahren, in denen Sie sehr kurzfristig über Anträge entscheiden müssen, die dann in Gesetzen niedergeschrieben werden, währenddem es hier bei dieser Resolution nicht um einen Gesetzestext geht. Aber es geht eben um ein klares Zeichen und hier muss ich feststellen, sind Sie mit Ihrer Nicht-Traktandierung dieser Resolution ganz klar der Meinung, dass Sie dieses Zeichen nicht setzen wollen. Sie distanzieren sich damit weder von diesen Besetzungen noch wollen Sie zum Ausdruck bringen, dass wir es nicht akzeptieren, dass antisemitische Kreise unsere universitären Einrichtungen oder andere Gebäude und Einrichtungen des Kantons besetzen. Das ist die Antwort auf diese Frage zur Traktandierung der Resolution und keine andere.

Diese Resolution ist zum Text her und von diesen drei Forderungen, die aufgeführt sind, sehr klar und sehr einfach zu verstehen. Sie ist sehr verständlich, aus unserer Sicht auch sehr naheliegend, dass wir das einfordern, nachdem sowohl die Universität wie auch der Regierungsrat ein trauriges Bild abgegeben haben in dieser Frage der Besetzungen, der mehrfachen Besetzungen von Unigebäuden. Deshalb, glauben wir, ist es richtig, dass wir über diese Resolution spätestens nächsten Mittwochmorgen entscheiden und wir diese heute auch auf die Traktandenliste setzen.

Wenn David Jenny nun den Wunsch hat, dass möglichst viele noch an diesem Text mitarbeiten, dann muss ich meine oder unsere Zustimmung insofern relativieren, dass wir eigentlich schon der Meinung sind, dass der Text, so wir jetzt vorliegt, bereits gut genug ist, um ihn zu verabschieden. Wir möchten keine Diskussionen von Textanpassungen, die dann in Richtung Relativierungen gehen von Besetzungen, wie wir es auch bei dieser Resolution nach dem Angriff der Hamas auf Israel zumindest versuchsweise von einer Seite gehört haben. Deshalb, glauben wir, ist die Resolution, so wie sie heute vorliegt, gut genug, um sie zu traktandieren.

Wir unterstützen die Traktandierung und wären aber auch nicht bereit, allzu sehr an diesem Text dann noch herum zu schrauben. Besten Dank, wenn Sie diese Resolution auf die Tagesordnung setzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir stimmen ab, ob die Resolution auf die Tagesordnung zu setzen ist. Dafür ist auch hier ein einfaches Mehr erforderlich. Falls die Resolution auf die Tagesordnung gesetzt wird, werden wir sie am 12. Juni nach den Petitionen behandeln. Zur Verabschiedung ist dann ein Zweidrittelmehr erforderlich. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Traktandierung Resolution David Jenny

JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 49 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003567, 05.06.24 09:17:57]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Traktandierung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Resolution wird nicht traktandiert. Es gibt 49 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Es liegen zum Traktandum keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

die Tagesordnung zu genehmigen. Geschäft 1 ist erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[05.06.24 09:18:21]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Zuweisungen der neuen Geschäfte zu genehmigen.

3. Wahl eines Mitglieds des Districtsrates (Nachfolge Michela Seggiani, SP)

[05.06.24 09:18:41]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahl offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen.

Wir stimmen über die offene Wahl ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003571, 05.06.24 09:19:40]*

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir dürfen die Wahlen offen durchführen, 92 Ja-Stimmen stehen einer Nein-Stimme gegenüber.

Es sind nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Regiokommission lauten. Für die Wahl als Mitglied des Districtsrates von der Regiokommission vorgeschlagen wurde Mahir Kabakci. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen.

Damit sind die Voraussetzungen für eine offene Wahl in diesem Geschäft gegeben und wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Mahir Kabakci, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003573, 05.06.24 09:20:43]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Mahir Kabakci als Mitglied des Districtsrates.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben 89-mal Ja und einmal Nein gestimmt bei keiner Enthaltung.

Ich gratuliere Mahir Kabakci zu seiner Wahl als Mitglied des Districtsrates und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

4. Ersatzwahlen Regierungsrat und Regierungspräsidium vom 7. April 2024; Validierung

[05.06.24 09:21:02, 24.0558.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen dem Grossen Rat, vom Ergebnis der Wahl Kenntnis zu nehmen und diese Wahl gemäss § 25 des Wahlgesetzes formell festzustellen. Die Wahlprotokolle sind beim Ratssekretariat einsehbar.

Gibt es Wortmeldungen? Das ist aktuell nicht der Fall.

Demnach werden Mustafa Atici als Regierungsrat und Conradin Cramer als Regierungspräsident als gewählt erklärt. Sie haben diese Funktionen zum Glück schon angetreten.

Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Validierung der Wahlen, NEIN heisst keine Validierung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003576, 05.06.24 09:22:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die im Kantonsblatt vom 6. März 2024 (erster Wahlgang) und 10. April 2024 (zweiter Wahlgang) publizierten Ersatzwahlen eines Mitglieds des Regierungsrates und des Regierungspräsidiums werden für gültig erklärt.

Demnach sind gewählt worden:

Als Mitglied des Regierungsrates: **Mustafa Atici**

Als Regierungspräsident: **Conradin Cramer**

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben der Validierung zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

5. Kantonale Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt», Bericht der BKK

[05.06.24 09:22:34, 22.0980.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die BKK beantragt, die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Das Wort geht an die Präsidentin der BKK Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Die Initiative für mehr Musikvielfalt hat uns in der BKK etwas Kopfzerbrechen gemacht. Die Initiative ist unformuliert und möchte, dass der Kanton Basel-Stadt das freie Musikschaffen pro Jahr mit mindestens einem Drittel des gesamten Förderbudgets im Bereich Musik fördert, die Förderstrukturen entsprechend anpasst und die Vergabeprozesse für das gesamte freie Musikschaffen vereinheitlicht.

Bewusst hat die BKK das Hearing mit dem Initiativkomitee vor dem Hearing mit der Verwaltung durchgeführt mit der Idee, falls beim Hearing gute Ansätze für einen Gegenvorschlag hervorkommen würden, diese mit der Verwaltung danach diskutieren und ausloten zu können. Das Initiativkomitee hat am Hearing allerdings erklärt, dass der Initiativtext an sich klar sei. Es werde ein Drittel für freischaffende Musikerinnen und Musiker gefordert, wie das umgesetzt werden solle, liege nicht im Ermessen der Initianten. Es müsse ein politischer Prozess gestartet werden, der entweder zu mehr Mitteln für die Kultur oder zu einer Umverteilung führen werde. Falls die Initiative angenommen würde, müsse dann eine Auslegeordnung vorgenommen werden. Es biete sich also die Chance, den Musikbereich zu konsolidieren. Zudem würde das Initiativkomitee gerne eine Diskussion mit Leuten verschiedener Ansichten und Parteien führen, um etwas voranzubringen. Das sei kein Abschieben von Verantwortung, sondern das Starten eines Dialogs.

Zudem hat das Initiativkomitee geäussert, dass die institutionellen klassischen Orchester und die Programmförderung der Orchester rund 90 Prozent der Fördergelder erhalten würden, für die freischaffenden Künstlerinnen und Künstler der anderen Genres würden nur 10 Prozent bleiben. Das bewirke unter anderem, dass die soziale Sicherheit der freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern nicht gegeben sei, da beispielsweise in einem kleinen Club das Bezahlen von fairen Gagen nicht möglich sei. Leider gäbe es in der Popmusik keine geschlossene Lobby wie bei der klassischen Musik, die für faire Gagen einstehen würde. Auch äusserte das Initiativkomitee, dass es ihrer Meinung nach zu wenig Musikvielfalt gäbe. Eine Studie, die im Zusammenhang mit der Initiative in Auftrag gegeben worden sei, habe gezeigt, dass nicht alle Genres gleich gefördert würden und dass das Bedürfnis nach mehr Popmusik bestehe.

Am Hearing mit der Verwaltung und dem Regierungsrat hat sich die Abteilung Kultur folgendermassen geäussert: gemäss Initiative müsste für die zeitgenössische Musikförderung das Budget um 6 Millionen Franken aufgestockt werden. So viel Geld könnte der freischaffende Bereich gar nicht aufnehmen. Zudem würden gewisse kulturpolitische entscheide der Vergangenheit zerstört werden. Das Ausspielen der beiden Modelle, freischaffende Musikerinnen und Musiker versus festangestellte, sei für das Kulturleben nicht förderlich, da es beispielsweise bei einem Dienstorchester, wie es das SOB ist, professionelle Musikerinnen und Musiker brauche, sonst funktioniere das nicht und das SOB und das Kammerorchester seien die einzigen Orchester, die mit fixen Arbeitsverträgen arbeiten würden.

Die Abteilung Kultur äusserte auch, dass sich die Förderung der Musik in den letzten Jahren stark entwickelt habe. Gerade im Bereich Jazz gäbe es einige Bewegungen, da es in diesem Bereich Formationen gibt, die ein grosses Potenzial aufweisen würden und diese sich in eine ähnliche Richtung entwickeln könnten, wie beispielsweise das Ensemble Phönix Basel, welches eine Programmförderung aufweise. Wichtig sei, dass die Fördergefässe immer reaktionärer Natur seien, da eine Innovationsförderung in diesem Bereich nicht zielführend sei. Ebenfalls weist die Abteilung Kultur darauf hin, dass mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative, die jetzt ab 2024 ihre volle Wirkung entfalten werde, genau die Bereiche, die die Initiative fördern möchte, gefördert werden und man einfach zuerst den Bereich Zeit lassen möchte, die Neuerungen umzusetzen. Daher würden die Forderungen der Initiative viel zu früh kommen.

Ebenfalls bemängelt die Abteilung Kultur die Zahlen, mit denen das Initiativkomitee rechnet. Einerseits würden diese Zahlen und die Zusammenhänge, die damit aufgezeigt werden sollen, nicht stimmen, andererseits unter schlage die Initiative die Förderung, die die Musikschaffenden jährlich aus dem Swisslos-Fonds erhalten würden. Diese Gelder würden vom Regierungsrat gesprochen und müssten in die Berechnungen einfliessen.

Leider ist es der BKK trotz mehreren Fragerunden nicht gelungen, verlässliche Angaben zu den finanziellen Kennzahlen einer Umsetzung der Initiative, aber auch eines möglichen Gegenvorschlags zu gewinnen. Die Angaben und Argumentationsweisen von Initiativkomitee und Abteilung Kultur gehen so weit auseinander, dass die finanziellen Konsequenzen bei einer Annahme der Initiative nicht beziffert werden können. Genau das hat sich aber auch als Schwierigkeit bei den Bemühungen zum Erarbeiten eines Gegenvorschlags herausgestellt.

In der Frage eines Gegenvorschlags war die BKK tatsächlich zweigeteilt. Die Kommissionsmitglieder, die klar gegen einen Gegenvorschlag sind, führen aus, dass die Initiative Forderungen in den Raum stellt, die unausgereift sind. Auch unformulierte Initiativen sollten grundsätzlich eine gewisse Klarheit aufweisen und dass der Grosse Rat nicht jeder noch so ungenau formulierten Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen kann und soll.

Mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative ist Bewegung auch in die Musikförderung gekommen. So ist mit der Clubförderung ein neues Gefäss entstanden, welches freischaffenden Musikerinnen und Musikern und entsprechend verschiedenen Genres zugutekommen wird. Diese Förderung soll sich nun etablieren können, bevor schon wieder neue Gefässe entstehen müssten.

Die Interpretation der vom Initiativkomitee in Auftrag gegebenen Studie erachten die Kommissionsmitglieder als unlauter. Und das möchte ich ganz klar und vor allem auch an die Adresse des Initiativkomitees betonen, die BKK sagt nicht, dass die Studie unseriös ist, sondern die vom Initiativkomitee gezogenen Schlüsse daraus. Allerdings empfindet der Teil der Kommission aufgrund der gewählten Methode, dass man nicht von einer repräsentativen Umfrage sprechen könne, da die Aussagen nur für die antwortenden Personen und nicht für die Gesamtbevölkerung in Basel-Stadt und Basel-Landschaft gelten könne. Zudem würden die gut 30 Prozent der Befragten, die gerne mehr Pop-Konzerte besuchen möchten, wohl eher Konzerte von internationalen Pop-Musikerinnen und -Musikern besuchen und sich wohl weniger für die kleinen Basler Bands interessieren. Das allerdings ist eine Interpretation der Kommissionsmitglieder und des Präsidialdepartements.

Zudem stützen die Kommissionsmitglieder, die keinen Gegenvorschlag möchten, die Argumente des Regierungsrats und der Abteilung Kultur. Sie anerkennen, dass sich der Kultur- und Musikbereich in einem steten Wandel befindet und dass dies auch in Zukunft mit Pilotprojekten und der steten Evaluation der Fördergefässe und der Förderbeiträge unterstützt wird.

Ein anderer Teil der Kommissionsmitglieder anerkennt, dass die Initiative eine Grundsatzdebatte zur Musikförderungspolitik angestossen hat, dass es Lücken in der Förderung gibt und ein Überhang hin zu klassischer Musik besteht. So gibt es bis heute keine kontinuierliche Förderung für grössere Vocalensembles oder Jazzorchesterformationen.

Während der Coronapandemie ist deutlich geworden, dass viele freischaffende professionelle Musikerinnen und Musiker in prekären Konstellationen arbeiten. Hier sehen die Kommissionsmitglieder, die sich um einen Gegenvorschlag bemüht haben, auch einen Ansatzpunkt. Es braucht aus Sicht dieser Kommissionsmitglieder grössere Anstrengungen, um die soziale Sicherheit von Kulturschaffenden besser zu gewährleisten. So sollen die Fördersummen und deren Verteilung so bemessen und ausgerichtet werden, dass eine bessere Planbarkeit und Absicherung möglich werden. Ebenfalls stellt dieser Teil der Kommission fest, dass es für eine zukunftsweisende Musikförderung auch Verbesserungen des Raumangebots und dessen Infrastruktur braucht. Auch wenn das Präsidialdepartement sehr bemüht ist, die Richtgagen einzuhalten, sollten auch dort adäquate Tarife angestrebt werden, wo keine oder sehr niedrige Richtgagen definiert sind.

Die Kommissionsmitglieder haben noch einmal geprüft, ob ein Gegenvorschlag zur Initiative vorgelegt werden kann, der die Einhaltung der Referenzlöhne, Bemühungen zu Verbesserungen der sozialen Sicherheit von Kulturschaffenden und die Entwicklung der Förderung vorgeschrieben hätte. Die Kommissionsmitglieder mussten aber feststellen, dass diese Forderungen zu wenig konkret greifbar gemacht und nicht genauer beziffert werden können, um als Alternative in der Debatte um eine Volksabstimmung zu funktionieren. Zudem ist eine Weiterentwicklung der Förderung von Kultur, auch von Musikkultur, ein wohl längerer Prozess, der sehr sorgfältig mit allen Beteiligten miteinander und nicht gegeneinander geführt werden muss und der die Ressourcen einer grossrätlichen Sachkommission bei weitem übersteigt.

Trotzdem möchten die Kommissionsmitglieder die Abteilung Kultur dabei unterstützen, dass die genannten Punkte, aber auch der Bereich Infrastruktur im neuen Kulturleitbild des Regierungsrats behandelt werden. So soll die Abteilung Kultur gemeinsam mit den Musikschaffenden Wege für Verbesserungen aufzeigen. Ebenfalls möchten diese Kommissionsmitglieder darauf hinweisen, dass es auch der Grosse Rat in den Händen hat, bei Verbesserungen der sozialen Sicherheit für Kulturschaffende beizutragen. Es ist der Grosse Rat, der die Fördersummen als Gesamtes spricht und er kann korrigierend eingreifen.

Zum Schreiben des Vereins Netzwerk Kulturpolitik Basel, das nach Beendigung der Beratung des Geschäfts bei der BKK eingetroffen ist, verweise ich auf den schriftlichen Bericht.

Die BKK unterstützt mehrheitlich den Antrag des Regierungsrats, die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Verwerfung zu empfehlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Es ist tatsächlich kein einfaches Geschäft, das wir heute behandeln, und es hat uns einiges an Kopfzerbrechen bereitet, dem Regierungsrat wie auch der Bildungs- und Kulturkommission. Die kantonale Volksinitiative für mehr Musikvielfalt ist eine unformulierte Initiative, sie wurde von 4'098 Stimmberechtigten eingereicht. Sie verlangt Folgendes, und da zitiere ich den Initiativtext:

1. Der Kanton Basel-Stadt fördert das freie Musikschaffen pro Jahr mit mindestens einem Drittel des gesamten Förderbudgets im Bereich Musik. Dazu gehören Beiträge für freischaffende Musiker*innen und Beiträge für Programmespielstätten und Strukturförderung.

2. Der Kanton Basel-Stadt passt die Förderstrukturen entsprechend an und vereinheitlicht die Vergabeprozesse für das gesamte Musikschaffen.

Das ist der Initiativtext.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Bericht vom Juni 2023, diese Volksinitiative den Stimmberechtigten mit der Empfehlung zur Verwerfung und ohne Gegenvorschlag vorzulegen. Derselbe Antrag, den auch die BKK stellt. Ich möchte der Bildungs- und Kulturkommission ausdrücklich danken für die sorgfältige Behandlung, für den ausführlichen schriftlichen Bericht und jetzt auch für die vertieften mündlichen Ausführungen der Präsidentin. Wie die Präsidentin der BKK ausgeführt hat, hat sich auch die Kommission intensiv mit der Frage beschäftigt, ob ein Gegenvorschlag zu formulieren wäre. Nach sorgfältiger Abwägung hat sie sich dann mit einer deutlichen Mehrheit dagegen entschieden und ist zum gleichen Resultat gekommen wie auch der Regierungsrat.

Warum ist nun dieses Geschäft so kompliziert. Das liegt daran, dass das Initiativkomitee mit seiner Argumentation an Zielsetzungen anknüpft, die der Regierungsrat selbst auch formuliert hat. Denn wer könnte dagegen sein, dass Kulturschaffende für ihre Engagements faire Honorare erhalten? Wer könnte dagegen sein, dass Basel als Kulturstadt noch attraktiver wird und damit eine höhere Umwegrentabilität, wie man das nennt, erzielt wird? Die Initiative fordert mit Bezug auf die Ziele der Regierung allerdings Massnahmen, die der Regierungsrat nicht unterstützen kann.

Erstens betrifft dies das Ziel, die Arbeitsbedingungen der freischaffenden Kulturschaffenden zu verbessern. Insbesondere dann, wenn Konzerte, Institutionen und Musikprogramme kantonal gefördert werden, dann soll es den Veranstaltenden möglich sein, faire Honorare zu bezahlen. Zu diesem Anliegen steht der Regierungsrat selbstverständlich weiterhin, der von der Initiative vorgeschlagene Weg ist aber der falsche. Dies aus zwei Gründen. Ein Sonderweg für die Musik gegenüber allen anderen Sparten, also gegenüber Tanz, Theater, Literatur, bildenden Kunst, etc., ist schlichtweg nicht vereinbar mit den Grundsätzen der Gleichbehandlung. Und zweitens ist das Ausspielen von Institutionen gegenüber Freischaffenden in hohem Mass kontraproduktiv. Es schadet der Kultur und dem Kulturschaffen. Institutionen sind Arbeits- und Auftraggeberinnen für Musikerinnen und Musiker, Spielstätten und Festivals ermöglichen Auftritte und Sichtbarkeit und sie engagieren sich solidarisch für die Arbeitsbedingungen der Freischaffenden.

Zweitens, eine Erhöhung der kulturellen und wirtschaftlichen Attraktivität von Basel für die Bevölkerung und für den Standort erreicht man nicht, indem man unsere Institutionen schwächt. Die Nachfolge nach den Grossevents von kommerziellen Anbietern mit bekannten Stars aus dem Musikbusiness befriedigt man nicht, indem man die Giesskanne über die lokalen Bands und Ensembles ausschüttet. Dies erreicht man eher durch Fokussierung als durch eine noch breitere Streuung der Förderung.

Und drittens, der Regierungsrat bekennt sich zum im Kulturleitbild 2020 bis 2025 formulierten Ziel einer ausgewogenen Musikförderung, die alle Genres und Produktionsweisen angemessen berücksichtigt. Der Regierungsrat stellt sich aber entschieden gegen eine Gleichmacherei, wo, wie man so sagt, Äpfel mit Birnen verglichen werden, der Regierungsrat ist überzeugt, dass die bestehenden Förderpartnerschaften der Abteilung Kultur in Basel-Stadt mit dem Musikbüro Basel, mit der Abteilung Kulturförderung Basel-Landschaft nicht aufs Spiel gesetzt werden sollen. Diese Partnerschaften garantieren Fachkompetenz, Effizienz, auch Synergien, das nutzt den Musikschaffenden wie auch dem Publikum.

Und viertens, mit dem Vorschlag zur Umsetzung der vom Volk angenommenen Volksinitiative aktive Basler Jugendkultur stärken, also der Trinkgeld-Initiative, hat sich der Regierungsrat dazu bekannt, die Jugend- und Alternativkultur in allen Sparten zu stärken, insbesondere auch im Bereich der Populärmusik, im Bereich der Club- und Nachtkultur. Und das im vollen Bewusstsein, dass hier tatsächlich noch Aufholbedarf herrscht für die Kulturstadt Basel. Der Regierungsrat möchte diesen Weg jetzt fortsetzen und die neue Initiative für mehr Musikvielfalt, über die wir heute diskutieren, gefährdet den bereits eingeschlagenen Weg in der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative, in der Umsetzung des Volkswillens.

Der Regierungsrat hat ja in seinem Bericht ausführlich die Gründe zur Ablehnung der Initiative dargelegt. Wir sind der Ansicht, dass mit der Einführung der Förderung für Jazz und improvisierte Musik, das war im Rahmen der Kulturpartnerschaft mit dem Nachbarkanton Basel-Landschaft 2022 und eben mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative, die Förderung vom Populärmusik, von Jazz und von Clubkultur massgeblich ausgebaut wurde. Und das wurde durch eine Erhöhung des Kulturbudgets umgesetzt aufgrund einer sorgfältigen Auslegeordnung und einer Analyse des Bedarfs.

Und das hat ja nicht der Regierungsrat gemacht oder mindestens nicht alleine gemacht, sondern Sie, sehr verehrte Grossrätinnen und Grossräte, haben dazu auch beschlossen. Sie haben im November 2023 dem Vorschlag der Regierung zu einem Konzept für die Förderung von Club- und Nachtkultur zugestimmt mit einem Betrag von gut einer Million Franken pro Jahr für die Jahre 2024 bis 2026 und Sie haben gerade kürzlich im Februar dieses Jahres dem Vorschlag zur Förderung der zeitgenössischen Musik zugestimmt. Das beinhaltet eine substanzielle Erhöhung der Staatsbeträge an das Musikbüro Basel, also sehr explizit Förderung populärer Musik sowie eine Erhöhung der Mittel für den Fachausschuss Musik beider Basel zugunsten direkt der Jazz-Förderung. Damit sind unseres Erachtens die zentralen Anliegen der Initiative für mehr Musikvielfalt bereits umgesetzt, das ist tatsächlich einer der Hauptgründe, warum der Regierungsrat Ihnen und dem Volk ein Nein empfiehlt.

Wir haben im Bericht vom Juni 2023 auch festgehalten, dass wir der Initiative in folgenden Punkten dezidiert nicht folgen können:

Die von der Initiative vorgelegten Berechnungen sind nach Ansicht des Regierungsrats schlicht nicht korrekt. Sie berücksichtigen beispielsweise die Fördermittel durch den Swisslos-Fonds nicht und sie sind in der Systematik widersprüchlich. So werden Programmförderung und Spielstätten von der Initiative einmal zu den Institutionen gezählt, ein andermal dann zu den Freischaffenden, und darüber hinaus jetzt festzustellen, dass jetzt auch die Initiantinnen und Initianten nach Lancierung der Initiative immer wieder neue Berechnungsmodelle veröffentlicht haben, zusätzliche Argumente eingeführt haben, die aber nicht Teil des Initiativbegehrens sind. Am augenfälligsten dabei, der ursprüngliche Initiativtext beinhaltete kein Ausspielen von verschiedenen Musikgenres, also beispielsweise Pop gegen Klassik, aber die Spaltung Klassik gegen alle anderen, die wurde von den Initiantinnen und Initianten nachträglich eingeführt und der Regierungsrat lehnt diese Argumentation entschieden ab. Wir halten das für nicht glaubwürdig und auch die Argumentation, dass Klassik mit Institutionen gleichzusetzen ist, greift viel zu kurz beziehungsweise ist faktisch einfach falsch.

Der Regierungsrat hat auch zum Ausdruck gebracht in seinem Bericht, dass eine weitere Erhöhung des Kulturbudgets im Zusammenhang mit der jetzt vorliegenden Initiative nicht zugestimmt werden kann. Wenn man den Berechnungen der Systematik der Initiative folgen würde, so käme es zu einer Umlagerung von Mitteln in der Höhe von 6 bis 8 Millionen. Das wiederum würde zu einer Gefährdung der Existenz von Kulturinstitutionen führen und damit natürlich ganz direkt zur Gefährdung von Arbeitsplätzen für Kulturschaffende. Aber eben, die gute Nachricht, die soll ja eigentlich im Vordergrund stehen, die gute Nachricht ist, mit der in der Zwischenzeit erfolgten Umsetzung der Trinkgeld-Initiative sind gemäss dem Berechnungsmodell des Regierungsrats, das ist nicht das Berechnungsmodell der Initiantinnen und Initianten, aber es ist unseres und wir glauben, dass das richtig ist, nach diesem Berechnungsmodell sind die Forderungen der Initiative bereits sehr weitgehend erfüllt. Insbesondere mit den Vorlagen zur Stärkung der Populärmusik, der Jazz-Förderung, der Club- und Nachtkultur wurde eben ganz massgeblich zusätzliches Geld zur direkten Förderung von freischaffenden Musikerinnen und Musikern gesprochen.

Die aktuellen Hochrechnungen seitens Regierungsrats, die werden von der Abteilung Kultur gemacht, da kommen wir für Projekte und Programmefestivals und Konzerte und Strukturen zugunsten der Freischaffenden im laufenden Jahr 2024 auf rund 20 Prozent der Kulturausgaben und das ist das reguläre Kulturbudget. Wenn man jetzt noch die Förderung von Konzerten und Festivals durch den Swisslos-Fonds einbezieht, und das muss man eigentlich, weil das ist auch direktes Fördergeld, so kommen wir annähernd auf 30 Prozent. Präzise Berechnungen, auch das, damit wir da exakt bleiben, die lassen sich erst nach Ablauf des Jahres aufgrund der tatsächlichen Förderausgaben ermitteln, aber die Grössenordnung sind diese 30 Prozent.

Darin noch nicht berücksichtigt sind Programmetas, die den subventionierten Kulturinstitutionen vom Kanton zur Verfügung gestellt werden und aus denen natürlich unter anderem Honorare von Musikerinnen und Musikern, von Freischaffenden bezahlt werden. Ich spreche hier von Institutionen wie der Kaserne Basel, das ist ja notabene eine Institution, die unter anderem deshalb gefördert wird, damit sie Populärmusik auch veranstalten kann. Ich spreche vom Gare du Nord, ich spreche vom Theater Basel, vom birds eye jazz club und auch von den Basler Orchestern, die eine hohe Zahl an Freischaffenden projektbezogen beschäftigen. Vor diesem Hintergrund geht der Regierungsrat davon aus, dass die Quote der direkten oder indirekten Begünstigung von freischaffenden Musikschaffenden durch rund einen Drittel der eingesetzten Fördergelder bereits per Ende 2024 erfüllt sein wird und es deshalb jetzt da keinen weiteren Handlungsbedarf gibt.

Sie wissen auch, mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative ist der Regierungsrat aufgefordert, alle vier Jahre neu zu überprüfen, ob tatsächlich 5 Prozent der für die Kulturförderung eingestellten Mittel für die Jugend- und Alternativkultur verwendet werden. Dazu werden Sie als Grosser Rat im Jahr 2026 eine Auswertung über das Erreichte und Vorschläge für das weitere Vorgehen bekommen und sollten Sie dann feststellen, dass die Ziele nicht oder ungenügend erreicht sind, haben Sie die Möglichkeit, dann über die nächsten Schritte direkt zu entscheiden aufgrund einer fundierten Berichterstattung, einer zahlenbasierten Berichterstattung.

Zusammenfassend nochmals, warum ist der Regierungsrat gegen diese Initiative und warum sieht er auch keinen Bedarf für einen Gegenvorschlag.

Der Regierungsrat bekennt sich ausdrücklich zu einer ausgewogenen Musikförderung, die alle Genres und alle Produktionsweisen angemessen berücksichtigt. Er bekennt sich zum Ziel, die Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden aller Sparten, nicht nur in der Musik, aller Sparten zu verbessern und der Regierungsrat bekennt sich zum eingeschlagenen Weg mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative. Die von der Initiative für mehr Musikvielfalt vorgeschlagenen Massnahmen hält der Regierungsrat hingegen nicht für zielführend. Die Argumentation ist widersprüchlich, sie blendet wichtige Aspekte aus, Pop gegen Klassik auszuspielen ist nicht im Sinne der Musikstadt Basel und schon gar nicht im Sinn des Publikums. Mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative werden zentrale Aspekte des Begehrens der Initiative bereits umgesetzt, deshalb sieht der Regierungsrat keinen Anlass jetzt für einen neuerlichen fundamentalen Richtungswechsel.

Und sofern das Parlament den von Verwaltung, Regierung ja sorgfältig ausgearbeiteten Vorlagen zur Musikförderung, den konkreten, nicht zustimmen will, diese anpassen will, so hat es innerhalb der regulären Prozesse jederzeit die Möglichkeit, die Zusprechung der Mittel anzupassen und der Grosse Rat tut das ja auch zu Recht in allem Selbstbewusstsein. Die Umsetzung der vorliegenden Initiative, und das ist in aller Deutlichkeit zu sagen, das wäre kulturpolitisch verantwortungslos.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrats und dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission zu folgen, die unformulierte Volksinitiative für mehr Musikvielfalt, sofern sie nicht denn zurückgezogen wird, den Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es haben schon alle Fraktionen ihre Sprechenden angemeldet. Der erste ist Johannes Sieber für die GLP.

Johannes Sieber (GLP): Die Fraktion der GLP unterstützt die Forderung nach mehr Musikvielfalt, sie lehnt die Initiative der IG Musik jedoch ab aus folgenden Gründen:

Der Initiativtext der Musikvielfalts-Initiative lässt offen, ob die prozentuale Forderung für das freie Musikschaffen über eine Aufstockung des Budgets oder über eine Umverteilung erreicht werden soll. Ein Volks-Ja kann, ja es muss so und anders interpretiert werden. Darum handelt es sich hier um eine potenzielle Umverteilungsinitiative. Mit einer Umverteilung sehen wir wichtige Kulturangebote und Institutionen in Frage und deren Arbeitsplätze zur Diskussion gestellt. Das schafft unnötigerweise Unsicherheit bei den Institutionen und verunsichert Musikschaffende. Die GLP ist der Ansicht, dass Justierungen an bestehenden Leistungsvereinbarungen, wie beispielsweise dem Sinfonieorchester, bei deren Erneuerungen diskutiert werden sollten, wenn Anpassungen angezeigt sind. Das Erzwingen diese Diskussion über einen prozentualen Verteilkampfschlüssel empfinden wir als Spaltung von etwas, was zusammengehört, die Kultur.

Dann scheint uns hier ein Missverständnis vorzuliegen. Wir verteilen hier kein Geld. Wir sprechen Geld für Leistungen, die wir für die Allgemeinheit für wichtig erachten. Das ist in der Musik genauso wie in anderen Bereichen der Kultur und überhaupt ist das so. Neue Leistungsvereinbarungen sollen der kulturpolitischen Relevanz ihrer Wirkung begründet werden. Noch einmal, neue Leistungsvereinbarungen sollen mit der kulturpolitischen Relevanz ihrer Wirkung begründet werden, also inhaltlich. So ist es beispielsweise durchaus eine Überlegung wert, wie wir freie Musikexzellenz unterstützen können, damit diese nach der Ausbildung hier in Basel ansässig bleibt. Das wäre im Interesse der Stadt. Dazu brauchen wir jedoch nicht die ganze Musikförderung auf den Kopf zu stellen, wie diese Initiative es fordert. Dafür existieren in unserer Demokratie bereits funktionierende Prozesse. Denn die Musikförderung in Basel ist bereits demokratisch, auch wenn das Initiativkomitee das Gegenteil behauptet. Die Musikförderung als Diktatur zu suggerieren, ist reiner Populismus. Kommen Sie mit Vorschlägen und konkreten Massnahmen zur Förderung von noch mehr Vielfalt auf uns zu, wir prüfen diese gerne. Konkrete Massnahmen, dafür bietet die Fraktion der GLP gerne Hand, für diese Initiative nicht. Wir empfehlen sie zur Ablehnung.

Und dann noch ein Wort zur Gerechtigkeit. Um eine Umverteilung abzuwenden, wäre dieses Parlament zu einer Aufstockung des Musikbudgets von 6 bis 8 Millionen genötigt. Ich möchte Ihnen folgende Frage mit auf den Weg geben: Ist es nach der Umsetzung der TGI gerecht, weitere 8 Millionen nur für die Musik zu sprechen und beispielsweise den Literaturbetrieb schon wieder leer ausgehen zu lassen? Ist das tatsächlich kulturpolitische Vielfalt oder ist es einfältig? Darum eine Bitte an die IG Musik, fordern Sie in einer nächsten Initiative einen Drittel für das freie Kulturschaffen nicht bloss für die Musik, fordern Sie den Drittel statt vom Budget der Musik vom Budget des Amts für Umwelt und Energie, dann hätten wir mit etwas Glück auch das Problem der Lärmmessungen gelöst und dann haben Sie auch mich mit im Boot.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Melanie Nussbaumer vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Johannes Sieber, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sich bei Annahme der Initiative für eine Aufstockung des Budgets engagieren würden, weil Sie ja die Umverteilung kritisch sehen, wie auch ich?

Johannes Sieber (GLP): Das müsste ich prüfen. Das Problem ist, dass die Initiative diese Frage offen lässt und das Volks-Ja so und so interpretiert werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Rock, Pop, Jazz, Klassik, Hiphop, World Music, Volksmusik, elektronische Musik, wir alle in diesem Saal hören ganz unterschiedliche Musik. Da draussen hören alle ganz unterschiedliche Musik. In der Musik spiegelt sich die ganze Vielfalt. Uns bietet sich die wegweisende Chance für Basel, aber auch für die Schweiz, mit der Musikvielfalts-Initiative kulturpolitisch Historisches zu bewegen.

Die Initiative stellt drei konkrete Fragen: Was wollen wir uns als Gesellschaft an Kultur leisten? Was ist uns in Basel-Stadt die Musikvielfalt wert? Wann ist öffentliche Musikförderung fair, zeitgemäss, demokratisch genug? Das Kulturfördergesetz schreibt, dass der Kanton für ein vielfältiges Musikschaffen und Angebot sorgt. Unser Kulturbild spricht von ausgewogener Förderung aller Genres und Produktionsweisen. Und auch die Kulturbotschaft des Bundes fordert vielfältige Förderung und die Teilhabe der Bevölkerung.

Heute haben wir die Chance, diese Ziele endlich ernst zu nehmen. Gegenwärtig, im Jahr 2024, gehen rund 90 Prozent der Steuergelder, die zur Förderung von Musik eingesetzt werden, an Orchester und Institutionen der Klassik. Alle anderen Freischaffenden, die eine Vielfalt von Musikgenres abdecken, die in diesem Saal auch gehört werden, teilen sich die restlichen 10 Prozent. Die Errungenschaften der Trinkgeld-Initiative sind hier bereits miteinberechnet. Und wichtig, es geht hier einzig um die Förderung, die mittels Steuergeldern erfolgt, und die politische Gewichtung, die der Kanton damit macht. Es geht nicht um die Förderung aus dem Swisslos-Fonds. Vielfalt sieht anders aus.

Die Initiative fordert mindestens ein Drittel des öffentlichen Musikbudgets für das freie, nicht institutionelle Musikschaffen aus allen Genres. Warum? Ganz einfach. Das freie Musikschaffen sorgt massgeblich für die Vielfalt des Musikangebots in unserer Stadt. Sie tut dies aber unter prekären Umständen. Die freie Szene ist in allen Genres tätig, auch in der Klassik, und überall zeigt sich, die aktuellen Förderbeiträge reichen nicht. Wir zementieren damit prekäre Verhältnisse.

Ein paar Fakten hierzu: La Nefera ist aktuell in Basel eine vielversprechende Künstlerin. Für ein Konzert in Basel hat sie für sich und ihre 11-köpfige Band mit professionellen Musikschaffenden 1’500 Franken Gage bekommen. Das sind 125 Franken pro Person für einen zeitlichen Aufwand inklusive Proben von mindestens 20 Stunden. Das ist ein Stundenlohn von 6.25 Franken. Das Basel Jazz Orchestra kann für neun Stunden proben und ein Konzert auf vier Stunden 200 Franken pro Musikerin auszahlen, ergibt einen Stundenlohn von 15.40 Franken. Schon mal besser, aber weiterhin massiv unter dem Mindestlohn und für professionell ausgebildete Musiker*innen. 67 Prozent der selbstständigen Musikschaffenden in der Schweiz verdienen pro Jahr unter 40’000 Franken. Das sind 3’000 Franken pro Monat bei über 45 Arbeitsstunden pro Woche.

Die Regierung fordert eigentlich, dass Honorarempfehlungen unter geltendem Mindestlohn eingehalten werden, doch die Förderbeiträge reichen dafür nicht aus. Zudem haben gewisse Musiker*innen in bestimmten Genres keinen Zugang zur Förderung, weil es für sie nämlich gar kein passendes Fördergefäss gibt. Fairere und vielfältigere Musikförderung sollte möglich sein. Für uns von der SP-Fraktion ist klar, es braucht eine Erhöhung des Musikförderungsbudgets. Basel als Musikstadt muss sich eine Erhöhung leisten. Basel als soziale Stadt muss sich faire Förderbeiträge leisten können. Basel als vielfältige Stadt muss sich vielfältige Musikförderung durch eine Stärkung der freien Szene leisten können.

Diese Initiative ist, wie schon die Trinkgeld-Initiative, eine unformulierte Vorlage. Sie legt klar die Stossrichtung fest, Basel muss vielfältiger werden. Gleichzeitig bietet die Initiative aber den nötigen Spielraum, damit eine Weiterentwicklung der bisherigen Förderpraxis gelingen kann, ohne Errungenschaften wie diejenigen der Trinkgeld-Initiative zu gefährden. Die Initiative fordert zudem, die Förderstrukturen entsprechend anzupassen und die Vergabeprozesse zu vereinheitlichen. Damit ist in erster Linie gemeint, dass man eben in wirklich allen Genres Eingaben machen kann und dass das Budget reicht, damit Mindestlöhne nicht unterschritten werden. Und vereinheitlichen heisst auch, dass alle Eingaben auch die Förderung für alle Arbeitsschritte des Musikschaffens beinhalten können. Auch Kosten für Entwicklung, Produktion, Organisation und Administration müssen geltend gemacht werden können und sollen nicht nur als Eigenleistung erbracht werden.

Wie gesagt, es gibt heute gar nicht für alle ein passendes Fördergefäss, die Fördertöpfe sind stark segmentiert. Es herrschen in den Gefässen unterschiedliche Kriterien, Beitragslimiten und Voraussetzungen. Das Ziel muss sein, dass alle künftig den gleichen Zugang zur Förderung erhalten. Niemand hat Anspruch auf Förderung, aber alle Steuerzahlenden haben Anspruch darauf, dass vielfältig gefördert wird, weil wir vielfältig sind.

Als SP-Fraktion stehen wir hinter dieser Initiative und empfehlen sie zur Annahme. Wir freuen uns auf die spannenden Debatten bis zum Abstimmungstermin.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP spricht Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP-Fraktion lehnt die Initiative für mehr Musikvielfalt ohne Gegenvorschlag ab. Die LDP legt grossen Wert auf ein breites und vielfältiges Musikangebot, das den verschiedenen Interessen und den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft Rechnung trägt. Obwohl das Begehren der Initianten, die Ausgaben für das freie Musikschaffen mittels eines prozentualen Anteils zu fördern, sympathisch tönen mag, ist dieser Ansatz bei näherer Betrachtung nicht zielführend. Die Trinkgeld-Initiative hat erfolgreich das Prinzip eines fixen prozentualen Anteils für die Jugend- und Alternativkultur erstmals durchgesetzt. Die Umsetzung erfolgte sorgfältig und man kann sagen, dass wir im Kanton eine Lösung haben, die die Jugend- und Alternativkultur breit und gut abgestimmt fördert, einschliesslich der Club-Förderung, die ein einzigartiges Angebot in der Schweiz darstellt.

Eine solch angesetzte Förderung produziert eine Starre. Eine solch starre Förderung schafft finanzielle Unflexibilität. Sie nimmt dem Parlament die Freiheit, seine Ausgaben festzulegen. Sie steuert auf ein Giesskannensystem zu, das dem Qualitätsprinzip der Förderung und der Nachfrageorientierung widerspricht. Und sie öffnet einen Markt. Warum sollen nur freischaffende Musiker von solch einer Initiative profitieren? Auch Kunstmaler, Tänzer, Bildhauer, Schriftsteller und andere Berufsgruppen könnten Ansprüche auf ähnliche Förderungen stellen. Das wollen wir nicht, Kultur muss sich frei entwickeln können. Es muss möglich sein, dass innerhalb der kantonalen Aufgaben Schwerpunkte gesetzt werden können und das Parlament über seine Ausgaben entscheiden kann.

Wenn die Initiative zur Abstimmung gelangt, muss das Bewusstsein in der Bevölkerung geschärft werden, dass es bei dieser Entscheidung entweder um eine Umverteilung zulasten der derzeit unterstützten Institutionen oder um eine Aufstockung des Kulturbudgets geht. Eine Umverteilung würde zu erheblichen Engpässen bei den jetzigen geförderten Einrichtungen führen und zwangsläufig die Qualität ihrer Programme beeinträchtigen. Diese Institutionen sind ebenfalls auf externe Geldquellen angewiesen, um ein hochwertiges Programm aufrechterhalten zu können und müssen diese aktiv akquirieren. Eine Aufstockung des Kulturbudgets würde zweifellos eine kulturpolitische Debatte verlangen. Unser Kanton fördert die Kultur äusserst grosszügig und verfügt im Vergleich zu anderen Schweizer Kantonen über eine der höchsten Kulturausgaben pro Kopf.

Die U-Musik hat sich bisher immer selbst finanziert. Das hat funktioniert, die freie Szene wird gut berücksichtigt. Durch die Einführung einer Club-Förderung sowie durch signifikante Mittelerhöhung durch das Musikbüro und eine spezielle Jazz-Förderung wurden gezielte Massnahmen für Bands und Ensembles geschaffen, um das lokale Musikschaffen in den Bereichen Pop, Rock, Hiphop und Jazz zu stärken. Auch der Swisslos-Fonds leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Musikszene und kann jetzt durch die Anpassung der Verordnung noch breiter fördern.

Ich bitte Sie, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen und damit die bisher getroffenen Massnahmen zur Förderung der Musikszene beizubehalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Catherine Alioth, Melanie Nussbaumer möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Sie wissen schon, dass man heutzutage nicht mehr unterscheidet zwischen U- und E-Musik, sondern dass auch andere Genres neben klassischer Musik sehr professionelle Musik macht und nicht nur zur Unterhaltung da ist, wie das ja mitschwingt bei dieser Begründung?

Catherine Alioth (LDP): Ich möchte sagen, dass ich natürlich auch die Professionalität der Musiker der U-Musik überhaupt nicht in Frage stelle, im Gegenteil. Ich weiss, dass das professionelle Musiker sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich nehme jetzt gerade diese Frage von Melanie Nussbaumer auf, weil ich jetzt sagen muss, ich sehe den Hintergrund von dem, was Catherine Alioth gesagt hat. Und zwar, ich bin auch unter diesem Zwiegestirn von E-Musik und U-Musik aufgewachsen und das eine war eben wirklich die ernstzunehmende Musik und das andere war die Unterhaltungsmusik und dort gehört eben auch die Populärmusik, die Popmusik oder auch die Jazzmusik dazu oder auch die Volksmusik. Wenn man schaut, was in dieser Zeit, als ich mich noch in der Musikszene bewegt habe, für Möglichkeiten

waren, sich für die Musik zu interessieren, dann hat sich das heute noch nicht so viel geändert. Und zwar hat man einfach, wenn man ein Instrument lernen wollte, die Musikschule besucht und hat dort ein Lehrer gehabt und nachher, wenn man Glück hatte und ein bisschen Talent, konnte man auch in einem Orchester, im Musikorchester der Musikschule spielen und wenn man dann wirklich ein grosses Talent war, da konnte ich dann nicht mehr mithalten, dann hat man die Musikakademie besucht.

In der Zwischenzeit, als ich das erlebt habe, ich habe da im Gundeli gewohnt, hat sich parallel dazu eine interessante Schule entwickelt, das war die Jazzschule im Dreispitz. Dort war auch die Möglichkeit, das erste Mal etwa vor 40 Jahren, wirklich eine fundierte Ausbildung zu machen. Man hat dort die Jazzschule besuchen können nach wirklich auch ernst zu nehmenden Grundlagen aus der klassischen Musik und das erweitert über die Jazzgeschichte und über die GS-Notation und man konnte dann einen Abschluss machen und heute mit Dank einem grossen Engagement von einer privaten Gönnerin gibt es diesen Jazz-Campus und es gab die Integration dann dieser Jazzschule in die Musikakademie.

Wenn man das alles hinter sich hat und das gemacht hat und sein Diplom abgeholt hat, dann plötzlich aber spaltet sich das Ganze wieder auf. Nämlich, ich habe die Möglichkeit, wenn ich eine klassische Ausbildung habe in einem Symphonieorchester zum Beispiel, eine Anstellung zu haben mit einem guten Lohn und mit einer gewissen Sicherheit in der Zukunft und wenn ich die Akademie abgeschlossen habe in dem Genre Jazz, dann werde ich verdankenswerterweise in die freie Szene entlassen und muss dann selber schauen, wie ich dort mich entwickeln kann.

Also dort plötzlich eine ganz traditionelle Zweispaltung wieder, die wir eben immer noch haben und die wir auch wirklich in unseren Köpfen haben. Und eine dieser Möglichkeiten, die uns diese Initiative gibt, ist eben eine Debatte über diese Zweispaltung auch zu führen und ich glaube, das wäre eine wichtige Information oder eine wichtige Tendenz und auch Möglichkeit und ein Impuls, dass wir in unserer Gesellschaft das einmal auch hinterfragen.

Wenn man nun ein Musikakademie-Abschluss hat, dann hat es wirklich viele Förderinstitutionen und Fördermittel auch in Basel-Stadt. Das ist absolut unwidersprochen und man kann wirklich in vielen Genres eine Förderung bekommen. Die Förderungen, da muss man ein Projekt eingeben und dann wird das über einen Fachausschuss oder über das Musikbüro beraten und man kann dann diese Förderung in Anspruch nehmen. Aber das Stossende dabei ist, dass wenn man diesen ganzen Schritt gemacht hat, das Projekt angenommen wurde, man dann schlussendlich einen Lohn erhält für seine Bemühungen, der immer noch nicht reicht, um ein einigermassen gutes Leben zu führen während der Zeit des Projektes. Und das ist immer noch stossend und da kann ich natürlich die Frustration der Musikinitianten, die dahinter steht, schon verstehen, dass man eben sagt, okay, man hört die Worte wohl, auch von Conradin Cramer, dass man das alles verbessern wird, aber die Tatsache ist, dass das heute nicht verbessert ist und wir immer noch in dieser Situation stecken, sowohl ganz konkret finanziell wie auch im Mindset, wo dahinter steht. Also da könnten wir wirklich einen Fortschritt machen dank dieser Musikvielfalts-Initiative.

Was ein bisschen hervorgehoben wird, ist auch ein bisschen die Angstdebatte, dass wir hier eine Trennung oder eine Spaltung von klassischer Musik haben zur Jazzmusik oder zu der ganzen Unterhaltungs-, U-Musik, anderer Musik, anderen Genres. Das sehe ich natürlich auch in dieser Initiative nicht, weil die Leute, die hinter der Initiative stehen, die haben auch - ich habe jetzt gerade zum Beispiel ein wunderschönes Konzert gehört in Riehen, wo Emile Parisien als Sopransaxophonist mit Roberto Negro als Klavierspieler ein fulminantes Jazzkonzert dargestellt haben und plötzlich der gute Herr Negro aufgestanden ist, in seiner Tasche gekramt hat und dann Gabeln in sein Piano hineingesteckt hat, um das ganze Piano zu einem Schlagzeug umzuwandeln. Das habe ich irgendwie auch schon gehört, in den 60er-Jahren hat genau das gleiche John Cage gemacht, der als klassischer und E-Musikvertreter auch sein Piano so präpariert hat. Also diese Spaltung, die hier ständig so als Angst dargestellt wird, die gibt es auch nicht und die gibt es auch nicht in dieser Musikszene.

Ich sehe auch nicht, dass diese Initiative in einer Form umgesetzt werden soll, dass es eine Umverteilung gibt. Diese Initiative lässt es offen, ob wir eine Förderung haben und eine Erweiterung des Budgets. Das brauchen wir aus den genannten Gründen, weil die Löhne wirklich nicht stimmen und wir haben es auch von Conradin Cramer gehört, dass man das anpassen will. Woher will er das Geld nehmen, er wird eine Erhöhung machen müssen, ansonsten wird das nicht stattfinden und wir erwarten, dass das geschieht und dafür ein Instrument jetzt von diesen Menschen, die ausserhalb unserer parlamentarischen Debatte hier stehen, und den Prozessen ist die Musikinitiative eine Möglichkeit. Auch die Zahl, neun Millionen, die da herumgereicht werden, sicher von den Initianten, die müssen natürlich nicht stimmen. Niemand weiss genau, weder vom Departement noch von den Musikinitianten haben wir genaue Zahlen. Das wird sich zeigen, was das Ganze dann für einen Kosteneffekt auf die Umsetzung gibt.

Etwas können Sie sicher sein, diejenigen die diese Initiative hier vertreten auch im Parlament, sind sich dieser Verantwortung bewusst, dass das eine Debatte dann auslösen wird und das suchen wir und wir werden auch diese Debatte sehr gerne mittragen und auch mitverfolgen. Dazu hat dann, wenn diese Initiative angenommen würde, auch die Regierung und die Departemente, die Behörden die Möglichkeit, an einem neuen Vorschlag mitzuarbeiten und durch einen partizipativen Prozess, wo man die Leute, die verschiedenen Genres und Menschen, die in der Musikszene drin sind und um die Musikszene herum sind, einbezieht und da einen besseren Vorschlag bekommt.

Es ist an uns zu zeigen, soll es eine Neid-Debatte werden, soll es ein gegeneinander werden oder soll es wirklich auch eine Vision davon werden oder eine Umsetzung einer Vision, wo wir dann mit diesen Massnahmen, die wir dann erhoffen, auch einleiten zu können, der Bevölkerung schlussendlich mehr Musikvielfalt zum Beispiel in unserem Theater, zum Beispiel, weil wir dann einen Klangkörper eines Jazzorchesters haben, der dann eine andere Musik von Chormusik zum Beispiel hineinbringt. Das wäre doch etwas, was auch wünschenswert wäre, wenn hier die Chance verbreitet würde auch in den etablierten Institutionen. Da geht es überhaupt nicht um Verdrängung, sondern es geht um Erweiterung, das ist ganz sicher so und das steht auch im Namen dieser Initiative für mehr Musikvielfalt.

Wir vom GAB sind für die Annahme dieser Musikvielfalts-Initiative.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Johannes Sieber an? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Sind Sie sich bewusst, dass im Stimmvolk Leute, die schon lange finden, das Sinfonieorchester bekomme viel zu viel Geld, unter Umständen Ja sagen zu dieser Initiative und sind Sie sich bewusst, mit wem Sie hier ins Bett steigen?

Béla Bartha (GAB): Ganz by the way, ich hoffe, ich bin mir bewusst, mit wem ich ins Bett steige. Wir diskutieren darüber, die Debatte ist offen. Natürlich werden wir da wirklich auch mit viel Verantwortungsgefühl ans Werk gehen. Das ist wie bei den Menschen, die diese Initiative gestartet haben, und das sehe ich auch um mich herum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Sprecherin der SVP Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, der Regierung zu folgen und die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk mit Empfehlung zur Ablehnung vorzulegen.

Die Initiative für mehr Musikvielfalt ist mit Neid verbunden. Neid gegenüber der klassischen Musik und den Orchestern. So begründet das Initiativkomitee auch sein Anliegen, indem sie kritisieren, dass 90 Prozent der Gelder im Bereich Musik den Orchestern und der klassischen Musik zugutekommt und deshalb mit der Initiative entweder ein Drittel des gesamten Förderbudgets im Bereich Musik den freien Musikschaffenden zugesprochen wird oder aber das Budget entsprechend erhöht wird, da der Kanton über genügend Gelder verfügt.

Dass mit der Trinkgeld-Initiative bereits ein sehr teures Gefäss für mehr Diversität im Musikbereich nun seinen Lauf nimmt, ignorieren sie und anerkennen dies anscheinend auch nicht. Es ist schwierig, wenn Initiant*innen sich auch dahingehend äussern, dass eine bereits bestehende Subvention einem Orchester substanziell gekürzt werden könne, damit andere zu ihrem Geld kommen. Unter Musikergruppierungen scheint der Konkurrenzkampf so sehr ausgelebt zu werden, dass sie selbst vor solchen Gedanken nicht zurückschrecken, sondern dies als Lösungsansatz verstehen, was wiederum für uns sehr erschreckend ist. Doch solchen Szenarien will die SVP nicht Hand bieten.

Wir begrüssen, dass die Regierung keinen Gegenvorschlag ausgearbeitet hat. Eine so fordernde Initiative einzureichen, auf einen gemässigteren Gegenvorschlag zu hoffen, um auch so zu Geldern zu kommen, hat auch stets einen bitteren Beigeschmack.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Melanie Nussbaumer möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird abgelehnt. Wir kommen zum Sprecher für die FDP David Jenny.

David Jenny (FDP): Béla Bartha hat ein Beispiel geliefert, man muss die eigene musikalische Biografie hier outen. Meine ist traurig. Etwas Blockflöte in der Primarschule, ein Triangel-Einsatz beim Jugendsymphonieorchester und, meine damalige Klassenkameradin Catherine Alioth kann es bestätigen, ein Sing-Verbot ausgesprochen im humanistischen Gymnasium. Ich warte schon auf die Zwischenfrage von Melanie Nussbaumer. Auf meiner Sammlung von Musik auf meinen diversen elektronischen Geräten ist zu 99 das, was der Volksmund immer noch als Popmusik bezeichnen würde. Aber ich edle jetzt das auch zu E-Musik.

Nach dieser Einleitung, die FDP-Fraktion folgt voller Überzeugung dem Regierungsrat und der BKK-Mehrheit. Diese Initiative, und ich will jetzt beweisen, dass ich trotz der Ablehnung doch über eine gewisse Bildung verfüge, es gibt ein Zitat, das heisst: Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los. Zauberlehrling, Goethe. Und die Geister, das ist die gut gemeinte

Initiative, die hier überall zitiert wird von Kulturstadt jetzt. Dem hat das Volk zugestimmt, das hat man auch breit getragen, auch meine Partei hat die Ja-Parole ausgegeben, aber dieses Beispiel sollte nun nicht Schule machen, dass man für jedes Anliegen irgendeinen Fördertopf reserviert, korrespondierende Gefässe macht. Das ist einfach gefährlich sowohl finanz- wie kulturpolitisch, weil man bei jedem Entscheid über irgendein Kulturvorhaben weiss, wenn wir jetzt da etwas dazugeben, heisst das automatisch über mehrere Gefässe auch Erhöhungen.

Teilweise habe ich es so verstanden mit den Steuerzahlenden, etc., die wollen, dass da immer mehr ausgegeben wird. Ich glaube, ein guter Teil der Steuerzahlenden will eher, dass die Steuern irgendwann auch wieder mal leicht sinken und dem wollen Sie als Befürworter vorbeugen, indem Sie möglichst viele Mechanismen einrichten, die zu einer stetigen Erhöhung unsere Ausgaben führen. Ich glaube auch, wenn Sie sagen, ja gut, dann kann man ja kürzen an gewissen Institutionen, ich glaube, Institutionen muss man immer kritisch begleiten, aber sie sind Institutionen. Sie sollen auch noch da sein in 50 oder in 100 Jahren und wir sollten diese nicht vorsätzlich beschädigen

Dann zu den Initiantinnen und Initianten. Sie haben als Studie vorgelegt eine Umfrage, da heisst es, wollen Sie mehr Popkonzerte. Natürlich sagt da jeder ja, aber ich glaube, die genaue Frage in Basel ist, ja, ich hätte auch gerne Bruce Springsteen hier im Joggeli gesehen und wäre gerne nicht in den Letzigrund gepilgert. Aber diese Antwort ist noch keine Unterstützung dieser Initiative.

Aus all diesen und vielen weiteren Gründen bitte ich Sie, zur Nein-Parole Mut zu fassen und auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlages zu verzichten. Ich glaube, es gibt viele gute Gründe, wo wir sagen können, diese Initiative ist jetzt wirklich nicht weitere Geister, die wir rufen sollten. In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Unterstützung von Regierung und der vorberatenden Kommission.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Auch die Fraktion Mitte/EVP folgt dem Antrag der BKK und der Regierung, also diese Initiative ohne Gegenvorschlag vorzulegen und zur Ablehnung zu empfehlen.

Viele Vorrednerinnen und Vorredner haben nun schon sehr viele Begründungen genannt, ich möchte nicht alles wiederholen, aber die Fraktion Mitte/EVP ist auch der Meinung, dass gerade mit der Umsetzung der Trinkgeld-Initiative für die Stärkung auch des Bereichs, den auch die Musikvielfalts-Initiative im Auge hat, viel unternommen worden ist und dass man nun auch schauen sollte, wie diese Massnahmen, gerade die Club-Förderung, die auf die Schweiz bezogen ist, etwas Neues ist, wie sich das auswirkt und inwiefern, dass es auch positive Impulse für diese Förderung der Vielfalt gibt.

Um an meinen Vorredner anzuknüpfen, auch ich denke, dass das Kreuzchen, weil ich hätte gerne mehr Popmusik, vielleicht eher dafür spricht, sich um die Deckenlast in der St. Jakobshalle zu kümmern als um andere neue Fördergefässe, damit gerade eben auch in der St. Jakobshalle zum Beispiel grössere Acts möglich sind. Ich vermute, dass viele Leute durchaus die Vielfalt gerade auch in der Clubszene wahrnehmen und auch dort Konzerte besuchen, aber sich zusätzlich wünschen würden, dass auch wieder so Grosskonzerte möglich wären, mehr bei uns in der Stadt Basel, in unserem Kanton.

Natürlich ist auch die Mitte/EVP-Fraktion der Meinung, dass freischaffende Musiker und Musikerinnen von ihrem musikalischen Beruf leben können müssen und vor diesem Hintergrund ist gerade auch, es wurde schon gesagt, die Möglichkeit, dass eine Umsetzung der Initiative eine Umverteilung ist, eigentlich läuft dem gerade zuwider, wenn dann in bestehenden, subventionierten oder geförderten Gefässen Leuten dann ihre Möglichkeit, das Geld zu verdienen, gestrichen wird. Das heisst, da wird dann bei den einen für Verbesserungen in diesem Bereich gesorgt, während dann andere dafür hier eine prekäre Situation als Folge hätten.

Aus diesem Grund bitte ist Sie im Namen der Fraktion Mitte/EVP, dass Sie den Anträgen der BKK und der Regierung folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Melanie Nussbaumer an? Sie wird angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich hätte sogar zwei, aber ich muss mich wohl entscheiden. Die Einfachere. Sie haben es jetzt ein bisschen verkürzt auf Pop versus Klassik, aber Ihnen ist bewusst, dass es noch ganz viele andere Genres gibt und es vor allem Genre gibt, die im Moment gar keinen Zugang haben zu irgendeinem Fördertopf, zum Beispiel Volksmusik?

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich habe ja nur die Populärmusik als Beispiel von dieser Studie genannt, ich habe das Wort Klassik, glaube ich, nicht einmal in den Mund genommen. Über den Swisslos-Fonds, denn ja die Initianten leider gar nicht als

Geld von uns, irgendwie als kantonales Geld akzeptieren wollen, ist auch die Volksmusik durch Anlässe zum Beispiel auch schon unterstützt worden. Also das ist ja auch eine Vereinfachung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich Jo Vergeat gemeldet.

Jo Vergeat (GAB): Kultur ist unser aller Lebenselixier. Kultur in ihrer ganzen Vielfalt, und davon bin ich überzeugt, hat unsere Gesellschaft in wichtiger Weise geformt und geleitet und sie ist am Ende wohl auch das, das unser Parlament, unsere Demokratie immer mal wieder zusammenschweisst. Dass man Kultur und kulturelles Schaffen deswegen hegen, pflegen und fördern muss, diese Überzeugung ist quasi meine politische Identität.

In den vergangenen Jahren habe ich mich als Geschäftsführerin von Kulturstadt jetzt und bei der Sammlung und Umsetzung der Trinkgeld-Initiative ganz genau damit auseinandergesetzt, wie Basel Kultur fördert und was das konkret bedeutet. Immer kritisch mit offenen Ohren für alle Sparten, Genres und ungesehene Bereiche. Und ja, ich sehe die Ungerechtigkeit und ja, ich sehe die Probleme. Die Debatte um die Initiative für Musikvielfalt begleitet mich seit ihrer Ankündigung. Wir führen diese Debatte auf einer sehr übergeordneten Ebene. Logisch bin ich für mehr Musikvielfalt. Heute sehe ich mich dennoch gezwungen, hier vorne zu erklären, warum ich mich trotz meiner innersten Überzeugung für Kulturvielfalt bei dieser Initiative enthalten werde.

Sie hören es, das Grundanliegen, ich teile es. Klar sehe ich die grossen Maschen und Löcher, welche in der Kulturförderung dazu führen, dass viele Richtungen und Formen von Kultur nicht genügend gefördert werden. Klar sehe ich die prekären Lebensumstände, wenn sie sich im Kulturschaffen nicht erst durch die Coronapandemie offenbarten. Klar muss Musik, muss Kultur in ihrer Vielfalt gefördert sein. Klar sehe ich die Schieflage innerhalb der Genreförderung und ausserdem finde ich es auch wichtig, dass direktdemokratische Mittel genutzt werden. Hier könnte ich jetzt aufhören und Ihnen erzählen, warum ich im Sinne des grossen Ganzen Ja stimmen werde. Aber ich sehe und spüre viel mehr auch, was diese Initiative für eine Spaltung in der Kultur erzeugt, und ich meine hier jetzt nicht nur Pop und Klassik, und auf so unterschiedlichen Ebenen, dass ich gar nicht mehr genau weiss, was meine Enthaltung oder meine Meinung in welche Richtung jetzt heute auslösen wird und wie meine Worte verwendet werden.

In den letzten zwei Jahren hat sich die Argumentation um die Initiative ständig verändert. Davon, sich gegen alle bestehenden Prozesse zu stellen, bis hin zu einfach mehr Fördergeld für freischaffende Musik, ist je nachdem, mit wem man spricht, alles dabei. In dieser ganzen schwammigen Situation, welche eine unformulierte Initiative durchaus zu Recht produziert, möchte ich mich ans geschriebene Wort halten und dazu ein paar Sorgen teilen, insbesondere weil ich bis jetzt nicht wirklich jemanden sehe oder gehört habe, der für eine gute politische Umsetzung Verantwortung übernehmen möchte.

Ich finde es richtig, dass wir die Arbeitsbedingungen der freischaffenden Künstler*innen und der Kulturschaffenden allgemein verbessern. Absolut falsch, und das widerspricht mir wirklich zutiefst, finde ich es, dass wir das nur für die Musiker*innen fordern. Es gibt stark unterförderte Bereiche, welchen eine solche Erhöhung genauso zusteht, denen ich nicht erklären kann, wieso wir sie heute nicht mitdenken. Ich finde es wichtig, mehr Vielfalt zu fördern und somit auch in der Kulturförderung die Diversität unserer Gesellschaft abzubilden. Umso gefährlicher aber finde ich es, mit einer geforderten Vereinheitlichung alle über einen Kamm zu scheren. Aus meiner Sicht wird Vielfalt nicht durch genau gleiche Bedingungen und Prozesse gefördert. Die Gefässe und ihre Prozesse anzufassen, anzupacken und anzupassen, das ist eine richtige Idee. Weil das die Initiative aber in ihrem Wortlaut nicht fordert, wollte ich das hier nochmal unterstreichen.

Ich finde es auch richtig, mehr Geld für niedrig geförderte Kultur auszugeben, aber ich finde es falsch, die Frage der Umverteilung hier einfach der Politik zu überlassen. Trotzdem jetzt schon vorneweg, ich möchte nicht umverteilen. Sollte die Initiative angenommen werden, setze ich mich für eine Erhöhung der Ausgaben ein. Kultur ist wertvoll, ob sie meinen Geschmack trifft oder nicht. Ich glaube auch, dass Klassik, Jazz, Pop sich gegenseitig bedingt, wie Eltern und Teenager vielleicht oder wie die Boomer und die Generation Z. So viele Musiker*innen haben sich mit mir in Verbindung gesetzt und mir gemeinsam mit dem Initiativkomitee zu verstehen gegeben, dass ich mich mit meiner kritischen Haltung zur Initiative gegen mehr Musikvielfalt stelle. Ich verspreche Ihnen, das tue ich nicht. Ich werde mich auch in Zukunft für das Kulturschaffen einsetzen, aber diese Spaltung in richtig und falsch, sie verletzt. Sie entspricht auch nicht meinem Verständnis von politischem und gesellschaftlichem Arbeiten.

Aus allen genannten Gründen und noch viel mehr Gründen, welche nicht in ein fünfminutiges Votum passen, werde ich mich enthalten, als Zeichen für das Grosse und Ganze, also nicht ablehnen, aber auch als Mahnung, nicht durch die eigene Brille die anderen zu vergessen. Weil ich überzeugt bin, wir müssen an unserer Kulturförderung weiterhin etwas verändern, weil ich den Ruf nach Veränderung höre und anerkenne, aber diese Vorlage nicht nur Chancen bringt, sondern auch Gefahren birgt und wir diese jetzt schon klar benennen müssen. Also Ja zum Impuls, congrats zu Ihrem krassen Lobbying und Nein zum konkreten Wortlaut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber vor. Sie wird abgelehnt. Damit kommen wir zu Bruno Lötscher mit dem nächsten Votum.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich kann mich kurzhalten. Ich bin Präsident der Kulturkirche Paulus und erlebe sehr viele kulturelle Veranstaltungen und sehe viel in die Kulturszene hinein und finde die Vielfalt, die wir in Basel erleben, wunderbar. Ich sehe aber auch die grossen Probleme, die es gibt, und die Ungerechtigkeiten, die wir haben. Was aber nicht geht und weshalb ich gegen diese Initiative bin, ist, dass man Künstler, Kunstschaffende gegeneinander ausspielt. Das ist eine Ebene, die eigentlich in kulturellen Belangen nicht sein darf und nicht sein kann. Es kann doch nicht sein, dass wir Institutionen gegen Einzelne, dass wir Literatur gegen Musik, dass wir bildende Kunst gegen anders ausspielen.

Wenn wir sehen, wo wir Lücken haben, müssen wir konkret vorgehen, wenn wir einzelne Lücken erkennen. Wir haben heute oder nächsten Mittwoch eine Chance in Traktandum 85, mein Anzug zur Verbesserung der Modalitäten im Lotterie-Fonds ist gutgeheissen worden von der Regierung, da wird eine Verbesserung konkret stattfinden. Ich glaube, solche Dinge müssen wir angehen, solche Wege müssen wir gehen. Es gibt tatsächlich Lücken, es gibt Lücken in der Literaturförderung, es gibt Lücken in der Förderung von Lokalensemble, ich nenne nur Voces Suaves oder Larynx, das sind hervorragende, hochexzellente, professionelle Ensembles, die nichts bekommen ausser Hilfen über den Lotterie-Fonds, die aber eigentlich gefördert werden müssten. Hier haben wir Lücken, aber wir müssen die einzeln angehen und diese Initiative zerstört. Wir riskieren, dass wir kulturelle Leuchttürme zerstören. Ich denke, wir müssen auch den Mut haben zu sagen, es braucht in der Kultur auch Leuchttürme und die dürfen wir auch finanzieren, das nützt allen.

Deshalb bin ich gegen diese Art der Initiative und ich denke, das Volk soll hier entscheiden und ich plädiere dafür, dass Sie hier dem Regierungsrat folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Melanie Nussbaumer an? Sie wird angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Bruno Lötscher, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sich für eine Aufstockung einsetzen würden, falls die Initiative angenommen wird?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das sind eben Hypothesen, die man so nicht machen kann. Ich folge da Johannes Sieber, die Initiative kommt nicht daher mit klaren Vorgaben und ich glaube nicht, dass eine Aufstockung in diesem Umfang einfach möglich wäre. Deshalb sorgfältig vorgehen und nicht zerstören, sondern aufbauen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Ich habe kurz mitgeschrieben, eigentlich in dem Sinne nichts vorbereitet, aber das Projekt bzw. die Beratung begleitet. Die Musikvielfalt, wir haben es gehört, Amina Trevisan hat es gesagt, es geht hier um eine Musikvielfalt, um verschiedene Genres, es geht aber auch, und darum fand ich das so bestechend, als ich das erste Mal davon gehört habe, es geht um ein neues Denken, ein anderes Denken. Wir sind sehr in dieser Struktur behaftet mit der Förderpolitik, die wir seit vielen Jahren betreiben, die natürlich auch historisch gewachsen ist. Einige von Ihnen haben formuliert, dass das unformulierte dieser Initiative eine Schwierigkeit ist. Ich habe andererseits Vertrauen eigentlich in die Abteilung Kultur. Sie haben die Trinkgeld-Initiative sehr gut umgesetzt, sehr sorgfältig, also wenn die Initiative angenommen wird, bin ich da auch zuversichtlich, etwas enttäuscht, dass sie das nicht schon vorher mit einem Gegenvorschlag gemacht haben.

Die Initiative, ja klar, es geht um Geld, es geht immer wieder um Geld, aber Sie zeigen hier auch ein strukturelles Problem auf. Daher ist es nicht, Conradin Cramer, eine kulturpolitisch verantwortungslose Sache, weil Sie zeigen eine Struktur auf, die verändert werden muss. Es geht um Fördergefässe, es geht um Vergabegefässe oder wie das gemacht wird. Wissen Sie, der Musiker*innenverband SMV, der vertritt Orchester, aber auch sagen sie, dass die selbstständige Musikerinnen und Musiker von verschiedenen Genres vertreten. Da schlagen sie vor, dass für ein Konzert eine fünfköpfige Band 4’500 Franken kriegen soll. Amina Trevisan hat es gesagt, das Beispiel mit La Nefera, wie viel da die Künstlerinnen und Künstler, professionelle Musikschaffende bekommen haben. Es ist also schwierig, wenn der Regierungsrat oder andere Leute hier drin sagen, wir machen hier mit Giesskanne ein bisschen Geld da, ein bisschen Geld hier.

2020 haben wir in diesem Rat beschlossen, dass genau aus diesem Grund, weil wir uns an unsere Tarife halten wollen, die Orchesterförderung um 0,5, also eine halbe Million aufgestockt wurde für die Löhne, damit man sich an Tarife halten kann. 2020 für die Orchester. Wenn ich das so höre oder lese, dann denke ich, dann ist das wirklich keine Wertschätzung von professionellen Musikerinnen und Musikern der freien Szene.

Und dann dieses Ausspielungsargument. Die einen sagen, es kommt von den Initianten, der Regierungsrat ist im Votum darauf eingegangen, jemand sagte sogar, das ist Neid von den musikschaffenden Musikerinnen und Musikern. Wissen Sie, ich bin Theaterschaffende, ich stehe hier und sage, unterstützen Sie die Initiative und sage nicht, wenn die etwas kriegen, will ich auch, das ist gemein, ich will auch etwas. Ich habe es jetzt, glaube ich, falsch gesagt, nur weil andere nichts bekommen, heisst das nicht, dass wir hier nicht ihnen Geld geben können oder sie weiter fördern und unterstützen. Das fand ich ein sehr befremdliches Argument. Die Initiative sehe ich eher als eine Weiterführung der Trinkgeld-Initiative, über die ich nach wie vor sehr dankbar bin. Man muss die Fördergefässe anschauen, sie sind veraltet, die Strukturen sind veraltet, das wäre die Chance.

Und dann zu der Vermittlung. Vermittlungsprojekte gibt es sehr gute, sehr viele in der klassischen Musik. Diese Initiative hätte auch hier die Chance, dass man in der Musikvielfalt die Vielfalt eben auch vermitteln kann. Ja, liebe Initiantinnen und Initianten, das Wort Umverteilung ist tatsächlich sehr ungeschickt und hat mich am Anfang auch etwas abgeschreckt. Die Fraktion der SP übernimmt aber hier auch Verantwortung. Wir wollen keine Umverteilung. Ich bin sehr für die Orchester, ich möchte es hier drin gesagt haben, ich bin für einen verantwortungsvollen Umgang mit Geld und ja, es wird wahrscheinlich auf mehr Geld hinauslaufen. Aber das ist es mir und der SP-Fraktion wert, dass wir dieses Musikschaffen in Basel, was auf einem hohestehend professionellen Level in verschiedenen Genres stattfindet, wirklich auch fördern können.

Darum ist die SP zu einer grösseren Mehrheit, so wie ich das verstanden habe in der Fraktion, für die Initiative.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich möchte gerne wissen, ob das neue Denken, dass Sie sehr inspiriert von dieser Initiative, ist das Ausdruck der neuen Kulturpolitik der SP, die 100 Festanstellungen des Sinfonieorchesters in Frage zu stellen?

Sasha Mazzotti (SP): Danke für die Frage. Nein, eben nicht, darum bin ich ja grundsätzlich dafür, dass man mehr Geld gibt. Ich habe ja gesagt, es geht um mehr Geld und im Gegenteil, ich habe gerade gesagt, ich bin für die Orchester, ich unterstütze sie auch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zu Regierungsrat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Danke für ihre Voten, die ja mehrheitlich die Position von BKK und Regierungsrat stützen. Ich möchte nur noch kurz auf einzelne Aspekte der Voten der Fraktionssprechenden von SP und GAB eingehen, dass wir das Kulturfördergesetz nicht vorbehaltlos überall einhalten. Wenn das so behauptet worden wäre, dann muss ich es aufs heftigste zurückweisen. Selbstverständlich, der Regierungsrat lebt dem Kulturfördergesetz nach. Ich möchte auch diese Beispiele der Honorare insofern zurückweisen, als wir ja gerade jetzt beispielsweise bei der Club-Förderung explizit als obligatorisches Kriterium haben, dass faire Gagen bezahlt werden, dass Tantiemen abgeführt werden. Das sind alles ganz wichtige Bestandteile, Sozialbeiträge selbstverständlich, auch wichtige Bestandteile einer zeitgemässen Kulturförderung.

Generell, wenn ich Ihnen zugehört habe, den Fraktionssprechenden der beiden grossen Fraktionen, die jetzt für die Initiative sind, kam mir das ein bisschen vor wie eine Zeitreise, und zwar eine in die Vergangenheit. Es ist nicht die Situation, wie wir sie heute haben, die Sie schildern. Auch die Zahlen, 10 Prozent, ich weiss, dass das Initiativkomitee diese Zahl in Umlauf gesetzt hat, sie ist aber falsch. Ich habe versucht, das in meinem Eingangsvotum darzulegen, dass wir schon jetzt und spätestens Ende 2024, wenn dann die von Ihnen beschlossenen Massnahmen greifen, dass wir bei diesen 30 Prozent bzw. noch mehr, bei diesem Drittel angekommen sein werden an Anteil Kulturbudget, das zugunsten der Freischaffenden gesprochen wird und der populären Kultur. Also ich finde es nicht verantwortungsvoll, mit diesen Zahlen zu hausieren, weil sie Zahlen aus der Vergangenheit sind. Wir sind einen Schritt weiter, insofern ist die Initiative, wenn man so will, ein bisschen Opfer der Zeitläufe. Wir haben mit Umsetzung der Trinkgeld-Initiative einfach einen sehr grossen Schritt vorwärts gemacht. Ich möchte da nicht länger werden.

In meinem Eingangsvotum konnte ich die Argumentation des Regierungsrats ja ausgiebig darlegen und möchte Sie nochmals bitten, den gemeinsam eingeschlagenen Weg, den das Volk mit Annahme der Trinkgeld-Initiative, Regierungsrat mit dem Vorschlag zur Umsetzung und Grosser Rat mit den entsprechenden Umsetzungsbeschlüssen eingeschlagen haben, ich möchte nochmal appellieren, dass wir diesen gemeinsamen Weg für eine zeitgemässe Kulturförderung zusammen weitergehen und diese Initiative, die diesen Weg verlassen würde, die uns neue Probleme bereiten würde, dass wir diese ablehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Kommissionssprecherin Franziska Roth hat das Wort.

Franziska Roth (SP): Ich danke ganz herzlich für diese differenzierte Diskussion, ich bin sehr froh darüber. Ich glaube einfach so zusammenfassend, uns allen ist Kultur wichtig, und zwar Kultur in allen Bereichen, Kultur vielfältig und uns ist aber auch die soziale Sicherheit von Kulturschaffenden wichtig. Das habe ich heute in der Diskussion mehrfach gehört und ich glaube, auf dem müssen wir aufbauen. Ob da die Initiative tatsächlich ein sinnvoller Teil dazu ist, da ist die BKK zu einem anderen Schluss gekommen, dass das nicht ist. Ich glaube aber, wir haben alle gehört, wir müssen das miteinander machen, wir müssen weiterentwickeln auf dem, was wir heute haben und ich wäre froh, wir könnten auf diesem Weg weitergehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist obligatorisch und Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen damit zum Grossratsbeschluss (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

Text Initiative, Abstimmungsempfehlung

Hier liegen Anträge von SP und GAB vor, die beantragen, die Empfehlung auf Annahme.

Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst heisst Empfehlung auf Zustimmung, NEIN heisst Empfehlung auf Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 49 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003578, 05.06.24 10:44:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Initiative zur Ablehnung empfehlen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung mit 49 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Wir fahren fort mit der Publikationsklausel und der Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003580, 05.06.24 10:45:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

Die von 4’098 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichte unformulierte Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt» mit dem folgenden Wortlaut:

«Der Kanton Basel-Stadt macht öffentliche Musikförderung, welche der Interessenvielfalt und den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft Rechnung trägt. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt deshalb künftig neben Institutionen verstärkt auch freies Musikschaffen mit angemessener Förderung und sorgt damit für ein vielfältiges Musikangebot. Zu diesem Zweck wird folgende Regelung mit Annahme der Initiative innert 4 Jahren umgesetzt:

1. Der Kanton Basel-Stadt fördert das freie Musikschaffen pro Jahr mit mindestens einem Drittel des gesamten Förderbudgets im Bereich Musik. Dazu gehören:

a. Beiträge für freischaffende Musiker:innen;

b. Beiträge für Programm-, Spielstätten- und Strukturförderung.

2. Der Kanton Basel-Stadt passt die Förderstrukturen entsprechend an und vereinheitlicht die Vergabeprozesse für das gesamte freie Musikschaffen.»

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

Bei Annahme der Volksinitiative arbeitet der Grosse Rat unverzüglich eine entsprechende Vorlage aus.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen um den Kauf von Hunden aus präkären Verhältnissen zu steuern stillschweigend abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss wurde angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

6. Teilrevision des Gesetzes betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) – Formell-gesetzliche Grundlage für die Pflicht zum Besuch eines Hunde-Erziehungskurses (Sachkundenachweis für Hunde), Bericht der GSK

[05.06.24 10:45:20, 22.1255.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Seit mehreren jahrtausenden Jahren begleitet der Hund das Leben des Menschen, sei es als Wach-, Jagdhund, als Blindenhund, als Sozialhund oder einfach als bester Freund. Hunde gehören zum Alltag und auch zum Leben in einer Stadt. Was Hunde auf keinen Fall sein sollten, sind Life-Style-Produkte oder ein kurzfristiges Weihnachtsgeschenk. Einen Hund zu haben bedeutet in der Konsequenz, eine Entscheidung zu treffen, welche mit der Pflicht zur Sorge und zur Erziehung verbunden ist.

Die GSK hat den Ratschlag anfangs März zugewiesen bekommen und ehrlicherweise kam zu Beginn schon die Frage auf, ob dieser Ratschlag bei der GSK wirklich am richtigen Ort ist. Üblicherweise haben wir es in unseren Geschäften ja eher selten mit Tieren zu tun. Nach Abklärungen zwischen den Sachkommissionen und der Tatsache, dass Hunde sehr wohl für die Gesundheit des Menschen relevant sind, haben wir uns gerne dem Geschäft angenommen.

Im Jahre 2008 wurde der schweizweit gültige Sachkundenachweis für die Hundehaltung eingeführt. Dieser bestand aus einem theoretischen und einem praktischen Teil. Ein, ich würde sagen, wertvoller Kurs, welche Halter und Halterinnen von Hundekenntnisse über rechtliche Bestimmungen, über den Tierschutz beim Hundekauf und über das Sozialverhalten von Hunden vermittelten. Zudem mussten vier Praxislektionen besucht werden, also insgesamt eine sinnvolle und für einmal schweizweite Regelung, die damals von Fachkreisen, von Tierschutzorganisationen sehr begrüsst wurden. Umso unverständlicher, dass nur nach acht Jahren dieser Sachkundenachweis per 1. Januar 2017 von den eidgenössischen Räten wieder aufgehoben wurde.

Das Obligatorium der SKN-Kurse hatte im Kanton Basel-Stadt nämlich eine äusserst positive Wirkung. Die jährlichen Fallzahlen von Bissverletzungen und übermässigem Aggressionsverhalten sind deutlich zurückgegangen, aber auch insgesamt auf den Hundebestand im Kanton hat sich der Sachkundenachweis dämpfend ausgewirkt. Seit 2017 geht es nun

insgesamt mit den Zahlen aber wieder in die andere Richtung. Auch die Anzahl gemeldeter Hunde hat wieder um 30 Prozent zugenommen, die Anzahl gebissener Menschen und gravierender Bissverletzungen hat sich leider wieder verdoppelt. Zum Beispiel; im letzten Jahr wurden 37 Hunde als aggressiv gemeldet und es kam zu 84 Bissverletzungen bei Menschen. Dies sind seit 2007 die höchsten Werte.

Aufgrund der deutlichen Zunahme des Hundebestands auf Kantonsgebiet sowie den damit verbundenen gesundheitlichen Risiken und Probleme stellt sich die Frage nach einer kantonalen Kurspflicht neu. Der Regierungsrat schlägt aus diesen Gründen eine entsprechende Revision des kantonalen Hundegesetzes vor. Die neue kantonale Bestimmung orientiert sich an der ehemaligen Bundesbestimmung sowie an derer anderer Kantone. Der § 2a (neu) führt wieder eine Hundehalterausbildung ein. Für all diejenigen, die erstmals einen Hund halten, muss innerhalb eines Jahres nach dem Erwerb des Hundes eine praktische Ausbildung nachgewiesen werden. Der Regierungsrat regelt die konkrete Umsetzung sowie mögliche Ausnahmen. Das Kursobligatorium beschränkt sich auf eine kurze praktische Ausbildung mit theoretischen Elemente für Neuhundehalter*innen. Spätestens also nach 12 Monaten nach dem Erwerb des Hundes muss der Ausbildungskurs absolviert werden. Die Einzelheiten werden auch von der Regierung auf der Verordnungsstufe dann geregelt.

Neben der Wiedereinführung des Hundekurses drängen sich weitere flankierende Massnahmen an, um die Situation im Kanton Basel-Stadt zu verbessern. Es handelt sich dabei einerseits um Freilaufflächen, aufgrund hohem Nutzungsdruck ist das Veterinäramt bestrebt, weitere Freilaufflächen für die Hunde zu schaffen, und andererseits die Sensibilisierungsmassnahmen, zurzeit sind drei Präventionskurse am Laufen. Kind und Hund, Augen auf beim Hundekauf und Hunde-Knigge.

Die GSK hat an zwei Sitzungen den Ratschlag behandelt. Neben dem Vorsteher des Gesundheitsdepartements haben auch der Leiter Fachbereich Tierschutz sowie der Leiter Rechtsdienst teilgenommen. Ich bedanke mich im Namen der GSK für die speditive Beratung dieses Geschäfts. Die GSK unterstützt die Teilrevision des Hundegesetzes und die Wiedereinführung von niederschwelligen und kostengünstigen Kurse. Die Kurse dienen dazu, dass die Halterinnen und Halter das Verhalten ihrer Hunde besser begreifen und mit ihnen damit besser umgehen. Die GSK begrüsst auch die flankierenden Massnahmen zu den Freilaufflächen und Sensibilisierung.

Mit der Integration der Bundeskampagne «Augen auf beim Hundekauf» wird zudem der Anzug von Kerstin Wenk erfüllt. Neben der Abbremsung des Hundeimports steigt auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Das Gesetz gilt ab Inkrafttreten und ist nicht rückwirkend wirksam. Die Kurse müssen, wie schon gesagt, innerhalb von 12 Monaten nach dem Erwerb des Hundes belegt werden. In der Kommissionsberatung wurde auch noch die Frage geklärt, ob Personen, die Hunde ferienhalber betreuen, zu einem Kurs verpflichtet werden können. Dies wurde aber verneint.

Insgesamt begrüsst die GSK den gewählten pragmatischen Ansatz der Gesetzesrevision. Wichtig noch zu erwähnen ist, dass der Tierschutz auf Bundesebene geregelt ist. Der Kanton macht aber den Bund auf zu wenig regulierte Bereiche aufmerksam. Die Gesetzgebung konnte nicht mit Baselland abgeglichen werden, dieser plant leider kurz- bis mittelfristig keine vergleichbaren Massnahmen.

Die GSK beantragt aber Ihnen trotzdem einstimmig, der Teilrevision des Hundegesetzes zuzustimmen und den Anzug von Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen, um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern, abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Kommissionspräsident hat Ihnen die Vorgeschichte bereits geschildert und dargelegt, weshalb wir hier nun wieder kantonal legiferieren wollen. Etwas unerwartet ist im Jahr 2016 dieses Obligatorium von Hundehaltenden zum Besuch von Theorie- und Praxiskursen wieder aufgehoben worden. Das ist damals schon in der Fachwelt auf starke Kritik gestossen. Das wurde auch so gesehen bei unseren Fachleuten. Im Kanton Basel-Stadt hatte der Sachkundenachweis eine dämpfende Wirkung sowohl auf die jährlichen Fallzahlen von Bissverletzungen und übermässigem Aggressionsverhalten als auch den Bestand von Hunden auf dem Kantonsgebiet.

Aufgrund der deutlichen Zunahme dieses Hundebestands sowie der damit verbundenen Risiken und Probleme in den vergangenen Jahren hat der Regierungsrat auf Vorschlag der kantonalen Fachstellen die Frage einer kantonalen Kurspflicht im Sinne der öffentlichen Sicherheit deshalb neu thematisiert und eine Teilrevision des Hundegesetzes erarbeitet. Dazu gab es eine öffentliche Vernehmlassung Ende 2023, in welcher der Sachkundenachweis für Hunde von sämtlichen Vernehmlassungsteilnehmenden grundsätzlich begrüsst wurde. Die in der Vorlage vorgesehene Einführung eines obligatorischen niederschwelligen praktischen Hundeerziehungskurses für Neuhundehalterinnen und Neuhundehalter stiess auf breite Zustimmung.

Auch die flankierenden Massnahmen wurden positiv bewertet. Dies sind namentlich die Schaffung zusätzlicher Freilaufflächen für Hunde im Stadtgebiet, aber auch die Fortführung von Sensibilisierungsmassnahmen hinsichtlich der Anschaffung von Welpen sowie die Fortführung der Präventionskurse «Kind und Hund» auf Stufe Kindergarten.

Auf formeller Gesetzesstufe soll lediglich die Pflicht zum Nachweis einer praktischen Ausbildung für Ersthundehalterinnen und Ersthundehalter innerhalb eines Jahres nach Erwerb des Hundes festgehalten werden. Um eine flexible Ausgestaltung der Detailfragen im Zusammenhang mit der Umsetzung und konkreten Ausgestaltung zu ermöglichen, werden Art und Umfang der praktischen Ausbildung sowie allfällige Ausnahmen vom Regierungsrat in der Hundeverordnung geregelt werden. Bei der Umsetzung der neuen Hundehalterausbildung wird eine möglichst einfache, pragmatische und kostengünstige Regelung angestrebt, welche auch für die betroffenen Hundehalterinnen und Hundehalter verhältnismässig ist.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anträgen der GSK zu folgen und die Teilrevision des Hundegesetzes gut zu heissen sowie den Anzug von Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen, um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern, abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Erste Fraktionssprecherin für die LDP ist Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Wie man anhand des *Chrüzlistichs» sieht, wir haben ein Offen, wurde das Thema kontrovers diskutiert. Aus liberaler Sicht wird es ein bisschen kritisch angeschaut, weil man der Meinung ist, dass man eigentlich der Bevölkerung zugestehen sollte, dass sie fähig ist, Hunde zu erziehen. Aus Sicht von mir selbst, ich bin eine angefressene Hundebesitzerin, finde ich Hundeerziehungskurse durchaus sinnvoll. Ich habe das immer auch freiwillig gemacht, ich habe persönlich davon profitiert, auch vor ein paar Jahren, als es noch obligatorisch war. Da hängt natürlich stark vom jeweiligen Kurs ab. Und aus Sicht von mir als Apothekerin betone ich natürlich auch gerne immer wieder, dass Hunde einen sehr positiven Effekt auf die Gesundheit haben können, gerade auch bei älteren Personen.

Der LDP ist es darum wichtig, man hat das schon in der Vernehmlassung angemerkt, dass die Umsetzung von dieser Kurspflicht wirklich einfach und pragmatisch erfolgt. Wir begrüssen auch, dass es nur für Ersthundehalter ist und dass man zum Beispiel auch genau anschaut, wie man jetzt gerade mit älteren Personen umgeht, die häufig ein kleines Hündchen haben, die jetzt halt einfach rein von der Grösse her, was Bissverletzungen betrifft, harmloser sind als vielleicht gewisse grössere Hunde.

Gleichzeitig ist uns auch wichtig, dass diese Kurse so gemacht werden, und da spreche ich jetzt auch wieder als Hundebesitzerin, dass sie wirklich qualitativ gut sind, weil es ist so, früher waren es zum Teil Alibiübungen und die bringen niemanden etwas. Wir werden von der LDP ein genaues Augenmerk darauf haben, wie diese Pflicht umgesetzt wird.

Und bezüglich Welpenimport, da sind wir noch ein bisschen skeptisch, wie viel das Gesetz effektiv nutzt. Wir hoffen es natürlich, weil die Hunde sind bereits im Land, wenn dann quasi die Pflicht für den Besuch dieses Kurses kommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Möchte Regierungsrat Lukas Engelberger nochmals das Wort? Er wünscht es.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir sehen die Punkte, die Lydia Isler-Christ angesprochen hat, und ich kann zusagen, dass wir uns um eine sehr pragmatische und gleichzeitig dann qualitätssichernde Umsetzung bemühen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Kommissionssprecher verzichtet. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Hundegesetz

§ 2a (Neu)

Titel (Neu)

Abs. 1 – 2

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmungen

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 4 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003582, 05.06.24 10:58:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesetz betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) vom 14. Dezember 2006 [1]) (Stand 1. Juli 2020) wird wie folgt geändert:

§ 2a (neu)

Hundehalterausbildung

1 Wer erstmals einen Hund hält, muss innerhalb eines Jahres nach dessen Erwerb eine praktische Ausbildung nachweisen.

2 Der Regierungsrat regelt Art und Umfang der praktischen Ausbildung sowie deren Ausnahmen.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 78 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

6.1. Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern, Bericht der GSK

[05.06.24 10:58:40, 20.5390.04]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt die Abschreibung des Anzugs Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Massnahmen, um den Kauf von Hunden aus prekären Verhältnissen zu steuern.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

7. Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG); Umsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, Bericht der GSK

[05.06.24 10:59:09, 23.0943.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort geht an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Dieser vorliegende Ratschlag zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes betrifft die Umsetzung des Bundesgesetzes zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und ist somit ein Resultat der vor mehr als zwei Jahren angenommenen Pflegeinitiative. Die Diskussion über einen drohenden Pflegenotstand in den Spitälern, den Pflegeheimen und der Spitex hat die Abstimmung zur Pflegeinitiative damals stark beeinflusst. Es werden zu wenige Pflegefachpersonen ausgebildet und diese verlassen dann ihren Beruf aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen wieder viel zu früh. Im Kanton Basel-Stadt hat die Stimmbevölkerung am 28. November 2021 die nationale Pflegeinitiative mit 66,6 Prozent deutlich angenommen, schweizweit war dies der höchste Ja-Stimmenanteil.

Die damalige Volksinitiative hat die Bundesverfassung mit zwei neuen Artikeln ergänzt. Die Pflege soll in Zukunft als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung anerkannt und gefördert werden. Es soll sichergestellt werden, dass genügend Pflegefachpersonen ausgebildet werden und dass diese gemäss ihrer Ausbildung und Kompetenzen arbeiten können.

Der Bund hat nach Annahme der Initiative zwei Pakete geschnürt. Das erste beinhaltet eine Ausbildungsoffensive und das zweite weitere Forderungen der Initiative, namentlich verbesserte Arbeitsbedingungen, damit ausgebildete Pflegefachpersonen länger im Beruf verbleiben. Der aktuelle OBSAN-Bericht für den Kanton Zürich zeigt auf, dass in allen Gesundheitsbereichen und auf allen Ausbildungsstufen bis zum Jahr 2029 mehr Personalbedarf besteht. Nicht nur in den Akutspitälern, sondern auch in der Rehabilitation und in der Geriatrie. Der Bedarf ist je nach Ausbildungsstufenbereich unterschiedlich, bewegt sich aber zwischen 17 bis 20 Prozent. Diese Zahlen sind sicher auch vergleichbar mit unserem Kanton.

Dem Pflegenotstand mit einer Ausbildungsoffensive zu begegnen, ist daher der erste wichtige Schritt, um mehr junge Menschen oder auch Wiedereinsteiger*innen für den Pflegeberuf zu gewinnen. Als zweiten wichtigen Schritt müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden und dies auch in schwierigen Zeiten, wo der finanzielle Druck zurzeit sehr hoch ist auf die Gesundheitseinrichtungen.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Teilrevision des Gesundheitsgesetzes anzunehmen, damit eine formell gesetzliche Grundlage zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege verankert wird. Diese neuen kantonalen Bestimmungen sollen zeitgleich mit dem Bundesgesetz in Kraft treten und ebenfalls auf acht Jahre befristet werden.

Zur Ausgangslage. Ende 2022 hat die Bundesversammlung das erste Umsetzungspaket Ausbildungsförderungsgesetz Pflege verabschiedet, welches per 1. Juli 2024 in Kraft tritt. Die Kompetenzen zwischen Bund und Kanton bleiben grundsätzlich bestehen. Die Ausbildung von Pflegefachpersonen bleibt weiterhin in der Zuständigkeit der Kantone. Die Kantone fördern mit Beiträgen die Ausbildung auf der Stufe HF und FH und erhalten hierzu finanzielle Mittel von Seiten des Bundes. Bis zum 1. Juli 2024 haben die Kantone Zeit, die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung in die Wege zu leiten. Aufgrund der engen Zusammenarbeit der beiden Basel im Bereich der Ausbildung von Pflegepersonal erfolgt diese bikantonal.

Das Projekt zur Umsetzung des Verfassungsartikels wurde mit allen wesentlichen Beteiligten ausgearbeitet, wie beispielsweise mit Pflegeberufsverbänden, den Ausbildungseinrichtungen, Branchenverbänden und der Vereinigung der Spitäler. Die konkrete formell gesetzliche Umsetzung gestaltet sich jedoch unterschiedlich. Im Kanton Basel-Stadt fehlen eine gesetzliche Grundlage zur Förderung und die Pflicht zur Ausbildung im Bereich der Pflege und deswegen sollen die zwei neuen § 60a und 60b im Gesundheitsgesetz verankert werden. Ziel ist es, wie schon erwähnt, die Anzahl Ausbildungsabschlüsse von diplomierten Pflegefachpersonen HF/FH deutlich zu erhöhen. Der Bund stellt entsprechende Gelder zur Verfügung und unterstützt mit 50 Prozent der Kosten für die Ausbildungsoffensive. Diese wird, wie gesagt, auf acht Jahre begrenzt.

Die GSK hat sich Zeit genommen und den Ratschlag gründlich an drei Sitzungen beraten. Die Kommission hat neben den Vertretern des Gesundheitsdepartements und des Vorstehers weitere Fachpersonen zur Beratung eingeladen. Eine

Delegation der OdA Gesundheit beider Basel in der Rolle als Ausbildner sowie eine Delegation des SBK, dem Berufsverband der Pflegefachpersonen in der Rolle der Arbeitnehmenden, haben der GSK ihre Sicht zum Ratschlag berichtet. Ebenfalls wurde eine Delegation des Verbands der Nordwestschweizer Spitäler zu Aspekten des Fachkräftemangels und der Umsetzung der Initiative befragt.

Die GSK ist mit der Gesetzesvorlage einverstanden und begrüsst die bikantonale Herangehensweise. Aufgrund der grossen finanziellen und demografischen Herausforderung müssen die Kräfte auch in der Ausbildung gebündelt werden. Die Kommission erachtet es deshalb als positiv, dass die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerseite von Beginn weg miteinbezogen wurden.

Gegenüber der GSK wurde von den Involvierten eine breite Zustimmung zum vorliegenden ersten Paket der Ausbildungsoffensive zum Ausdruck gebracht. Für die Personalverbände wie aber auch für die Ausbilder ist das zweite Paket zu den Arbeitsbedingungen aber nicht weniger wichtig und für die Zukunft von zentraler Bedeutung. Im Austausch mit den Verbänden wurde ein weiteres zentrales Problem zur Sprache gebracht, der viel zu hohe administrative Aufwand in der Pflege. Dieser entwickelte sich in Dimensionen, welche nicht mehr gesund sind und die ursprüngliche Berufsmotivation untergräbt. Es bleibt immer weniger Zeit für die Pflegearbeit mit den Menschen am Bett, weil zu viel Administration erledigt werden muss.

Was die GSK wirklich sehr begrüsst, ist, dass der Kanton bei der Ausbildungsförderung weiter geht als der Bund. Die Teilrevision deskantonalen Gesundheitsgesetzes beinhaltet neben der Förderung auf der Stufenpflege HF und FH auch die Förderung der Ausbildung zur Fachfrau/Fachmann Gesundheit EFZ, auch bekannt bei uns als FaGe. Dies ist die grösste Ebene der rund 65 Prozent der FaGe-Abschliessenden, die im Anschluss ein HF-Studium anhängen. Dieser Bereich wird vom Kanton zu 100 Prozent finanziert, da der Bund hier keine Beiträge leistet. Die Kommission hat auch den Ausbildungsbereich AGS, das sind Assistent*innen im Bereich Gesundheit, besprochen, kam aber aufgrund der Bedeutung zum Schluss, dass es zielführender ist, den FaGe-Bereich zu fördern. Positiv von der GSK wurde der Aspekt bewertet, dass Teilzeitausbildungen möglich sind, weil insbesondere der Wiedereinstieg in die Berufswelt oft über Teilzeitwege erfolgt.

Für die GSK sind die Ausbildungszulagen wesentlich für den Berufseinstieg. Dieses Berufsfeld muss aber auch langfristig attraktiv sein, damit ein Grossteil des Pflegepersonals im Beruf verbleibt. Hier braucht es, wie gesagt, ebenfalls Verbesserungen, denn nur so macht eine Ausbildungsoffensive Sinn, ansonsten droht es zu einem Fass ohne Boden zu werden. Hierfür braucht es eine Stärkung der Ressourcen für das Personal in der Berufsbildung in den Spitälern.

Die Kommission hat den Eindruck eines gut ausgearbeiteten Gesetzes. Die Rechts- und Terminlage ist aber komplex, die Bundesverordnung ist noch in der Ausarbeitung wie auch auf kantonaler Seite. Die einzelnen Elemente sollen dann alle per Mitte Jahr in Kraft treten. Die Gesetzesvorlage muss aber auch unabhängig von der Bundesverordnung funktionieren. Die vorliegende Teilrevision des Gesundheitsgesetzes und die entsprechende Verordnung können erst per 1. August in Kraft gesetzt werden, die Schlussbestimmung musste aufgrund terminlicher Abstimmung gegenüber dem Ratschlag leicht angepasst werden.

Im Namen der GSK danke ich dem Gesundheitsdepartement und dem Vorsteher für die Vorstellung der Teilrevision Gesundheitsgesetz zur Ausbildungsoffensive in der Kommission sowie für den interessanten Austausch mit den Personal- und Branchenverbänden sowie den Ausbildungseinrichtungen.

Die GSK beantragt einstimmig die Zustimmung zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes und zur Einführung zweier neuer Paragrafen für die Förderung der Ausbildung und der Ausbildungspflicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat spricht Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte zuerst dem Präsidenten und den Mitgliedern der GSK für die wohlwollende, unterstützende und auch effiziente Bearbeitung dieses wichtigen Geschäfts danken. Die Zeitverhältnisse sind ja kurz geschildert worden und ich bin sehr froh, dass wir jetzt an diesem Punkt stehen, wo wir über unsere formellen gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung des neuen Pflegeartikels entscheiden können.

Die Pflege ist ein elementar wichtiger Grundpfeiler eines qualitativ hochwertigen Gesundheitssystems. Nicht zuletzt die Pandemie hat uns dies dramatisch vor Augen geführt. Die Pflege, das Gesundheitswesen insgesamt steht jedoch vor grossen Herausforderungen, insbesondere aufgrund des demografischen Wandels und der Arbeitsmarktsituation. Als Antwort darauf hat der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK die Volksinitiative für eine starke Pflege lanciert, die sogenannte Pflegeinitiative, die im November 2021 von Volk und Ständen angenommen wurde.

Der Bundesrat beschloss daraufhin, die Initiative in zwei Etappen umzusetzen. Zur Umsetzung der ersten Etappe hat das Bundesparlament im Dezember 2022 das Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege

verabschiedet. Das Gesetz wird am 1. Juli 2024, also sehr bald, in Kraft treten und erteilt den Kantonen diverse Aufgaben mit dem Ziel, die Ausbildungen zur Pflegefachperson an der höheren Fachschule HF und an der Fachhochschule FH gezielt zu fördern.

Das Bundesgesetz verpflichtet die Kantone, Beiträge an die Akteure im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen für ihre Ausbildungsleistungen sowie Beiträge an die Studierenden der Bildungsgänge Pflege FH und HF zu leisten. Ergänzend sollen die Kantone den höheren Fachschulen Beiträge zur Erhöhung der Anzahl Ausbildungsabschlüsse in Pflege gewähren. Die gesamte Bundesvorlage ist auf acht Jahre befristet.

In den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurde der wachsende Bedarf an Pflegekräften früh erkannt und im Rahmen der gemeinsamen Gesundheitsregion wurde mit dem Ausbau der Ausbildungskapazitäten bereits vor der Annahme der Pflegeinitiative begonnen. Durch kantonale Massnahmen konnte zwischen 2022 und 2024 die Anzahl der Lernenden zur Fachfrau bzw. zum Fachmann Gesundheit um ein Drittel und die Anzahl der Studierenden HF und FH Pflege um mehr als die Hälfte gesteigert werden. Die Umsetzung der Pflegeinitiative beginnt hier also nicht bei null.

Ich möchte insbesondere auch hervorheben, dass die beiden Kantone sehr eng zusammenarbeiten und gemeinsam das Bildungszentrum Gesundheit auch betreiben. Die Umsetzung des neuen Pflegeartikels wurde entsprechend auch von Beginn weg als bikantonales Projekt der Gesundheits- und Bildungsdirektionen und Departemente der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft aufgegleist unter Einbezug des Bildungszentrums Gesundheit und in Abstimmung mit den Berufsverbänden und Akteuren im Gesundheitsbereich. An dieser Stelle bedanke ich mich bei den Beteiligten für ihren Einsatz und für die konstruktive Zusammenarbeit während der gesamten bisherigen Umsetzung. Wir sind sehr dankbar, dass wir uns in der Ausbildung von Pflegefachkräften auf diese Partnerschaft mit den Arbeitgebenden und auch den Verbänden der Arbeitnehmenden abstützen dürfen.

Mit der vorliegenden Teilrevision des Gesundheitsgesetzes sollen nun die kantonalen Rechtsgrundlagen für die Umsetzung der Vorgaben aus dem neuen Pflegeartikel eingeführt werden. Es ist ebenso wie im Bund eine Befristung auf acht Jahre vorgesehen.

Um die Pflegeberufe nachhaltig zu fördern, hat sich der Kanton Basel-Stadt zudem dazu entschieden, neben der Ausbildung von Pflegefachpersonen HF und FH auch die Ausbildung zur Fachfrau oder zum Fachmann Gesundheit mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis zu fördern. Das ist die sogenannte FaGe-Ausbildung. Diese fungiert als wichtigste Zulieferin zur Ausbildung an der HF und der FH. Die Förderung der Ausbildung auf Stufe des EFZ ist jedoch rein kantonal, der Bund deckt das nicht ab und unabhängig von der Bundesvorlage, soll aber letztlich natürlich ebenfalls zur Erhöhung der Bildungsabschlüsse auf der Tertiärstufe beitragen und der Gefahr einer Verschiebung der Ausbildungen von der EFZ auf die FH-/HF-Stufe Abhilfe schaffen.

Die Leistungserbringer im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen, insbesondere Spitäler, Pflegeheime oder Spitex-Organisationen, werden durch die vorliegende Teilrevision des Gesundheitsgesetzes auch zur Ausbildung gemäss ihren betrieblichen Möglichkeiten verpflichtet. Ein Anliegen der Verbände wurde in diesem Zusammenhang auch aufgenommen. Es geht um die Einführung von Ausgleichszahlungen für säumige Ausbildungsinstitutionen, die ihrer Ausbildungspflicht nicht vollumfänglich nachkommen, sondern eher von der Ausbildungstätigkeit anderer Institutionen profitieren. Die Bundesvorlage sagt dazu nichts, wir haben aber bereits unter den Spitälern ein System von Ausgleichszahlungen und wir werden das jetzt hier dann auch im Gesetz verankern, sofern Sie heute der Vorlage zustimmen.

Vielleicht noch ein Wort dann zur weiteren Umsetzung. Sie haben das gehört, es ist sehr knapp, am 1. Juli treten die bundesrechtlichen Vorgaben in Kraft und wir wollen bereit sein für die Studien und Lehrgänge dann ab Herbst. Das heisst, wir kommen hier in einen engen Zeitplan und ich bin dankbar, wenn wir die gesetzlichen Grundlagen heute hier verabschieden können. Die Vernehmlassung des Bundes ist inzwischen publiziert, die enthält für uns keine grossen Überraschungen. Die kantonale Verordnung haben wir ebenfalls in Vernehmlassung gegeben. Dafür haben wir bereits also einen Entwurf in enger Abstimmung mit Baselland und wir hoffen, dass wir noch vor den Sommerferien oder spätestens dann unmittelbar nach den Sommerferien diese Verordnung auch in Kraft setzen können, so dass wir dann wirklich bereit sind für den Herbst.

Ich bin in diesem Sinne Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unseren Anträgen heute zustimmen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP geht das Wort an Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Der Kommissionspräsident Oliver Bolliger und auch Regierungsrat Lukas Engelberger haben bereits einiges zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes gesagt, weshalb ich mich im Namen der SP und auch der GAB-Fraktion kurz halten kann. Es ist mir aber wichtig, die Arbeit der Pflegenden, aber auch die nun vorliegende Teilrevision des

Gesundheitsgesetzes zur Umsetzung eines Teils der Pflegeinitiative zu würdigen und Ihnen die Zustimmung zur Vorlage nahe zu legen.

Denn die Pflegekräfte sind das Rückgrat unseres Gesundheitswesens. Ohne ihr Engagement und ihre Fachkompetenz wäre eine hochwertige medizinische Versorgung, wie wir sie heute kennen, nicht möglich. Dennoch stehen wir vor der Herausforderung, dass die Anzahl der Pflegekräfte nicht ausreicht, um den steigenden Bedarf zu decken. Die demografische Entwicklung und der medizinische Fortschritt führen zu einem immer höheren Bedarf an qualifizierten Pflegefachkräften, den wir nicht decken können. Es ist daher von zentraler Bedeutung, dass wir in die Ausbildung und die Förderung dieser Berufsgruppe investieren.

Mit der Umsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege können wir hier und heute einen wichtigen Schritt machen, um die Ausbildung im Bereich der Pflege zu verbessern. Durch die Schaffung attraktiver Ausbildungsangebote können wir eine berufliche Laufbahn in der Pflege attraktiver machen, durch die finanzielle Unterstützung werden mehr Pflegende diese wichtigen Weiterbildungen angehen können und durch die Möglichkeit der Weiterbildung in Teilzeit ermöglichen wir beispielsweise auch Eltern, die nur einer Teilzeittätigkeit nachgehen möchten, dies zu tun und erleichtern auch den Wiedereinstieg.

Die Teilrevision des Gesundheitsgesetzes zur Umsetzung des ersten Teils der Pflegeinitiative ist also auch ein entscheidender Schritt, um die Zukunft unseres Gesundheitswesens und eine hochwertige, gerechte und nachhaltige Gesundheitsversorgung für alle zu gewährleisten. Neben den Bestrebungen rund um die Ausbildung ist es dann aber auch sehr wichtig, dass die Pflegenden im Beruf verbleiben möchten und dafür braucht es auch eine rasche Umsetzung des zweiten Pakets und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Denn gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend, um die Berufszufriedenheit zu erhöhen und die Fluktuation zu verringern. Dazu gehören faire Löhne, möglichst flexible Arbeitsmodelle und der Schutz vor Überlastung.

In diesem Sinne freue ich mich, dass Sie alle entsprechend »Chrüzlistich» diesem wichtigen, breit abgestützten und auch bikantonal erarbeiteten Gesetzesvorhaben zustimmen werden. In Bezug auf den zweiten noch ausstehenden Teil der Gesetzesrevision, nämlich der Verbesserung der Löhne und Anstellungsbedingungen, sind wir gespannt auf die Vorlage des Regierungsrats.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich bin nicht hier, um meinen Vorrednern zu widersprechen, sondern ich kann dem allem zustimmen im Namen der GLP. Ich will nur noch kurz auf ein paar weitere Aspekte hinweisen, die sonst möglicherweise in dieser Einstimmigkeit hier unterzugehen drohen.

Wie Melanie Eberhard vor mir schon ausgeführt hat, mit dieser vorliegenden Revision des Gesundheitsgesetzes ist die Arbeit nicht gemacht. Es kommt ein zweites Paket für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um das grosse Problem anzugehen, der Verbleib im Beruf. Und auch das ist nicht alles. Darüber hinaus gibt es etwas, was wir in dem Sinne nicht gesetzlich beeinflussen können, was aber eigentlich ein grosser Teil des Problems ist, und das ist die Wertschätzung, die wir den Pflegenden wirklich in ihrem Arbeitsalltag entgegenbringen. Da können wir uns aber alle selber in die Pflicht nehmen und wirklich darauf achten, dass wir diesem Beruf die nötige Wertschätzung wiedergeben und ihn somit attraktiv machen. Ich denke, es ist ein attraktiver Beruf, aber da haben wir es alle in der Hand, dass wir das verbessern können.

Ein weiterer Aspekt ist, wenn wir über den Bereich Pflege hinausgehen, werden wir, denke ich, in Zukunft vor allem auch ein Problem beim ärztlichen Personal haben. Auch dort gibt es teilweise schon in gewissen Teilgruppen einen Mangel an Fachpersonen und auch da, denke ich, jetzt bin ich nicht hier, um quasi die Regierung zu kritisieren, ich denke, wir hier in Basel, wir machen hier unsere Hausaufgaben, aber insbesondere wollen wir da der Regierung den Rücken stärken, dass sie da die anderen Kantone in die Pflicht nimmt, da auch ihren Beitrag an die Finanzierung zu leisten bei der Ausbildung von Ärzten. Wie gesagt, wir sind ziemlich sicher, das wird in Zukunft noch mehr Bemühungen brauchen und wir von der GLP werden uns auch dafür einsetzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Ich wollte eigentlich nicht mehr zu dem Geschäft sprechen, aber nachdem Tobias Christ jetzt noch einmal auf wichtige Punkte hingewiesen hat, möchte ich einfach die einerseits auch aus der Sicht der Fraktion GAB unterstreichen und ich bin mir gleichzeitig nicht ganz sicher, ob wir nicht auch die Regierung ein bisschen kritisieren müssen. Deshalb spreche ich auch, weil mehrere Anzüge hängig sind, schon lange, die darauf warten, beantwortet zu werden von der

Regierung, wo es darum geht, die Arbeitsbedingungen in den Spitälern zu verbessern. Da könnte man schneller vorwärtsgehen, es ist nicht etwas, mit dem man warten muss.

Was ich auch ganz wichtig finde, wir haben jetzt die Spitalrechnungen auf dem Tisch. Den Spitälern geht es nicht gut und sie haben finanzielle Schwierigkeiten und hier wird der Kanton auch in der Pflicht sein, Geld in die Hand zu nehmen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Von daher bin ich sehr gespannt darauf, wenn jetzt dann die Zweijahresfrist für die Anzüge abgelaufen ist und die Antworten der Regierung kommen, wie sie gedenken, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte/EVP spricht Pasqualine Gallacchi.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Auch nur kurz eine Replik auf das, was Tobias Christ gesagt hat. Ich meine, jetzt die Umsetzung von dieser Pflegeinitiative ist ein Aspekt im Gesundheitswesen, das ist schon klar. Es sind viele, sagen wir mal, Baustellen, die noch zu bereinigen sind. Fleur Weibel hat das auch gesagt, die Spitäler haben im Moment grosse Sorgen, auch mit der Tarifierung, usw., aber ich denke, es ist jetzt doch ein Schritt in die richtige Richtung, dass man das auch schon an die Hand genommen hat, dass man das schnell an die Hand genommen hat, dass man das jetzt umsetzt und deswegen, denke ich, kann man doch der Regierung eigentlich ein Kompliment machen, dass es jetzt das schnell vorwärtsgeht, mindestens ein Aspekt. Und dass die anderen Probleme im Gesundheitswesen da sind, möchte ich nicht verneinen, das ist so.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit hat Regierungsrat Lukas Enelberger das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die sehr wohlwollende und unterstützende Kommentierung der Anträge, die wir gestellt haben. Ich freue mich, dass das hier doch auf eine sehr breite Zustimmung trifft und selbstverständlich ist auch uns im Regierungsrat klar, dass das nur ein Schritt ist, einer von vielen auf einer Piste von vielen weiteren Pisten.

Die Attraktivität der Pflegeberufe muss und kann weiter gestärkt werden. Ich finde den Hinweis auf die Wertschätzung, die wir zum Ausdruck bringen, sehr berechtigt und sehr wichtig. Das tun wir hier heute und das können und sollten wir aber auch in unserem Alltag tun. Und selbstverständlich ist korrekt, dass auch in weiteren Feldern des Gesundheitswesens und der Gesundheitsberufe Handlungsbedarf angezeigt ist und die finanzielle Situation der Leistungserbringer, Institutionen im Gesundheitswesen ebenfalls sich schwierig und herausfordernd präsentiert.

Wir werden uns diesen weiteren Herausforderungen selbstverständlich stellen. Es sind Anzüge erwähnt worden, die in diesem Zusammenhang schon hängig sind und selbstverständlich sind wir dann auch froh, wenn wir bei zukünftigen Diskussionen und Anträgen wieder auf Ihre Unterstützung zählen dürfen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Gesundheitsgesetz

Titel nach § 60 (neu)

§60a (Neu)

Abs. 1 – 8

§60B (Neu)

Abs. 1 – 2

Abs. 3

Lit a – b

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003586, 05.06.24 11:26:18]*

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Gesundheitsgesetz (GesG) vom 21. September 2011 [1]) (Stand 1. März 2023) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 60 (neu)

VII.10bis. Ausbildung im Bereich der Pflege

§ 60a (neu)

Förderung der Ausbildung

1 Der Kanton fördert die Ausbildung im Bereich der Pflege.

2 Er sorgt in Zusammenarbeit mit den Akteuren im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen (Organisationen, die Pflegefachpersonen beschäftigen, Spitäler und Pflegeheime) für die Bereitstellung von genügend Plätzen für die praktische Ausbildung zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann HF und zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann FH sowie zur Fachfrau oder zum Fachmann Gesundheit EFZ.

3 Er bestimmt für die Akteure im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen die anrechenbaren Leistungen. Er berücksichtigt dabei das Ergebnis der Berechnung der Ausbildungskapazitäten der Akteure im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen und das von ihnen erstellte Ausbildungskonzept.

4 Er gewährt den Akteuren im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen Beiträge für ihre Leistungen in der praktischen Ausbildung.

5 Er fördert eine bedarfsgerechte Erhöhung der Anzahl Ausbildungsabschlüsse in der Pflege an der höheren Fachschule. Zu diesem Zweck gewährt er der höheren Fachschule Beiträge.

6 Er gewährt Personen mit Wohnsitz im oder Anknüpfungspunkt an den Kanton zur Sicherung ihres Lebensunterhalts Ausbildungsbeiträge für die Ausbildung in Pflege HF oder in Pflege FH.

7 Er kann weitere Ausbildungen im Bereich der Pflege fördern, sofern hierfür ein ausgewiesener Bedarf besteht.

8 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten. Er erlässt insbesondere Vorschriften über die Zuständigkeiten, die Voraussetzungen und den Umfang der Beiträge sowie das Verfahren für deren Vergabe.

§ 60b (neu)

Ausbildungspflicht

1 Die Akteure im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen sind verpflichtet, entsprechend ihren betrieblichen Möglichkeiten Plätze für die praktische Ausbildung zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann HF und zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann FH sowie zur Fachfrau oder zum Fachmann Gesundheit EFZ anzubieten.

2 Liegt die erbrachte Ausbildungsleistung der Akteure im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen unter der festgelegten Ausbildungsleistung, haben diese eine Ausgleichszahlung zu leisten. Die Höhe der Ausgleichszahlung bestimmt sich nach Massgabe der nicht erbrachten Ausbildungsleistung und entspricht höchstens dem dreifachen Betrag der Beiträge für praktische Ausbildungsleistungen gemäss § 60a Abs. 4, welche der Kanton bei der Erfüllung der Ausbildungspflicht leisten würde.

3 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten. Er erlässt insbesondere Vorschriften über:

a) Umfang und Modalitäten der Ausbildungspflicht sowie deren Ausnahmen;

b) Bemessung und Verwendung der Ausgleichszahlungen sowie Ausnahmen von der Pflicht zur Leistung einer Ausgleichszahlung.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. Die §§ 60a und 60b sind auf acht Jahre befristet analog der Geltungsdauer des Ausbildungsförderungsgesetzes Pflege.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

11. Motion 1 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt

[05.06.24 11:26:24, 24.5144.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich zuerst Annina von Falkenstein gemeldet.

Annina von Falkenstein (LDP): Die LDP bittet Sie, die vorliegende Motion nicht zu überweisen. Wichtig festzuhalten ist, dass wir von der LDP hinter der Sozialhilfe und hinter den in Basel-Stadt bekannten Sozialleistungen stehen und diese auch schätzen. Sie sind sehr wichtig und sie greifen dort, wo das eigene Wirken die Existenzsicherung nicht bekräftigen kann. Dieses System entspricht unserer liberalen Gesinnung. Trotzdem sind wir zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen und einem entsprechenden Ausbau der Sozialleistungen in Basel-Stadt.

In der aktuellen Grossratssession werden wir den Anzug Nicole Amacher zur Analyse der Gründe für Nichtbezug von Sozialhilfe und Sozialleistungen behandeln. Wir unterstützen diesen und sind gespannt zu sehen, wo das aktuelle System nicht oder zu wenig genutzt wird und warum dies so ist. Solange die aktuell vorhandenen Angebote nicht zu ihrem vollen Potenzial genutzt werden, stellen wir uns gegen einen weiteren Ausbau der Sozialleistungen. In der Beantwortung des Anzugs Melanie Nussbaumer, Alleinerziehende vor Armut schützen, wird aufgezeigt, wie und in welchem Ausmass die vorhandenen Massnahmen Armut reduzieren. Schaffen wir es, die Nichtbezugsquote zu senken, können noch mehr Personen von den Sozialleistungen profitieren und ihre Existenz besser sichern. Das ist aus unserer Sicht ein guter Weg. Ein Weg, der vor dem Beschluss weiterer Sozialleistungen beschritten werden muss.

Als zweiter Punkt leuchtet uns die Argumentation des Regierungsrats in der Beantwortung des obengenannten Anzugs ein. Der Zielkonflikt Kinderbetreuung/Erwerbsleben lässt sich nicht nachhaltig durch Geldleistungen wie Ergänzungsleistungen lösen. Da gerade rund um die Kinderbetreuung per August neue Konditionen in Kraft treten, sind wir zuversichtlich, dass die Situation sich so bereits etwas verbessern kann. Auch das Steuerpaket, das rückwirkend per 2023 in Kraft gesetzt wurde, beinhaltet familienfreundliche Aspekte. Auch deren Auswirkung möchten wir abwarten, bevor wir uns erneut ein Bild zur Lage und zu allfälliger Notwendigkeit weiterer möglicher Ausbaumassnahmen machen.

Uns ist bewusst, dass die wirtschaftliche Situation von Familien viel Einfluss auf die Entwicklung der Kinder und so auch auf die gesellschaftliche Chancengerechtigkeit hat. Aktuell ist die Ausgangslage zum Beschliessen eines neuen Angebots aber nicht die richtige. Aufgrund des hohen Verzahnungsgrads unterschiedlichster direkter und indirekter Sozialleistungen und Angebote ist es aktuell nicht möglich, eine klare Übersicht des Wirkungsgrads der Massnahmen, die per August, Stichwort Tagesbetreuung, daherkommen werden, zu erhalten. Einige davon sind neu und brauchen Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten. Erst dann kann ein neues Bild über mögliche Verbesserungsmöglichkeiten gemacht werden. Die Datenlage und der Zeitpunkt für die Diskussion des hier vorliegenden Vorstosses sind unzureichend respektive falsch.

Aus diesem Grund bitten wir Sie, die Motion nicht zu überweisen. Ich nehme die Zwischenfrage an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Fleur Weibel hat für die Frage das Wort.

Fleur Weibel (GAB): Annina von Falkenstein, was sagen Sie den Minderjährigen, 8 Prozent Jugendlichen, die derzeit schon in Armut oder respektive unter der Armutsgrenze leben, wenn Sie noch warten möchten, bis die ganzen Instrumente sich verzahnen?

Annina von Falkenstein (LDP): Fleur Weibel, die Massnahmen sind eben jetzt schon sehr verzahnt und es kommen neue drauf. Zwei davon habe ich genannt und das möchte ich gerne abwarten, um aufgrund der neuen Lage zu schauen, wo wir stehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Familienarmut ist verbreitet, ich glaube, hier sind wir einig. Ich hoffe, Oliver Bolliger wird noch ein paar Statistiken vorlesen nachher, aber ich denke, Sie alle konnten das in letzter Zeit oft lesen in den Medien, Familienarmut ist verbreitet, wird immer wie grösser und ich nehme an, dass diese Tatsache Ihnen allen bewusst ist. Die politische Frage heute ist aber, wollen wir uns diesem Problem annehmen, wollen wir die Familien, die armutsbetroffen sind, noch besser unterstützen oder sagen wir, es ist okay, dass jede dritte Person in der Sozialhilfe in Basel-Stadt ein Kind ist.

Das Instrument Familien-Ergänzungsleistungen wird von allen Expertinnen und Experten und Organisationen, die sich mit Sozialpolitik auseinandersetzen, als wichtiges und wirkungsvolles Instrument empfohlen, um Kinderarmut und Familienarmut zu verringen und armutsbetroffene Familien zu entlasten. Solche Organisationen sind zum Beispiel Caritas Schweiz, auf Diskurs, da sind wir ja auch vertreten aus Basel-Stadt, oder zum Beispiel auch die EVP Schweiz. Ich lese ein Zitat vor aus der EVP-Seite national, Zitat Anfang: «Kinder dürfen in der Schweiz kein Armutsrisiko sein. Und sie gehören schon gar nicht in die Sozialhilfe. Deshalb setzt sich die EVP für schweizweite Familien-Ergänzungsleistungen ein.» Zitat Ende.

In verschiedenen Kantonen wie zum Beispiel Solothurn, Waadt, Genf oder Tessin und weiteren sind Familien-Ergänzungsleistungen bereits eingeführt, wobei man ehrlicherweise sagen muss, dass das überall ein bisschen anders ausgestaltet ist und das ist ja normal in unserem Föderalismus. Hier in Basel haben wir, das muss man zugeben, sehr gute bedarfsabhängige Sozialleistungen, die vorgelagert sind zur Sozialhilfe. Das ist sehr wertvoll und dieses System ist austariert, daran wollen wir nichts ändern. Nichtsdestotrotz, und das ist wichtig, fallen trotzdem viele Familien auch durch diese Maschen und landen in der Sozialhilfe und genau diese Landung will diese Motion verhindern.

Warum. Die Ergänzungsleistungen erlauben im Vergleich zur Sozialhilfe mehr Freiheiten und Selbstbestimmung. Gerade für Familien ist das wichtig. Sie ermöglichen den Familien einen gewissen finanziellen Handlungsspielraum, damit sie überhaupt die Chance haben, zum Beispiel in Bildung zu investieren oder andere Perspektiven zu entwickeln. Die Sozialhilfe erlaubt das nicht. Es muss alles und jedes über irgendwelche SILs, situationsabhängige, individuelle Leistungen abgerechnet werden. Familien in Armut brauchen keine Kontrollinstanz, sondern wenn dann eine gute Begleitung. Vielleicht sogar eine Arbeitsintegrationsbegleitung, die nicht an der familiären Realität vorbeizielt und noch mehr Druck und Stress produziert, als diese Familien, die in Armut leben, sowieso schon haben.

Bisherige Erfahrungen aus anderen Kantonen zeigen, dass die Sozialhilfe sehr viel schlechter abschneidet beim Thema der nachhaltigen Erwerbsintegration, als dies Familien-Ergänzungsleistungen tun. Im Kanton Waadt konnte zum Beispiel das Instrument bereits evaluiert werden und das Ergebnis war ganz eindeutig. Dank den Familien-Ergänzungsleistungen ist die Erwerbstätigkeit der Familien gestiegen. Dort gibt es ein Coaching für manche Familien in den Ergänzungsleistungen, was sehr wirksam ist. Das könnte natürlich auch in Basel-Stadt in der Ausgestaltung der Familien-Ergänzungsleistung Teil davon sein.

Sie sehen, in Familien-Ergänzungsleistungen zu investieren, das lohnt sich, das zeigen alle bisherigen Erfahrungen aus den anderen Kantonen und deshalb freue ich mich, wenn Sie diese Motion unterstützen. Im Namen der SP vielen Dank.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Die Fraktion Grün-Alternatives Bündnis unterstützt die Motion Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen voll und ganz. Melanie Nussbaumer hat gerade sehr gut und ausführlich die ganzen technischen Details rund um die Familien-Ergänzungsleistungen ausgeführt. Deshalb werde ich jetzt nicht nochmal

auf das Technische eingehen, sondern werde Ihnen von einem Fallbeispiel berichten, das im Frühling im Radio SRF in einer Kontextsendung porträtiert worden ist.

Es ist das Beispiel einer jungen Frau, die inzwischen erwachsen ist und in einer von Armut betroffenen Familie gross geworden ist hier in der Region. Und ich möchte vorausschicken, es handelt sich dabei zwar um ein Fallbeispiel, es handelt sich aber nicht um einen Einzelfall. Gut 8 Prozent der Menschen in der Schweiz leben unter der Armutsgrenze, nochmal 1,2 Millionen Personen sind armutsgefährdet und dies trifft im gleichen Masse eben auch Minderjährige. Es ist davon auszugehen, dass ein bis zwei Kinder pro Schulklasse in der Schweiz in armutsbetroffenen Familien leben und wie das aussieht, möchte ich Ihnen nun anhand des Fallbeispiels kurz darlegen.

Das Beispiel dieser jungen Frau, die in der Kontextsendung porträtiert wurde, das zeigt auf, welche riesige Last auf den Schultern von Kindern und Jugendlichen lastet, wenn Familien nicht adäquat vor Armut geschützt werden oder ihnen nicht dabei geholfen wird, aus der Armut herauszukommen. Das Mädchen in dem Beispiel beginnt mit 12 Jahren Gelegenheitsjobs für Nachbarinnen auszuführen. Mit dem wenigen Geld, das sie damit verdient, finanziert sie unter anderem das Znüni für sich und ihren Bruder, weil die Lehrerin kritisiert hat, dass sie kein gesundes Znüni mitbekommen haben und die Eltern kontaktiert hat. Das ist auch der Anstoss, warum sie anfängt Geld zu verdienen, um sich diese Peinlichkeit zu ersparen, dass die Lehrerin das Gefühl hat, die Eltern sorgen sich nicht um eine gesunde Ernährung. Sie können es schlicht nicht, weil sie das Geld dazu nicht haben.

Auf jeden Fall beginnt sie mit 12 an zu arbeiten. Sie finanziert mit dem Geld auch Spielsachen für ihren kleineren Bruder. Sie selber hat von ihrer Mutter die Botschaft erhalten, als sie sich mal ein Spielzeug gewünscht hat, das im Schaufenster war, dass sie gerade sich das Tramticket nicht leisten können, dass sie deshalb nach Hause laufen und dass deshalb auch das Spielzeug nicht drin liegt. Ich denke, viele hier in diesem Grossen Rat können sich eine solche Situation nicht vorstellen und umso wichtiger ist es, sie sich vor Augen zu führen.

Das Mädchen kommt in die weitere Schule und fängt an, immer wie mehr zu arbeiten. Sie finanziert damit Zugtickets für Ausflüge der Familie, sie finanziert Eintritte ins Hallenbad, damit die Familie mal schwimmen gehen kann und trotzdem schafft sie es ins Gymnasium. Dort fängt sie an mit 18 in einer Fastfoodkette zu arbeiten. Sie arbeitet fast jeden Abend, sie arbeitet am Wochenende, denn das Gymnasium ist mit sehr viel höheren Kosten verbunden, als es die Volksschule war, beispielsweise Klassenlager könnte sie sich sonst nicht finanzieren. Auch die Krankenkassenprämien der Familie finanziert sie mit ihren Einkünften. Sie arbeitet am Abend, sie arbeitet am Wochenende, wann lernt sie, sie lernt in der Nacht. Sie nimmt Ritalin, sie wird trotzdem immer wie müder, ihr geht die Energie aus, schlussendlich bricht sie das Gymnasium ab.

Das Beispiel zeigt, in Armut lebende Familien in der Schweiz, das bedeutet puren Stress, nicht nur für die Eltern, sondern auch für die Kinder und ich bin sicher, viele von Ihnen möchten das nicht verantworten, schon gar nicht, dass Kinder ihre Schulbildung abbrechen müssen, um den Finanzhaushalt der Eltern aufzubessern. Die junge Frau schliesst in dem Radio-Porträt mit folgenden Worten: Es geht doch nicht, dass Kinder aus finanziell schwachen Familien so viel tragen müssen. Und dem habe ich nichts hinzuzufügen. Bitte unterstützen Sie die Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Kindern in armutsbetroffenen Familien und Haushalten, sie haben unseren besonderen Schutz verdient und es ist wichtig, dass unser Sozialsystem so ausgerichtet ist, dass diese finanzielle und soziale Unterstützung gut ist und die Menschen davon ein menschenwürdiges Leben leben können.

Das macht der Kanton und die Allermeisten der betroffenen Familien, vor allem wenn jemand arbeitet der Eltern, die sind in Basel-Stadt nicht in der Sozialhilfe, sondern die werden unterstützt mit unserem umfangreichen Unterstützungsangebot, das wir im Kanton Basel-Stadt haben, auch das Basler Modell genannt. Wir haben Familien-Mietzinsbeiträge, wir haben Prämienverbilligungen, wir haben die Alimentenhilfe, wir haben die Ausbildungsbeiträge, wir haben Betreuungsbeiträge an die Tagesbetreuung, wir haben öffentliche Zahnkliniken und auch in der Sozialhilfe erhalten Familien heute schon bedarfsgerecht zahlreiche situationsbedingte Leistungen finanziert. Angesprochen und zum Beispiel Musikunterricht, Sport, Freizeitaktivitäten, Lager, Ausgaben, Aufgabenhilfe, Stützkurse, etc.

In diesem Bereich hat auch in den letzten Jahren ein Ausbau stattgefunden, an vorderster Stelle sicher bei den Kitas. Sie haben mit dem Gegenvorschlag zur Kita-Initiative die Unterstützung an die Familien mit Kindern massiv erhöht. Mit der Steuervorlage 17 haben wir die Familienzulagen erhöht in diesem Kanton und wir haben auch mit der Steuervorlage 17 vier neue Einkommensgruppen bei den Prämienverbilligungen geschaffen, auch dort insbesondere für Familien. Sie sehen also, Basel-Stadt macht viel und hat ein gutes Angebot.

Was ist jetzt der Unterschied zu dieser Motion. Der Vorteil vom Basler Modell heute ist, dass sich Arbeit lohnt, und Arbeit ist die beste Sozialhilfe für die betroffenen Menschen. Unser Ziel ist, dass die Leute arbeiten und dort mit fairen Löhnen ihr Einkommen verdienen, das sie brauchen, um ihre Familie zu finanzieren. Und bei unseren Unterstützungsleistungen, die

sind so ausgestaltet, dass wenn man Geld verdient und arbeitet, man auch mehr Geld am Ende des Tages in seiner Tasche hat. Das ist der Unterschied bei den vorgeschlagenen Familien-Ergänzungsleistungen. In diesem ganzen Bereich gibt es keine finanziellen Anreize zu arbeiten und das ist das Problem.

Ergänzungsleistungen heute kennen wir für Menschen, die nicht arbeiten können oder die nicht mehr müssen, weil sie pensioniert sind. Also bei Rentnerinnen und Rentnern erwartet niemand, dass sie zurück in den Arbeitsmarkt gehen, deshalb gibt es dort Ergänzungsleistung. Bei IV, wo Menschen aufgrund ihrer Gesundheitssituation nicht arbeiten können, auch dort braucht es nicht Anreize, dass die Menschen arbeiten, entsprechend gibt es dort Ergänzungsleistung. Und das ist anders bei Familien, wo es Eltern gibt, die grundsätzlich arbeitsfähig sind. Und das sollte unser Ziel sein, da stimme ich auch mit der Fraktionssprecherin der SP überein, dass Menschen, dass auch diese Familien arbeiten.

Ein Problem auch der Familien-Ergänzungsleistung ist die Frage, was ist eine Familie und was ist, wenn die Familie nicht mehr ist. Also das bedeutet eigentlich, dass wenn dann die Kinder nicht mehr Teil sind des Haushaltes, dass dann wieder die Ergänzungsleistungen vorbei sind und dann die Arbeitsmarktintegration noch zu bewerkstelligen, wird eine sehr schwierige Aufgabe sein.

Das andere Problem ist auch, diese Diskussion haben wir auch bei den Mietzinsbeiträgen bei getrenntlebenden Kindern, wer ist dann dort die Familie oder bekommen dann beide Seiten Familien-Ergänzungsleistungen. Auch diese Frage wird sich dann ganz konkret stellen, wenn wir auf Familien-Ergänzungsleistungen umstellen.

Aus diesem Grunde möchte der Regierungsrat weitergehen auf seinen Weg. Wenn wir zum Schluss kommen, dass auch die Grundunterstützung in der Sozialhilfe zu tief ist, dann braucht es dort Anpassungen und nicht ein neues Sozialsysteme neben unseren Ergänzungsleistungen, die ja sowieso weiterlaufen werden, auch für die Menschen, die keine Kinder haben.

Dann auch noch eine Anmerkung, die Sozialhilfe leistet eine wichtige und eine gute Arbeit und die stetige Kritik an dieser Institution, glaube ich, ist auch nicht hilfreich für unser soziales Basel.

Aus diesem Grunde bittet Sie der Regierungsrat, diese Motion nicht zu überweisen und stattdessen eher konkret zu schauen, wo im heutigen System noch Bedarf besteht. Falls das der Fall ist, wo es Verbesserungen gibt zu vollziehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Motionär Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich bedanke mich für die interessante Debatte und im speziellen auch für die gut erklärenden Voten von Melanie Nussbaumer und Fleur Weibel. Bezüglich der Statistiken, die angemerkt wurden, verweise ich auf den Motionstext, da gibt es gute Hinweise zur SKOS und zur Caritas Schweiz.

Die Idee von Familien-Ergänzungsleistungen treibt mich schon lange um. Eigentlich seit ich mich beruflich und politisch mit dem Thema Armut und Familienarmut beschäftige, also nun beinahe rund 30 Jahre. Und ich bin da ja überhaupt nicht der einzige, im Grossen Rat wurden wiederholt Vorstösse und Anfragen genau für diese Fragestelle eingereicht. Hinter meinem Vorstoss steht die Überzeugung, dass Kinder nicht in Armut aufwachsen sollen, dass Kinder kein Armutsrisiko darstellen sollen und dass die Strukturen einer reichen Schweiz so ausgelegt werden sollen, dass so gut als möglich Familienarmut verhindert oder wenn dies nicht möglich ist, so gut als möglich vermindert werden soll. Also ich bin da voll auf EVP-Linie, habe ich gerade gemerkt. Und ich gehe mal davon aus, dass viele der hier Anwesenden dies im Grundsatz und über die Parteigrenzen hinweg auch so teilen, denn wir wissen, dass das Aufwachsen in Armut mit hohen gesellschaftlichen Risiken auf verschiedenen Ebenen verbunden ist und zudem finanzielle Spätkosten verursacht.

Deshalb habe ich mich nach meiner schriftlichen Anfrage aus dem Jahr 2019 dazu entschlossen, nun eine Motion einzureichen, damit der Regierungsrat beauftragt werden kann, zuallererst überhaupt einmal eine gesetzliche Grundlage hierfür zu schaffen. Die Details, die auch berechtigterweise natürlich benannt werden können, wie genau die Familien-Ergänzungsleistungen ausgestaltet werden und in welche Einbettung das vorhandene System der sozialen Sicherheit, werden dann Bestandteil des nachfolgenden politischen Prozesses sein. Der Spielraum, der die Regierung bei der Ausgestaltung von Familien-Ergänzungsleistungen hätte, ist aus meiner Sicht klar vorhanden und gross. Ich bin wirklich überzeugt davon, dass nun die Zeit reif ist, bei der Verhinderung von Familienarmut einen Schritt weiterzugehen.

Die bisherige Antwort, dass wir in Basel bereits ein super austariertes System haben und es deshalb keine Verbesserung mehr braucht, reicht mir nicht. Es ist zwar berechtigterweise auch von Regierungsrat Kaspar Sutter benannt worden, dass wir viel machen, ja, da gebe ich ihm recht, wir leisten wirklich im Vergleich zu anderen Kantonen viel und bemühen uns auch, die Familienarmut und überhaupt die Armut generell zu minimieren, aber ich denke, wir sind jetzt an einem Zeitpunkt angekommen, wo wir einen Schritt weitergehen können.

Es leben im Kanton Basel-Stadt immer noch viel zu viele Familien und ihre Kinder von der Sozialhilfe. Familien-Ergänzungsleistungen anstelle von Sozialhilfe sind ein möglicher und sinnvoller Ausweg aus dieser Realität und verbessert ganz konkret die finanzielle Ausgangslage der betroffenen Familien. Melanie Nussbaumer hat eigentlich schon in ihrem

Votum die Vorteile von Familien-Ergänzungsleistungen auch im Gegensatz zur Sozialhilfe deutlich klar gemacht. Und wie gesagt, die Details können dann von der Regierung ausgearbeitet werden.

Vielleicht einfach noch zu einem Argument, das auch genannt wurde, das vielleicht Hauptargument, dass der Arbeitsanreiz fehlen würde, wenn wir Familien-Ergänzungsleistungen anstatt Sozialhilfe einführen würden. Nun dies ist interessant, aber ich bezweifle, dass dies wirklich standhält. Das entspricht nicht den Erfahrungen der Kantone, die Familien-Ergänzungsleistungen eingeführt haben, im Gegenteil, es war eigentlich immer das Argument für die Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen. Und im Kanton Waadt, wie auch schon erwähnt, gibt es die Möglichkeit, ein begleitendes Coaching-Angebot zur Unterstützung anzubieten. Da spricht nichts dagegen, dass wir das auch in Basel machen könnten. Und ehrlicherweise muss auch gesagt werden, dass die nachhaltige Erwerbsintegration der Sozialhilfe auch nicht immer so erfolgreich ist. Und da geht es mir nicht darum, die Sozialhilfe zu bashen, sondern es ist einfach auch eine Realität, dass dies auch nicht immer so einfach umzusetzen ist.

Allgemein ist für die Arbeitsintegration bei Familien oder Alleinerziehenden die Verfügbarkeit und Flexibilität von familienexterner Kinderbetreuung matchentscheidend und ja, da haben wir gegenüber anderen Kantonen nun deutliche Vorteile, was wiederum den Erfolg von Familien-Ergänzungsleistungen entscheidend positiv beeinflussen wird. Zudem werden durch die Familien-Ergänzungsleistungen meines Erachtens die Eigenverantwortung und die Selbstwirksamkeit eher gestärkt als geschwächt. Besten Dank für Ihre Erstüberweisung der Motion an den Regierungsrat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003588, 05.06.24 11:50:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 52 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

12. Motion 2 Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!

[05.06.24 11:50:36, 24.5145.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Gibt es Wortmeldungen? Tanja Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte Ihnen kurz begründen, warum der Regierungsrat die Motion nicht entgegennehmen möchte.

Erstens, das Problem ist adressiert, es liegt auf dem Tisch. Das JSD hat das schon lange gemeldet, wir sind daran, Vorstösse sind pendent, es ist also wirklich eine wichtige Priorität bei uns.

Zweitens, Notfallmassnahmen wurden ergriffen. Wir haben die Arbeitsmarktzulage letztes Jahr beschlossen, die gilt bis Ende Februar 2026. Und die reicht im Moment, es stellt sich dann die Frage der Ablösung.

Dritter Punkt, weitere Massnahmen sind schon in Bearbeitung. Wir sind daran, es ist im Projekt Arbeitgeberattraktivität steigern integriert, die Entlöhnung wird dort auch ein Thema sein. Wir haben Quick Wins, die werden wir noch vor den Sommerferien der Öffentlichkeit und den Arbeitnehmenden präsentieren. Das machen wir, wir sind daran.

Was Sie hier möchten in der Motion, ist den Finanzplan und das Budget zu ändern. Das ist nicht nötig, den Finanzplan sowieso nicht und das Budget auch nicht. Wir haben ja schon die Arbeitsmarktzulage, da sind ja schon 3,4 Millionen eingestellt, das ist im Moment von dem her nicht nötig. Was aber nötig wäre, falls man die Lohnkurve anpassen wird, ist das Lohngesetz. Und das Lohngesetz zu ändern, damit es in Kraft tritt auf 1. Mai 2025, ist schlicht unrealistisch. Daher haben wir die Arbeitsmarktzulage eingeführt, damit wir die Zeit haben, das anzuschauen und damit wir mehr Grundlagen haben, auch Lohnvergleich, Mitarbeitenden-Befragung, usw. Weil es sind vor allem die Einstiegslöhne, unserer Kurve fängt weit unten an, geht dann aber sehr steil hoch.

Und was ich Ihnen auch noch sagen möchte, was mir noch wichtig ist, in der Motion wird ein Bericht von Watson zitiert wegen dem Anfangslohn in Basel-Stadt. Wir wurden damals leider nicht angefragt, diese 4'841 sind nicht korrekt. Das wäre nach Tabelle Anlaufstufe A, das hat bei uns niemand. Bei uns beginnt man dann bei der Polizei bei Anlaufstufe C und dann kommt noch die Arbeitsmarktzulage, dann wären wir bei 5'680. Das heisst, wir haben jetzt dort schon eine Verbesserung. Das ist aber nur die Tabelle, das sind nicht die effektiven Löhne, die ausbezahlt werden. Die effektiven Löhne, die haben wir im Lohnvergleich angeschaut und dort sehen wir, dass wir im Moment etwas Wichtiges gemacht haben, das uns hilft temporär. Und die Quick Wins, die kommen, und die Frage der Anpassung des Gesetzes braucht einfach mehr Zeit, als was Sie in der Motion vorschlagen.

Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen. Lassen Sie uns weiterarbeiten, wir sind am Thema dran.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den weiteren Einzelsprechenden. Hier hat sich Michael Hug gemeldet.

Michael Hug (LDP): Besten Dank auch an Regierungsrätin Tanja Soland für die Ausführungen. Ich dachte, ich werde jetzt nach Pascal Pfister sprechen, aber der hat sich wieder hinter mich gereiht. So werde ich trotzdem versuchen, meine Motivation, hier diese Motion quasi zu überweisen, mitteilen.

Sie wissen ja, dass gerade schon einige Vorstösse in diesem Bereich eingegeben wurden auch von der LDP und es ist einfach so, dass die Dringlichkeit hier das Problem darstellt. Ich habe etliche Gespräche geführt mit Polizisten/Polizistinnen oder ehemaligen Polizisten und Polizistinnen, die jetzt beispielsweise bei der Staatsanwaltschaft beschäftigt sind, zum Beispiel auch in Baselland. Ich darf momentan über das Militär einen CHS machen, die sogenannte Staatsanwaltschaftsakademie, und habe dort einiges auch mitbekommen, was bei der Umfrage von Professor Schäfer, diese Umfrage wird ja gemacht und die Ergebnisse werden dann präsentiert werden, was dort auch herauskommen wird. Und da verstehe ich dann nicht, weshalb man einfach sagt, ja, es ist alles erkannt, wir machen etwas, und auf die anderen Vorstösse, die ja schon beantwortet wurden, sagt man, man will das im Gesamtkonzept anschauen, der gesamten kantonalen Arbeitsbedingungen.

Aber hier geht es um ein grundsätzliches staatliches Handeln. Die Kernfunktion von unserem Staat ist die Sicherheit und die funktioniert nicht mehr ausreichend. Wir haben wirklich ein grosses Problem und das wird sich noch akzentuieren. Das sagen viele Personen, die täglich auf der Strasse sind und sich mit dem auseinandersetzen müssen. Und darum verstehe ich es auch aus einem Symbol her nicht, weshalb jetzt hier die SP als staatstragende Partei sich verwehrt, diesen Vorstoss zu überweisen, auch wenn es nur ein Symbol wäre. Wenn ja genau diese Massnahmen gemacht werden, wie jetzt Tanja Soland soeben gesagt hat, dann schadet ja auch diese Motion nicht, dann kann man einfach sagen beim Bericht, das wird gemacht und wir schauen, dass es so schnell wie möglich passiert. Aber so sieht es dann halt auch aus, dass man das Problem nicht ganz so dringlich angehen will und mit dem habe ich ganz grosse Probleme.

Das heisst, es ist jetzt einfach wichtig, nicht nur als Signal gegenüber den betroffenen Personen, sondern auch als Signal gegenüber der Bevölkerung, dass wir die Sicherheit hochschätzen und als Kernfunktion des Staates akzeptieren und diesen unterstützen wollen. In anderen Bereichen sind wir dann auch sehr offen, schnell Gelder zu sprechen. Hier sind ja die Gelder auch nicht genau quantifiziert, sondern wir wollen einfach eine substanzielle Erhöhung. Schwierig ist es, diese zu quantifizieren, wenn ja dieser Lohnvergleich, den wir gehört haben, auch nicht öffentlich ist, was ja schon lange gefordert wurde. Das heisst, wir tapen hier im Dunkeln und gerade deshalb ist diese Motion umso wichtiger, dass wir den Druck hochhalten und endlich eine Verbesserung herbeigeführt wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Werte Kolleginnen und Kollegen, wir fahren heute Nachmittag mit der Beratung dieses Geschäfts fort mit Pascal Pfister, Oliver Thommen und dann vielleicht dem Motionär, wenn sich nicht noch weitere melden. Danach kommen die Interpellationen und dann die Resolutionen.

Schluss der 16. Sitzung

11:59 Uhr

Protokoll

der 17. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 5. Juni 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Stefan Wittlin (SP); Raffaela Hannauer (GAB); Christian C. Moesch (FDP); Salome Bessenich (SP); Tonja Zürcher (GAB); André Auderset (LDP); Franziska Roth (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

12. Motion 2 Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt! 3
10.1. Interpellation Nr. 68 Tonja Zürcher betreffend EuroAirport-Firmen im Dienst autoritärer Regimes 10
10.2. Interpellation Nr. 69 Eric Weber betreffend Steueramt im Stresstest 11
10.3. Interpellation Nr. 70 Brigitte Gysin betreffend Französisch an den Gymnasien BS im Zusammenhang mit dem Projekt WEGM 11
10.4. Interpellation Nr. 71 René Brigger betreffend gesetzeswidrige Fristüberschreitungen des Bau- und Gastgewerbeinspektorates 12
10.5. Interpellation Nr. 72 Bruno Lötscher-Steiger betreffend vollständige oder teilweise Rückerstattung der Gewinn-Überschüsse der IWB an die Kundinnen und Kunden 12
10.6. Interpellation Nr. 73 Joël Thüring betreffend Sympathisanten der Hamas-Terroristen an der Universität Basel 12
10.7. Interpellation Nr. 74 Nicole Kuster betreffend Universitäts-Standorte im Kanton Basel-Landschaft 15
10.8. Interpellation Nr. 75 Gabriel Nigon betreffend Unterfinanzierung der Universität Basel und Einsatz von Reserven zum Ausgleich ungenügender Globalbeiträge stoppen 16
10.9. Interpellation Nr. 76 Jessica Brandenburger betreffend Sensibilisierung der Strafverfolgungsbehörden im Umgang mit Hassdelikten im Netz 17
10.10. Interpellation Nr. 77 Melanie Nussbaumer betreffend mehr Ressourcen für Kinder und Jugendliche in einer Krise 18
10.11. Interpellation Nr. 78 Annina von Falkenstein betreffend künftiger Finanzbedarf der Universität Basel 18
10.12. Interpellation Nr. 79 Alex Ebi betreffend stärkere finanzielle Unterstützung von Basler Sportvereinen mit Teams in den zwei obersten nationalen Ligen 20
10.13. Interpellation Nr. 80 Pascal Messerli betreffend der Totentanz ist gestorben 20
10.14. Interpellation Nr. 81 Oliver Bolliger betreffend Massnahmen gegen rekordhohe Krankenkassen-Schulden im Kanton Basel-Stadt 22
10.15. Interpellation Nr. 82 Heidi Mück betreffend Inselstrasse 62-66: legitimiert der Kanton missbräuchliche Kündigungen? 23
10.16. Interpellation Nr. 83 Nicola Goepfert betreffend IWB entzieht 30 Bewohner:innen Wasser und Strom 24
10.17. Interpellation Nr. 84 Felix Wehrli betreffend Besetzung von Uni-Räumlichkeiten 24
10.18. Interpellation Nr. 85 Barbara Heer betreffend Umsetzung der Revision des Sexualstrafrechts in Basel-Stadt 26
10.19. Interpellation Nr. 86 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Zahlen und Fakten zum Asylchaos 27
10.20. Interpellation Nr. 87 Sandra Bothe betreffend Verbesserung des Pausenplatzes Schulhaus Rittergasse im Kontext der Umgestaltung der Archäologischen Informationsstelle „Murus Gallicus“ 27
10.21. Interpellation Nr. 88 Patrick Fischer betreffend Bandenkriminalität in Basel-Stadt 27

10.22. Interpellation Nr. 89 Lorenz Amiet betreffend Hilferuf der Architekten wegen den Zuständen im Bauinspektorat 29
90. Resolution Johannes Sieber und Konsorten betreffend die Austragung des Eurovision Song Contest 2025 in Basel 29
91. Resolution Erich Bucher und Konsorten betreffend Tiefbahnhof Basel SBB 33

Beginn der 17. Sitzung

Mittwoch, 5. Juni 2024, 15:00 Uhr

12. Motion 2 Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!

[05.06.24 15:00:21, 24.5145.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung. Wir fahren fort mit Traktandum 12. Das Wort geht an Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Der Personalunterbestand bei der Basler Kantonspolizei ist ein Problem. Die Polizei übernimmt eine sehr wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft. Ich habe grössten Respekt vor den Polizistinnen und Polizisten, die täglich ihre Arbeit verrichten und möchte mich an dieser Stelle bei ihnen bedanken.

Das Problem des Personalunterbestands sind vor allem die Kündigungen. Die Polizei bildet an sich genug Leute aus, damit die demografische Entwicklung vom Korps aufgefangen werden könnte. Das Problem sind die Kündigungen und diese verursachen einen gewissen Leidensdruck bei der Polizei.

Das Problem braucht Lösungen und wir von der SP sind bereit, bei diesen Lösungen mitzuarbeiten. Es tut mir aber leid, dass ich hier den Umzug ein bisschen stören muss, die vorliegende Motion werden wir nicht unterstützen. Das macht am Ende nicht viel aus, weil die Motion. angesichts der Kreuztabelle angenommen werden wird. Es ist ein sehr populäres Thema, es gibt ja sogar einen GLP-Politiker, der eine Initiative dazu angekündigt hat. Wir sehen aber das Wesen als staatstragende Partei, lieber Michael Hug, nicht von jeder populistischen Forderung gerade einzuknicken.

Auch die SP ist grundsätzlich nicht gegen Lohnerhöhungen bei der Polizei. Wir haben den Tatbeweis dazu erbracht mit der Arbeitsmarktzulage. Die SP ist auch nicht grundsätzlich gegen mehr Polizist:innen. Auch hier haben wir den Tatbeweis erbracht. Wir waren für die Aufstockung des Korps. Das Problem ist, dass das hat nur bedingt funktioniert. Ich möchte den dialogbereiten Kolleginnen und Kollegen und auch den Journalist:innen sagen, dass der Lohn alleine nicht reicht. Es gibt auch andere wichtige Baustellen, und ich vertraue darauf, dass jetzt auf dem Basler Medienplatz auch die differenzierte Sichtweise wahrgenommen wird.

Wichtig sind zielgerichtete Massnahmen. Wir hatten eine Aufstockung, da es Unterbestand gab. Dort stellt sich für uns auch die Frage, was mit dem Geld passiert ist, das dafür zur Verfügung gestellt worden ist, da ja nicht alle Stellen haben besetzt werden können. Eine weitere wichtige Massnahme ist der Lohn. Darum haben wir die Arbeitsmarktzulage unterstützt. Die Zahlen, die in der Motion genannt werden, sind eben nicht korrekt, weil bei den Einstiegslöhnen die Arbeitsmarktzulage nicht eingerechnet ist. Weiter gibt es die Delegation Arbeitgeberattraktivität aufgrund der hängenden Vorstössen Wehrli und Hug, die jetzt ihre Arbeit aufgenommen hat und die eben das ganze Lohnband anschaut und die anschauen wird, wie die Löhne bei der Polizei tatsächlich sind und ob es wirklich Bedarf für Lohnerhöhungen gibt.

Ein weiteres Problem sind die Wochenenddienste. Es ist natürlich ein Problem, dass wir eine 24 Stundengesellschaft haben, dass wir Demos haben, Fussballspiele, die dazuführen. Es mehrfach ist mehrfach als grosses Problem anerkannt, dass die Polizist:innen zu viele Wochenendeeinsätze haben. Jetzt kann man konstatieren, dass es nach einer Eskalationsphase, die es in den letzten Jahren gegeben hat, auch dank der Dialogbereitschaft von Regierungsrätin Stephanie Eymann und von der Polizeileitung, wieder ruhiger geworden ist, und diese Deeskalation zahlt sich aus. Auch da müssen wir hinschauen und wir müssen auch versuchen, dass wir die Polizei so entlasten können.

Noch ein anderes Beispiel ist die Situation im Kleinbasel mit den Drogenkonsumentinnen und -konsumenten. Dort haben alle Departemente zusammengearbeitet. Das GD mit den Kontakt- und Anlaufstellen, das WSU mit den Notschlafstellen, das BVD mit der Stadtgärtnerei und dem Rangerdienst - alle zusammen sind gefordert, man darf die Polizei nicht allein lassen. Man kann die Polizei auch anders entlasten.

Drittens Führungskultur: Ich habe auch verschiedene Gespräche geführt und ich will nicht in diesem Saal öffentlich schmutzige Wäsche waschen, aber auch da darf man die Augen nicht verschliessen. Wegschauen ist keine schlaue Politik.

Es gehört zum politischen Spiel, Druck auszuüben, damit man Geld bekommt. Es gehört aber auch zur Aufgabe der Parlamentarierinnen und Parlamentarier dafür zu schauen, dass das Geld zielgerichtet ausgegeben wird. Wenn die Motion jetzt überwiesen wird, gibt es ja in drei Monaten eine Antwort. Dann werden wir hoffentlich auch die Lohnvergleiche in den Bericht aufnehmen können, die wir dann wirklich aufgrund von Fakten werden diskutieren können. Wir werden dort sehen, was mit dem Geld für die nicht besetzten Stellen passiert ist und auch der Bericht von Herrn Schefer, der heute schon mehrmals angesprochen worden ist, wird dann vorliegen. Und dann können wir bei der zweiten Überweisung noch einmal darüber diskutieren, welches die richtigen und wichtigen Massnahmen sind und diese nicht einfach iosoliert betrachten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben Besuch. Ich freue mich ausserordentlich, dass wir heute Nachmittag Besuch auf der Zuschauertribüne haben. Vielleicht haben Sie gesehen, am Rathaus hängt eine Fahne in schwarzweiss, aber es ist nicht der Baslerstab drauf. Soeben eingetroffen ist das Ratsbüro des Kantonsrates des Kantons Appenzell Ausserrhoden. Die Delegation wird angeführt von Kantonsratspräsident Hannes Friedli. Weitere Anwesende sind Walter Raschle, Hans Koller, Marco Sütterle, Fraktionsvertreter der FDP. Walter Raschle ist der erste Vizepräsident und Hans Koller der zweite Vizepräsident Sie werden auch bald ihre Ämter wechseln. Dann zu den Fraktionsvertreten, wie schon genannt Marco Süterle für die FDP, Margrit Müller für die PU, das sind die Parteiunabhängigen, das habe ich gelähmt, da gibt es einige davon in Appenzell, Martina Jucker für die SP, Claudia Frischknecht, Fraktionsvertreterin die Mitte-EVP-GLP, Renzo Andreani für die SVP (er ist ein Heimweh-Basler oder ein Exil-Basler), Roger Nobs, Ratsschreiber, Sabina Baumgartner, Leiterin Parlamentsdienst, Anja Giezendanner, Mitarbeiterin Parlamentsdienst.

Herzlich willkommen bei uns in Basel. Ich freue mich sehr, dass ihr hier seid und wünsche euch einen spannenden Aufenthalt (*Applaus*).

Nächster Fraktionssprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich bin mit sehr vielem einig, was mein Vorsprecher gesagt hat und was die Analyse der jetzigen Situation betrifft. Man muss durchaus auch einen kritischen Ansatz haben und sich fragen, ob in dem Departement in den letzten Jahren wirklich die richtigen Akzente gesetzt worden, ob richtigen Schwerpunkte gerade im Personalwesen gesetzt worden sind oder nicht. Das ist eine Frage, die beantwortet werden muss und ich hoffe, dass das dann einerseits mit der Stellungnahme zu dieser Motion aber dann auch aufgrund der Analyse der Umfrage, die im Moment läuft, gemacht wird, der Fall sein wird.

Der zweite Punkt, der mich als Mitglied der GPK beschäftigt ist, dass wir über 100 Vakanzen haben. Wie viele es dann wirklich sind, werden wir ja wahrscheinlich noch hören. Das ist eine Situation, die sehr ausserordentlich ist für eine Dienststelle. Es ist klar, es sind viele Menschen dort angestellt, aber es sind trotzdem 100 Vakanzen, es ist ein beträchtlicher Anteil derjenigen Stellen, die überhaupt frei sind. Es ist also nicht so, dass es in anderen Dienststellen gleich viele Vakanzen geben würde, sondern es ist wirklich etwas Ausserordentliches.

Unsere Fraktion bittet Sie auch deshalb zu einem Ja zu dieser Motion, damit wir eine Stellungnahme erhalten, denn die Situation ist wie gesagt, alarmierend und ich glaube, es braucht hier auch den Wink des Grossen Rates an den Regierungsrat, dass es auch beim Lohn eine Verbesserung geben muss. Natürlich ist der Lohn nur ein Bestandteil des Entgelts, das man durch den Arbeitgeber erhält, aber es ist ein sehr wichtiges, gerade wenn man vielleicht nicht so viel verdient. Der Lohn ist ein ganz wichtiger Bestandteil, der einen dazu verleitet, eine Stelle anzunehmen oder nicht, insbesondere wenn man unter diesem Druck steht, unter dem die Polizei in der Öffentlichkeit immer steht. Man ist auch eine öffentliche Person, gerade in den letzten Jahre, in denen wir sehr viele aussergewöhnliche Situationen für die Polizistinnen und Polizisten gesehen haben aufgrund der Umstände, die wahrscheinlich politisch gewollt sind oder zumindest in der Strategie der Polizeileitung sind. Das sind Punkte, die die Leute am Boden dann tragen müssen und ich denke, da gibt es ein Verhältnis, gerade wenn man in andere städtische Korps, angesichts derer wir wirklich nicht gut dastehen.

Der zweite Punkt ist die Umfrage, die ansteht. Ich denke, der Grosse Rat kann sich, wenn diese Umfrage publiziert wird, wenn diese analysiert wird, in der Stellungnahme wirklich ein tief greifendes Bild vorliegen haben und wird sich in der Auseinandersetzung über eine allfällige Erfüllung der Motion oder nicht, oder wie es diese weiterbehandelt wird, wirklich auch im Details auseinandersetzen und ich denke, es ist aufgrund der wirklich alarmierenden Situation auch absolut gerecht, dass das im Grossen Rat geschieht.

Das gleiche gilt für die die regierungsrätliche Delegation zur Arbeitsattraktivität. Ich denke, dort passiert viel und das ist auch wichtig. Nicolas Goepfert wird das vielleicht noch näher beleuchten können, er kennt das noch etwas besser. Da geht es voran, aber das Zeichen des Grossen Rates, dass auch beim Lohn etwas passieren muss, möchten wir hier mitgeben. Ich danke für die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Die Arbeitsmarktzulage ist bereits genannt worden, sie ist da, aber die Kriminalpolizei hat man dabei vergessen, sie ist nicht berücksichtigt worden. Ich will auch diese hier noch erwähnen. Gerade die Kriminalpolizei ist in einer sehr hohen Belastung ausgesetzt. Es ist nicht einfach wie beim Tatort am Sonntagabend. Es ist Arbeit mit Opfern und mit Tätern, es heisst Schilderungen entgegennehmen, in jedem Detail, von Opfern und von Tätern. Das kann sehr belastend sein, es verfolgt einem im Privaten. Und wichtig ist auch, dass es hier eine Entlohnung gibt, mit der man diesen Leuten Respekt zollt.

Dann kommt auch quantitativ die Überbelastung dazu.l Man konnte es lesen, 30'000 Verfahren im Jahr 2023, die durch die Kriminalpolizei erledigt werden muss. Die Leute sind überlastet und es gibt krankheitsbedingte Ausfälle. Hinzu kommt die Verunsicherung hinsichtlich Kripo zur Kapo. Da weiss man immer noch nicht, was geht. Kann ich meine Arbeitsstelle behalten? Wie sieht das weiter aus? Da sind Unsicherheiten da und das muss man auch berücksichtigen

Und schliesslich noch zur Polizei: Das sind vereidigte Leute und die setzen ihr Leben aufs Spiel, wie wir traurigerweise gerade letzte Woche aus Deutschland haben erfahren müssen. Auch aus eigener Erfahrung bin ich in meinen 25 Jahren bei Demonstrationen mit Steinen beschossen, mit Holzlatten und mit Säure angegriffen worden, mit Messer verletzt worden, und ich war auch an einer Schiesserei. Ich habe dem Tod ins Auge geglickt und ich weiss wovon ich rede. Jeder dieser Polizisten ist jeden Tag bereit, für Ihre Sicherheit und für die Sicherheit von allen in dem Kanton sein Leben und seine Gesundheit zu Opfern oder zumindest zu gefährden. Und jeder Polizist will eigentlich nur eins, sei es bei einer Demo oder sei es beim normalen Dienst: Er will gesund zu seiner Familie zurück und sein Leben ganz normal führen können.

Ich habe gehört, Regierungsrätin Tanja Soland hat gesagt, sie seien dran. Das ist gut. Ich hoffe aber auch, dass das ein bisschen schneller geht, denn wir verlieren jeden Tag gute Leute. Es sind nicht die schlechten, die gehen, es sind die qualifizierten Polizisten, in der Kripo wie auch in der Kantonspolizei, die uns in andere Korps verlassen. Wenn dann einmal später die Massnahmen greifen, dann müssen wir wieder auf die Suche gehen nach diesen Leuten. Es ist schnell jemand verloren, aber jemanden zhu gewinnen, das ist relativ schwierig. Der Lohn ist nicht alles, da bin ich mit Pascal Pfister völlig einig. Es braucht dringend weitere Massnahmen. Aber der Lohn ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Darum bitte ich Sie um die Zustimmung, auch wenn ich mich selber enthalten muss.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen, eine von Beda Baumgartner und eine von Eric Weber. Sie werden beide angenommen. Zuerst hat Beda Baumgartner das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Gehe ich richtig in der Annahme, dass Sie jetzt ausschliesslich zu Ihrem direkten Beruf geredet haben und warum man in Ihrem Beruf den Lohn erhöhen soll?

Patrick Fischer (SVP): Nein, ich bin der Meinung, dass ich über die Kripo und die Kantonspolizei geredet habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber hat das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Sie haben gesagt, Sie seien verletzt und geschlagen worden. Hat es denn Verurteilungen gegeben, wenn Polizisten angegriffen worden sind?

Patrick Fischer (SVP): Ja, wo es möglich war.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Wer heute die Baz gelesen hat, hat erfahren, dass wir dieser Motion zustimmen, wir sind aber kritisch. Schon bei der Arbeitsmarktzulage hatten wir zugestimmt und dort angemerkt, dass wir erwarten, dass die Arbeitsbedingungen insgesamt angeschaut werden. Die Polizei und ihre Departementsleitung scheinen aber vor allem viel Zeit damit zu verbringen, sich zu überlegen, welche Gadgets sie sich für die Kapo als nächstes anschaffen können. Wir hatten über Drohnen geredet. Und endlich in diesem Jahr ist eine unabhängige Untersuchung gestartet worden, und das erst

dreieinhalb Jahre, nachdem Regierungsrätin Stephanie Eymann im Amt ist. Diese Untersuchung hat das Potenzial, geeignete Massnahmen zu finden und nicht blindlings einzelne Punkte durchzuboxen ohne zu wissen, ob das überhaupt das gewünschte Resultat bringt. Dort werden nicht nur Gespräche auf der Strasse geführt, wie das Michael Hug macht, sondern dort werden systematische Gespräche geführt und analysiert und es wird geschaut, was es braucht. Ja, der Lohn, vor allem der Einstiegslohn bei der Basler Polizei ist tief, aber der Lohn ist dabei nur ein Faktor unter vielen, der für die Attraktivität ausschlaggebend ist.

Regierungsrätin Stephanie Eymann schafft mit ihrer repressiven Strategie gegen Demonstrationen massiv Überstunden. Sie muss lernen, vernünftig mit den Ressourcen und vor allem mit ihren Mitarbeiter:innen umzugehen, und das ist aktuell nicht der Fall. Das ist aber ein Führungsproblem. Unter diesem Führungsproblem müssen die Polizist:innen nicht mit ihrem Lohn leiden. Ich als Gewerkschaftssekretär halte deshalb kein Votum gegen höhere Löhne, auch nicht bei der Polizei. Aber eine Lohnerhöhung muss eingebettet sein in Massnahmen, welche die Situation insgesamt verbessern und uns wird ja versprochen, und das wird hoffentlich auch gemacht, dass es insgesamt ein Paket gibt und die Löhne auf jeden Fall angehoben werden.

Aber Regierungsrätin Stephanie Eymann steht weiterhin in der Pflicht, auch wenn diese Motion überwiesen wird, die Arbeitsbedingungen insgesamt bei der Polizei zu verbessern. Der Lohn ist nicht nur bei der Polizei zu tief. Auch zum Beispiel bei der Sanität sind 22 Stellen nicht besetzt, und auch in anderen Bereichen stehen sie unter Druck. Es ist deshalb wichtig, dass der Lohn von allen Kantonsangestellten überprüft wird. Fleur Weibel und ich haben für das GAB einen Vorstoss ausgearbeitet, der fordert, dass die Löhne von allen Kantonsangestellten überprüft werden, sowohl zwischen dem Departement als auch im Vergleich zu anderen Kantonen. Und da zählen wir dann aber auch auf die Unterstützung von Michael Hug und Pascal Messerli. In dem Sinne sagen wir Ja zu dieser Motion, es braucht aber weitere Massnahmen, sowohl bei der Polizei als auch eine Analyse der Löhne insgesamt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Wir sagen Nein zum Vorstoss und nicht zur Polizei. Das sind zwei unterschiedliche Dinge. Wir machen nicht Politik der Grossbuchstaben und auch nicht Politik der Ausrufezeichen. Wir machen Politik, die es wagt nachzufragen. Und in diesem Sinne fragen wir auch hier, ob diese Motion der richtige Weg ist. Natürlich sind wir für fairen Lohn von Staatsangestellten, dafür setzen wir uns in der SP Basel-Stadt seit nunmehr 134 Jahren ein. Ich erlaube mir hier deshalb eine rhetorische Frage: Wo waren Sie denn alle, oder besser wie stimmen Sie sonst, wenn wir bessere Arbeitsbedingungen in der Verwaltung wollen?

Jetzt die SP als Schuldige anzuprangern ist vielleicht verführerisch, aber es ist falsch. Ich bitte Sie, und damit meine ich auch oder auch gerade die Medien, zu sehen, dass diese Schuldzuweisung gegen uns vor der eigentlichen Diskussion wirklich ablenkt und abbringt. Das dient der Sache nicht. Lassen Sie die Regierung doch jetzt einmal arbeiten und schauen, welche Vorschläge sie macht, und zwar die gesamte Regierung, das ist nicht nur Regierungsrätin Stephanie Eymann und Regierungsrätin Tanja Soland, sondern es ist ein Kollektiv.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte eigentlich nicht reden. Aber jetzt wo ich die Diskussion mitverfolge, habe ich gefunden, dass man als alter Politikprofi sprechen muss. Und darum möchte ich ganz pointiert zu meinem Vorredner, Nicola Goepfert, Stellung nehmen. Er hat vor mir gesprochen, Sie erinnern sich an seine Rede. Er hat gesagt, er stimme dieser Sache zu. Ich habe vergessen, den Grünen eine Zwischenfrage zu stellen, wahrscheinlich wäre sie nicht angenommen worden. Darum packe ich sie in meine Rede ein.

Eric Weber (Fraktionslos): Wie wollen Sie das Ihren Wählern vermitteln? Das frage ich Sie. Als Grossrat seit 41 Jahren darf ich Ihnen sagen, dass Ihnen die Wähler mit dieser Abstimmung heute in Scharen davonlaufen werden zur SP. Das kann ich Ihnen garantieren. Sie wissen ganz genau, als wir jung waren, gab es die Grünen noch nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bitte sprechen Sie zur Motion und nicht zu den Grünen.

Eric Weber (Fraktionslos): Man muss aber trotzdem festhalten, Herr Präsident, ich bin Journalist, und wenn man die Basler Zeitung von heute liest, wird das Thema, das ich jetzt anspreche, thematisiert, auf Seite 1.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ja bitte, thematisieren Sie es auch und fahren Sie fort mit Ihrer Rede.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich hoffe auf Abweichler bei den Grünen. Ich habe grossen Respekt vor der grössten Partei in Basel, der SP, der auch Sie angehören, Herr Präsident.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dies ist ein erster Ordnungsruf. Bitte sprechen Sie zur Motion oder hören Sie auf mit Ihrem Votum.

Eric Weber (Fraktionslos): Gut, ich komme zum Schluss, aber gestatten Sie, dass ich den Satz zitieren darf, der da ganz gross auf der Seite 1 steht. Da steht, die Basler SP blamiere sich. Da steht - und das ist eben falsch und das muss ich richtigstellen –, dass die SP-Fraktionsleitung den Bürgerlichen dann auch noch Wahlkampfmanöver vorwerfe zeige, dass die Genossinnen und Genossen die Ideologie über die Sachpolitik stellten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir möchten nicht, dass Sie uns Texte aus der Zeitung vorlesen. Wenn Sie etwas zu sagen haben, sagen Sie es und sonst verlassen Sie bitte das Rednerpult.

Eric Weber (Fraktionslos): Als alter Profi sage ich, die Ideologie gewinnt die Wahlkämpfe, und darum ist das gut von der SP. deologie gewinnt die Wahlkämpfe und nicht das, was da in der Zeitung steht. Das muss man wissen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Es geht hier nicht um Löhne. Es geht hier in erster Linie um die Sicherheit unserer Bevölkerung. Wir hatten einen Unterbestand an 90 Polizeibeamten schon im Herbst. Wir haben jetzt einen Unterbestand von 120. Wie soll man hier noch Arbeitsbedingungen schaffen, die für die Polizisten und die Polizistinnen erträglich sind? Wie soll man da noch überhaupt die Kriminalität bekämpfen können? Es geht darum, wirklich rasch Schritte einzuleiten. Wie viele Studien und Abklärungen wollen Sie denn noch machen? Das geht ja ewig so. Ich habe einfach nicht mehr die Geduld, zuzuschauen, wie einfach noch mehr überlegt wird und nach mehr abgeklärt wird und noch einmal Umfragen gemacht werden, ob es jetzt der Lohn oder das Wochenende ist. Es muss jetzt etwas gehen, jetzt, und zwar weil die Bevölkerung sicher sein muss, weil wir die Kriminalitätsquote senken müssen, weil wir für die Leute schauen müssen, die an der Front sind, die geschlagen werden, die einstecken müssen, wir haben es gehört. Das geht so nicht mehr weiter. Wir können nicht mehr länger Daumen drehen, danke, wenn Sie das überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin mit einem zweiten Votum ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich möchte noch kurz etwas sagen zu den Lohnvergleichen. Da wurde ich angesprochen, Michael Hug hat gefragt, wann diese denn endlich öffentlich werden. Wir haben ja bei Ihrer Interpellation im April gesagt, dass wir das abklären. Es gibt ja jedes Jahr Lohnvergleiche, allgemeine in der Schweiz und dann macht man manchmal, wenn man das möchte auch noch spezifische. Die Firma Perinnova verbietet diese Veröffentlichung. Da gibt es eine Vertraulichkeitsklausel. Sie haben uns aber jetzt etwas zusammengestellt, das wir veröffentlichen dürfen. Ich habe das gestern erhalten. Ich finde es nicht so selbsterklärend, aber wir werden das jetzt anschauen, wie wir das machen. Die Vergleiche, die ich anschaulicher finde, darf man selbstverständlich in den Kommissionen verlangen und wir würden das vorstellen, auf jeden Fall.

Und noch zu Andrea Strahm: Sie sagt, wir würden nichts machen und es sei jetzt dringend. Wir haben die Arbeitsmarktzulage aus diesem Grund gesprochen. Wir haben letztes Jahr die Arbeitsmarktzulage eingeführt, weil wir den Lohn angeschaut haben. Das ist ein Bestandteil, und wir haben gesagt, wir machen das jetzt und wir haben es dort gemacht, wo es aufgrund unserer Daten notwendig war. Das heisst nicht, dass die Berufsgruppen, die das nicht erhalten haben,

keinen Respekt verdienen, Sie verdienen genau so Respekt, aber es war auf der uns vorliegenden Grundlage nicht gleich notwendig wie bei der Polizei, die an vorderster Front arbeitet. So haben wir entschieden, notfallmässig, und haben das gemacht.

Wenn Sie mir sagen, das sei ein Symbol, dann kann ich das verstehen und entgegennehmen. Das nehmen wir ernst und mit dem arbeiten wir. Der Grund, warum der Regierungsrat die Motion so nicht entgegennehmen will, ist wegen dem strikten Text, und da liegt es an mir, Ihnen zu sagen, das was sie hier schreiben, kann ich Ihnen nicht bieten bis dann. Da möchte ich ehrlich. Aber das Signal und was Sie gesagt haben, das höre ich, das nehmen wir ernst, und zwar die ganze Regierung. Ich glaube aber nicht erst dann, wenn Sie die Motion überweisen. Wir wissen das und wir bemühen uns. Aber wir haben schon etwas gemacht und weiteres wird folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächst der Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Wenn ich vorher die Voten von SP-Mitgliedern gehört habe, dann haben die Medien genau ins Schwarze getroffen. Die Fraktionspräsidien haben einen Brief genau zu dieser Motion bekommen von einem Polizisten, der eigentlich sehr eindrücklich ist. Und es geht um diese Motion. Darum erlaube ich mir, daraus ganz wenig Sätze vorzulesen. Es ist so, dass noch immer, Monat für Monat wertvolle Mitarbeitende kündigen, und es sind oftmals die guten, die gehen. Das zeigt auf, dass die Arbeitsmarktzulage eigentlich nichts gebracht hat. Es ist zu wenig. Diejenigen, die sich dann doch für Basel-Stadt entscheiden, werden für 250’000 Franken ausgebildet, nur um sie danach an andere Polizeien oder die Privatwirtschaft zu verlieren. Man stelle sich auch das vor. Wir haben vorher über Geld diskutiert in den Kommissionen, das ist vielmehr Geld, das verloren geht.

Gerne wird damit argumentiert, dass der Lohn nicht das wichtigste Kriterium ist, um Mitarbeitende zu finden, zu binden und zu halten. Das mag sein, aber wenn das Missverhältnis so krass ist, dann spielt es sehr wohl eine entscheidende Rolle. Auch ich bin aber der Meinung, dass der Lohn nicht der Hauptgrund für die Abgänge sind.

Es gibt Fälle von Gewalttaten, unter anderem auch häusliche Gewalt, bei denen es keine unmittelbar verfügbare Patrouille hat, die der gewaltbetroffenen Person in ihrer Notlage helfen kann. Man stelle sich auch das einmal vor.

Wir hatten und haben nachts Situationen, in welchen gerade einmal drei Mitarbeitende für das ganze Kleinbasel beziehungsweise fünf für das ganze Grossbasel verfügbar waren. Der Normaldienst kann so kaum noch aufrechterhalten und ausserordentliche Ereignisse schon gar nicht bewältigt werden. Basel-Stadt hat seit Jahren die höchste Kriminalitätsrate der Schweiz. Gleichzeitig ist nicht nur die Ordnung, sondern die Sicherheit unserer Bevölkerung gefährdet. Wollen wir in einer Stadt leben, in welcher das Gesetz des Stärkeren statt Rechtsstaatlichkeit herrscht?. Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern Mitternacht und ziemlich düster.

In diesem Sinne muss ich die Regierung schon ein bisschen ankreiden, dass nicht viel schneller vorwärts gemacht wird. Ich verstehe es nicht. Es braucht vielleicht auch einen Effort der Regierung, um hier tatsächlich richtig zu reagieren. Es ist bedenklich, wenn Polizisten sich so an die Politik wenden müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Jetzt komme ich so richtig auf Touren. Ich nehme Bezug zu meinen Vorrednern. Andrea Strahm hat gesagt, wir hätten keine Zeit mehr, um am Daumen zu drehen. Ich sage als Grossrat Eric Weber, doch, wir haben die Zeit, um weiterhin am Daumen zu drehen. Und das mache ich. Als Grossrat und Parteipräsident stimme ich mit der grössten Partei unseres Kantons.

Regierungsrätin Tanja Soland hat richtig gesagt, sie machen Lohnvergleiche, sie hat auch gesagt, sie nehme die Sache ernst. Und sie hat schon etwas gemacht und weiteres wird folgen. Sie hat das angekündigt, und wenn ich als Journalist die Basler Zeitung zitieren darf, steht da, dass es schon Lohnerhöhungen gibt.

Felix Wehrli von der SVP hat aus einem Brief vorgelesen. Das war hoch spannend. Und jetzt kommt der spannende Punkt. Es ist gesagt worden, die Ausbildung kosten den Kanton 250’000 Franken. Vier Polizisten ausbilden kostet also eine Million Schweizer Franken. Das ist viel Geld. Dann gehen die Polizisten weg. Da bin ich jetzt hellhörig geworden, ich habe es aufgeschrieben und werde auch dazu recherchieren. Ich kenne mich jetzt nicht so aus, aber als Journalist weiss ich, es gibt Verträge, und darin muss stehen, wenn sie die Ausbildung von uns bezahlt bekommen und den Job innerhalb von fünf Jahren wechseln, müssen sie uns die Ausbildung zurückzahlen. Das ist ein grosser Fehler, den wir hier begehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Darum geht es nicht in dieser Motion. Möchten Sie noch etwas zur Motion sagen?

Eric Weber (Fraktionslos): Wir hätten keine Probleme mit den Polizisten, wenn wir das in den Vertrag schreiben würden. Das darf ich doch sagen.

Es ist hoch spannend, was der Vorredner gesagt hat. Es hat eine Situation gegeben mit nur drei Polizisten für Kleinbasel im Einsatz. Das wusste ich auch nicht. Deshalb muss man das im Vertrag festhalten. Dann muss man halt Verstärkung holen aus dem Badischen Bahnhof. Da muss man einfach mitdenken und Basel ist nicht so gross. Dann bitte ich, dass Regierungsrätin Stephanie Eymann mit der deutschen Polizei spricht, denn dort sind jede Nacht hundert Polizisten im Einsatz, und die helfen gerne.

Es hiess, es könne nicht sein, dass der Stärkere Recht hat und die Polizei habe nicht Recht. Also so schlimm ist es natürlich noch nicht. Die Polizei kommt schnell und die Polizei reagiert noch. Das glaube ich also nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Motionär Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Besten Dank für die angeregte Debatte. Ich freue mich, dass sechs von sieben Fraktionen diese Motion unterstützen.

Ich möchte noch ein paar Dinge richtigstellen, die im Vorfeld der Debatte behauptet wurden. Es geht mir nicht darum, mit dem Finger auf einzelnen Fraktionen zu zeigen, das überlasse ich anderen. Aber es wurden gewisse Behauptungen aufgestellt, die ich so nicht teilen kann. Die erste Behauptung war, die SVP würde die LDP brüskieren. Das stimmt nicht. Ich bin sehr froh, dass Michael Hug heute Zweitunterzeichnender dieser Motion ist und ich kann alles, was er in seinem Votum heute gesagt hat, zu 100 Prozent unterstützen und unterschreiben. Zweitens wurde in der Basler Zeitung heute geschrieben, dass wir mit dieser Motion Regierungsrätin Stephanie Eymann aus der Verantwortung nehmen würden und das Problem Regierungsrätin Tanja Soland aufhalsen würden. Also diese Gedanken habe ich mir wirklich noch nie gemacht, wie man auf das kommen könnte. Da sind dann wirklich der Fantasie keine Grenzen gesetzt, und ich glaube auch nicht, dass die SVP-Fraktion jemals Regierungsrätin Tanja Soland bei diesem Thema kritisiert hat.

Es stimmt aber, und da mache ich keinen Hehl daraus, dass wir von der SVP-Fraktion sicherheitspolitisch mit dem Gesamtregierungsrat insbesondere in dieser Legislatur unzufrieden sind. Man hat das Thema nicht schwerpunktmässig behandelt, man hat es beispielsweise auch nicht in den Legislaturplan aufgenommen. Der aktuelle Polizeinotstand ist nicht nur ein kleiner Notstand, es ist ein grober Missstand, wir sprechen von aktuell 120 Vollzeitstellen, und seit 2022 hat dieser Unterbestand um 40 Prozent zugenommen. Es tut mir Leid, das sagen zu müssen, geschätzte Frau Regierungsrätin Soland, aber mündliche Bekenntnisse, dass man da dran ist und das Argument mit der Arbeitsmarktzulage reicht in diesem Fall halt einfach nicht, wenn wir einen derartigen Missstand haben. Dass es bald Lösungen benötigt und nicht erst in fünf Jahren dann einmal etwas kommen soll, das sollte dann eigentlich uns allen klar sein. Ich bin da sehr bei Andrea Strahm.

Die Motion ist offen formuliert. Wir fordern hier keine konkreten Zahlen. Meiner Meinung nach kann es aber nicht sein, dass wir insbesondere bei den Einstiegslöhnen im schweizweiten Vergleich im unteren Drittel sind. Da gehören wir eher ins obere Drittel. Wir sind der kriminellste Kanton der Schweiz. Dementsprechend ist auch der Polizeiberuf, anspruchsvoller und anstrengender. Ich bin selbst Strafverteidiger, wenn ich einen Pikettag habe im Kanton Basel-Stadt, dann klingelt das Telefon teilweise fünf oder sechs Mal, wenn ich es im Kanton Aargau habe, teilweise gar nicht oder vielleicht einmal, und dementsprechend können Sie sich ja auch vorstellen, wie die Situation an der Front bei der Polizei ausschaut. Wir haben, um die Stadt etwas positiver zu erwähnen, sehr viele Events, Fussballspiele, Grossveranstaltungen, was aber wiederum auch ein Mehraufwand für die Polizistinnen und Polizisten am Wochenende bedeutet. Dementsprechend bin ich auch der Meinung, dass dieser Beruf in unserem Kanton auch entsprechend besser entlöhnt werden muss. Wir sind im übrigen bei diesem Thema auch offen und kompromissbereit falls es andere Punkte gibt, die man in einen entsprechenden Ratschlag einbauen möchte, um diesen Polizeiberuf attraktiver gestalten zu können.

Ich lade Sie heute ein, machen wir es doch wie Herr Celestini, dass wir im kantonalen Lohnvergleich beim Polizeiberuf nicht mehr ganz weit hinten stehen, sondern mit dieser Motion in der Tabelle etwas hochklettern, dass wir den Polizeibestand etwas stabilisieren können und langfristig sicherheitspolitisch Erfolge erzielen können. Ich danke Ihnen für die Überweisung der Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen über die Motion Pascal Messerli und Michael Hut betreffend «Der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden, Lohnerhöhungen jetzt» ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 25 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003591, 05.06.24 15:44:48]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird überwiesen mit 62 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen. Wir springen damit zurück zu Traktandum 10 und den aktuellen Interpellationen.

10.1. Interpellation Nr. 68 Tonja Zürcher betreffend EuroAirport-Firmen im Dienst autoritärer Regimes

[05.06.24 15:45:03, 24.5217.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie ist nicht anwesend. Deshalb geht das Wort an den Regierungsrat.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Für den Regierungsrat gilt, dass die Geschäftsbeziehungen und Geschäftsaktivitäten einer Firma vollumfänglich in interner Verantwortung liegen. Weder kennt der Regierungsrat die Geschäftsbeziehung der Firmen noch noch kommentiert er diese, weder bei Firmen in Basel-Stadt noch bei Firmen am Euroairport. Selbstverständlich hat der Regierungsrats Kenntnis von Medienartikeln über einzelne Firmen.

Zu Frage 2: Als Standortkanton des Flughafens ist Basel-Stadt an der Flughafengesellschaft mitbeteiligt. Der Kanton hat aber keine Verantwortung für die Steuerung der Geschäftstätigkeit der am Flughafen tätigen Unternehmen. Die am Euroairport tätigen Unternehmen, seien es Unternehmen aus den Bereichen Industrie- Fracht- oder Passagierverkehr, haben sich an die jeweiligen gesetzlichen Vorgaben zu halten.

Zu Frage 3: Die beiden Firmen sind im Bereich des Flugzeuginnenausbaus und der Flugzeugwartung tätig. Es ist für den Regierungsrat nicht erkenntlich, dass diese Tätigkeiten mit verfassungsmässigen Grundrechten kollidieren. Was die Kundenbeziehung der Firmen angeht, gilt in der Schweiz wie auch in Frankreich die Wirtschaftsfreiheit. Alle Firmen können entsprechend innerhalb der gesetzlichen Vorgaben ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen. Ausschlaggebend für die Unternehmen am Wirtschaftsstandort Basel-Stadt ist, dass sie alle geltenden Gesetze einhalten.

Zu Fragen 4 und 5: Der Euroairport als gemeinsame öffentlichrechtliche Institution von Frankreich und der Schweiz ist gebunden an die Grundsätze des staatlichen Handelns, namentlich der Rechtsmässigkeit, Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Verbot von Willkür und Ermessensmissbrauch, Treu und Glaubens sowie Verfahrensschutz. Auf dieser Grundlage und in Achtung der sowohl in Frankreich und der Schweiz geltenden Wirtschafts- und Eigentumsfreiheit gestaltet der Flughafen seine eigenen Geschäftsbeziehungen. Er muss dabei davon ausgehen, dass Firmen am Euroairport ihre Aktivitäten im Rahmen der geltenden Gesetze ausüben. Eine Einflussnahme darauf, wie die Firmen auf der Plattform ihrer jeweiligen Geschäftsbeziehung gestalten, steht dem Flughafen nicht zu.

Zu Frage 6: Es ist nicht Sache der Flughafengesellschaft, Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen. Dies obliegt den Strafverfolgungsbehörden im Rahmen der staatlichen und internationalen Rechtsordnung.

Zu Frage 7: Der Regierungsrat verweist hier auf seine Antwort zu Frage 1.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist abwesend. Daher ist die Interpellation erledigt.

10.2. Interpellation Nr. 69 Eric Weber betreffend Steueramt im Stresstest

[05.06.24 15:48:05, 24.5218.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant will begründen.

Eric Weber (fraktionslos): Die Steuerverwaltung ist bei vielen Leuten nicht beliebt. Sie erinnern sich an die grossen Reportagen in der Basler Zeitung vor acht Jahren, als ein Mann oder eine Frau Pulver ins Finanzamt Basel eingeschossen hat. Sachlich gesagt finde ich es frech vom Finanzamt. Der Kanton setzt uns Fristen, aber umgekehrt gibt es keine Fristen, wie schnell das Finanzamt uns antworten muss. Viele Steuerzahlende warten über ein oder sogar zwei Jahre, bis sie wissen, was sie bezahlen müssen. Darum frage ich in meiner Interpellation ganz sachlich nach Zahlen, und ich frage in der letzten Frage ganz exakt nach Zahlen. Oft werden unsere Fragen gar nicht beantwortet. Deshalb stelle ich ganz sachlich die Frage, wie viele Steuerveranlagungen für das Jahr 2022 bis Ende März 2024 noch nicht fertiggestellt sind. Ich bitte um eine genaue Zahl. Deshalb gestatte ich mir, die Frage vorzulesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bitte lesen Sie Ihre Interpellation nicht vor, sie liegt uns vor.

Eric Weber (fraktionslos): Ich möchte meine Interpellation begründen. Es ist mein Recht als Grossrat, diese Zahlen zu erfahren. Und wenn mir diese Zahlen nicht genannt werden, werde ich noch einmal eine Interpellation eingeben. Ich weiss schon jetzt, dass ich keine Zahlen erhalten werde. Ich möchte daran erinnern, dass die Fristenkarte abgeschafft worden ist. Wenn man vom Kanton eine Frist erhält, hat man als Bürger und Mensch auch ein Recht zu verlangen, dass man bis zu einer gewissen Frist eine Antwort erhält.

Ich fände es anständig vom Steueramt, wenn sie schreiben würden, dass sie sich bemühen und man in ca. zwei bis vier Wochen von ihnen hören werde. Das wäre mein Vorschlag. Aber so ein Brief kommt nicht. Das wäre dem Bürger gegenüber freundlich. Und es ist ein normales Recht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen zur nächsten Interpellation.

10.3. Interpellation Nr. 70 Brigitte Gysin betreffend Französisch an den Gymnasien BS im Zusammenhang mit dem Projekt WEGM

[05.06.24 15:52:30, 24.5221.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Möchte die Interpellantin begründen? Sie möchte.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Meine Interpellation steht im Zusammenhang mit der sogenannten Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität, einer eidgenössischen Reform, die unter anderem die Fächer Wirtschaft und Recht und Informatik zu Grundlagenfächern macht.

Nachdem die eidgenössischen Vorgaben beschlossen worden sind, sind nun die Kantone an der kantonalen Umsetzung und schon unter dem Amtsvorgänger des jetzigen Erziehungsdirektors und auch unter dem Amtsvorgänger des jetzigen Leiters Mittelschulen und Berufsbildung wurden dazu erste Pflöcke eingeschlagen. Und zu einem dieser Pflöcke ist meine Interpellation. Seit vielen Jahren hat der Kanton Basel-Stadt in der Bildung die Bedeutung des Französischunterrichts hoch gehalten. Französisch wird an der Primarschule vor Englisch unterrichtet und die Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien besuchen den Französisch-Unterricht bis zur Maturität, und dies obwohl schon seit 1995 die offizielle Regelung

der eidgenössischen Maturität lautete, dass im Grundlagenfach zweite Landessprache mindestens zwei Sprachen angeboten werden müssen. Aber aufgrund der Bedeutung des Französisch für unsere Region zur Grenze nach Frankreich hat Basel-Stadt entgegen der Regelung auch bis heute dieses Obligatorium des Französischunterrichts bis zur Matura beibehalten.

Möglicherweise hat das Erziehungsdepartement wichtige Gründe dafür, nun von dieser langjährigen Praxis abzuweichen. Nur hat es diese Gründe bisher nicht kommuniziert. A propos Kommunikation: Diese doch recht tiefgreifende Änderung wurde in der Medienmitteilung vom 6. Februar in sehr verklausulierter Form vermittelt. So hiess es dort: «Zusätzlich erhalten Schülerinnen und Schüler eine neue Wahlmöglichkeit bei den Sprachen. So muss sichergestellt sein, dass sie im obligatorischen Grundlagenfach zweite Landessprache aus mindestens zwei Landessprachen auswählen können.» Ob hier allen beim Lesen der Medienmitteilung klar war, dass damit Französisch nicht mehr bis zur Matur besucht wird? Und wie begründet wird, warum man nun dieser Regelung jetzt Folge leisten will, war in der Medienmitteilung und auch an anderen Informationsanlässen bisher kein Thema. Es entsteht ein wenig der Eindruck, dass hier eine wichtige Änderung an der Öffentlichkeit vorbeigeschmuggelt worden ist.

Mit meiner Interpellation möchte ich darum der Regierung die Möglichkeit geben, die Überlegungen hinter diesem Entscheid darzulegen. Ein bisschen überrascht bin ich, dass es scheinbar nicht möglich gewesen ist, nun heute diese Überlegungen darzulegen. Immerhin geht es ja um einen Entscheid, der bereits getroffen worden ist. Es ist also anzunehmen, dass zu allen Fragen bereits differenzierte Überlegungen angestellt und Abklärungen gemacht worden sind. Entsprechend hätte ich schon erwartet, dass es heute möglich ist, diese Überlegungen auch zu präsentieren. Aber umso gespannter bin ich nun auf die schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur Interpellation Nr. 71.

10.4. Interpellation Nr. 71 René Brigger betreffend gesetzeswidrige Fristüberschreitungen des Bau- und Gastgewerbeinspektorates

[05.06.24 15:55:57, 24.5225.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Ich komme damit zur Interpellation Nr. 72.

10.5. Interpellation Nr. 72 Bruno Lötscher-Steiger betreffend vollständige oder teilweise Rückerstattung der Gewinn-Überschüsse der IWB an die Kundinnen und Kunden

[05.06.24 15:56:11, 24.5226.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist nicht hier. Die Interpellation wird schriftlich beantwortet. Wir kommen zur Interpellation Nr. 73.

10.6. Interpellation Nr. 73 Joël Thüring betreffend Sympathisanten der Hamas-Terroristen an der Universität Basel

[05.06.24 15:56:28, 24.5227.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit geht das Wort an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Der Regierungsrat hält eingangs in aller Deutlichkeit fest, dass er die von den Besetzenden an der Universität gerichtete Forderung, die Zusammenarbeit mit israelischen Bildungseinrichtungen zu unterbinden, ablehnt.

Zu Frage 1: Die Universität ist in Basel auf über 80 Liegenschaften verteilt, die zum Teil mehrere Eingänge haben. Eine umfassende Eingangskontrolle ist nicht umsetzbar.

Zu Frage 2: Die Eingangskontrollen durch Securitas wurden auf besonders exponierte Gebäude ausgeweitet. Bei kleineren Gebäuden, welche über ein elektronisches Schliesssystem verfügen, haben nur Berechtigte mit Badge Zutritt.

Zu Frage 3: Die Universitätsleitung hat das erste Ultimatum verlängert, weil sich dank der Vermittlung durch den Direktor von Swisspeace die Ansicht eröffnete, eine Eskalation zu vermeiden und die Besetzung ohne Polizeieinsatz zu beenden.

Zu Frage 4: Bei der Besetzung der Liegenschaft am Petersgraben 52, alte Gewerbeschule, handelt es sich um ein Gebäude, in dem neben der Universität auch andere eingemietet sind. Aus diesem Grund wurde umgehend mit dem Kanton als Eigentümer des Gebäudes die Zuständigkeit für das Stellen eines Strafantrags wegen Hausfriedensbruch geklärt. Der Kanton hat zeitnah entschieden und kommuniziert. Bei der dritten Besetzung der Liegenschaften Petersgraben 27 und 29, Institut für Soziologie und musikwissenschaftliches Seminar wurde unmittelbar nach der Besetzung ein Strafantrag durch die Universität gestellt. Die Universität Basel hat bereits beim ersten Räumungsantrag festgehalten, dass sie auch um eine Räumung ersucht, falls die Liegenschaftsbesetzer in andere Gebäude der Universität ausweichen sollten, dies unter Erweiterung des Strafantrags.

Zu Frage 5: Die Universität hat unmittelbar nach der Besetzung des Bernoullianum Strafantrag eingereicht und um eine Räumung gebeten. Auch bei der Besetzung der Liegenschaften Petersgraben 27 und 29 am 24. Mai 2024 hat die Universität mit dem Strafantrag gleichzeitig um eine polizeiliche Räumung gebeten.

Zu Frage 6: Für das Führen der universitären Geschäfte ist das Rektorat zuständig. Die Mitglieder des Universitätrats wurden über die Geschehnisse und die Entscheidungen jeweils zeitnah informiert.

Zu Frage 7: Die Universität hat versucht, die Eskalation durch eine polizeiliche Räumung zu vermeiden und damit auch Sach- und Reputationsschaden abzuwenden. Sie hat den Direktor Swisspeace deshalb gebeten, die Protestierende im Dialog zur Beendung der Besetzung des Bernoullianums zu bewegen.

Zu Frage 8. Wo immer rechtliche Schritte gegen die Besetzenden möglich waren, hat die Universität diese ergriffen.

Zu Frage 9. Als die Kantonspolizei aufgrund der Räumungsbegehren anrückte, befanden sich die besetzenden Personen nicht mehr in den universitären Liegenschaften. Die Personenkontrollen wurden auf öffentlichem Grund vorgenommen.

Zu Frage 10: Die Universität hat bei der Polizei die Herausgabe allfälliger Personendaten beantragt. Sie behält sich die Massnahmen vor.

Zu Frage 11: Die Konsequenzen für Universitätsangehörige werden geprüft, wenn allfällige Personendaten von der Polizei an die Universität Basel übergeben werden.

Zu Frage 12: Die rund 50 Dozierenden haben sich nicht direkt mit den Besetzenden und ausdrücklich nicht mit ihren Forderungen solidarisiert. Sie haben einen Aufruf unterzeichnet, der die Universitätsleitung aufforderte, den Dialog zu suchen. Der Aufruf wurde lanciert, bevor bekannt wurde, dass der Direktor von Swisspeace einen Appell an die Besetzenden richten wird.

Zu Frage 13: Die Rektoren und eine Vertretung des Rektorats haben sich mehrfach mit jüdischen Studierenden getroffen, um deren Anliegen entgegenzunehmen und sie zu unterstützen.

Zu Frage 14: Der Regierungsrat stellt der Universität insgesamt ein gutes Zeugnis aus, konnten doch weitere Eskalationen bisher verhindert werden.

Zu Frage 15: Der Einfluss der Proteste auf die Reputation der Universität lässt sich aktuell noch nicht abschliessend bewerten. Die Universität Basel sieht sich im Moment auch im Vergleich mit anderen Schweizer Universitäten langfristig keinen besonderen Reputationsrisiken ausgesetzt.

Zu Frage 16: Der Umgang mit der Besetzung von universitären Gebäuden liegt grundsätzlich in der Verantwortung der operativen Leitung. Die Mitglieder des Universitätsrats wurden zeitnah informiert. Die Verantwortung des Regierungsrates besteht dahingehend, in der Garantie der Grundrechte aller Beteiligten, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit der Protestierenden einerseits, dem Hausfrieden und dem Recht auf einen ungestörten Betrieb der Universität andererseits.

Zu Frage 17: Die politische Neutralität der Universität war auch dank des umsichtigen Einsatzes der Universitätsleitung nie gefährdet. Im Gegensatz zur Universität als Institution sind deren Angehörige nicht auf politische Neutralität verpflichtet. Die Universität ist ein Ort der fachlich begründeten Diskussionen und lebt von unterschiedlichen Haltungen und Positionen ihrer Mitglieder, die diese im Rahmen der geltenden Rechtsordnung und des Verhaltenskodex der Universität frei vertreten dürfen.

Zu Frage 18: Derzeit läuft die Planung einer Serie von Podiumsdiskussionen im Herbstsemester 2024, in welcher der Konflikt im Nahen Osten breit akademisch abgestützt thematisiert werden soll. Die Universität ist derzeit auch daran, jenen Studierenden eine Plattform anzubieten, welche an einem konstruktiven Dialog ist interessiert sind.

Zu Frage 19: Jedes Individuum hat das Recht auf eine eigene politische Meinung und darf diese frei äussern. Während die Universität als Institution zu politischer Neutralität verpflichtet ist, kommt ihren Angehörigen das verfassungsmässige Recht auf freie Meinungsäusserung zu. Im akademischen Kontext sind alle Dozierenden, Professorinnen und Professoren angehalten, die Lehre und Forschung ergebnisoffen zu gestalten, ein breites Meinungsspektrum aufzuzeigen und dabei die akademischen Standards einzuhalten. Alle Universitätsangehörigen sind angehalten, den geltenden Verhaltenskodex der Universität zu beachten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Ich danke Regierungsrat Mustafa Atici für die Beantwortung meiner Interpellationen. Es ist in der Kürze der Zeit nicht möglich, auf alles einzugehen. Hier wäre vielleicht auch eine schriftliche Antwort sinnvoller gewesen, weil die Tragweite meiner Fragen doch sehr breit und sehr gross ist.

Die Frage, die sich doch hier vor allem stellt, ist der Aufruf, der von diesen illegalen Besetzern ausgegangen ist. Es war letztlich der Aufruf «Forscht nicht mit Juden». Das war ihre Botschaft und das erinnert an die dunkelste Stunde des letzten Jahrtausends. Das ist die Botschaft ihres Appells, ihres Aufrufes und darüber hinaus mit solchen Menschen einen Dialog zu führen, halte ich für mindestens sehr naiv. Hier muss sich die Universität die Frage gefallen lassen, ob sie richtig reagiert hat oder ob sie es eben nicht getan hat. Ich bin der Meinung, sie hat nicht richtig reagiert, denn ansonsten wäre es ja kaum möglich gewesen, dass man diesen illegalen Besetzung zwei Ultimaten gewährt, bis man zur Einsicht gelangt, dass man ein universitäres Gebäude endlich räumt. Und es ist auch für die Glaubwürdigkeit einer Institution nicht förderlich, wenn man Ultimaten verstreichen lässt. Das weiss man auch aus der Kindererziehung, das kommt selten gut an, wenn man Ultimaten folgenlos verstreichen lässt.

Es ist selbstverständlich so, dass es rechtzeitig möglich gewesen wäre. Hier gibt es auch einen gewissen Dissens zwischen den Informationen, die Regierungsrat Mustafa Atici hier in diesem Hohen Haus mitteilt und dem, was man hört, wenn man mit der Polizei spricht. Man hat zwar sehr frühzeitig einen Strafantrag gestellt, die Räumung wurde aber nicht gleichzeitig einverlangt, weil man ja auch noch in diesen Dialog treten wollte. Und es ist schon ein wenig zynisch, wenn Sie dann ausgerechnet einen Professor Goetschel als Dialogleiter in dieses Gebäude führen, dieser Herr Goetschel, der wenige Wochen zuvor aufgefallen ist mit Relativierungen zur Frage, ob man die Terrororganisation Hamas in der Schweiz verbieten soll oder nicht. Er hat dieses Verbot abgelehnt und Herr Goetschel wurde unter anderem deshalb auch mit seinem Swisspeace-Institut im Landrat, einem Partner der Universität Basel, abgestraft. Die Gelder für sein Institut wurden gestrichen. Es ist also doch etwas seltsam, wenn man nun ausgerechnet Herrn Goetschel quasi als Dialogführer in dieses Haus führen möchte. Mir wurde auch berichtet, dass die Besetzer auch sehr international organisiert waren. Diese Besetzungen, die ja nicht nur an der Universität Basel stattgefunden haben, sind international koordiniert gewesen und sie kommen nicht aus einem Friedensecken, sie kommen aus der Ecke derjenigen, die diesen Terroranschlag in Israel zumindest begrüsst und befürwortet haben und kurz danach zum Beispiel in Berlin zur Feier dieses Anschlages auch Süssigkeiten verteilt haben.

Das zeigt sich dann auch bei der dritten und letzten Besetzung. Dort hatten dann diese Besetzer die Unverschämtheit, das Gebäude am Petersgraben 27 dann noch umzubenennen, in – und ich verzeihe, ich werde den Namen wahrscheinlich nicht richtig aussprechen können – Bassel Al-Araj-Institut, das ist eine bekannte Symbolfigur der Organisation Samidoun, die in Deutschland als Terrororganisation eingestuft wurde und verboten ist. Dieser Bassel Al-Araj ist ein palästinensischer Terrorist, welcher Anschläge auf Israel plante und bei einem Feuergefecht, als ihn die Polizei verhaften wollte, ums Leben kam.

Das ist der Geist dieser Besetzerinnen und Besetzer und die Rektorin Frau Schenker-Wicki hat zehn Tage gebraucht, bis sie sich nach öffentlichem Druck, auch durch Medienmitteilungen verschiedener Parteien, der LDP, der Grünliberalen, der SVP endlich in die Basler Zeitung begeben hat zu einem Interview, in dem sie sich dann zwar von Antisemitismus distanziert, das ist eine Selbstverständlichkeit, aber eben auch nur sehr spät dazu öffentlich Stellung genommen hat. Hier hätten wir erwartet, dass es auch im Sinne der Universität richtig wäre, wenn Frau Schenker-Wicki als zuständige Rektorin sich frühzeitiger auch in der Öffentlichkeit zu Wort meldet, und hier hätten Sie, Herr Regierungsrat Atici, gemeinsam mit Ihrer Kollegin aus Basel-Landschaft, Frau Regierungsrätin Gschwind, die ja beide Mitglieder auch des Universitätsrates sind, selbstverständlich Einfluss nehmen können, dass Frau Schenker-Wicki rascher und auch etwas wortgewaltiger diese Besetzungen kritisiert hätte.

Ich teile deshalb auch ihre Meinung nicht, dass man der Universitätsleitung ein gutes Zeugnis ausstellen kann, wenn eine gewisse Einigkeit herrscht in der öffentlichen Wahrnehmung, dann die, dass die Universität zu spät und zu zögerlich

gehandelt hat. Und das sehen nicht nur SVP-Grossräte und andere Bürgerliche so, das sehen auch Studentinnen und Studenten so. Gehen Sie einmal mit all den Studentinnen und Studenten diskutieren, die eben nicht in dieser Besetzung involviert waren. Die fanden das weder toll noch angemessen und die haben sich ebenfalls gefragt, weshalb die Universität nur so zögerlich gehandelt hat, erst recht noch in einer Prüfungs- und Lernphase.

Deshalb bin ich mit der Beantwortung der Interpellation und der Stellungnahme des Regierungsrates nicht zufrieden und ich werde mir erlauben, diese Fragen vertieft auch dann in der IGPK Universität im Rahmen der Hearings zur Rechnung 2023 zu stellen. Die Universität muss uns hier noch entsprechend Auskunft erteilen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.7. Interpellation Nr. 74 Nicole Kuster betreffend Universitäts-Standorte im Kanton Basel-Landschaft

[05.06.24 16:10:10, 24.5230.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung. Damit hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Der Regierungsrat steht im regelmässigen Austausch mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft. Die Gespräche finden auf unterschiedlichen Ebenen statt und haben zum Ziel, in transparenter und vorausschauender Form konstruktive Lösungen der anstehenden Fragen zu finden. Ein Gegenstand der aktuellen Verhandlungsgespräche ist dabei selbstverständlich auch der geplante Neubau für die juristische und die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät auf Baselbieter Boden auf dem Dreispitz.

Zu Frage 2: Die Frage, ob in Inhalte oder in Beton investiert werden soll, greift nach Ansicht des Regierungsrats zu kurz, denn eine zeitgemässe Infrastruktur ist Voraussetzung für eine gute Hochschullehre und eine wettbewerbsfähige Forschung. Selbstverständlich gehört die stetige Überprüfung der Vorhaben und der optimalen Mittelallokation zu den ständigen Aufgaben der Entscheidungsgremien. Sie spielt daher auch in den aktuellen Verhandlungsgesprächen eine prominente Rolle.

Zu Frage 3: Der Universitätsvertrag sieht in § 33 Abs. 3bis die Überprüfung der Höhe des Standortsvorteils explizit vor. Die Überprüfung wird bei erheblichen und langfristig wirkenden Änderungen der örtlichen Ansiedlungen der Universität vorgenommen. In den Erläuterungen zur Teilrevision wird mit Blick auf das Vorhaben auf dem Dreispitz spezifiziert. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn ein grosses Institut, das bisher in einem Kanton angesiedelt war, seinen Standort in den anderen Kanton verlegt.

Zu Frage 4: Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft weiss um die Bedeutung der Universität Basel für unsere gemeinsame Wissens- und Wirtschaftsregion. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt verlässt sich deshalb darauf, das ist die Exekutive unseres Partnerkantons Gewicht und Geltung dieser gemeinsamen Institution politisch zu vermitteln und zu verteidigen versteht.

Zu Frage 5: Die beiden Trägerkantone und die Universität konnten sich im vergangenen Jahr einvernehmlich über eine Regelung zur Verwendung und Äufnung des Eigenkapitals der Universität einigen, wie dies in den Parlamentsvorlagen zur aktuellen Leistungsauftragsperiode angekündigt wurde. Es ist im Sinne der Universität und Ausdruck ihrer Autonomie, dass sie das Eigenkapital aufbauen und bis zu einer in der Eigenkapitalregelung vereinbarten Untergrenze auch verwenden kann. Die Planungssicherheit und die Risikofähigkeit ist durch eine kontrollierte Auflösung von Eigenkapitalalso nicht beeinträchtigt. Der Regierungsrat teilt gleichzeitig die Haltung, dass die Universität in der nächsten Leistungsperiode über genügend Träger- und Eigenmittel verfügen muss, um den Leistungsauftrag der Trägerkantone erfüllen zu können. Dieser Grundsatz gilt übrigens nicht nur für die nächste Leistungsperiode 2026 bis 2029, sondern auch für die folgenden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, on sie mit der Antwort zufrieden ist.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Besten Dank für Ihre Antwort. Basel hat die älteste Universität der Schweiz. In den über 550 Jahren gab es immer wieder schwierige Zeiten. 1528 war wegen der Reformation nur ein einziger Student immatrikuliert, oder nach der Teilung des Kanton Basel stand die Uni vor enormen finanziellen Herausforderungen. Nun stehen wir wieder an einem schwierigen Punkt. Es wurden extreme Forderungen im Nachbarkanton gestellt, welche zum Glück einer Mehrheit im Landrat abgelehnt wurden. Die LDP nimmt dies besorgt zur Kenntnis, weshalb wir die drei Interpellationen eingereicht haben. Wir dürfen weder von einer Volluni abweichen noch den Univertrag gefährden, denn der komplexe Univertrag beinhaltet sowohl den Standortvorteil wie auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Es kann nicht sein, dass dieses gute Regelwerk grundsätzlich in Frage gestellt wird. Vielmehr muss geschaut werden, wo punktuell etwas verbessert werden kann.

Im Landrat wurde vorgeschlagen, den zeitlichen Horizont des Standorts Dreispitz zu überdenken. Entsprechend wurde die vorliegende Interpellation im Zeichen einer partnerschaftlichen Universität und im Zeichen der Zusammenarbeit eingereicht. Wie die Baselbieter Regierung plant die Basler Regierung den neuen Standort vorausschauen und will mit zeitgemässer Infrastruktur wettbewerbsfähig sein.

Ich schliesse aus der Antwort ein klares Bekenntnis, dass die Regierung sich für unsere Universität einsetzen will, eine Universität, die lange Tradition hat und weiterbestehen soll. Eine Universität, die genügend Mittel hat, um den Leistungsauftrag zu erfüllen. Entsprechend hoffe ich, dass bei allen das Bewusstsein geschärft ist und alle sich entsprechend einsetzen werden. Ich bin zufrieden mit der Antwort, wenn diese wirklich so umgesetzt wird.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Beantwortung zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

10.8. Interpellation Nr. 75 Gabriel Nigon betreffend Unterfinanzierung der Universität Basel und Einsatz von Reserven zum Ausgleich ungenügender Globalbeiträge stoppen

[05.06.24 16:16:20, 24.5231.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Zu Frage 1: Es ist richtig, dass die Universität Basel in den letzten Jahren jeweils mit einem negativen Betriebsergebnis abgeschlossen hat. Dafür lassen sich zwei Hauptursachen identifizieren. Zum einen ist die Universität von der unerwartet hohen Teuerungen betroffen, was vor allem ihre Personalkosten steigern lässt, zum anderen stagnieren die Einnahmen aus den Grundbeiträgen des Bundes und aus der interkantonalen Universitätsvereinbarung wegen sinkender Tarifansätze und Studierendenzahlen. Es ist daher zu erwarten, dass die Universität aufgrund dieser Entwicklungen auch in den kommenden beiden Rechnungsjahren ein beträchtliches Defizit aufweisen wird. Die Universität verfügt gegenwärtig über genügend Eigenkapital, um diese Risiken innerhalb der laufenden Leistungsauftragsperiode eigenständig tragen zu können.

Zu Frage 2: Die Eigenkapitalausstattung ist eine wichtige finanzielle Steuerungsgrösse, denn sie bildet die Entwicklungs- und Risikofähigkeit der Universität ab. Eine solide Eigenmittelausstattung stellt sicher, dass die Universität risikofähig ist, unvorgesehener Ereignisse bewältigen und Wachstumschancen wahrnehmen kann. Umgekehrt soll die Universität aber auch nicht mehr Eigenkapital zur Verfügung haben, als für die Erfüllung ihrer Aufgaben und ihrer Risikoabsicherung nötig ist. Es ist also im Sinne der Universität und Ausdruck ihrer Autonomie, dass sie Eigenkapital aufbauen und bis zu einer in der Eigenkapitalregelung vereinbarten Untergrenze auch verwenden kann. Die Planungssicherheit und Risikofähigkeit ist durch eine kontrollierte Auflösung von Eigenkapital nicht beeinträchtigt. Die beiden Trägerregierungen werden für die nächste Leistungsauftragsperiode eine Eigenkapitalregelung festlegen, die sich auf § 36 Abs. 1 des Universitätsvertrags stützt.

Zu Frage 3: Das aktuelle Defizit der Universität ist exogenen Faktoren wie Teuerung und stagnierenden Beiträgen des Bundes und anderer Kantone und nicht ungenügenden Trägerbeiträge geschuldet. Unter anderem für solche unvorgesehenen und zum Zeitpunkt der Leistungsauftragserfüllung unvorhersehbaren Ereignisse wird das Eigenkapital der Universität gebildet.

Zu Frage 4: Ein unkontrollierter Abbau von Eigenkapital würde den Betrieb der Universität in der Tat akut gefährden. Eine solche Situation liegt nach Ansicht des Regierungsrats aktuell aber nicht vor. Das Eigenkapital wurde in den letzten drei Jahren zwar von 523 Millionen während 2022 auf 467 Millionen per Ende 2023 um 56 Millionen Franken in drei Jahren

reduziert. Dabei kamen aber vor allem gebundene Mittel zum Einsatz, und dies vornehmlich in der Sparte Immobilien. Die freien Reserven der Universität steigen im selben Zeitraum von 61,5 Millionen Franken auf 69,5 Millionen Franken an.

Zu Frage 5: Das Eigenkapital der Universität stellt sicher, dass sie risikofähig ist, unvorgesehener Ereignisse bewältigen und Wachstumschancen wahrnehmen kann. Es ist im Sinne der Universität und Ausdruck ihrer Autonomie, dass sie Eigenkapital aufbauen und im Rahmen der betrieblichen Notwendigkeiten unterjährig auch verwenden kann. Die Eigenkapitalausstattung bildet jeweils einen zentralen Gegenstand der Verhandlungen zwischen den Trägerkantonen und der Universität zu den vierjährigen Leistungsauftragsperioden. Im Rahmen dieser Verhandlungen wird auch über die vorgesehene Bildung und Verwendung von Eigenkapital im Sinne von § 36 Abs. 1 des Universitätsvertrags entschieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Gabriel Nigon (LDP): Ich bin mit der Antwort zufrieden, auch deshalb, weil die Materie sehr komplex ist und es viele Interdependenzen gibt. Nichts desto trotz erlaube ich mir folgende Bemerkungen. Wenn ich die Antwort richtig verstanden habe, wird es auch in Zukunft betriebliche Defizite geben, zumindest in den nächsten zwei Jahren wegen den sogenannten unerwarteten exogenen Ereignissen. Diese Ereignisse wie Teuerung und stagnierende Zuwendungen der öffentlichen Hand können jedoch für die nächste Leistungsauftragsperiode nicht mehr als unerwartet gelten. Die neu zu verhandelnde Regelung der Eigenkapitalausstattung und -verwendung hilft hier nur bedingt weiter. Gefragt sind betriebswirtschaftliche Massnahmen und nicht der Abbau von Eigenkapital. Und vor allem muss die öffentliche Hand, sprich der Bund und der Kanton Basel-Landschaft, ihre Verantwortung wahrnehmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.9. Interpellation Nr. 76 Jessica Brandenburger betreffend Sensibilisierung der Strafverfolgungsbehörden im Umgang mit Hassdelikten im Netz

[05.06.24 16:23:10, 24.5232.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat das Wort für den Regierungsrat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Einleitung: Dem Regierungsrat ist es ein wichtiges Anliegen, Toleranz und Akzeptanz von unterschiedlichen Lebensformen zu fördern sowie alle Menschen vor Diskriminierung zu schützen. Auch das Schweizer Stimmvolk setzte in der Abstimmung vom 9. Februar 2020 ein klares Zeichen gegen Diskriminierung, als es die Erweiterung von Artikel 261bis Strafgesetzbuch mit 63,1 Prozent Zustimmung angenommen hat. Seit dem 1. Juli 2020 stehen Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung unter Strafe. Da es sich um ein Offizialdelikt handelt, ist die Polizei verpflichtet, entsprechende Anzeigen entgegenzunehmen, unabhängig davon, ob die Anzeige stellende Person selbst betroffen ist oder nicht. Es gilt indes zu betonen, dass Hassdelikte weit über Diskriminierung und Aufruf zu Hass nach Artikel 261bis StGB hinaus geben können. So kann jeder Straftatbestand, wie zum Beispiel Einschüchterung, Körperverletzung oder Mord, ein Hassdelikt darstellen. Ob ein Verbrechen als Hassdelikt einzustufen ist, hängt von der tatsächlichen Motivation der Täterschaft ab.

Zu Fragen 1, 2, 3 und 4: Im Zusammenhang mit der politischen Forderung nach systematischer Erfassung von Hassdelikten hat die Kantonspolizei Basel-Stadt kürzlich einen nationalen Benchmark durchgeführt, um zu eruieren, ob andere Kantone Hate Crimes ebenfalls erfassen und falls ja, wie. Dabei stellt es sich heraus, dass es für Polizistinnen und Polizisten oftmals schwierig ist, Hassdelikte zu erkennen und richtig zu deklarieren. Weiter hat sich gezeigt, dass unterschiedliche Vorstellungen von Hassdelikten bestehen und es wichtig ist, eine klare Definition zu formulieren, um den Polizistinnen und Polizisten Handlungssicherheit zu geben. Angesichts dieser Ergebnisse erkannte die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt auch innerhalb des eigenen Korps Ausbildungsbedarf. Entsprechend hat sie zum Thema Hassdelikte ein E-Learning mit anschliessendem Webinar zur Vertiefung spezifische Fragen erstellt. Diese ab Sommer 2024 zur Verfügung stehende Schulung ist von allen uniformierten Mitarbeitenden der Kantonspolizei zu absolvieren. Der Regierungsrat wird sich im Rahmen der Berichterstattung zum Anzug Wyss betreffend eine Statistik im Bereich LGPTI-feindlichen Aggressionen in Kürze detaillierter dazu äussern. Die Kantonspolizei wird zudem prüfen, die spezifische Form von Hate Crimes, die sich im

Internet ereignen, in das vorgenannte E-Learning zu integrieren oder eine ergänzende Schulung dazu anzubieten. Ebenso Gegenstand einer zusätzlichen Ausbildung soll die vertiefte Auseinandersetzung mit den Themen Diskriminierung im Allgemeinen sowie Cybercrime sein.

Zu Frage : Mit den bereits initiierten und noch zu prüfenden Massnahmen soll gewährleistet werden, dass Hassdelikte ungeachtet dessen, ob sich diese im Netz oder in der analogen Welt ereignen, erkannt, systematisch erfasst und Anzeigen infolge eines Verstosses gegen Artikel 261bis StGB entgegengenommen werden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Jessica Brandenburger (SP): Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen. Ich sehe, dass Sie den Bedarf erkannt haben und dass Sie auch Engagement zeigen in der Beseitigung dieser Probleme und das freut mich sehr. Ich hoffe, die angekündigte Schulung erzielt ihre Wirkung, denn Verstösse gegen die Diskriminierungsstrafnormen sind Offizialdelikte und deshalb ist es kein Nice-to-have, wenn die Behörden ermitteln, sondern sie haben die Pflicht dazu. Ich bin zufrieden mit der Beantwortung und ich bin Ihnen Frau Regierungsrätin sehr dankbar, wenn Sie das Thema weiterhin im Blick haben und bedanke mich für Ihr bisheriges Engagement.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

10.10. Interpellation Nr. 77 Melanie Nussbaumer betreffend mehr Ressourcen für Kinder und Jugendliche in einer Krise

[05.06.24 16:27:50, 24.5233.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin wünscht zu begründen.

Melanie Nussbaumer (SP): Ehrlich gesagt war ich gar nicht ganz sicher, ob ich diese Interpellation noch einmal einreichen soll. Ich habe das nun aber getan, weil ich wirklich keine Geduld mehr habe. Es geht darum, dass wir alle wissen, dass viele Kinder und Jugendliche psychische Krisen haben, die Statistiken zeigen das, die Studien zeigen das, dass es vielen Jugendlichen nicht gut geht seit Corona. Ich habe bereits vor drei Jahren Fragen dazu gestellt. Damals hiess es, man gehe das an. Dann haben wir eine Motion eingereicht von Georg Mattmüller, die gefordert hat, dass es mehr stationäre Angebote gibt. Das wurde auch entgegengenommen.

Eigentlich sagt der Regierungsrat, er sehe das Problem, und gleichzeitig höre ich immer wieder von Betroffenen aus der Praxis, dass hier einfach nicht vorwärts gemacht wird. Es ist grundsätzlich ein Gesundheitsversorgungsproblem. Das Gesundheitsdepartement steht in der Verwantwortung, hier vorwärts zu machen, aber es ist auch bekannt, dass es interdisziplinär angegangen werden muss, dass auch das Erziehungsdepartement mitziehen muss, dass auch das WSU mitziehen muss. Hier habe ich den Eindruck von einem starken Gärtchendenken und dass das gegeneinander ausgespielt wird. Das geht so nicht weiter, denn viele Jugendliche sind in einer Krise. Das wartet nicht. Ich bitte den Regierungsrat, vorwärts zu machen, und deshalb habe ich diese Interpellation eingereicht, damit etwas getan wird.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur nächsten Interpellation.

10.11. Interpellation Nr. 78 Annina von Falkenstein betreffend künftiger Finanzbedarf der Universität Basel

[05.06.24 16:30:19, 24.5234.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat das Wort Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Der Finanzbedarf aufgrund der Teuerung und die Folgekosten aus der Überschreitung der Gesamtkosten des Neubaus Biozentrum werden bei der Festlegung der Globalbeiträge 2026 bis 2029 berücksichtigt. Ebenso ist sich der Regierungsrat der Verbindlichkeiten in der Immobilienplanung der Universität bewusst. Für die nicht werthaltigen Kosten des Neubaus Biozentrum haben die beiden Regierungen jeweils eine Rückstellung ausserhalb des Globalbeitrags gebildet.

Zu Frage 2: Wie hoch der Globalbeitrag an die Universität unter Berücksichtigung der Zusagen und des darüber hinausgehenden Bedarfs in der Leistungsauftragsperiode 2026 bis 2029 sein wird, ist Teil der beginnenden Verhandlungen mit der Universität.

Zu Frage 3: Dass die Universität aktuell betriebliche Defizite schreibt, hat zwei Hauptursachen. Neben der Teuerung, welche die Trägerkantone ausgleichen werden, sind es jetzt die stagnierende Beiträge von Bund und anderen Kantonen, die eine substanzielle finanzielle Herausforderung bedeuten. Wie damit umzugehen ist, ist Gegenstand der anstehenden Verhandlungen zwischen Universität und Trägerkantonen

Zu Frage 4: Das aktuelle Defizit der Universität ist exogenen Faktoren wie Teuerung und stagnierenden Beiträgen des Bundes und anderer Kantone geschuldet. Unter anderem für solche unvorgesehene und zum Zeitpunkt der Leistungsauftragregelung unvorhersehbare Ereignisse wird das Eigenkapital der Universität gebildet. Es ist im Sinne der Universität, dass sie Eigenkapital aufbauen und im Rahmen der betrieblichen Notwendigkeit unterjährig auch verwenden kann. Die Eigenkapitalausstattung auf Basis der kurz-, mittel- und langfristigen Planung bildet jeweils einen zentralen Gegenstand der Verhandlungen zwischen den Trägerkantonen und der Universität zu den vierjährigen Leistungsauftragsperioden.

Zu Frage 5: Die Universität verfügt mit dem Universitätsvertrag, ihrer Eigenkapitalausstattung und den vierjährigen Trägerbeiträgen über die nötige Planungssicherheit. Per 31. Dezember 2023 verfügte die Universität Basel über 467 Millionen Franken Eigenkapital. Davon sind 69,5 Millionen freie Reserven. Nach Ansicht des Regierungsrates verfügt die Universität demnach über genügend Eigenkapital, so dass der Betrieb der Universität nicht gefährdet ist.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit hat die Interpellantin Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen Dank für die Beantwortung dieser Interpellation rund um die Finanzierungssituation der Universität Basel und rund um die bereits gemachten Zusagen. Ich finde es sehr spannend, wir wissen jetzt sehr viel dazu, wie der Regierungsrat an diese Verhandlungen herangehen möchte, aber eher prozessuell als tatsächlich inhaltlich, Bekenntnisse sind hier leider wenige zu finden, was ich sehr schade finde. Ich hoffe sehr, dass die Universität weiss, welche Zusagen bereits erfolgt sind, denn meine Frage, wie klar es bereits ist, wie viel in diese nächste Leistungsperiode muss, wurde nicht beantwortet. Es wurde lediglich gesagt, dass das dann in der nächsten Leistungsauftragsperiode mitfinanziert wird.

Das ist keine gute Antwort auf diese Frage respektive die Frage wird nicht beantwortet. Wenn die Frage ist, wie hoch der Betrag ist und irgendein Wischiwaschi dazu kommt, dann ist das einfach keine gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen dem Parlament und dem Regierungsrat resp. dem Departement, das diese Antwort verfasst hat. Das finde ich extrem schade, weil die Universität nicht nur für unseren Kanton, sondern auch für die Region und für viele sekundäre Institutionen eine sehr hohe Relevanz hat und sehr viel Wert bringt.

Entsprechend hoffe ich wirklich, dass die Universität dann in der Verhandlung hartnäckig bleibt, die sie ja auch eine der Verhandlungspartnerinnen ist und dass da wirklich das Bekenntnis der Regierung unseres Kantons herauslockt.

Desweiteren vermisse ich sehr, dass festgehalten wird, dass die Teuerung und die stagnierenden Beiträge von Bund und anderen Kantonen eben einem strukturellen Defizit gleichen und dass ein strukturelles Defizit vermutlich auch die weiteren Jahre prägen wird, es sei denn, da ändert sich plötzlich etwas, was von Seiten des Bunds jetzt schon einmal nicht zu erwarten ist, und dass man entsprechend das auch einbinden muss in die weitere Finanzierungsplanung für die Universität.

Ich vermisse auch, dass die Reserveentnahme, die 2023 erfolgt ist, von der Universität nicht so gutgeheissen wurde, wie man medial entnehmen konnte. Auch da wäre es schön gewesen, das mitaufzunehmen, wenn schon gesagt wird, dass die Eigenkapitalausstattung «auf Basis der kurz-, mittel- und langfristigen Planung» angegangen wird. Ich denke wirklich nicht, dass die Reserven dieses Jahres für dieses strukturelle Defizit, für diese kurzfristige Ausgabe geplant gewesen sind.

Auch dass die vierjährige Planungsperiode als nötige Planungssicherheit abgetan wird, überrascht mich, denn wir möchten eine Volluniversität behalten, es ist eine sehr führende Forschungsinstitution in Basel-Stadt und vier Jahre sind da doch ein bisschen gar kurz. Es wäre schön zu hören, was ab 2030 passiert, welches die Visionen des Regierungsrats sind. Ich habe die Fragen zwar nicht hierzu gestellt, aber sie wurden effektiv nicht einmal in dem Rahmen, in dem ich sie gestellt habe, beantwortet. Und deshalb wünsche ich mir sehr, dass mehr Bekenntnis kommt, dass der Zusammenhang dieser drei Interpellationen, die die LDP eingereicht hat, Wirkung entfaltet und bin deshalb jetzt grosszügig und immerhin teilweise zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.12. Interpellation Nr. 79 Alex Ebi betreffend stärkere finanzielle Unterstützung von Basler Sportvereinen mit Teams in den zwei obersten nationalen Ligen

[05.06.24 16:37:10, 24.5235.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

10.13. Interpellation Nr. 80 Pascal Messerli betreffend der Totentanz ist gestorben

[05.06.24 16:37:28, 24.5236.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Die Bekanntgabe, dass die Veranstaltung nicht in der geplanten Form stattfindet, ist noch jung. Eine detaillierte Übersicht über die finanzielle Situation wird vom Veranstalter derzeit erarbeitet und liegt dem Regierungsrat noch nicht vor. Grundsätzlich gilt, dass sich die Swisslos Fonds-Verwaltung vorbehält, geleistete Zahlungen zurückzufordern, wenn die Bedingungen des Gesuchs nicht eingehalten werden. Weiter gilt für die Verwendung der Swisslos-Gelder in jedem Fall die Vorgabe, dass diese für einen gemeinnützigen Zweck eingesetzt werden. Wenn Klarheit darüber herrscht, wie die Veranstalter weiter vorgehen, insbesondere ob eine öffentliche Vorführung stattfindet, welche den gemeinnützigen Charakter erfüllt, kann der Regierungsrat Auskunft darüber geben, wie mit dem gesprochenen Betrag umgegangen wird. Ausbezahlt wurde bisher nicht der gesamte Betrag, sondern 80 Prozent des Betrags ohne Berücksichtigung der Defizitgarantie, also 200’000 Franken. Die Ausbezahlung von 80 Prozent ist üblich beim Swisslos-Fonds zur Sicherung der Liquidität in der Regel gemeinnützigen Organisationen. Der Regierungsrat ist zuversichtlich, dass gemeinsam mit dem Veranstalter und den anderen Förderpartnern eine verantwortungsvolle Lösung gefunden wird.

Zu den Fragen 2 und 3: Der Totentanz wurde von lokalen Kulturschaffenden initiiert, die dazu eine gemeinnützige GmbH gegründet haben. Es handelte sich nie um ein kommerzielles Projekt. Das Motiv des Totentanzes ist tief mit dem kulturellen Erbe der Stadt Basel verknüpft. Die Totentanzaufführung war letztmals während dem zweiten Weltkrieg auf dem Münsterplatz zu erleben. Die Fördergelder hätten dieses aussergewöhnliche Ereignis nach über 80 Jahren erneut der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Auch wäre ein einzigartiges Zusammenspiel ermöglicht worden von Profis und Laienkünstlern, von lokalen Kulturschaffenden und der Zivilgesellschaft. Es beteiligten sich neben den professionellen Tanzschaffenden und Musikern eine Vielzahl von Freiwilligen vor und hinter den Kulissen.

Das Projekt verlangte ausserordentliche Anstrengungen zur Finanzierung dieser vielen Beteiligten und der Infrastruktur und wäre wohl ein ausserordentliches kulturelles Erlebnis geworden. Die Unterstützung durch den Swisslos-Fonds, die Christoph Merian Stiftung und andere Förderstellen, hat die Tickets vergünstigt und damit zugänglicher gemacht. Der Regierungsrat bedauert, dass das Projekt trotzdem nicht realisiert werden kann, insbesondere angesichts des bereits geleisteten

Engagements vieler Beteiligte, darunter wie erwähnt auch freischaffende Künstlerinnen und Künstler und zahlreiche Freiwillige.

Zu den Fragen 4 und 5: Wie bereits erwähnt verlangte das Projekt von Beginn weg ausserordentliche Anstrengungen zur Finanzierung der Infrastruktur und der vielen Beteiligten. Im April rechneten die Veranstalter noch mit einer ausreichenden Nachfrage nach Tickets, auch nach höherpreisigen Tickets in den vorderen Rängen.

Zu Frage 6: Defizitgarantien sind nicht ungewöhnlich. Sie werden bei Freiluftveranstaltungen oft gesprochen, weil in solchen Fällen das Risiko aufgrund der Wetterabhängigkeit beträchtlich ist.

Zu den Fragen 7 und 8: Es werden und wurden seitens der Verwaltung keine Kosten verrechnet und entsprechend auch nicht zurückverlangt. Verwaltungsintern fiel Aufwand für die Bearbeitung des Gesuchs an. Dies lässt sich nicht in Stunden oder Franken beziffern.

Zu Frage 9: Dem Museum der Kulturen und dem Historischen Museum, welche als Partner des Projekts auftraten, sind keine Mehraufwände entstanden. Beide Museen nahmen das Projekt zum Anlass, eigene finanziell unabhängige Veranstaltungen zum Thema Totentanz zu planen.

Zu den Fragen 10 und 11: Es ist üblich, dass sich Regierungsmitglieder im Patronatkomitees engagieren. Die Einsitznahme hat repräsentativen Charakter. Im vorliegenden Fall hat Regierungspräsident Conradin Cramer im Vorfeld des Beschlusses des Regierungsrates vom 16. April 2024 den Gesamtregierungsrat über seine Einsitznahme im Patronat der Veranstaltung informiert. Damit bestand für den Regierungsrat Transparenz hinsichtlich des Engagements von Regierungspräsident Conradin Cramer in dieser Angelegenheit. Hingegen war es für Regierungspräsident Conradin Cramer nicht angezeigt, in den Ausstand zu treten. § 74 der Kantonsverfassung sieht vor, dass Mitglieder einer Behörde in Geschäften, die sie unmittelbar persönlich betreffen, in den Ausstand treten. Regierungspräsident Conradin Cramer erlangte durch den Entscheid des Regierungsrates keinen finanziellen, rechtlichen oder ideellen persönlichen Vorteil.

Zu Frage 12: Aus dem Swisslos-Fonds werden Beiträge für gemeinnützige und wohltätige Zwecke im sozialen, kulturellen oder sportlichen Bereich ausgerichtet. Der Regierungsrat unterstützt damit das grosse und sehr willkommene Engagement der Zivilgesellschaft in diesen Bereichen. Über die verwendeten Mittel hinaus profitiert dabei der Kanton von viel freiwilliger und ehrenamtlicher Arbeit. Förderung ist stets mit gewissen Risiken verbunden. Abgesagte Projekte sind unter den über 300 jährlich geförderten kulturellen und sozialen Projekten die absolute Ausnahme. Sie sind nie ganz auszuschliessen, wenn man, wie der Regierungsrat das tut, dem Engagement aus der Bevölkerung mit einer konstruktiven fördernden Haltung begegnet.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Pascal Messerli (SVP): Mich interessierte insbesondere auch der finanzielle Aspekt in diesem Bereich, und hier gibt es ja offen sicherlich noch keine eindeutige Antwort. Deshalb möchte ich hier nicht mit einer Vorverurteilung vorpreschen. Ich ersuche aber schon den Regierungsrat um eine proaktive Kommunikation, dass die Schlussabrechnung, sobald sie dann vorliegt, auch kommuniziert wird, was dieser nicht stattgefundene Event den Kanton an Swisslos Geldern gekostet hat. Ansonsten werde ich mich hier gezwungen sehen, in ein paar Monaten eine schriftliche Anfrage nachzureichen.

Fakt ist, es wurden 200’000 Franken ausbezahlt, das ist nicht wenig Geld, damit hätte man viele kleineren kulturelle und soziale Institutionen unterstützen können. Das wäre meiner Meinung nach auch der Sinn und Zweck der Swisslos-Fonds. Wenn wir hier eine Veranstaltung haben, bei der trotz Swisslos-Geldern das günstigste Ticket bei 80 Franken liegt, dann kann man vielleicht über die Kommerzialisierung streiten, aber ich bestreite hier effektiv, dass dieser Event für die Gesamtbevölkerung zugänglich gewesen wäre, insbesondere wenn man dann an eine Situation denkt, dass eine mehrköpfige Familie mehrere 100 Franken hätte liegenlassen müssen, um diesen Event zu besuchen. Ich denke, hier hat man den Sinn und Zweck des Swisslos-Gelder etwas verfehlt.

Insofern bin ich mit der Gesamtsituation ganz und gar nicht zufrieden, kann mich aber mit der Beantwortung als teilweise zufrieden erklären.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.14. Interpellation Nr. 81 Oliver Bolliger betreffend Massnahmen gegen rekordhohe Krankenkassen-Schulden im Kanton Basel-Stadt

[05.06.24 16:45:29, 24.5237.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

Somit hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich beantworte die Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat verfolgt die Entwicklung der Verlustscheinsumme aus Krankenversicherungsausständen im Kanton Basel-Stadt laufend. Die vom Interpellanten erwähnte Verdoppelung der Verlustscheinsumme ergibt sich daraus, dass bei der Einführung der Verlustabgeltung zwischen den Krankenversicherungen und den Kantonen im Jahr 2013 nur neue Verlustscheine übernommen wurden. Daher war im Startjahr 2013 der Betrag mit 9,4 Millionen Franken vergleichsweise tief. Seit dem Jahr 2014 hat sich die Verlustscheinsumme bei einem Mittelwert von circa 15,6 Millionen Franken eingependelt und war im Jahr 2023 mit 14,5 Millionen Franken verhältnismässig tief.

Zu Frage 2: Der Nichtbezug von Prämienverbilligungen, Ergänzungsleistung und Sozialhilfe kann dazuführen, dass Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen die ihnen rechtlich zustehende Unterstützung nicht erhalten. Dies kann die finanzielle Belastung erhöhen und letztendlich zu einer steigenden Verschuldung führen.

Zu Frage 3: Im Bereich der Prämienbilligung werden in Basel-Stadt seit Jahrzehnten potenziell Anspruchsberechtigte persönlich benachrichtigt. Der Regierungsrat hat weitere Massnahmen initiiert, um den Herausforderungen im Zusammenhang mit der hohen Nichtbezugsquote von Sozialleistungen entgegenzuwirken. Diese Massnahmen umfassen beispielsweise die Verbesserung und Ausweitung der Informationsschreiben und Informationskampagnen sowie die Vereinfachung des Antragsverfahrens. Ausserdem arbeitet der Kanton eng mit der Schuldenberatungsstelle Plus-Minus zusammen. Diese Kooperation soll sicherstellen, dass Personen, die sich in finanziellen Schwierigkeiten finden, gezielt Unterstützung und Beratung erhalten, um ihre finanzielle Situation zu stabilisieren und die Inanspruchnahme der ihnen zustehenden Sozialleistungen zu fördern.

Zu Frage 4: Der Regierungsrat hat keine Kenntnis darüber, ob verschuldete Personen mit Krankenversicherungsausständen Anspruch auf individuelle Prämienverbilligung hätten oder ob diese knapp über der Anspruchsschwelle liegen. Die Daten können aufgrund des geltenden Datenschutzgesetzes nicht erhoben werden. Die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten sehen keine Grundlage vor, dass die geforderten Informationen gesammelt und verknüpft werden.

Zu Fragen 5 und 6: Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt hat die Einführung der neuen Regelung, die ab 1. Juli 2025 die Übertragung der Verlustscheine und die Übergabe von 90 Prozent der Forderungen und vorsieht in Abstimmung mit dem Finanzdepartement sorgfältig geprüft. Dabei hat sich gezeigt, dass die Rechnungsstellung und das Inkasso von Prämien, Franchisen und Selbstbehalten der Grundversicherung zu den Kernaufgaben der Krankenversicherer gehören. Sie haben sowohl den gesetzlichen Auftrag wie auch den wirtschaftlichen Anreiz, dies systematisch zu gewährleisten. Das Betreibungsverfahren ist das geeignete Instrument, um festzustellen, welche Forderungen rechtmässig und einbringlich sind und welche nicht. Die daraus resultierenden Verlustscheine gilt der Kanton den Versicherern zu 85 Prozent ab. Würde der Kanton künftig 90 Prozent alle vom Versicherer gemeldeten Forderungen übernehmen statt wie heute 85 Prozent, würde diese ein Mehraufwand von rund einer Million Franken bedeuten. In diesem Mehraufwand mitberücksichtigt ist der administrative Aufwand, den der Kanton neu für die Verlustscheinbewirtschaftung von jährlich mehr als 4’000 Versicherern leisten müsste. Der Regierungsrat sieht keinen Grund, diese Mehraufwendungen in Kauf zu nehmen, um eine Kernaufgabe der Versicherer zu übernehmen. Stattdessen prüft die Sozialhilfe im Einzelfall, ob er sich aus Sicht der von ihr unterstützten Person lohnt, die Krankenversicherungsschulden zu übernehmen, um andere Folgebelastungen zu vermeiden.

Zu Frage 7: Der Regierungsrat sieht folgende Lösungsansätze, um dieser Herausforderung entgegenzuwirken. Informationskampagnen: Der Regierungsrat setzt weiterhin auf intensive Aufklärungskampagnen, um die Bevölkerung über Ansprüche und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren. Dies umfasst unter anderem jährliches Anschreiben an potenziell Berechtigte sowie eine benutzerfreundlichere Gestaltung der kantonalen Webseite, auf der explizit einfache Sprache verwendet wird. Zweitens die Zugänglichkeit: Um den Zugang zu den Sozialleistungen zu erleichtern, werden bürokratische Hürden abgebaut. Die Antragsverfahren werden vereinfacht, um sie für die Antragsstellenden verständlich und zugänglich zu machen. Drittens die Zusammenarbeit mit der Schuldenberatung: Der Kanton arbeitet eng mit der Schuldenberatungsstelle Plus-Minus zusammen, um Personen in finanziellen Schwierigkeiten gezielt Unterstützung und

Beratung zu bieten. Diese Kooperation soll dazu beitragen, die finanzielle Situation der Betroffenen zu stabilisieren und die Inanspruchnahme der ihnen zustehenden Sozialleistungen zu fördern.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (GAB): Ich bedanke mich für die mündliche Beantwortung meiner Interpellation. Die Antwort zu meiner Frage, was die Begründung sein könnte für die Höhe der Verlustscheine aus Krankenkassenausständen sind für mich nachvollziehbar und verständlich. Es besorgt mich aber weiterhin sehr, vor allem die hohe Nichtbezugsquote von Sozialleistungen, Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen stellt ein grosses Problem dar und vergrössert das Verschuldungsrisiko von Krankenkassenausständen.

Mir ist bewusst, dass das Thema des Nichtbezugs vom Regierungsrat erkannt ist, ihm wichtig ist und er entsprechende Massnahmen geplant und eingeleitet hat. Dies ist wesentlich und wichtig für die Armutsprävention und auch betreffend die Verschuldung von grosser Bedeutung. Die Massnahmen zur Ausweitung hinsichtlich Informationsvermittlung über Anspruchsberechtigungen sind sicherlich richtig und wichtig, die Vereinfachung der Antragsverfahren begrüsse ich sehr, da gibt es noch einige Luft nach oben, und hier ist ein grosser Hebel, um die Nichtbezugsquote zu vermindern.

Die Antwort der Regierung zur Übernahme der Regelung per 1. Juli 2025, dass die Kantone die Verlustscheine zu 90 Prozent zurückkaufen können, kann ich nur bedingt nachvollziehen. Ob man 85 oder 90 Prozent zurückkauft, ist vom Verfahren her dasselbe, auch von der Verantwortlichkeit her, die Krankenkassen bleiben nach wie vor in der Verantwortung, die Betreibungen einzuleiten. Es ist aber klar, es kostet mehr Geld. Die Rückkäufe fände ich prüfenswert, vor allem dass die Schuldner erst dann einen Krankenkassenwechsel vornehmen können und nicht wieder in neue Schulden gleiten. Wenn das nicht der Plan ist, dann fände ich es prüfenswert, weitere Lösungen zu finden, damit ein Krankenkassenwechsel für Personen mit hohen Schulden möglich wird. Und ich finde es eine gute Idee, wenn die Sozialhilfe Basel-Stadt hier Ausnahmen machen kann.

Insofern bin ich mit der Antwort zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.15. Interpellation Nr. 82 Heidi Mück betreffend Inselstrasse 62-66: legitimiert der Kanton missbräuchliche Kündigungen?

[05.06.24 16:53:49, 24.5238.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

Heidi Mück (GAB): Eigentlich begründe ich Interpellationen eher selten, aber die Interpellation wird schriftlich beantwortet, und es geht doch einige Monate, bis die Antwort kommen wird, deshalb möchte ich kurz begründen, weshalb ich sie eingereicht habe.

Es sind zwei Hauptgründe. Einerseits finde ich es daneben, wie der Hausbesitzer der Inselstrasse 62-66 mit den ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohnern umgegangen ist. Ich habe den Eindruck, dass der Kanton dieses wirklich schlimme Vorgehen wenigstens bis zu einem gewissen Grad legitimiert. Die Varioserv AG besitzt nicht nur die Häuser im Geviert Inselstrasse/Kleinhüningerstrasse/Holderstrasse besitzt, sondern mehrere weitere Häuser in meinem Quartier. Und ich höre von den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Häuser, dass immer die gleiche Masche versucht wird oder zumindest wurde: Leerkündigungen wegen angeblich dringendem Sanierungsbedarf, Sanierung und dann massive Aufschläge des Mietzinses. Wir können mit gutem Grund sagen, dass dieses Vorgehen eigentlich dem Geschäftsmodell der Varioserv AG entspricht. Und wegen solcher Gauner wurde die Wohnschutzinitiative lanciert und war erfolgreich. Das Wohnschutzgesetz soll den Miterinnen und Mietern vor solchen Geschäftspraktiken schützen, und offenbar greift es ja. Das sehen wir an den Zahlen, die uns der Mieterverband präsentiert und das zeigt uns das Verhalten der Varioserv AG. Die Inselstrasse 62 bis 66 wird nun doch nicht saniert, und der Kanton nutzt sie als temporäre Unterkünft für Geflüchtete. Hier interessiert mich die Rolle des Kantons und ich möchte wissen, was unternommen werden kann, um solchen Firmen das Handwerk zu legen.

Der zweite Hauptgrund für diese Interpellation ist, dass nun bis zu 150 geflüchtete Menschen, Familien und Einzelpersonen zu uns ins Quartier ziehen werden. Die Informationsveranstaltung vom letzten Mittwoch hat deutlich gezeigt, dass die Quartierbewohner und -bewohnerinnen kaum Mühe damit haben, dass nun weitere Flüchtlinge ins Quartier kommen. Im Gegenteil, ich habe im Anschluss an die Veranstaltung mindestens eine Stunde lang mit mehreren Nachbarinnen und Nachbarn gesprochen, und viele sagten mir, dass sie ja auch Ausländer und Ausländerinnen seien oder waren und nichts gegen diese Leute hätten. Aber das Klybeck und Kleinhüningen ist ein belastetes Quartier. Die Menschen haben mehrheitlich tiefe Löhne und Renten, sie haben kaum Vermögen und es gibt eine hohe Sozialhilfequote. Zudem kritisieren Eltern, dass die Gymnasialquote im Vergleich zu anderen Quartieren sehr tief ist und dass für ihre Kinder kaum Chancengleichheit besteht. Deshalb möchte ich wissen, wie die Schulen auf die zusätzlichen Schüler:innen vorbereitet sind und ob es zusätzliche Ressourcen und Unterstützung gibt. Wenn diese Interpellation beantwortet wird, werden schon viele Geflüchtete bei uns eingezogen sein. Trotzdem bin ich gespannt auf die Antworten des Regierungsrats und hoffe, dass sich einige Dinge klären und wir bei anderen für die Zukunft lernen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich muss Sie bitten, Worte wie Gauner sehr dezent zu verwenden oder besser gesagt zu ersetzen. Das ist eine Unterstellung, die sehr weit geht.

10.16. Interpellation Nr. 83 Nicola Goepfert betreffend IWB entzieht 30 Bewohner:innen Wasser und Strom

[05.06.24 16:58:25, 24.5239.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird schriftlich berichten. Möchte der Interpellant begründen? Er ist nicht anwesend.

10.17. Interpellation Nr. 84 Felix Wehrli betreffend Besetzung von Uni-Räumlichkeiten

[05.06.24 16:58:39, 24.5240.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Die Universität hat am Montag, 13. Mai 2024, als es gegen Mittag zu einer Besetzung des Bernoullianum kam, unmittelbar die Polizei informiert. Nach einer gemeinsamen Lagebeurteilung kam die Universität an einer Besprechung mit der Polizei zum Schluss, dass die Universität sofortig einen Strafantrag stellt. Bis zu einer allfälligen polizeilichen Räumung sollte aber ein Zeitfenster für Verhandlungen zur Verfügung stehen. Das Ziel war es, die Aktivistinnen und Aktivisten zu einer freiwilligen Aufgabe der Besetzung zu bewegen. Am Montag, 13. Mai 2024 hat das Rektorat um 17 Uhr 30 einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt. Am selben Abend wurde den Besetzenden die Position der Universitätsleitung erläutert. Das Rektorat wäre zu Gesprächen bereit gewesen, wenn die Besetzenden das besetzte Gebäude bis Dienstag, 14. Mai, 20 Uhr freiwillig verlassen hätten.

Zu Frage 2: Als die Versuche der Deeskalation nicht fruchteten, stellte die Universität der Staatsanwaltschaft Basel am Morgen des Mittwoch 14. Mai 2024 Antrag auf Räumung. Die Polizei forderte die Besetzenden um 14 Uhr auf, das Gebäude freiwillig zu verlassen. Die Besetzenden folgten diesem Aufruf und zogen Richtung Petersplatz. Als die Polizei das Bernoullianum betrat, stellte sie fest, dass sich keine Besetzenden mehr im Gebäude aufhielten. Die Personalien wurden nicht aufgenommen.

Zu Frage 3: Der Protest und die Forderungen richteten sich an die Universität. Es liegt nicht in der Kompetenz des Regierungsrates, direkt in den Universitätsbetrieb einzugreifen.

Zu Frage 4: Dem Regierungsrat ist nicht bekannt, wie viele Personen sich an sämtlichen Besetzungsaktionen beteiligt haben.

Zu Frage 5: Am Nachmittag des 15. Mai 2024 nahm die Polizei in der Kornhausgasse die Personalien von 43 Personen auf. Eine Person wurde wegen Diensterschwerung und einem Ehrenverletzungsdelikt verzeigt. Alle 43 kontrollierten Personen erhielten einen befristeten Platzverweis. Am morgen des 27. Mai 2024 wurden vor den Liegenschaften am Petersgraben 27 und 29, Institut für Soziologie und musikwissenschaftliches Seminar 20 Personen polizeilich kontrolliert. Auch sie erhielten einen Platzverweis.

Zu Fragen 6 und 7: Die Universität hat bei der Polizei die Herausgabe allfälliger Personendaten beantragt. Sie behält sich Massnahmen vor.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu begründen, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Felix Wehrli (SVP): Besten Dank für die Beantwortung der Fragen. Nach dem Interview der Rektorin der Universität in der Baz stellen sich für mich tatsächlich Fragen, warum man nicht sofort eingeschritten. Denn wenn man sofort einschreiten würde, dann hätte man auch die Personalien der Besetzenden. Es ist genau so herausgekommen, wie ich vermutet habe, man hat die Personalien danach nicht aufgenommen von den Personen, die im Bernoullianum waren.

Am 24. Mai wurden 43 Personen kontrolliert und am 27. Mai noch einmal. Ich hoffe schon, dass diese Personalien der Universität tatsächlich bekannt gegeben werden. Ich weiss nicht, ob man das überhaupt darf. Und ich hoffe, dass die Universität danach entsprechende Massnahmen ergreift, zumal ich vermute, dass nicht sehr viele Studierende dabei waren. Ich bin da vorbeigefahren und habe die Personen gesehen, ich kann mir nicht vorstellen, dass diese tatsächlich an der Universität studieren.

Ich bin mit den Antworten teilweise zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist es erledigt.

Interpellation Nummer 85 Barbara Heer betreffend Umsetzung der Revision des Sexualstrafrechts in Basel-Stadt.

Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu den Fragen 1 und 2: Die Kantonspolizei Basel-Stadt hat in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gewaltschutz und Opferhilfe des Generalsekretariats JSD auf Basis bestehender Grundlagen aus anderen Polizeikorps ein umfassendes E-Learning zum revidierten Sexualstrafrecht erarbeitet. Dieses beinhaltet ausführliche Erläuterungen, inklusive einer Lernkontrolle zu den revidierten Gesetzesartikeln. Überdies wurde in Zusammenarbeit mit der Opferhilfe beider Basel ein detaillierter Schulungsabschnitt zum Umgang mit Opfern von sexualisierter Gewalt erarbeitet.

Ebenfalls bereit für die bevorstehende Inkraftsetzung des revidierten Sexualstrafrechts sind die Mitarbeitenden der Opferhilfe beider Basel. Sie haben diverse interne und externe Schulungen sowie Fachtagungen zum Thema besucht. Informationen werden derzeit auch für die Klientinnen und Klienten aufbereitet. Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt hat sich in den vergangenen Monaten und Wochen intensiv vorbereitet. So hat sie für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehrere interne Schulungen mit externen Fachleuten aus Lehre und Praxis durchgeführt, beispielsweise zu Fragen des materiellen Rechts, der Rechtsmedizin oder der Aussagepsychologie. Alle diese Schulungen hat die Staatsanwaltschaft genutzt, um erneut die Wichtigkeit des Opfer sensiblen Umgangs in Erinnerung zu rufen. Die in den Abteilungen schwergewichtig mit Sexualdelikten betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sodann teilweise mehrtägige Fachkurse für Spezialistinnen und Spezialisten, beispielsweise zu einvernahmen und Aussagepsychologie sowie thematische Tagungen besucht. In Kürze wird ein entsprechendes E-learning mit Pflichtsmodulen aufgeschaltet.

Schliesslich haben sich auch die Gerichtspräsidien bereits frühzeitig im Rahmen der von ihnen verfassten Vernehmlassung zur Revision des Sexualstrafrechts eingehend mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Die Gerichtspräsidien, Gerichtsschreibenden und nebenamtlichen Richterinnen und Richter bilden sich zudem in Bezug auf Gesetzesänderungen anhand der Literatur und Weiterbildungsveranstaltungen kontinuierlich selbstständig weiter. Sie werden auch die sich dazu entwickelnde nationale Gerichtspraxis aufmerksam verfolgen.

Zu Frage 3: Die neuen Bestimmungen des Sexualstrafrechts werden gemäss Artikel 2 Strafgesetzbuch erst auf Straftaten anwendbar sein, die nach dessen Inkrafttreten und damit nach dem 1. Juli 2024 begangen werden. Wie hoch der zusätzliche Aufwand ausfallen wird und ob zusätzliche Ressourcen erforderlich sind, lässt sich so nicht abschätzen.

Zu Frage 4: Mit Inkraftsetzungen des revidierten Sexualstrafrechts kann neu auch eine der sexuellen Belästigung beschuldigte Person zum Besuch eines Lernprogramms verpflichtet werden. Wie ein gemeinsames Lernprogramm im Einzelnen ausgestaltet wird, ist unter Einbezug der beiden Staatsanwaltschaften derzeit noch Gegenstand der Diskussionen zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

Zu Frage 5: Keine. Bei der Kantonspolizei, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten sind keine grundlegenden Prozessanpassungen erforderlich. Sollte sich in der Praxis ein Justierungsbedarf zeigen, wird dieser vorgenommen werden.

Zu Frage 6: Die Möglichkeit zur Videoaufnahme von Einvernahmen bei der Staatsanwaltschaft, bei der die Kriminalpolizei angesiedelt ist, besteht. Der Entscheid darüber erfolgt im Einzelfall durch die Verfahrensleitung. Technisch und räumlich ist die Staatsanwaltschaft aber nicht ausreichend ausgerüstet, um sämtliche Einvernahmen von erwachsenen Opfern sexualisierter Gewalt aufzuzeichnen. Die teilnahmeberechtigte Einvernahme zur Wahrung des Konfrontationsanspruchs der beschuldigten Person findet normalerweise erst vor Gericht statt.

Am Gericht werden bereits alle Einvernahmen von Beschuldigten sowie von Zeugen und Auskunftspersonen elektronisch mittels Audioaufzeichnung aufgenommen. Allerdings werden Opfer von Sexualstraftaten in den Gerichtsverhandlungen auf Wunsch bewusst nicht direkt mit dem oder der Beschuldigten konfrontiert, sondern in dessen Abwesenheit einvernommen, wobei die Einvernahme zur Wahrung des rechtlichen Gehörs aus einem Nebenraum per Videoübertragung mitverfolgt werden kann. Die Videoaufnahmen der Opfereinvernahmen durch die Staatsanwaltschaft und gegebenenfalls das erstinstanzliche Gericht werden von den Gerichten als Beweismittel beigezogen und es wird im Einzelfall sorgfältig abgewogen, ob eine weitere Einvernahme des Opfers notwendig ist. Ob sich in der Folge eine nochmalige Befragung des Opfers durch das zweitinstanzliche Gericht aufdrängt, beurteilt sich nach Artikel 343 der Strafprozessordnung und der dazu ergangenen Rechtssprechung des Bundesgerichts.

10.18. Interpellation Nr. 85 Barbara Heer betreffend Umsetzung der Revision des Sexualstrafrechts in Basel-Stadt

[05.06.24 17:08:59, 24.5241.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Barbara Heer (SP): Besten Dank für die mündliche Beantwortung meiner Interpellation und auch für die Einholung von Informationen beim Gerichtsrat, was eigentlich über die Zuständigkeit des Regierungsrates hinausgeht. Im Juni 2023 hat das nationale Parlament die Revision des Sexualstrafrechts verabschiedet. Es ist ein sehr wichtiger Schritt, es geht um die Ausdehnung von geltenden Tatbeständen der Vergewaltigung und der sexuellen Nötigung, und neben den strafrechtlichen Änderungen beinhaltet sie auch die Einführung und der Ausbau von Tätearbeiter, diese sind ein wichtiges Element der Reform.

Es ist jetzt ganz wichtig, dass die Kantone sich entsprechend vorbereitet haben. Die Kantone hatten denn auch beim Bund extra noch Zeit verlangt für die Umsetzung. Deshalb tritt es erst jetzt per 1. Juli in Kraft, und das ist eben auch der Grund, wieso ich mit meiner Interpellation kritisch nachfragen möchte, ob die Regierung diese Zeiten jetzt auch wirklich genutzt hat.

Sehr erfreut bin ich zu hören betreffend den Schulungen im Bereich der Opferhilfe, Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei, diese Forderung nach intensiven Schulungen nicht nur materiell betreffend das neue Sexualstrafrecht sondern auch betreffend der Opfersensibilität. Da scheint wirklich viel gegangen zu sein in den letzten Monaten. Das möchte ich loben, das ist eine Kernforderung auch von feministischen Kreisen von allen Seiten, die immer wieder aufgekommen ist und es ist wichtig, dass da grosse Fortschritte gemacht worden sind. Bei den Gerichten hingegen finde ich die Antwort etwas magerer und würde mir etwas mehr Engagement vom Gerichtsrat wünschen, eben gerade auch betreffend der Opfersensibilität in den ganzen Prozessen.

Dann betreffend Finanzen: Es ist ja so, dass Organisationen auch davon ausgehen, dass die Anzeigeanzahlen steigen werden, das ist auch eines der Ziele der Reform. Es werden ja aktuell immer noch nur 10 Prozent der Fälle tatsächlich angezeigt im Bereich der Vergewaltigungen, das kann durchaus Auswirkungen auf die Ressourcen haben. Eine zeitnahe Behandlung dieser Fälle ist wahnsinnig wichtig, gerade bei Vier-Augen-Delikten zählt jeder Monat. Das möchte ich wirklich die Staatsanwaltschaft bitten, auch bei der Prioritätensetzung gerade diesen Delikten eine hohe Priorität zu geben, dass da auch eine zügige Behandlung möglich ist.

Bei den Lernprogrammen hingegen scheint es mir, dass die Geschwindigkeit noch etwas erhöht werden könnte. Es wäre ja dann problematisch, wenn Personen zu Lernprogrammen verpflichtet werden und diese Lernprogramme noch gar nicht existieren oder noch nicht dem neuen Gesetz angepasst worden sind.

Hinsichtlich der Videoaufzeichnungen höre ich mit Sorge, dass hier eigentlich sehr praktische Dinge wie fehlende Räumlichkeiten und fehlende technische Ausrüstung bei der Staatsanwaltschaft der Einsatz von Videoaufzeichnungen limitieren. Also ich finde, das ist jetzt wirklich keine gute Begründung, wieso eine Person in einem solchen Verfahren eine sehr lange Einvernahme über sich ergehen lassen muss. Die Videoaufzeichnungen können diese ziemlich verkürzen und ich möchte da wirklich bitten, dieser Thematik eine höhere Priorität zu geben und diese wirklich sehr praktischen Gründe wie fehlende Räume und nicht genügend Geräte doch bitte einfach zu lösen.

Heute erstatten knapp 10 Prozent der Betroffenen Anzeige. Das hat damit zu tun, dass in den Prozessen und Einvernahmen Opfer traumatisiert werden, dass Mitschuld zugewiesen wird, Vergewaltigungsmythen leider immer noch präsent sind. Der opfersensible Ansatz ist wichtig in allen Phasen der Strafprozesse und es ist auch wirklich ganz wichtig, dass das Vertrauen der Menschen in die Institutionen erhöht werden kann, dass eben auch die Strafverfolgung sich diesen Fällen adäquat annimmt. Nur so und zusammen mit der Revision des Sexualstrafrechts kann die Anzeigequote erhöht werden.

In dem Sinne erkläre ich mich mit der Beantwortung der Fragen als teilweise befriedigt im Sinne von «Es gibt noch viel zu tun». Ich habe grosse Erwartungen an die Regierung, der Thematik weiterhin grosse Priorität zu geben und bedanke mich für die Beantwortung der Fragen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.19. Interpellation Nr. 86 Daniela Stumpf Rutschmann betreffend Zahlen und Fakten zum Asylchaos

[05.06.24 17:14:15, 24.5242.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

10.20. Interpellation Nr. 87 Sandra Bothe betreffend Verbesserung des Pausenplatzes Schulhaus Rittergasse im Kontext der Umgestaltung der Archäologischen Informationsstelle „Murus Gallicus“

[05.06.24 17:14:35, 24.5244.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

10.21. Interpellation Nr. 88 Patrick Fischer betreffend Bandenkriminalität in Basel-Stadt

[05.06.24 17:14:51, 24.5245.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Patrick Fischer (SVP): Sie fragen sich bestimmt, warum ein Kriminalpolizist Fragen zur Kriminalität stellt. Das muss er ja selber wissen. Das Zauberwort heisst Amtsgeheimnis. Ich darf leider nicht sagen, was ich weiss, was ich lieber auch nicht

wüsste. Ich stehe jetzt vor Ihnen als Grossrat, und vor allem die Informationen aus dem Zeitungsartikel von der BaZ vom 26. März, in dem es um die Kriminalitätszahlen geht, aber auch die Stellungnahme des ersten Staatsanwalts Sascha Stauffer und der Clanreport auf Watson von Herrn Ott, Chef Frepo Bern vom 3. März. Dazu kommen noch diverse Problemstellungen, die an mich als Privatperson herangetragen worden sind. Ziel ist es, eine konstruktive Lösung zu suchen und nicht irgendjemanden bloss zustellen. Das habe ich einleitend sagen wollen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Bandenkriminalität ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. So nennt das Schweizerische Strafgesetzbuch einzelne Tatbestände, für deren bandenmässige Begehung eine höhere Strafe vorgesehen ist. Im allgemeinen Sprachgebrauch besteht aber keine exakte Definition, so dass zu diesem unscharf umrissenen Themenfeld auch keine verlässlichen statistischen Aussagen möglich sind. Grundsätzlich ist eine bandenmässige Begehung bei praktisch allen Delikten möglich und derartige Verfahren gibt es in allen Kantonen, mithin auch in Basel-Stadt. Im besonderen Fokus der Strafverfolgung stehen namentlich der Menschenhandel, der Handel mit Betäubungsmitteln sowie bei den Wirtschaftsdelikten, beispielsweise hoch komplexe Fälle wie jener des unlängst vor dem Strafgericht verhandelten internationalen Anlagebetrugskonstruktes. Bei der Bekämpfung des Menschenhandels, der Schwarzarbeit sowie der Ausbeutung von Arbeitskräften fällt sodann auf, dass die hinter dieser Kriminalitätsformen stehenden, in Clanstrukturen vernetzten Täterschaften versuchen, sich in der Schweiz zu festigen und ihre wirtschaftliche Macht auszubauen.

Zu Frage 2: Das Recht auf Familieneinheit und daraus abgeleitet auf Familiennachzug kann und wird mutmasslich auch durch Personen mit hoher krimineller Energie, die sogenannten Banden oder Clans zuzurechnen sind, ausgenutzt.

Zu Frage 3: Die Staatsanwaltschaft behandelt Anzeigen wegen schweren Delikten wie Tötungsdelikte, Sexualdelikte, Raub oder schwere Körperverletzung immer und zwingend bei Haftfällen, sodann je nach schwere und wo von den Ermittlungsansätzen her möglich auch prioritär. Ebenso verfolgt sie selbstverständlich auch solche zur Geldwäscherei. Hier gilt es darauf hinzuweisen, dass die Geldwäscherei eine Vortat verlangt, welcher es erst nachzugehen gilt. Es besteht also eine Abhängigkeit. Allerdings ist auch die Staatsanwaltschaft im Kanton Basel-Stadt strukturell stark überlastet. Angesichts der alleine im Jahre 2023 eingegangenen über 30’000 Strafanzeigen kommt es tatsächlich vor, dass die Ermittlungshandlungen auch bei schwereren Straftaten nicht immer umgehend, sondern verzögert vornehmen oder gar zurückstellen muss. Auch muss sie im Kontext der schweren Gewalt- und Strukturkriminalität und der Inkaufnahme von Beweismittelverlusten in manchen Fällen aus Ressourcengründen und mit Blick auf gesetzlich vorgegebene Priorisierungen auf Aktionen und Festnahmen verzichten. Gleiches gilt bei der passiven internationalen und interkantonalen Rechtshilfe, die nur noch eingeschränkt geleistet werden kann, womit wiederum die Reputation als zuverlässige und faire Partnerbehörde leidet. Bei der sogenannten Holkriminalität verschärft sich dieses Problem aufgrund der höchst komplexen, vernetzten und äusserst ressourcenintensiven Ermittlungen zusätzlich. Eröffnete Verfahren binden die vorhandenen Kräfte für häufig über Monate, wenn nicht gar über Jahre. Wenn das zuständige Dezernat der Kriminalpolizei dann einen neuen, wiederum zu priorisierenden Fall erhält, kann dies dazu führen, dass laufende Verfahren ins Stocken geraten.

Zu Frage 4: Dazu liegt kein statistisches Datenmaterial vor.

Zu Frage 5: Ebenfalls liegt kein statistisches Datenmaterial vor.

Zu Frage 6: Für die Strafverfolgung ist grundsätzlich nicht der Regierungsrat, sondern sind die Strafverfolgungsbehörden zuständig. Der Regierungsrat versucht jedoch, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Die Kantonspolizei und andere Verwaltungsstellen beobachten jedenfalls gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft laufend die Entwicklungen im Bereich der sogenannten Bandenkriminalität im und rund um den Kanton Basel-Stadt. Gestützt auf die Tendenzen und Entwicklungen werden zudem präventive Strategien zur Kriminalitätsbekämpfung entwickelt. Wichtig sind auch die Feststellungen an der Front, auf deren Basis in wöchentlichen Rapporten Sofortmassnahmen, sprich operative Schwerpunkte festgelegt werden.

Zu Frage 7: Ja, was gerade bei der Bekämpfung der Strukturkriminalität interkantonal, national und international zwingend ist. Es gibt einen regen Austausch unter den spezialisierten Staatsanwältinnen des Bundes und der Kantone sowie der Polizeikräfte zu diesen Themen entweder fallbezogen oder schwerpunktmässig, aber auch ganz allgemein. Die Strafverfolgungsbehörden der Schweiz tauschen sich fortlaufend auch institutionell aus, sowohl auf justizieller Ebene als auch auf polizeilicher Ebene.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Patrick Fischer (SVP): Ich Frau Regierungsrätin herzlichen Dank für die mündliche Beantwortung meiner Fragen. Ich will auf einzelne Punkte eingehen. Ich finde es bedenklich, dass man feststellt, dass sich die Clanstrukturen in der Schweiz zu festigen und ihre wirtschaftliche Macht auszubauen versuchen, gerade vor dem Hintergrund, dass die Kapo einen massiven Unterbestand hat und dass die Kripo im gleichen Zug massiv überlastet ist. Wie wirkt man dem entgegen?

Dann kommen wir zum Familiennachzug. Auch hier wird eingeräumt, dass die Clans, wie im Clanreport beschrieben, das ausnützen. Und einfach noch kurz für die, die das nicht gelesen haben. Es geht darum, dass hier kriminelle Strukturen aufgebaut werden, dass Geschäfte gegründet werden, dann wirbt man aus dem Heimatland Leute an, die dann kurzfristig hier angestellt werden. Nach wenigen Monaten geht die Firma konkurs und anschliessend sind die Leute, die angeworben worden sind, arbeitslos und beziehen Arbeitslosengelder. Das kann nicht im Sinne des Steuerzahlers sein.

Dann kommen wir zu diesen verschiedenen Anzeigen wegen Raubdelikten, Sexualdelikten und Tötungsdelikten. Da wird zwar gesagt, dass die Sachen prioritär behandelt werden, nur fragt sich, wie prioritär man die Fälle behandeln kann, wenn es 30’000 Strafanzeigen gibt. Man muss keine Mathematikgenie sein um zu sehen, dass mit 30’000 Strafanzeigen und den vorhandenen Mitarbeitern nur ganz wenige Fälle bearbeitet werden können und auch schwere Straftaten nicht umgehend, sondern verzögert behandelt werden können. Das kann nicht das Ziel sein. Die Strafe muss bald erfolgen. Nur so kann man weitere verhindern. Es kann nicht sein, dass ein Straftäter mehrere Straftaten begeht und dann irgendwann einmal nach zwei Jahren für die, die er zuerst begangen hat, zur Rechenschaft gezogen wird.

Ich finde es auch bedenklich, dass die internationale Rechtshilfe eingeschränkt werden muss und dass die Reputation als Partner hier leidet. Es erstaunt mich nicht, dass zu den wirtschaftlichen Schäden, die hier entstehen (Arbeitslosenversicherung, Sozialversicherung), kein Datenmaterial vorliegt. Wie will man das auch erfassen? Die Kapazitäten sind ja erschöpft, man kommt ja kaum mit den Anzeigen nach und es wurde gesagt, dass die Holkriminalität noch das Problem verschärft. Also wer soll die Holkriminalität in Erfahrung bringen?

Wie will man diesen Missstand korrigieren? Da ist gesagt worden, Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, und genau dafür haben wir heute einen ersten Anlauf genommen, indem wir versuchen, Abgänge zu verhindern und gute Leute halten zu können. Der Lohn ist, das haben wir auch schon gehört, nur ein Teil der ganzen Sache, es sind weitere Massnahmen dringend notwendig.

Und dann noch etwas zu diesem Satz, wichtig seien die Feststellungen an der Front. Ich frage mich, wie viele Feststellungen an der Front gemacht werden können, wenn die Front aus drei Mitarbeitern im Kleinbasel besteht, die nachts arbeiten.

Und dann kommen wir zuletzt noch zu einer guten Nachricht, dass der Austausch interkantonal gut funktioniert. Da können wir von Synergien profitieren und können Erfahrungen für uns übernehmen. Wichtig ist aber auch, dass wir gut aufgestellt sind und ein verlässlicher Partner sein können.

Insgesamt bin ich mit der Antwort zufrieden, den Inhalt finde ich aber mehr als besorgniserregend.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

10.22. Interpellation Nr. 89 Lorenz Amiet betreffend Hilferuf der Architekten wegen den Zuständen im Bauinspektorat

[05.06.24 17:25:11, 24.5246.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen.

90. Resolution Johannes Sieber und Konsorten betreffend die Austragung des Eurovision Song Contest 2025 in Basel

[05.06.24 17:25:37, 24.5243.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Johannes Sieber und Konsorten haben einen Entwurf für eine Resolution aufgelegt. Der Resolutionstext liegt Ihnen damit vor. Sie haben die Behandlung der Resolution auf die Tagesordnung gesetzt. Gemäss § 54 der Geschäftsordnung kann eine Resolution nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden. Wir kommen damit zur Diskussion. Es sind Fraktionsvoten und Einzelvoten möglich. Bisher liegen nur Einzelvoten vor, wenn sich niemand für die Fraktion meldet, dann fahren wir mit diesen fort. Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe im Mai schon ausführlich zum Thema Eurovision Song Contest in Basel gesprochen. Ich habe bekanntgegeben, wo der Song Contest stattfinden wird. Er wird leider in Zürich stattfinden. Und das ist so, weil das Schweier Fernsehen dort ist und darum bin ich gegen die Resolution, weil wir keine Chance haben. Wenn Sie wie ich in die Schulen gegangen sind in Basel, haben Sie gelernt, dass wir halt immer die Konkurrenzstadt sind von Zürich. Vor 80 Jahren ist die Entscheidung gefallen, dass das Fernsehen nach Zürich geht, der Flughafen ist in Zürich und wir in Basel sind immer auf Platz 2.

Und das Pferd wird falsch aufgezäumt. Man müsste ganz anders reagieren und müsste halt mehr Gelder zur Verfügung stellen. Aber das geht nicht und ich habe ja im Mai schon dazu gesprochen. Was mich aber am meisten stört bei dieser Sache und warum ich gegen die Resolution bin, möchte ich jetzt noch begründen. Wollen Sie von mir eine ehrliche Antwort wissen, warum ich gegen die Resolution bin und wie es ausgeht? Nehmen wir einmal an, der Eurovision Song Contest findet in Basel statt. Jetzt sage ich mal, wie es ausgeht und ich weiss Bescheid. Jeder Regierungsrat würde 10 Freibillette bekommen und wir als Grossräte gehen leer aus. Und das akzeptiere ich als Grossrat nicht und das darf man sagen,

Ich möchte nur ein Beispiel n ennen, wie wir bei solchen Sachen ausgeschaltet werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das tut überhaupt nicht zur Sache. Ich erteile Ihnen einen zweiten Ordnungsruf und erziehe Ihnen das Wort. Bitte gehen Sie an ihrem Platz.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Johannes Sieber.

Johannes Sieber (GLP): Wir haben die Möglichkeit, ein sinnvolles Stück Musikvielfalt heute anzustossen, die Durchführung des ESC in Basel. Sie haben es mitbekommen, Nemo hat den ESC in Malmö für die Schweiz gewonnen, er wird im nächsten Jahr in der Schweiz stattfinden. Städte, die sich für dessen Durchführung interessieren, habe diese Woche das detaillierte Anforderungsdossier bekommen, darunter auch Basel. Bis Ende Juni hat der Regierungsrat nun Zeit, das Bewerbungsdossier auszuarbeiten, bis im August soll die durchführende Stadt bekanntgegeben werden.

Mit dieser Resolution können wir die Bemühungen des Regierungsrats, der bereits bekundet hat, dass er sich bewerben will, bei seiner Bewerbung stärken. Wir sind der Meinung, dass der ESC eine einmalige Chance bietet und perfekt zu Basel passen würde. Als weltoffene und vielfältige Kulturstadt und als europäische Vorzeigeregion im Dreiländereck verkörpert Basel die Werte des ESC schlechthin. Wir bitten daher den Regierungsrat, zeitnah alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit Basel den Zuschlag für diesen einzigartigen Grossanlass erhält.

Es freut mich, dass gemäss Kreuztabelle die Resolution auf breite Zustimmung stösst und ich denke wirklich, dass wir mit einer Durchführung in der Joggelihalle auch ein kleines Trauma bewältigen können, denn wenn wir beweisen können, dass das in der Joggelihalle möglich ist, dann sind wohl die letzten Zweifel für die Investition in diese Halle beseitigt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Bâle douze points, Basel twelve points - das soll es heissen am Schluss des Tages, wenn die SRG sich entscheidet, den Eurovision Song Contest in Basel austragen zu lassen. Es wäre für unsere Region ein starkes Zeichen, dass wir eine Event-Stadt sind, dass wir eine Kulturstadt sind und einen solch grossen Anlass, wahrscheinlich der grösste Anlass nach der Euro 2008 professionell und erfolgreich durchführen können. Dieser Anlass bietet uns eine einmalige Gelegenheit, uns in das europäische, in das internationale Schaufenster zu stellen und ich bin überzeugt, dass Basel-Stadt in der Lage wäre, diesen Anlass, der dann ja schon sehr bald auch in Basel stattfinden würde, zu organisieren und durchzuführen.

Die Resolution von Johannes Sieber habe ich deshalb sehr gerne mitunterzeichnet. Ich habe jetzt auch sein Votum gehört. Ich wäre dann bei der Örtlichkeit noch ein bisschen offener, es gibt ja nicht nur die St Jakobshalle in Basel, also lassen wir

offen, wo diese Veranstaltung dann stattfindet. Aber wichtig und richtig ist, dass diese Veranstaltung dann in Basel stattfindet.

Man kann über den ESC unterschiedlicher Auffassung sein, hier gibt es auch Personen, die diesen ESC nicht allzu wichtig finden. Ich möchte darüber auch gar keine Wertung abgeben, aber es ist eindeutig, und das hat dieser Eurovision Song Contest ja auch gezeigt, dass die Wertschöpfung für eine Region entscheidend sein kann, dass wir zum Beispiel in Liverpool gesehen haben, dass 175'000 Hotelübernachtungen die Folge waren, dass die Hotels ausgelastet waren. Wir haben gesehen, dass die Wertschöpfung, das zeigen Studien, sehr hoch ist, über 60 Millionen Franken Wertschöpfung konnte generiert werden, und das zeigt, dass dieser Anlass eben völlig unabhängig davon, ob man dann den ESC an sich speziell toll findet, eben für unsere Region eine ganz wichtige Sache werden kann. Unsere Gastronomie, unsere Hotellerie – ich nehme an, Franz-Xaver Leonhardt wird danach auch noch etwas dazu sagen, er ist Jahr Zweitunterzeichner der Resolution - sind angewiesen auf solche Grossevents, gerade auch, weil die Lücke, die die Baselworld hinterlassen hat, nicht geschlossen würde. Dieser Zeitraum im Mai eignet sich doch eigentlich perfekt, um hier auch etwas in Basel zu bieten und ich bin überzeugt, dass uns das auch gelingen wird.

Der Regierungsrat ist bereit, sich zu bewerben und mit diesem Entscheid heute, den wir hoffentlich in grosser Einstimmigkeit fällen werden, zeigen wir auch als Grosser Rat dieses Kantons, dass wir diese Bewerbung unterstützen und dass wir uns dafür aussprechen, dass dieser Grossanlass hier in Basel stattfindet und wir auch alles unternehmen als Kanton, damit Basel den Zuschlag für diesen Anlass erhält.

In diesem Sinne würde ich mich auch im Namen meiner Fraktion freuen, wenn Sie diese Resolution heute verabschieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Auch ich würde mich sehr freuen im Namen der Fraktion Mitte-EVP, dass wir das heute unterzeichnen. Das ist ein Zeichen für die Bewerbung, noch ein politisches Statement zu machen. Das ist ganz wichtig. Wir sind in einem Wettbewerb mit Schweizer Städten. Wir haben gewisse Sachen, bei denen wir nicht so gut sind, aber Basel wäre ein perfekter Ort für diese richtig tolle Veranstaltung. Es wäre sehr gut für die Stimmung in der Stadt, mal etwas ganz anderes, und das findet wirklich ganz selten statt.

Ich bedanke mich sehr bei der Regierung, dass sie jetzt in dieser kurzen Zeit ein tolles Team zusammengestellt hat, das diese Bewerbung jetzt noch die nächsten zweieinhalb Wochen erarbeitet. Wir Hotelier haben auch schon die Preise und die Regel, dass wir 50 Prozent von allen Hotels der SRG zur Verfügung stellen. Das ist ein wichtiges Statement auch von uns Hoteliers, mit guten Preisen für diese Zeit, wenn es ausgebucht ist. Und wenn wir jetzt hier noch ein politisches Statement machen und diese Resolution verabschieden, würde das ein ganuz wichtiges Element für unsere Bewerbung sein. Ich hoffe sehr, dass wir gewinnen. Wir haben Chancen, also packen wir sie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Auch ich bin im ESC-Fieber, das erste Mal in meinem Leben, und ich freue mich, dass die Fraktion der SP diese Resolution unterstützen will. Es ist ein wichtiges Zeichen für die Bewerbung, wie wir das gehört haben von Franz-Xaver Leonhardt, aber auch für die Wertschöpfung in der Region, wie wir das gehört haben von Joël Thüring und Johannes Sieber.

Ich möchte einfach noch etwas anfügen für die Gastro- und Eventbranche. Wir machen eine schwierige Zeit durch und wir als Grosser Rat können dieser Branche auch etwas Hoffnung mitgeben, denn nach Covid und weltpolitischer Verunsicherung, Kaufkraftverlust sehen wir zu, wie viele Events eingehen und Beizen sterben. So ein Event würde doch unser Stadt gut anstehen, auch weil diese Szene ganz viel zur Lebensqualität und zur Willkommenskultur in Basel beiträgt, die so geschätzt wird in der Welt. Ich bitte Sie, die Resolution zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte nur auf einen Vorredner Bezug nehmen und muss das noch kurz ergänzen, auf Franz-Xaver Leonhardt. Er hat gesagt, wenn ich es richtig verstanden habe, dass die Basler Hotels 50 Prozent ihrer Zimmer dem Fernsehen zur Verfügung stellen würden. Mein gelernter Beruf ist Reise und Verkehrskaufmann, ich kenne mich mit den Hotels aus, und Journalist. Ich habe es im Juni im Mai schon gesagt, aber ich möchte das jetzt noch sagen . Das ist eben der

Fehler, den Basel macht. Wetten dass.. ist nicht mehr nach Basel gekommen, weil sie die Hotels nicht mehr gratis bekommen haben. Auch in Deutschland sind sie nicht mehr in kleinere Städte gegangen, weil sie das Geld nicht mehr hatten. Die Fernsehstationen wollen alle Hotels kostenlos, und 50% des Kontingents ist okay, aber nicht zum Sonderpreise. Bitte geben Sie diese Zimmer gratis.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): ESC, das ist für mich der dickste Fernsehanlass im Jahr, ich freue mich jedes Jahr seit 50 Jahren auf den ESCT, und das ist nicht einmal ein Spass. Das kommt aus tiefstem Herzen. Mit mir kann man über alle ESC-Regeln reden, in den letzten 50 Jahre wurden diese ein paar Mal verändert, als mehrere Länder dazugekommen sind. Und jetzt gewinnt tatsächlichNemo für die Schweiz und die Schweiz kommt in den Genuss, den Anlass organisieren zu können.

Es ist ein bisschen wie die olympischen Spiele. Da hat eigentlich nichts anderes Platz. Das ist ein Anlass für den Frieden. Das ist ein Anlass von Heiterkeit, Sonnenschein, und alle sind lieb miteinander. Das ist eigentlich das einzige, was mich stört, diese Nebengeräusche, die beim ESC in den letzten Jahren aufgetreten sind, und das ist unpassend und davor habe ich auch ein bisschen Respekt, wenn das nach Basel kommt.

Aber alles andere ist natürlich grossartig. Am liebsten würde ich noch ewig reden. Bitte unterstützen Sie die Resolution. Ich finde es super, wenn die hierher kommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Verabschiedung der Resolution braucht es ein Zweidrittelsmehr. Wir kommen zur Abstimmung.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Verabschiedung der Resolution, NEIN heisst nicht Verabschiedung der Resolution.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 8 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003617, 05.06.24 17:41:50]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution wird verabschiedet:

Resolution betreffend die Austragung des Eurovision Song Contest 2025 in Basel

Der Eurovision Song Contest (ESC) ist der weltgrösste Musikanlass. Dank dem Sieg von Nemo am ESC 2024 in Malmö wird der Anlass 2025 in der Schweiz ausgetragen. Der ESC ist mehr als nur eine Fernsehproduktion. Er dauert rund eine Woche und zieht Hunderttausende von Besuchenden sowie über Tausend Medienschaffende aus aller Welt an. Er umfasst insgesamt 9 Shows mit Publikum. Die drei Live-Shows werden weltweit übertragen und erreichen 150 bis 180 Mio. Menschen. Die Zahlen aus dem letztjährigen Austragungsort Liverpool belegen eine Wertschöpfung für die Region von über 60 Mio. Franken.

Der Grosse Rat ist der Meinung, dass der ESC eine einmalige Chance bietet und perfekt zu Basel passen würde. Als weltoffene Kulturstadt und europäische Vorzeigeregion im Dreiländereck verkörpert Basel die Werte des ESC schlechthin. Zudem hat Basel viel Erfahrung in der Organisation von internationalen Grossanlässen und in der Vergangenheit mehrfach bewiesen, eine gute Gastgeberin für ein vielfältiges internationales Publikum zu sein.

Vor diesem Hintergrund verabschiedet der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt folgende Resolution:

Der Grosse Rat unterstützt eine Bewerbung für die Austragung des Eurovision Song Contests 2025 in Basel.

Der Grosse Rat bittet den Regierungsrat, zeitnah alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit Basel den Zuschlag für diesen einzigartigen internationalen Grossanlass erhält.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen 74 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen vor. Das erforderliche Zweidrittelmehr wurde erreicht, die Resolution verabschiedet.

91. Resolution Erich Bucher und Konsorten betreffend Tiefbahnhof Basel SBB

[05.06.24 17:42:08, 24.5228.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch diese Resolution haben Sie heute Morgen auf die Tagesordnung gesetzt. Auch diese lag und liegt Ihnen vor und auch hier braucht es gemäss § 54 der Geschäftsordnung ein Zweidrittelsmehr zur Verabschiedung.

Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Hier hat sich Erich Bucher gemeldet.

Erich Bucher (FDP): Die vorliegende Resolution ist mit sämtlichen Fraktionen im Vorfeld abgestimmt worden. Ich danke all denen, die dabei beteiligt waren, das war wirklich grossartig. Wir haben den Text gemeinsam vorliegend.

Zum Inhalt: In der Agglomeration Basel leben und arbeiten bereits heute knapp eine Million Menschen. Die Prognosen gehen von weiteren 138000 Einwohnenden aus bis 2040. Parallel dazu wächst auch das Mobilitätsbedürfnis. Verkehrsinfrastrukturen insbesondere auch die Bahninfrastruktur müssen ausgebaut werden, um auch in Zukunft einen umfassenden attraktiven ÖV bieten zu können.

Für die Schweizer Wirtschaft und die Landesversorgung ist die Agglomeration Basel essenziell, denn die Kapazitäten für den regionalen, nationalen und internationalen Schienenverkehr im wichtigsten Bahnknoten in der Schweiz sind erschöpft. Ursache für die Engpässe im Kern des Bahnknotens ist die fehlende Entflechtung des Regionalverkehrs vom übrigen Verkehr. Als einzige grosse Agglomeration der Schweiz verfügt Basel über keine separaten Geleise für die S-Bahn im stark belasteten Zentrum. Als Folge davon behindern sich der Regionalverkehr und der Güter- und Personenfernverkehr gegenseitig.

Alle Planungen der Kantone, des Bundes und der SBB kommen zum gleichen Ergebnis. Eine Weiterentwicklung des Banknoten Basel ist zwingend und funktioniert nur mit einem Tiefbahnhof Basel SBB und der Entflechtung der S-Bahn vom übrigen Schienenverkehr. Durch die Verlegung der S-Bahn in den Untergrund werden im Zentrum des Bahnknotens Kapazitäten frei für eine Verlagerung von der Strasse auf die Schiene.

Deshalb fordern wir Unterzeichnende, dass der Investitionsbedarf von etwa drei Milliarden Franken für den Tiefbahnhof Basel inklusive oberirdische Ertüchtigungen im Bahn knoten Basel als erste Etappe des S-Bahn-Herzstücks in die Botschaft 2026 zum nächsten Ausbauschritt der Bahninfrastruktur aufgenommen wird. Der Bundesrat, das Bundesamt für Verkehr, die SBB, die eidgenössischen Räte sowie der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt werden aufgefordert, die Anliegen dieser Resolution in geeigneter und zielführender Weise zu unterstützen und zu erfüllen. Ich danke Ihnen im Voraus für eine grosse Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP spricht Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Die Notwendigkeit des Schrittes, der da auf uns zukommt, hat Erich Bucher sehr deutlich dargelegt. Gerade wenn wir wollen, dass wir Durchmesserlinien haben können mittelfristig, wenn wir wollen, dass wir endlich eine S-Bahn kriegen in unserer trinationalen Region, die diesen Namen verdient, dann müssen wir jetzt vorwärts machen. Es ist enorm wichtig, dass von unserem Hause heute ein Zeichen der Geschlossenheit ausgeht.

Ich sage auch, dass das ein Schritt ist, der Ausbau der Leistungsfähigkeit unserer Infrastruktur im Bereich der S-Bahn, der für den ökologischen Umbau von grösster Bedeutung ist und dementsprechend unterstüthzen wir als sozialdemokratische Fraktion das sehr gerne. Wir waren immer geschlossen für die Stärken des Bahnknotens, für den Bau auch des Herzstücks. Und allen Unkenrufen zum Trotz: Wenn dieser Tiefbahnhof kommt als erster Schritt, dann wird der Weg Richtung Herzstück gehen, denn dieser Schritt ist nur sinnvoll, wenn danach weitere Schritte folgen. Dass wir nicht in einem Schritt die ganzen Gelder bekommen für die Finanzierung, das muss realistischerweise gesagt werden und deswegen ist die Strategie, die wir aus der Region hier haben, eben auch realistisch. Man probiert, einen ersten wichtigen Schritt zu machen. Es gibt ja heute schon den Ausbau der Zulaufstrecken, es gibt Ausbauschritte Basel SBB, aber einen grossen Schritt beim Bahnknoten selber im Zentrum unserer Agglomeration wäre dieser Bau des Tiefbahnhofs, und damit wäre der Schritt zur Weiterentwicklung des Herzstücks unumkehrbar.

Kurz, allen Unkenrufen zum Trotz würden wir einen grossen Fortschritt machen. Noch ist nichts entschieden. Aber die Chancen sind besser geworden dadurch, dass der Bund beschlossen hat oder die Absicht hat, die Mittel für den Zwischenschritt 2025-26, diese Mittel aufzustocken, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Bundesrat Albert Rösti hat auch in Aussicht gestellt am nationalen Bahnkongress, dass er sich dafür einsetzen werde, dass der Ausbau des Tiefbahnhofs Basel

und damit Schritt Richtung Herzstück mitberücksichtigt werden sollen. In welchem Umfang ist noch nicht ganz klar, aber es gibt zumindest Grund für vorsichtigen Optimismus.

Aber noch ist nichts gewonnen. Es wird viel Überzeugungsarbeit in Bundesbern brauchen, aber es wird auch nötig sein, dass wir in der Region Basel eine gewisse Geschlossenheit halten, denn wenn wir in etwas Meister sind in der Region Basel, dann ist es darin, dass viele bei uns das Gefühl haben, sie wüssten es besser und dass man die Geschlossenheit eben nicht hinkriegt, sondern dass Projekte zerredet werden, schlecht geredet werden. Die Erfahrung zeigt bei Infrastrukturprojekten, wenn die Region Basel die notwendige Geschlossenheit aufbringt, dann kann man viel erreichen in Bern, dann sind wir auch in der Lage, uns entsprechend durchzusetzen. Insofern hoffe ich heute auf ein klares, sehr eindeutiges Votum und danke allen Anwesenden für die Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben noch elf Minuten und aktuell drei Personen auf der Redeliste. Wenn Sie so lange sprechen wie Tim Cuénod geht es genau auf. Nächste Einzelsprecherin ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Ich trete als Einzelsprecherin auf, ich spreche aber im Namen der fünf Basta-Grossrät:innen.

Wir unterstützen diese Resolution nicht. Für uns ist dieser regionale Aktivismus zu einseitig und nicht nachvollziehbar, wenn man das Gesamtsystem des Schweizer Schienennetzes betrachtet. Das gesamte Netz ist ausgereizt und ausgelastet. Deshalb braucht es aus unserer Sicht dringen die vom Bundesamt für Verkehr angekündigten Anpassungen und Reparaturen. Das ganze Netz muss zuverlässig sein.

Damit dieses Netz zuverlässig funktioniert, darf unabhängig von den Investitionskosten am Unterhalt nicht gespart werden, was aber leider geschieht. Und schliesslich für uns ganz wichtig, muss es für die Passagiere bezahlbar bleiben. Kurz, ein zuverlässiges, gut unterhaltenes nationales Schienennetz und bezahlbare Fahrpreise haben für uns Priorität.

Eine weitere Priorität von uns auf regionaler Ebene ist das Erreichen des Netto-Null-Ziels im Jahre 2037. Es ist wohl richtig, dass langfristig ein Projekt wie das Herzstück dazu führen kann, dass mehr Menschen eine emissionsfreie S-Bahn nutzen. Der Zeitpunkt der Einführung ist aber für die Erreichung des Netto Null-Ziels bis 2037 völlig irrelevant. Also, unter dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit der Klimakrise bringt uns dieser gigantische Ausbau beziehungsweise die heute diskutierte Priorisierung des Tiefbahnhofes wohl wenig bis gar nichts.

Unabhängig davon, ob zuerst die Vorarbeiten oder der Tiefbahnhof kommen, wird das Herzstück frühestens 2045 fertig sein. Es wurde auch schon von einer Fertigstellung aller Teilstücke des Herzstückes zwischen 2053 und 2070 gesprochen. Wenn wir also diese Resolution annehmen, wird sich am Zeitraum nichts ändern.

Ausserdem hat noch niemand eine richtige Kosten-Nutzenanalyse gemacht, auch nicht in Bezug auf das Klima wäre es nicht wichtiger, um klimapolitisch effizienter, endlich den Ausbau des Tramnetzes voranzutreiben, das seit Jahren steckengeblieben ist, weil immer wieder das Herzstück als Vorwand genommen wird, um nicht vorwärts zu kommen?

Die Basta hat das Projekt von Anfang an kritisiert. Heute stellen wir aber auch noch fest, dass man sich so hartnäckig auf diese eine gigantische Variante eines S-Bahn-Ausbaus festgekrallt hat, dass andere Möglichkeiten nicht mehr in Betracht gezogen werden können. Und ringsherum herrscht Stillstand. Die Basta-Grossrät:innen werden diese Resolution nicht unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich spreche für den Teil der Fraktion, der diese Resolution unterstützen wird. Wir erachten den Tiefbahnhof als einen wichtigen Grundpfeiler für die Entwicklung einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Die Bevölkerung wächst und sie braucht auch Möglichkeiten, mit nachhaltigen Verkehrsmitteln mobil zu sein. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir umverkehren. Wir müssen weg vom Automobil. Wir müssen auf die Schiene, auf das Velo, wir müssen auch mehr zu Fuss unterwegs sein.

Ein Teil dieser Lösung, und um zu sagen auch der wichtigste Teil der Lösung für eine nachhaltige Mobilität, ist die Suffizienz. Wir müssen weniger mobil sein, um auch klimapolitisch sinnvoll unterwegs zu sein. Klar ist aber auch, dass auch mit einer Reduktion unseres Mobilitätsverhaltens der ÖV dennoch leistungsfähiger sein muss, er muss sich entwickeln, er muss ausgebaut werden, denn es werden in unseren Augen hoffentlich sehr viele Leute vom Auto auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, und daher muss er auch ausgebaut werden können.

Wir sind für diesen ÖV-Ausbau angewiesen auf den Tiefbahnhof. Wir wollen die S-Bahn ausbauen, wir wollen das Umland besser erschliessen, für die Leute, die hier arbeiten. Wir wollen natürlich auch mehrgleisig fahren, mehrgleisig im Sinne

dessen, dass auch die Tramnetz-Entwicklung sehr wichtig ist, dass auch weitere Strecken ausgebaut werden müssen. Aber für die Zukunft braucht es diesen Tiefbahnhof und deshalb wird dieser Teil der Fraktion die Resolution überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich kann mich dem letzten Teil des Votums von Raffaela Hanauer sehr anschliessen. Es wurde viel auch über den Sinn und Unsinn schon gesprochen. Es geht vor allem auch um ein Signal mit dieser Resolution, ein Signal an Bundesbern, das wir einen Tiefbahnhof Basel SBB wollen, dass wir ihn benötigen, dass er ein wichtiges Infrastrukturprojekt für die gesamte Region ist. Wir diskutieren und reden und planen schon mehrere Jahrzehnte über Tiefbahnhöfe, über Durchmesserlinien über Herzstücke, wie die Projekte alle heissen. Wir sind noch nirgends. Wir haben es leider noch nicht geschafft, eines dieser Projekte zu realisieren. Andere Teile der Schweiz sind hier schon sehr viel weiter und ein Grund dafür, glaube ich, ist, dass wir in Bern unsere Interessen klar deponieren müssen und hier zählt es, dass wir als Region, als Kanton geschlossen hinstehen und nach Bern auch das Signal aussenden, dass wir diese Unterstützung sehr gerne wollen und wir diese Gelder und diese Aufnahme in die entsprechenden Botschaften auch unbedingt wünschen.

Das schaffen andere Regionen gerade im Verkehrsbereich sehr viel besser. Die stehen dann zusammen die Innerschweiz gemeinsam, wenn es darum geht, Bundesgelder in die Region zu transferieren für sinnvolle Infrastrukturprojekte. Hier ist es deshalb auch wichtig, dass wir als Kanton Basel-Stadt und als Region Nordwestschweiz hinstehen und sagen, wir benötigen diesen Tiefbahnhof, dieses Herzstück ist entscheidend, um die die ÖV-Infrastruktur in den nächsten Jahrzehnten auf den Weg zu bringen und sicherzustellen, dass wir auch wirtschaftlich nicht abgehängt werdsen und attraktiv bleiben, auch für Arbeitnehmer:innen, für Firmen hier. Dass wir aber auch diesen Menschen, die hier leben, attraktive Verbindungen anbieten, damit sie rasch von A nach B kommen.

Die Zukunft ist in diesem dicht besiedelten Gebiet unterirdisch zu finden und nicht oberirdisch. Wir müssen entflechten oberirdisch und dafür brauchen wir das Unterirdische, und deshalb sind diese Massnahmen sehr wichtig. Das Signal, das wir heute senden, wird anders vielleicht als bei vielen anderen Dingen, die wir mit Standesinitiativen hier beschliessen oder vielleicht noch beschliessen werden wird, in Bern tatsächlich auch wahrgenommen. Und das hilft auch unseren Vertreterinnen und Vertretern der Region im National- und Ständerat, wenn wir als Grosser Rat, als Parlament uns klar dafür bekennen, dass es diese Infrastrukturmassnahmen in unserer Region benötigt und dass wir auch darauf angewiesen sind, dass der Bund uns dabei unterstützt.

Deshalb bitte ich Sie auch im Namen meiner Fraktion, diese Resolution heute mitzutragen und zu beschliessen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Es wird sie nicht überraschen, dass wir als GLP diese Resolution unterstützen, und zwar voll und ganz und ohne Wenn und Aber. Wir befürworten den Ausbau der Infrastruktur dann, wenn es sich um nachhaltige Infrastruktur handelt. Und das es trifft hier genau zu.

Schade, sind wir nicht viel viel weiter und ich bin froh um die breite Unterstützung. Ich hoffe, dass es auch etwas hilft, dass wir vorwärtskommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch bei dieser Resolution brauchen wir für die Verabschiedung und Überweisung ein Zweidrittelmehr. Wir stimmen ab.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Verabschiedung der Resolution, NEIN heisst nicht Verabschiedung der Resolution.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 4 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003619, 05.06.24 17:59:09]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution wird verabschiedet:

Resolution betreffend Tiefbahnhof Basel SBB

In der Agglomeration Basel leben und arbeiten bereits heute knapp eine Million Menschen. Prognosen gehen von weiteren 138'000 Einwohnenden bis 2040 aus. Parallel dazu wächst auch das Mobilitätsbedürfnis. Verkehrsinfrastrukturen - insbesondere auch die Bahninfrastruktur - müssen ausgebaut werden, um auch in Zukunft einen umfassend attraktiven ÖV bieten zu können. Für die Schweizer Wirtschaft und die Landesversorgung ist die Agglomeration Basel essenziell. Die Region ist Drehkreuz für wichtige europäische Wasser-, Strassen- und Schienenkorridore und Basel ist der grösste Grenzbahnhof Europas.

Hier pulsieren Import und Export, Logistikdienstleistungen und der internationale Güter- und Personenverkehr. Bis jetzt. Denn die Kapazitäten für den regionalen, nationalen und internationalen Schienenverkehr im wichtigsten Bahnknoten der Schweiz sind erschöpft. Auch auf den Zulaufstrecken, wie beispielsweise im Fricktal, wird es eng. Angebotsverbesserungen sind hier kaum mehr möglich. Ursache für die Engpässe im Kern des Bahnknotens ist die fehlende Entflechtung des Regionalverkehrs vom übrigen Verkehr. Als einzige grosse Agglomeration der Schweiz verfügt Basel über keine separaten Gleise für die S-Bahn im stark belasteten Zentrum. Als Folge davon behindern sich der Regionalverkehr und der Güter- sowie Personenfernverkehr gegenseitig stark.

Alle Planungen der Standortkantone, des Bundes und der SBB kommen zum gleichen Ergebnis: Eine Weiterentwicklung des Bahnknotens Basel ist zwingend und funktioniert nur mit einem Tiefbahnhof Basel SBB und der Entflechtung der S-Bahn vom übrigen Schienenverkehr. Durch die Verlegung der S-Bahn in den Untergrund werden im Zentrum des Bahnknotens - wo die grössten Engpässe bestehen - Kapazitäten frei, welche die Schweiz dringend benötigt: Für eine sichere Landesversorgung, eine gelingende Verkehrsverlagerung von der Strasse auf die Schiene und für den Ausbau des internationalen Personenverkehrs.

Vor diesem Hintergrund verabschiedet der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt folgende Resolution:

1. Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt fordert, dass der Investitionsbedarf von rund drei Milliarden Franken für den Tiefbahnhof Basel SBB inkl. oberirdischer Ertüchtigungen im Bahnknoten Basel als erste Etappe des S-Bahn-Herzstücks in die Botschaft 2026 zum nächsten Ausbauschritt der Bahninfrastruktur aufgenommen wird. Der Ausbau des Fricktals für einen leistungsfähigen Personen- und Güterverkehr soll ebenfalls Teil der Botschaft 2026 sein.

2. Der Bundesrat, das Bundesamt für Verkehr, die SBB, die eidgenössischen Räte sowie der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt werden hiermit in aller Form aufgefordert, die Anliegen dieser Resolution in geeigneter und zielführender Weise zu unterstützen und zu erfüllen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch diese Rechnung ist einfach. 79 Ja- 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen bedeuten, dass die erforderliche Zweidrittelsmehrheit erreicht wurde. Die gefasste Resolution wurde verabschiedet.

Ich danke Ihnen für die heutige Arbeit und freue mich auf die Fortsetzung in einer Woche.

Schluss der 17. Sitzung

17:59 Uhr

Protokoll

der 18. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 12. Juni 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	Tim Cuénod (SP); Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP); Stefan Witlin (SP); Jessica Brandenburger (SP); Salome Bessenich (SP).

Verhandlungsgegenstände:

8. Petition P461 "Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse - Mittlere Strasse - Friedensgasse", Bericht der PetKo 2
9. Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo 2
13. Motion 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet 7
14. Motion 4 Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze 14
15. Motion 5 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Einführung eines zweiten Wiederholungsversuchs bei den Anwaltsprüfungen 16
16. Motion 6 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist 17
17. Motion 7 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes 19
18. Motion 8 Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB) 19
19. Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend niederschwelliger Zugang zu allen staatlich mitfinanzierten Museen dank einheitlicher Anerkennung der Museumspässe 25
20. Anzug 2 Jo Vergeat und Konsorten betreffend einer neuen «Usestuelete 2.0» in Basel-Stadt 27
21. Anzug 3 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Schutz von vulnerablen Menschen bei Hitze 27
22. Anzug 4 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Orientierungstag obligatorisch für alle 30
23. Anzug 5 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Wohnen ist kein Gewerbe - gewerbliches «Airbnb» und Business Apartments regulieren 33

Beginn der 18. Sitzung

Mittwoch, 12. Juni 2024, 09:00 Uhr

8. Petition P461 "Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse - Mittlere Strasse - Friedensgasse", Bericht der PetKo

[12.06.24 09:00:35, 23.5095.03]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zu unserem langen Sitzungstag und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Abgabe neuer Vorstösse: Damit neue Vorstösse ins Bündelitags-Geschäftsverzeichnis aufgenommen und im September traktandiert werden können, müssen Sie bis heute Mittag 12 Uhr dem Parlamentsdienst abgegeben werden, am besten gleich auch elektronisch, wie immer. Später abgegebene Vorstösse werden nicht mehr berücksichtigt und werden dann im Oktober behandelt.

Damit sind wir bei Traktandum 8. Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das erläutet uns jetzt genauer der Präsident der Petitionskommission Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Ich berichte ganz kurz zur Petition. Anlässlich der Sitzung vom 18. März hat sich die Petitionskommission mit dem Antwortschreiben des Regierungsrates auf einige offene Fragen aus dem Hearing mit der Petentschaft und den Vertretern des BSB auseinandergesetzt. Dabei war die zentrale Frage, ob der Kanton gegebenenfalls Hand bieten würde für einen Landabtausch. Das schliesst der Regierungsrat jedoch aus, weil für das Bauprojekt einerseits bereits eine Baubewilligung vorliegt und zum anderen, weil es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt. Zudem würde dies den Willen des Bürgerspitals voraussetzen, dass der Landabtausch auch von ihnen gewollt wäre.

Bereits am Hearing ging aber klar hervor, dass man seitens des BSB das Projekt an diesem Ort umsetzen möchte, insbesondere da man daran schon seit vielen Jahren arbeitet und auch entsprechend wesentliche Mittel investiert hat. Zudem stuft der Regierungsrat den Erwerb von Grünraum in Bauzonen durch den Kanton als nicht sinnvoll ein. Es kommt hinzu, dass die Pendentschaft im Verfahren auch den Rechtsweg beschritten hat, dabei aber gemäss eigenen Angaben auch Fehler gemacht hat. Aus Sicht der Petitionskommission scheint der Spielraum auf dem politischen Weg daher erschöpft. Aus diesem Grund ist die Kommission einstimmig zum Schluss gekommen, die vorliegende Petition als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

Der Grosse Rat beschliesst

stillschwiegend, die Petition als erledigt zu erklären.

9. Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo

[12.06.24 09:03:55, 24.5025.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen. Das Wort geht an den Präsidenten der Petitionskommission Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berechtigt zur Petition. Zum Anliegen der Petentschaft: Die Petition fordert die Schaffung von fünf neuen Grün Boulevards und fünf neuen Grünplätzen im St. Johann. Diese Massnahmen sollen die Lebensqualität

im St. Johann erhöhen, die Hitzeexposition verringern und mehrere grüne Erholungsfläche schaffen. Die Initiatoren sind eine vernetzte Gruppe im St. Johan, unterstützt von verschiedenen Organisationen wie Pro Natura und Pro Velo.

Die Petition entspricht den Zielen des Regierungsrates gemäss Mobilitäts-, Stadtklima- und Schwammstadtkonzept. St Johann ist eines der Quartiere mit den höchsten Hitzeexpositionen in Basel und im Sommer staut sich die Hitze in den Strassen. Aufgrund der geringen Pro Kopf Wohnfläche ist es wichtig, kühlende Massnahmen für die Strassen, Plätze und Höfe zu ergreifen, damit die Menschen sich im Sommer draussen aufhalten können.

Die Petentschaft schlägt vor, die Mülhauserstrasse zu begrünen und vom motorisierten Durchgangsverkehr zu befreien. Die Elsässerstrasse soll auf den ÖV fokussiert werden und Parkplätze in der Vogesenstrasse sollen in Grünflächen umgewandelt werden. Die Lothringerstrasse soll zu einer grünen Velovorzugsroute werden, die das Quartier mit der Innenstadt verbindet. In der Metzgerstrasse sollen Parkplätze aufgehoben und Tempo 30 eingeführt werden, um die Schulwegsicherheit zu erhöhen. Als neue grüne Plätze werden die Enden von Mülhauserstrasse, Wasserstrasse und Vogesenstrasse und die Kreuzungen Mülhauserstrasse-Vogesenstrasse und Mülhauserstrasse-Davids Bodenstrasse vorgeschlagen.

Bis 2028 sollen dabei 24’000 m2 Parkplatzfläche den Menschen im Quartier zurückgegeben werden. Zusätzlich soll die Biodiversität durch die Vernetzung bestehender Grünflächen gefördert werden. Die Mülhauserstrasse könnte als grüne Achse bis zum St. Johannpark dienen und der Tschudipark könnte mit dem St. Johann-Schulhaus verbunden werden.

Die Petition betont auch die wirtschaftlichen Folgen einer abnehmenden Biodiversität und den Beitrag Basels zur Klimaerwärmung mit direkten und indirekten CO_2 -Emissionen. 30 Prozent dieser Emissionen stammen aus der Mobilität. Daher setzt sich die Petition für Kühlung, bessere Luftqualität, Gesundheit und eine gerechte Verteilung des Strassenraums ein. Schliesslich wird die ungenügende Verkehrssicherheit im Sankt Johann kritisiert mit dem Vorschlag, Fahrbahnen von MIV und Velo zu trennen, um Unfälle zu vermeiden.

Stellungnahme der Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements: Die Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements betont, dass die Anliegen der Petition grundsätzlich vom Regierungsrat geteilt werden, jedoch unter Berücksichtigung von Rahmenbedingungen und Restriktion umgesetzt werden müssen. Das St. Johann ist stark von Hitze betroffen, ähnlich wie andere dicht bebaute Quartiere in Basel. Das Stadtklimakonzept sieht vor, bei Arealentwicklungen und Strassenerneuerungen klimatische Anpassungen zu berücksichtigen. Die Verwaltung zielt darauf ab, die stadtklimatische Situation bei allen grossen Bauprojekten zu verbessern. Die Anpassung des Strassenraums ist ein wichtiger Bestandteil des Stadtklimakonzepts. Die Bemühungen zur Begrünung und Entsiegelungen haben heute eine höhere Priorität. Jede entsiegelte Fläche und jeder Baum haben positive Effekte für die Hitzeminderung, wobei grosse Stadtbäumen am wertvollsten sind, obwohl sie ihre volle Wirkung erst in etwa 20 Jahren entfalten.

Die Verwaltung berücksichtigt bei der Gestaltung des Strassenraums die lokale Situation und plant langfristige Massnahmen. Mobile Elemente zu Beschattung und Hitzeminderung sollen 2025 und 2027 aufgestellt werden. Im St. Johann werden kurzfristige Massnahmen umgesetzt, zum Beispiel Baumtöpfe und neue Bäume am Vogesenplatz und Voltaplatz sowie in der St. Johanns-Vorstadt. Das Fernwärmenetz im St. Johann ist bereits ausgebaut, daher gibt es keine Fernwärme bedingte Baustellen, die zur Begründung genutzt werden könnten. Massnahmen zur Begrünung und Entsiegelung werden jedoch dort umgesetzt, wo es möglich ist.

Die verkehrliche Ausgangslage wird durch die Strassennetz-Hierarchie bestimmt, die zwischen verkehrs- und siedlungsorientierten Strassen unterscheidet. Tempo 30 gilt in der Elsässerstrasse, obwohl sie verkehrsorientiert ist, während in verkehrsberuhigten Strassen Tempo 30 oder 20 gilt. Die Einführung von Tempo 30 wird derzeit weiter überprüft. Das Veloroutennetz wird neu definiert, wobei Vorgaben des Bundes noch ausstehen. Im St. Johann ist die Müllhauserstrasse die einzige Velostrasse. Superblocks sollen versuchsweise in der Jungsstrasse und Davids Bodenstrasse eingerichtet werden, ohne Parkplätze und mit Vorrang für den Fussverkehr bei Tempo 20. Bei positiven Ergebnissen könnte der Kanton ein Rahmenkonzept für Superblocks erarbeiten.

Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission stellt fest, dass die Petition einen umfassenden Katalog an Forderungen enthält. Es geht zum einen um sehr konkrete, innert weniger Jahre umzusetzender Massnahmen auf der Strasse, zum anderen um eher grundsätzliche Anliegen. Der Regierungsrat koppelt Umgestaltung und stadtklimatische Massnahmen grundsätzlich an sowieso bestehende Bauarbeiten. Ausgelöst werden Veränderung im Sinne des Stadtklimakonzepts, also nicht basierend auf dem Handlungsbedarf gemäss bioklimatischer Betroffenheit, sogenannte Hitzeschutzkarten, sondern basieren auf der Erhaltungsplanung an der städtischen Infrastruktur. Werden im Rahmen der Erarbeitung eines Projekts stadtklimatischen Massnahmen geprüft, heisst dies allerdings nicht zwingend, dass auch welche umgesetzt werden. Gemäss der Vertretung der Petentschaft sind zuletzt die Wasserstrasse und die Mühlhauserstrasse nach Bauarbeiten wieder wie zuvor asphaltiert worden.

Die Petitionskommission kann nachvollziehen, dass der Zeithorizont für die Umsetzung der im Stadtklimakonzept postulierten Veränderungen aus Sicht der Bevölkerung oder zumindest eines Teil davon, teilweise zu lange ist. Dass der Regierungsrat nicht zum Schluss kommt, aufgrund der eingereichten Petition die für das St. Johann geforderten Massnahmen prioritär umzusetzen und dafür jene in anderen Quartieren zurückzustellen, versteht sich von selbst. Logisch scheint ihr zudem, dass nicht die ganze Stadt innerhalb von ein paar wenigen Jahren, wie von der Petentschaft für das St.

Johann gefordert umgestaltet werden kann. Die Koordination von Bauarbeiten macht zum einen aus finanziellen Überlegungen Sinn, zum anderen, damit die Zahl der Baustellen in einen^m gewissen Rahmen bleibt. Die Kommission erwartet aber, dass der Regierungsrat das Potenzial im Zusammenhang mit der Anpassung von ÖV-Haltestellen an die Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes und der Erweiterung des Wärmenetzes voll ausschöpft.

In der Einschätzung der Petitionskommission gibt es in Basel einige Strassen ohne verkehrstechnische Funktion, die sich rasch aufwerten liessen. Sie sind einfach so da und dienen zum Beispiel primär dem Abstellen von Fahrzeugen. Im St. Johann dürfte das letzte Stück der Mülhauserstrasse, von der Elsässerstrasse in Richtung Rhein, eine solche «Soda-Strasse» sein – der Begriff hat sich während der Sitzung herausgearbeitet. Es könnte mit Aufhebung der Parkplätze und einer Zufahrtsbeschränkung für Anwohnende, für die Quartierbevölkerung und die Schülerinnen und Schüler der Primarschule Volta aufgewertet werden.

Sinnvoller genutzt werden könnte auch der vielleicht schönste Parkplatz von Basel auf der Grossbaslerseite der Dreirosenbrücke. Die Petitionskommission regt an, im St. Johann, aber auch in anderen Quartieren nach weiteren Soda-Strassen zu suchen, in denen mit einfachen Massnahmen sofort klimatische Verbesserungen erzielt werden können. Eine Koordination mit der Erhaltungsplanung scheint ihr in solchen Fällen nicht zwingend, geht es doch um einfach umsetzbare Massnahmen ohne grosse Kostenfolge, aber mit grosser Wirkung.

Zum Antrag: Da wie einige der Fragen offen geblieben sind beziehungsweise die Petition einige Fragen aufwirft, die von der Vertretung der Verwaltung am Hearing nicht beantwortet worden sind, beantragt die Petitionskommission dem Grossen Rat mit 11 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben Besuch auf der Zuschauertribüne. Ich begrüsse eine Schulklasse des Zentrums für Brückenangebote Lysbüchel mit Lehrperson Franziska Suter. Ganz herzlich willkommen bei uns auf der Tribüne. Wir freuen uns immer sehr, wenn wir Schulklassen zu Besuch haben und ich hoffe, Sie haben viel Interesse und Freude bei diesem Einblick in die Basler Politik.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren fort mit der Beratung von Traktandum 9. Für die Fraktion SP hat sich Beda Baumgartner gemeldet.

Beda Baumgartner (SP): Es ist uns ein zentrales Anliegen, dass die Verwaltung die Sorgen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Und diese Petition zeigt eindrücklich, dass in der Bevölkerung ein grosser Wille zu Veränderung und zur Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren besteht. Die Forderungen nach mehr Grünflächen, Verkehrsberuhigungen und einer nachhaltigen Stadtentwicklung spiegeln den Wunsch der Anwohner:innen wieder, aktiv zur Bewältigung des Klimawandels beitragen zu können, um die Lebensbedingungen im Quartier St. Johann zu verbessern.

Die Auswirkungen des Klimawandel sind bereits jetzt deutlich spürbar. Hitzeperioden im Sommer und die damit verbundenen gesundheitlichen Belastungen für die Bewohner:innen erfordern dringende Massnahmen. Die vorgeschlagenen Begrünungen und Entsiegelungen grosser asphaltierter Flächen können erheblich zur Kühlung des Stadtklimas beitragen und die Lebensqualität nachhaltig verbessern.

Die sozialdemokratische Fraktion unterstützt daher ausdrücklich die Forderung nach mehr Grünflächen und verkehrsberuhigten Bereichen, die nicht nur die Umwelt entlasten, sondern auch zur Förderung der Biodiversität beitragen. Wir wünschen uns von der Verwaltung eine grosse Sensibilität für die Bedürfnisse und auch mal den Mut, innovative und zukunftsweisende Projekte umzusetzen. Es bedarf entschlossener Massnahmen und einer klaren Prioritätensetzung, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Die Petition hat viele konkrete Ansätze aufgezeigt, die es ermöglichen würden, das Quartier St. Johann nachhaltig und lebenswerter zu gestalten. Wir ermutigen darum die Verwaltung und die Regierung, diese Ansätze ernsthaft zu prüfen und zeitnah umzusetzen. Wir unterstützen darum sehr den Antrag der Petitionskommission, zur Stellungnahme an die Regierung zu beweisen. Wir sind der Überzeugung, dass eine ausführliche Stellungnahme der Regierung zu den in der Petition aufgeführten Punkten wichtig ist, um die weiteren Schritte fundiert zu planen und die Anliegen der Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen.

Abschliessend möchten wir betonen, dass es vielleicht in der aktuellen Bewältigung der Folgen des Klimawandels auch einmal den Mut braucht, über den bestehenden Rahmen hinauszudenken und einen Schritt weiterzugehen, als es bis jetzt möglich ist. Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

Daniel Seiler (FDP): Ich glaube, ich kann im Namen aller bürgerlichen Parteien sprechen. Diese Petition entspricht den beiden Stadtklimainitiativen 1 zu 1. Ich glaube, die Petitionäre sind grösstenteils auch aus der gleichen Bewegung. Die Stadtklimainitiativen, Sie wissen es alle, wurden deutlich vom Volk abgelehnt. Ich habe jetzt vorhin nur Sachen gehört, warum man das unbedingt braucht. Wie Sie auch wissen, im Perimeter der geplanten Superblocks im St. Johann gibt es starke Oppositionen aus dem Quartier. Da sind fast 40 Seiten Rekurs geschrieben worden aus der Bevölkerung. Ich frage mich, ob die Petitionskommission mit diesen Leuten auch gesprochen hat. Ich höre immer nur, was man alles machen muss für dieses Stadtklima. Das Volk hat Nein gesagt, und Sie machen hier einfach weiter. Wir sprechen heute noch zwei oder drei Mal über das gleiche Thema.

Ich glaube, wir sollten langsam schon auch die Stimmbevölkerung ein bisschen ernst nehmen in diesem Thema. Daher sind glaube ich die bürgerlichen Parteien geschlossen dafür, dass diese Petition als erledigt betrachtet wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Sägesser. Sie wird angenommen.

Daniel Sägesser (SP): Sie haben für das ganze bürgerliche Lager gesprochen. Ist denn das ganze bürgerliche Lager nicht in der Petitionskommission vertreten? Diese hat 11 zu 0 entschieden.

Daniel Seiler (FDP): Ich kann Ihnen diese Frage leider nicht beantworten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich muss meinen Vorredner ganz leicht korrigieren. Wie Sie in der Kreuztabelle sehen, ist die SVP tatsächlich für Überweisen an den Regierungsrat zur Stellungnahme. Das mag Sie jetzt überraschen. Ich möchte das aber begründen, denn inhaltlich sind wir natürlich mit der Petition überhaupt nicht einverstanden. Die Petition ist Ausdruck davon, dass der Krieg gegen die Autofahrer in unserer Stadt eine neue Stufe erreicht hat. Durchgangsstrassen sollen vom Auto erlöst werden, und Ziel ist es schlussendlich, die Mülhauserstrasse etc. autofrei zu machen, als würde die Bevölkerung in unserem Kanton immer jünger und als könnten immer mehr Leute auf das Velo umsteigen, und als ob die Handwerker ja problemlos von ihrem Lieferwagen auf das Kassenvelo umsteigen könnten.

Die Petition verneint, dass die Qualität einer Stadt auch davon abhängt, wie gut die einzelnen Stadtteile vernetzt und erreichbar sind. Leben besteht eben nicht nur aus Wohnen. Auch die Mobilität muss ihren Platz haben. Die aufgeführten Gründe für diese ultraklimatistischen Forderungen kommen direkt aus dem Baukasten der Klimalobby und sind deshalb fern von jeder Lebensrealität.

Wieso wir jetzt trotzdem die Überweisung an den Regierungsrat zur Stellungnahme unterstützen hat, wie ich schon gesagt habe, nicht inhaltliche Gründe. Vielmehr wirft die Petitionsfragen auf, welche von grundsätzlicher Natur sind und wir sehen die von der Petitionskommission gestellten Fragen als teilweise interessant an und wünschen uns vom Regierungsrat Antworten.

Die Petitionskommission schreibt in ihrem Bericht richtig, dass der Regierungsrats Umgestaltungen und stadtklimatische Massnahmen grundsätzlich an sowieso anstehende Bauarbeiten koppelt. Ausgelöst werden Veränderungen im Sinne des Stadtklimakonzepts, also nicht basierend auf dem Handlungsbedarf gemäss bioklimatischer Betroffenheit, sondern basierend auf der Erhaltungsplanung an der Infrastruktur. Wir wünschen, dass der Regierungsrat in seiner Antwort diese Strategie bekräftigt und so für die Zukunft Sicherheit schafft. Auch die Frage, wie in privaten Tiefgaragen im St. Johann, aber auch generell leerstehende Parkflächen besser genutzt werden könnten, ist in unseren Augen von grosser Wichtigkeit. Der Regierungsrat erklärte schon vor Jahren, in dieser Richtung aktiv zu sein. Resultate sind keine oder praktisch keine sichtbar. Hier auch in dieser Frage mittels des Katalogs der Petitionskommission eine konkrete Aussage zu bekommen, erscheint uns als richtig und wichtig.

Schliesslich auch die Frage, wie der Regierungsrat Klimamassnahmen gegenüber der Restwertvernichtung von Infrastruktur gewichtet, ist hoch interessant. Wir sind gespannt auf die Antwort und hoffen doch sehr und bitten den Regierungsrat, dass er hier eine konkrete Antwort geben wird. Aus diesen Gründen, ich wiederhole es, nicht aus inhaltlichen Gründen - hat die SVP ein Überweisen an den Regierungsrat in der Kreuztabelle.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beda Baumgartner möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Das darf er.

Beda Baumgartner (SP): Sie haben von der Klimalobby gesprochen. Können Sie erklären, was die Klimalobby ist?

Beat K. Schaller (SVP): Wenn Sie das nicht wissen, wie soll ich das dann noch erklären?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Das ging mir ein bisschen zu schnell mit den Fraktions- und Einzelsprechenden. Ich spreche aber trotzdem für die Fraktion.

Ich wollte eigentlich nur ganz kurz etwas zum Auftreten der Verwaltung in der Petitionskommission sagen. Jetzt hat sich diese Debatte zu einer Autolobby- und Velo-Klima-Lobby-Debatte entwickelt und ich möchte ganz vorweg kurz etwas sagen. Im Angesicht der Kriege, die auf dieser Welt toben, und der Menschen, die darunter leiden, finde ich es absolut schräg und komisch, dass wir hier jetzt davon sprechen, dass Krieg geführt wird gegen Autos. Dann möchte ich mich aber gleichzeitig auch ein bisschen anhängen an das Votum von Beat Schaller. Dass mir das passiert, hätte ich nicht gedacht. Und zwar hat die Petitionskommission zu einer Petition, die wir als GAB als eine sehr wichtige Petition einstufen, sehr viele interessante Fragen gestellt, als gesamte Petitionskommission mit dem bürgerlichen Lager zusammen. Ich bin da nämlich nicht einig mit Daniel Seiler. Die Bevölkerung hat nicht das komplett abgelehnt, dass man mehr Grün schafft in dieser Stadt, sondern sie hat diese Initiativen abgelehnt, und das akzeptieren wir. Aber es gibt ganz viele bürgerliche Stimmen, die sich auch nerven, wenn eine Strasse aufgerissen wird und danach nicht mehr Grün da ist.

Wir stellen Fragen dazu, ob es möglich ist und wie es möglich ist, mehr Grün zu schaffen in diesen genannten Strassen. Es geht auch nicht nur um das Velo, sondern der Fussverkehr ist mehrfach erwähnt in der Petition und auch in unseren Fragen, und ich glaube, es ist unser aller Anliegen, dass wir mehr Grünraum schaffen, da wo er möglich ist. Und jetzt komme ich noch einmal zu diesem Punkt mit dem BVD. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn wir diese Petition überweisen, diese Fragen beantworten und somit vielleicht der Regierung und dem Bau- und Verkehrsdepartement die Chance geben, den Eindruck zu widerlegen, den ich hatte in der Kommission und ich glaube ich war nicht alleine, den Eindruck, dass man das Gefühl hat, da will man jetzt gar nichts mehr machen, da ist gar nichts möglich, man macht einfach dieses Minimum. Das haben wir jetzt tausendmal gehört, und ich bin überzeugt, es gibt auch bürgerliche Personen hier drin, denen dieses Minimum so nicht reicht und die vielleicht nicht auf Kosten der Autos, aber auf Kosten anderer Objekte im Strassenraum oder in der Allmend sich über mehr Grünraum freuen würden.

Dementsprechend würde ich mich freuen, würde die Regierung diese Chance auch nutzen. Und was ich noch sagen wollte – es geht in der Petition nämlich auch um eine neue Parking-Strategie, mehr Sharing. Beat Schaller hat es schon gesagt, wir haben als Kommission auch extra Fragen gestellt, wie bestehende private Parkplätze besser genutzt werden können oder Firmenparkplätze, die nachts leer stehen und nur am Tag benutzt werden und ob man dieses Angebot erweitern könnte und somit auch für Mehrverkehrsberuhigung und für Sicherheit für Fuss und Velo sorgen könnten.

Das GAB bittet Sie, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Haben Sie das Gefühl, dass die Baudirektorin zu wenig Begrünung macht? Wenn ich die Zeitung lese, höre ich täglich von neuen Bäumen, die gepflanzt werden.

Jo Vergeat (GAB): Es tut mir Leid, aber für mich ist es zu wenig Begrünung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Kommissionssprecher verzichtet in der zweiten Runde. Wir kommen damit zur Abstimmung. Daniel Seiler beantragt, die Petition als erledigt zu erklären, die Petitionskommission ist für Überweisung an den Regierungsrat zur Stellungnahme innerhalb eines Jahres.

Abstimmung

JA heisst dem Regierungsrat zur Stellungnahme überweisen, NEIN heisst die Petition als erledigt zu erklären.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 33 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003634, 12.06.24 09:27:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines Jahres zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Petition geht an den Regierungsrat zur Stellungnahme. Sie haben entschieden mit 57 Ja- gegen 33 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

13. Motion 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet

[12.06.24 09:27:48, 24.5156.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Lukas Bollack, ich wäre ja noch bei Ihnen und würde es unterstützen, wenn es um eine bessere Pflege der vorhandenen Bäume gehen würde. Sie aber verlangen etwas, was als verbindliches Ziel in einer dicht bebauten Stadt nicht festgehalten werden kann, auch weil es viel zu viele Unsicherheiten dabei gibt. Sie schreiben richtig, dass die Trockenheit 2019 und 2020 sowie Stürme den Bäumen zugesetzt haben. Sie schreiben auch richtig, dass das Kronenvolumen und damit der Schattenwurf und die Verdunstungsleistung mit dem Alter exponentiell ansteigt. Und es ist auch richtig, dass von 2012 bis 2021 die Baukronenbedeckung in der Stadt Basel zugenommen hat. Es kann auch sein, dass, wenn in diesem Jahr die Überflugsdaten erhoben werden, diese etwas rückläufig ist, obwohl mehr Bäume gepflanzt wurden. Vielleicht wissen Sie auch, weshalb das so ist.

Ein Beispiel, welches eindrücklich aufzeigt, weshalb man Bäume eben nicht so schnell ersetzen und die Baumkronenbedeckung vergrössern kann, wie Sie sich das wünschen: Wenn Sie eine hundertjährige Eiche wegen Sturmschäden fällen müssen, dann müssten Sie 100 zehnjährige Eichen pflanzen, um nur schon dieselben Werte zu erhalten wie die der hundertjährigen Eiche. Nun stellt sich mir die Frage: wo wollen Sie diese 100 zehnjährigen Eichen pflanzen? Es würden noch mehr dazukommen für jeden älteren Baum. Das ist schlicht unmöglich, auch weil das Platz in der Stadt beschränkt ist und verschiedensten Ansprüchen gerecht werden muss.

Die einen wollen mehr Bäume, was ich unterstütze, die anderen anstatt bestehenden Bäume lieber einen Veloweg, wie das im Moment in Riehen diskutiert wird. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, Kompromissbereitschaft zu zeigen und nicht Extremforderungen zu stellen, die einfach nicht eingehalten werden können.

Dann geht es weiter mit dem Wetter, welches wir nicht beeinflussen können. Wie wollen Sie wissen, wann es wieder eine Trockenheit oder grosse Stürme gibt, welche Ihr Ziel wieder über den Haufen werden würden? Die Wahrheit aber ist, dass aufgrund von Zwangsnutzungen, welche durch die beiden trockenen Jahre und die letztjährigen Stürme entstanden sind, wir schon Mühe haben, die jetzige Baumkronenbedeckung zu erhalten.

Wie gesagt ist, bin jederzeit bei Ihnen, wenn es um bessere Pflege in den bestehenden Bäumen geht und womöglich eine Zunahme derselben. Das wird aber von der Stadtgärtnerei und im übrigen auch von der Gemeindegärtnerei in Riehen bereits seit Jahren gemacht. Dabei wird natürlich auch auf klimaangepasste Bäume und Baumalleen mit verschiedenen Baumsorten geachtet.

Aus all diesen Gründen, und es gäbe noch mehr, bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich musste wirklich noch einmal schauen, ob ich beim richtigen Traktandum bin, als Felix Wehrli von Extremforderungen gesprochen hat, denn diese kann ich nun wirklich nicht finden in dieser Motion. Aber ich überlasse das Konhzern ganz Lukas Bollack.

Ich muss Ihnen auch ehrlich sagen, dass ich mich anlässlich des Vorstosses von Lukas Bollack noch ein bisschen schlau machen musste, zum Beispiel darüber, wie genau die LiDAR-Methode funktioniert und ich bin sicher, Sie wissen es auch nicht alle, aber dazu später noch ein paar Worte mehr.

In der Motion ist bereits dargelegt, welche Tradition der Baumschutz in unserem Kanton hat, bereits recht früh, weil man sich in Basel bewusst war, wie wichtig die Bäume für das Leben in der Stadt sind und man entsprechend begonnen hat, sie zu schützen. Leider hat man die Bäume und deren Gesundheit aber doch noch recht lange der so genannten autogerechten Stadt untergeordnet. Parkplätze und immer mehr Strassen waren auch in Basel lange noch wichtiger als die Bäume, die dafür weichen mussten. Dies zu korrigieren, daran arbeiten wir immer noch.

Aber zurück zum Anliegen des Vorstosses: Die Versuchung ist gross, dass man sich allzu oft darauf versteift, vor lauter Bäume den Wald nicht mehr zu sehen, respektive vor lauter Bäume zählt die Qualität derselben nicht mehr. Mit der Masseinheit der Baumkronenabdeckung anstelle des deutlich weniger aussagekräftigen Masses allein Anzahl Bäume kommen wir einen wichtigen Schritt weiter. Glücklicherweise gibt es eben die sogenannte LiDAR-Methode, die eine neutrale Untersuchung genau dieses Kriteriums zulässt. Die Methode dürfte auch jenen unter Ihnen ein Begriff sein, die grosse Hoffnung in künftige selbstfahrende Fahrzeuge setzen. Das «light imaging, detection and ranging» – daher kommt die Abkürzung LiDAR -, generiert qualitativ hochstehende Informationen in 3D, anders als bei einem Radar, der mit Radiowellen arbeitet, erfassen LiDAR-Sensoren ihre Umwelt allein mit Hilfe von Licht durch einen Fotosensoren. Ein Laserstahl wird ausgesendet, trifft auf ein Objekt und wird von dort zurück reflektiert und mit ganz vielen solchen Lichtsignalen wird dann eine 3D-Karte der Umgebung erstellt. Das geht alles sehr schnell, daher ist die Methode auch für selbstfahrende Fahrzeuge im Einsatz. Der Ursprung dieser Systeme ist aber in der Luft- und Raumfahrt zu finden und geht auf die Sechzigerjahre zurück. Umso spannender, dass genau diese Methode uns bezüglich der Erfassung und der Zielsetzung im Bereich des Baumbestandes nun zu einem Schritt in die Zukunft verhilft.

Mit dieser Methode wird also die Baumkronenabdeckung in unserem Kanton erfasst. Sie lag 2021 im Siedlungsgebiet von Basel-Stadt bei ungefähr 16 Prozent. Sie haben alle das Dossier 131 vom Statistischen Amt erhalten. Daraus geht hervor, dass die minimale Zunahme der Baumkronenabdeckung zwischen 2012 und 2021 1 Prozent war, dass diese leichte Zunahme mit Vorsicht zu geniessen sei, weil sich die Methodologie in diesem Zeitraum stark verbessert hatte und die Daten nicht genau eins zu eins vergleichbar sind. Gehen wir aber trotzdem von einer unveränderten Abdeckung zwischen 2012 und 2021 aus. Die nächste Messung ist nun dieses Jahr erfolgt. Die Resultate werden für Herbst erwartet. Kolleginnen und Kollegen, ich befürchte, dass die Resultate dieser neuen Messung ernüchternd ausfallen werden, weil unsere Bäume extreme Hitze- und Trockenheitsperioden durchgemacht haben inzwischen und grosse Sturmereignisse zu erheblichen Verlusten geführt haben. Dafür dafür muss man gar nicht an den grossflächig abgestorbenen Hardwald verweisen, schon klar, diese Bäume gehören nicht zur Baumkronen Abdeckung von Basel-Stadt, aber es ist ein Sinnbild dafür, wie gross die Menge an Bäumen ist, die der Trockenheit zum Opfer gefallen sind.

Aber eben, wir müssen gar nicht so weit blicken. Lassen Sie uns an das gesperrte Gartenbad Bachgraben denken oder den Kannenfeldpark, wo es grosse Einschränkungen nach Sturmschäden gab. Diese werden uns fehlen in der Baumkronenabdeckung, wenn wir die neuen Zahlen erfassen.

In diesem Sinne hält die SP-Fraktion die Forderung der Motion für wichtig. Die Zeit des veralteten einseitigen Bäumchenzählens ist vorbei. Wir müssen gerade in der Stadt, wo Hitzebildung und die Luftqualität echte Herausforderungen darstellen, mit besseren Messgrössen arbeiten. Deshalb ist ein verbindliches Ziel in Bezug auf die Baumkronenabdeckung der richtige Weg.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler annehmen? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Danke für die interessanten Ausführungen. Denken Sie, diesen Laser könnte man auch dafür einsetzen, um zu identifizieren, wie viele Parkplätze durch Bäume aufgehoben worden sind?

Lisa Mathys (SP): Ich glaube nicht, dass es möglich ist, rückwärts Messungen zu machen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Die Baumkronenbedeckung zu erhöhen, ist sehr wichtig. Die Sommer werden immer heisser, und das ist kein Märchen, sondern das ist heute schon Realität. Hier ein paar Zahlen: Seit 1864 ist die Schweiz im Durchschnitt zwei Grad Wärmer geworden. Seit 1901 haben wir in der Schweiz dreimal mehr Hitzewellen, die 10 wärmsten Jahre seit Messbeginn waren alle im 21. Jahrhundert, das heisst in den letzten 24 Jahren. Dass wir etwas unternehmen müssen, ist klar, insbesondere in dicht bebauten Städten wie Basel, denn hier sind die Auswirkungen auch bei uns spürbar und sie haben auch eine Auswirkung auf unseren Alltag und unsere Gesundheit. Im Jahr 2022 haben wir das sehr gut gesehen. Wir hatten einen Hitzesommer, in Basel wurde die 40 Grad-Marke fast geknackt.

Da ist klar, Baumtöpfe reichebn nicht, sie sind zwar ein erstes Mittel, aber sie reichen nicht. Das Stadtklimakonzept macht keine verbindlichen Ziele für die Begegnung dieser Erhitzung und auch die Massnahmen, die erst gerade kürzlich vor wenigen Tagen ergriffen wurden, die Lockerung der Bestimmung für Pflanzentöpfe vor den Hauseingängen, sind sogar weniger als ein Tropfen auf einen heissen Stein. Es ist sehr klar, es braucht mehr Bäume, es braucht eine höhere Baumkronenabdeckung.

Wir diskutieren hier zuerst diesen Vorstoss und danach auch meine Motion, direkt nacheinander, die im Grundsatz dasselbe möchten, nämlich mehr Baumpflanzungen. Es scheint gemäss Kreuztabelle auch, als würden beide überwiesen werden und ich finde auch, sie ergänzen sich sehr gut. Meine Motion legt den Fokus auf Baumpflanzungen im öffentlichen Raum und die Motion von Lukas Bollack möchte ein verbindliches Ziel zur Erhöhung der Baumkronenabdeckung.

Ich rege an, bei der Umsetzung dieser Motion, die wir jetzt diskutieren, mitunter auch auf den privaten Raum zu fokussieren, wenn es dann um die Umsetzung des Ziels gibt. Dies wird auch in anderen Städten bereits gemacht. Genf zum Beispiel hat ein konkretes Ziel, die Baumkronenabdeckung zu erhöhen. Sie pflanzen dazu Mikrowälder, auch auf Privatgrundstücken und sie prüfen zum Beispiel bei der Genfer Immobilienverwaltung auf ihren Parzellen, in welchen Gebieten es Baumpflanzungen ermöglichen könnte, wo die Baumpflanzinseln sind. Auch die Stadt Zürich fokussiert teilweise auch auf den privaten Raum. Auch sie haben ein Ziel für die Baumkronenabdeckung. Sie haben ein Pflanzinselscreening gemacht. Sie haben einen Giessalgorithmus gespiesen mit Informationen zu Werkleitungen, Informationen zu Bedingungen für Baumpflanzungen und haben im stark Hitze betroffenen Gebiet in Schwamendingen eine solche Studie gemacht für den privaten Raum und haben dort Pflanzinseln auf Privatgrundstücken ermittelt und die Besitzenden dieser Grundstücke darüber informiert, in welchen Bereichen ihres Grundstückes Baumpflanzungen möglich sind und sie dazu animiert, auf ihrem Privatgrundstück einen Baum zu pflanzen.

Dies ist höchst sinnvoll und ich denke, da haben wir tatsächlich auch noch Luft nach oben, um solche Massnahmen zu unternehmen, und ich denke, das ist ein verbindliches Ziel, das uns auch weiterbringt. Solche Baumpflanzungen, verbindliche Ziele, sind viel effektiver als Töpfe vor der Haustüre oder als Baumtöpfe. Sie sind sehr wichtig. Ich denke, in Basel können wir mehr. Wir sollten das Stadtklimakonzept ergänzen mit langfristigen Baumpflanzungen und Massnahmen, und wir werden daher zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch Sie dürfen entscheiden, ob sie die Zwischenfrage annehmen. Sie wird angenommen.

Felix Wehrli (SVP): Ist Ihnen bewusst, dass in Basel-Stadt jährlich sehr viele Bäume zusätzlich gepflanzt werden und dass in der Schweiz jedes Jahr der Baubestand in der Grösse des Thunersees zunimmt?

Raffaela Hanauer (GAB): Die Stadt Basel ist mit der Baumkronenbedeckung im schweizweiten Städtevergleich relativ weit hinten und auch die Hitze nimmt zu. Daher braucht es Massnahmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir haben schon wieder Besuch auf der Zuschauertribüne und das freut mich. Ich begrüsse die Schülerinnen und Schüler der FMS Basel mit Lehrperson Tanja Ruder. Es ist uns eine Freude, dass ihr euch für die Politik interessiert und uns besuchen kommt. Wir wünschen spannende Einblicke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit fahre ich fort mit der Debatte über Motion 3. Nächster Sprecher ist Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Ich stimme dem, was Lukas Bollack in der Einleitung seiner Motion sagt, voll und ganz zu. Bäume sind ein wichtiger Faktor, wenn es um die Kühlung der Stadt, den Schattenwurf und die Biodiversität gibt. Auch der Aussage, dass alte Bäume viel leistungsfähiger sind als Jungbäume, stimme ich zu.

Interessanterweise wird gerade hier von der hochgelobten Stadtgärtnerei in eine ganz andere Richtung gearbeitet, man denke nur an die Entfernung der Kugelahorne bei der Haltestelle Margarethen, an die gefällten Bäume beim wie Wielandplatz, die abgesägten Bäume bei der Haltestelle Holee und den zum Glück verteitelten Versuch, viele Kastanien beim Steinmätteli zu fällen. Die Stadtgärtnerei fällt jedes Jahr circa 150 bis 200 Bäume. Für die gefällten Bäume werden zwar Ersatzpflanzungen vorgenommen, doch handelt es sich dabei durchweg um Jungbäume mit sehr kleinen Kronen. Es wird viele Jahre dauern, bis diese Jungbäume auch nur annähernd die Grösse der ersetzten Bäume erreichen.

Sehr oft wird die Fällung vor allem der grossen Bäume mit der Gefahr für die Bevölkerung begründet. Sie könnten durch die anhaltenden Trockentrockenheit grosse Äste verlieren oder sogar umstürzen. Dieses Argument zählt kaum, denn mit der entsprechenden Pflegen der Baumkrone und einer guten Bewässerung wäre das Problem sehr oft behoben. Interessant ist, dass sich die Motion auf eine Befliegung im Jahr 2024 bezieht, bei der ein Rückgang vermutet wird. Mir war nicht klar, dass Vermutungen ausreichen, um den Regierungsrat zu etwas zu verpflichten.

Die Stadtgärtnerei beruft sich gerne auf Klima- und Sturmereignisse, Pilzbefall und andere Krankheiten, um zu gross geratene Bäume zu entfernen. Sollte diese Motion angenommen werden, wird sich an der Zahl der Fällungen im öffentlichen Raum kaum etwas ändern. Umso mehr wird es für private Baumbesitzerinnen noch schwieriger, kranke oder gefährdete Bäume fällen zu lassen, weil es sehr schwierig ist, solche Schäden geltend zu machen. Die hohen Kosten für die Pflege und Bewässerung alter und kranker Bäume müssen dann von diesen privaten Besitzerinnen getragen werden. Würde sich diese Motion explizit auf den öffentlichen Baumbestand beziehen und eine Budgeterhöhung zum Beispiel zuhanden der Stadtgärtnerei für die Pflege von alten Bäumen mit grossen Kronen fordern, wäre die LDP unter Umständen bereit, dieser Motion zuzustimmen. Da dies aber nicht der Fall ist, bitte ich Sie, auch im Namen der LDP, diese Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Reihe ist nun an Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Es ist unbestritten, wir wollen unsere Stadt wo möglich begrünen und wo sinnvoll zusätzliche Bäume pflanzen. So ist das heute die Philosophie des Bau- und Verkehrsdepartements bei jedem Projekt, das geplant und uns vorgelegt wird.

Diese Motion strebt nun einen Paradigmenwechsel an, weg von der Anzahl Bäume hin zur Baumkronenbedeckung. Sie will damit letztendlich etwas erzwingen, das sich schlicht nicht erzwingen lässt. Lassen Sie es mich so sagen, das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht, Bäume wachsen nicht schneller, wenn man ein Ziel ins Gesetz schreibt. Sturmschäden lassen sich via Gesetz nicht verhindern, Hitzeschäden ebenfalls nicht.

Was könnten wir tun, um ein solches Ziel zu erreichen, wenn wir das jetzt ins Gesetz schreiben? Erstens, wir könnten bei Umgestaltungsprojekten mehrere Jungbäume etwas enger beieinander Pflanzen, damit man schon kleine Wälder hat, aber der verfügbare Platz bleibt ja letztendlich derselbe. Das sorgt am Anfang wahrscheinlich noch schnell für etwas mehr Baumkronsbedeckung, weil da mehr kleine Bäumchen rumstehen. Aber weil Bäume Platz zum Wachsen brauchen, wird man früher oder später einen Teil dieser Bäume wieder entfernen müssen, damit die anderen Bäume dann genug Platz haben, um zu wachsen. Das scheint mir wenig sinnvoll und für die Bäume auch ein Stress.

Man könnte zweitens schauen, dass bei einer Ersatzpflanzung der Ersatzbaum ungefähr gleich gross ist, damit eine ähnliche Baumkronenbedeckung erreicht wird oder man kann zumindest einen Baum nehmen, der bereits eine gewisse Grösse hat. Aber auch das scheint mir in der Praxis schwierig. Sie können einen Altbaum nicht durch einen Altbaum ersetzen. Wo wollen Sie denn diesen entsprechenden hernehmen? Das würde auch mit Blicken auf das Klima wenig Sinn machen, weil es keine klimatischen Mehrwert hat. Es würde höchstens das Risiko erhöhen, dass der verpflanzten Baum die Umpflanzung nicht überlebt.

Man kann drittens private Baumpflanzungen anregen, wie das ja Raffaela Hanauer hier ausgeführt hat, aber nun, auch diese Pflanzungen brauchen Zeit, um zu wachsen. Auch hier fangen wir mit jungen Bäumen an und müssen dann warten, bis entsprechend diese Baumkronenbedeckung erreicht wird.

Viertens, wir widmen andere Siedlungsflächen um, übersetzt, entweder wir reissen Liegenschaften ab, was hier wohl eher nicht die Absicht ist oder wir widmen öffentlichen Raum um und auf das läuft es ja letztendlich hinaus. Da kann ich mich auf Kollege Seiler beziehen, auch hier wieder die Stadtklimainitiativen durch die Hintertür.

Man kann gewisse Prozesse einfach nicht beschleunigen, selbst wenn man es wollte. Ich hätte auch gerne, dass die Freiestrasse in vier Wochen und nicht in vier Jahren umgebaut wird. Leider ist das nicht möglich, und so braucht auch Baumkronenwachstum nun mal Zeit. Sie können natürliche Prozesse nur beschränkt beschleunigen. Und Sie können auch politische Prozesse nicht beschleunigen, indem Sie mit mehreren Vorstössen dasselbe erreichen wollen. Gerne erinnere ich

Sie daran, dass beim Regierungsrat bereits ein Anzug von Bela Barta hängig ist, wonach als neue Zielgrösse für den Erhalt des Baumbestandes das Kronenvolumen verwendet werden soll, und dieser Vorstoss geht ja in dieselbe Richtung.

Dass wir in der Vergangenheit nicht völlig geschlafen haben und das, was wir früher gemacht haben, durchaus erfolgreich ist, zeigt übrigens das gerade letzte Woche erschienene Dossier Basel des Statistischen Amtes, das uns ja bereits von Kollegin Mathis gezeigt wurde. Interessanterweise ziehe ich da ein bisschen andere Schlüsse daraus. Denn darin wird aufgezeigt, dass die Baumkronenbedeckung in der Elisabethen-Anlage als Beispiel von 14,6 auf 60 Prozent erhöht worden werden konnte. Der Grund dafür, «vor allem das Baumwachstum ist ausschlaggebend». Und genau deshalb wird die Baumkronebedeckung in den nächsten Jahren stetig zunehmen, weil wir laufend zusätzliche Bäume pflanzen.

Und schliesslich noch das: Der Titel des besagten Artikels lautet «Aus der Luft sieht man 25 Prozent des Kantons vor lauter Bäumen nicht«. Zur Erinnerung: Die Zielwerte von Genf und Zürich betragen 25 Prozent. Wir sind also in unserem Kanton auf sehr gutem Weg. Passen Sie auf, dass Sie vor lauter Bäumen den bereits erfolgreich eingeschlagenen Weg nicht mehr sehen. Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Lisa Mathys und Daniel Sägesser möchten Zwischenfragen stellen. Sie werden angenommen. Zuerst hat Lisa Mathys das Wort.

Lisa Mathys (SP): Bei den 25 Prozent ist wohl noch der Wald in Bettingen mit eingerechnet. Aber egal. Bestreiten Sie, dass es bei der Auswahl von Bäumen verschiedene Sorten gibt, solche, die mehr und solche, die weniger Baumkronenabdeckung haben werden?

Luca Urgese (FDP): Nein, das bestreite ich nicht. Ich habe Vertrauen in die Stadtgärtnereoi, dass sie jeweils die Bäume auswählt, die für den entsprechenden Ort am sinnvollsten sind.

Daniel Sägesser (SP): Sie haben gesagt, das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht, und ziehen damit die Wirksamkeit von Monitoring-Massnahmen in Zweifel, die Lukas Bollack ja vorschlägt. Sie sind doch ein Mann der Wirtschaft. Sind Monitoring-Massnahmen nicht ein etabliertes und unumstrittenes Controlling-Instrument, das in der Wirtschaft jeden Tag eingesetzt wird?

Luca Urgese (FDP): Das Monitoring findet ja statt, es wird uns ja regelmässig ausgeführt wird, welches die Ergebnisse dieses Monitorings sind. Was diese Motion aber will, ist ein fixes Ziel festzulegen und das bedeutet ja, dass hier entsprechend auf dieses Ziel hingearbeitet werden muss. Und darum geht es, und das kann man nicht beschleunigen, indem man am Gras zieht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Daniel Sägesser kann gerade vorne bleiben. Er hat sich für ein Einzelvotum gemeldet.

Daniel Sägesser (SP): Lisa Mathys hat zwar schon einiges zur Methodik gesagt, die für die Arbeit bei der Baumkronenabdeckung anstelle der reinen Anzahl Bäume spricht. Es erscheint mir aber dennoch wichtig, noch ein paar ganz praktische Gedanken zur Bedeutung dieser angepassten Sichtweise zu ergänzen.

Wir erleben in unserem Kanton regelmässig hoch emotionale Debatten, wenn es um Bäume in unserer Stadt geht. Dies ist auf die Erfahrung zurückzuführen, die die Baslerinnen und Basler in den letzten Jahren gemacht haben. Die Hitzeperioden im Sommer werden intensiver und länger. Wir haben es sicher alle schon erlebt, dass wir während Hitzetagen wochenlang nicht mehr aus unserer Wohnung herauskam, nicht mehr gut schlafen konnten und uns dadurch bewusst wurden, was diese Belastung für vulnerable Menschen, für ältere, für Kranke, aber auch für ganz Kleine bedeuten muss. Es ist nicht einfach ein bisschen unangenehm, sondern es ist eine Gefährdung der Gesundheit.

Mit diesem Bewusstsein beurteilen wir heute auch Gestaltungsprojekte in unserer Stadt vielleicht noch anders als in früheren Jahren. Kolleginnen und Kollegen, denken Sie an die Freie Strasse. Wenn Sie sich dort nun 20 hohe dünne Bäume reindenken, dann wäre das zwar eine gute Sache für die Atmosphäre in dieser Einkaufsmeile, es wäre aber nie und nimmer ein geeignetes Mittel, um im Hochsommer eine Hitzebildung in dieser total versiegelten Strassenschlucht zu verhindern. Dazu bräuchte es grosse mächtige Baumkronen. Solche müssen wir also Jahre im Voraus mitdenken und einplanen. Das war übrigens auch ein wichtiger Punkt bei der Diskussion um die Neugestaltung des Allschwilerplatzes, mehr Raum schaffen, wo künftig Baumkronen für eine echte, angenehme und nötige Beschattung sorgen können. Die Ökolampad-Matte

mag noch so entsiegelt sein und noch von so vielen Bäumen gesäumt sein, ohne richtig guten Baumbestand auf dem Platz selber wird sich dort im Sommer dennoch eine unerträgliche Hitze bilden, mit der wir alle zu kämpfen hätten und die gerade für die älteren und geschwächten Leuten in den Institutionen rund um den Allschwilerplatz zu grossen Einschränkungen führen würden.

Mit diesen Beispielen möchte ich aufzeigen, wie relevant diese Messgrösse Baumkronenabdeckung für die ganze Stadt sind, für die Menschen, die in Basel leben und unterwegs sind. Auch habe ich das auch ich habe das Dossier des Statistischen Amtes mit grossem Interesse gelesen. Interessant fand ich dabei auch, dass innerhalb der drei Gemeinden, wenn man nur die Siedlungsfläche anschaut, Basel und Bettingen ganz ähnlich liegen, bei knapp 16 Prozent Baumkronenabdeckung. Riehen ist demnach wirklich das grosse grüne Dorf mit über 20 Prozent, und das sogar trotz des Hörnlivorplatzes.

So oder so, es ist enorm wichtig, dass unser Kanton sich Ziele setzt und nicht riskiert, dass wir durch eine allenfalls sogar sinkende Baumkronenabdeckung die Gesundheit unserer Bevölkerung aufs Spiel setzen. Die Zeichen der Zeit sind klar, es braucht mehr, nicht weniger Schatten. Und dann hat mich Daniel Seiler mit seiner Zwischenfrage beim Votum von Lisa Mathys noch auf eine Idee gebracht. Meine Kollegin hat zwar recht, dass man auch mit LiDAR leider nicht in die Vergangenheit schauen kann. Was aber absolut möglich wäre, wäre zu erfassen, wie viel Volumen des öffentlichen Raums heute Autos in Anspruch nehmen. Ich finde das eine grossartige Idee und möchte deshalb an dieser Stelle auch gleich der anwesenden Verkehrsdirektorin diese Idee mit auf den Weg geben, ich verspreche mir interessante Erkenntnisse von einer solchen Untersuchung. Besten Dank, wenn Sie diese Motion heute und überweisen und ich bitte die Fragenden nach vorne.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Daniel Seiler stellt eine Zwischenfrage.

Daniel Seiler (FDP): Wie stellen Sie sich die Freie Strasse, die hier immer wieder zitiert wird, vor mit so vielen Bäumen? Wie soll die Anlieferung oder eine gewerbliche Sanierung stattfinden? Ich persönlich finde diese mobile Lösung im Moment eigentlich recht gut, aber ich kann mir nicht vorstellen, wie diese Strasse funktionieren kann für die Zulieferung, wenn da viele Bäume stehen.

Daniel Sägesser (SP): Die Frage war ja, wie ich mir die Strasse mit vielen Bäumen vorstelle. Wunderschön.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Reihe ist an Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Sie haben Riehen erwähnt. Ist Ihnen bewusst, dass Riehen so Grün ist, weil es eine bürgerliche Mehrheit hat? (*Heiterkeit im Saal).*

Daniel Sägesser (SP): Ihre Ausführungen werden bestritten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Motionär Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Wir sind uns ja eigentlich grösstenteils einig, wir brauchen mehr Bäume in der Stadt, zur Kühlung des Stadtklimas, für die Förderung der Biodiversität und für eine bessere Aufenthaltsqualität. Ich möchte kurz ausführen, warum wir mit dieser Motion der Regierung ein nützliches Werkzeug zur Erreichung dieses Ziels in die Hand geben würden.

Durch das Stadtklimakonzept, die aktuelle Planungspraxis sowie durch das Baumschutzgesetz sind wir schon auf einen guten Weg. Der Baumbestand in der Stadt Basel wächst jedes Jahr weiter an. Damit grenzen wir uns positiv ab von vielen anderen Schweizer Städten, in denen der Baumbestand oftmals trotz grosser Anstrengungen rückläufig ist. Wie ich schon im Motionstext ausgeführt habe, kann die reine Anzahl Bäume aber täuschen. Das Kronsvolumen eines Baums und damit sein Schattenwurf, seine Verdunstungsleistung und sein ökologischer Wert steigen mit dem Alter exponentiell an. Wird ein Baum entfernt und durch einen neuen ersetzt, braucht der Ersatzbaum Jahrzehnte, bis er wieder die gleichen Leistungen erbringt wie sein Vorgänger.

Durch das Baumschutzgesetz kommt es in Basel kaum mehr vor, dass Bäume leichtfertig im Rahmen von Bauprojekten gefällt und durch Ersatzbäume ersetzt werden. Auch der Baumschutz auf Baustellen wird gut durchgesetzt, so dass Bäume nicht mehr bei Bauarbeiten verletzt werden und später gefällt werden müssen. Viele Ausfälle gibt es aber aktuell durch den Klimawandel. Von den 20 häufigsten Baumarten im Bestand der Stadtgärtnerei sind in den letzten Jahren Zweidrittel

vermehrt von Schäden, ausgelöst durch Hitze und Trockenheit., betroffen. Diese Arten müssen in den nächsten Jahrzehnten durch besser geeignete Arten ersetzt werden. 2023 hatten wir beispielsweise einen grossen Verlust an alten Bäumen in der Stadt durch mehrere starke Sturmereignisse, denen zahlreiche durch die Hitzesommer 2018 und 2019 geschwächte Bäume zum Opfer gefallen sind.

Damit wir für die Effekte dieser erzwungenen Baumverjüngung in der Stadt nicht blind sind, macht es Sinn, für die Überwachung des Baumbestandes sowie für unsere Ziele in Zusammenhang mit dem Stadtklima und der Biodiversität statt der Anzahl Bäume die Baumkronenbedeckung heranzuziehen. Die Baumkronenbedeckung drückt den Anteil des Siedlungsgebiets aus, der von Baumkronen beschattet ist. Es sagt also direkt etwas aus über die Kühlleistung des Baumbestandes.

Wie andere Vorredner:innen schon ausgeführt haben, wird die Baumkronenbedeckung in der Stadt seit 2012 überwacht. Die Regierung setzt sich aber bisher keinen Zielwert in Bezug darauf. Die sind im Unterschied zu anderen Grossstädten in der Schweiz. Genf will die Kronenbedeckung im Siedlungsgebiet bis 2030 von 22 auf 25 Prozent erhöhen, Lausanne bis 2040 von 20 Prozent auf 30 Prozent und Zürich bis 2050 von 17 Prozent auf 25 Prozent. Ein solcher Zielwert macht Sinn, denn man definiert damit, um wie viel die Kühlleistung des Baumbestandes zunehmen soll für eine bessere Anpassung an den Klimawandel. In Kombination mit regelmässigen Messungen der Baumkronenbedeckung bekommt man wertvolle Informationen darüber, wo man in seinen Anstrengungen steht und in welchen Bereichen es gut läuft und wohl schlechter. Daraus können wiederum zielgerichtete Massnahmen abgeleitet und die zur Verfügung stehenden Mittel effizient eingesetzt werden.

An dieser Stelle möchte ich noch kurz eingehen auf Befürchtungen, die vom Gewerbeverband sowie von einigen Vorrednern geäussert wurden, nämlich dass die Motion zu zusätzlichen Einschränkungen und Vorschriften für Private führen könnte. Basel hat mit dem Baumschutzgesetz und mit den Vorgaben zum Baumschutz auf Baustellen im Vergleich zu anderen Städten schon sehr strenge Vorschriften für Private. In vielen Städten nimmt die Kronenbedeckung auf privaten Parzellen aufgrund der Bautätigkeit ab. In Basel ist dies nicht der Fall. Hier besteht aus fachlicher Sicht deshalb schlicht kaum mehr Steigerungspotential. Bei Privaten wird man, wenn dann mit positiven Anreizen für zusätzliche Baumpflanzungen arbeiten, wie es zum Beispiel mit dem Projekt «Mein Baum, dein Baum« schon in kleinerem Rahmen erfolgt. Die Privaten dürfen sich also eher auf zusätzliche Unterstützung freuen und müssen aus meiner Sicht keine Angst vor zusätzlichen Vorschriften haben.

Auch wurde genannt, dass in der Motion Extremforderungen gestellt wurden. Das kann ich jetzt nicht so nachvollziehen, weil die Regierung ist ja komplett frei in der Definition des Zielwertes. Es wird in dem Sinn keine Forderung gestellt. Ich bitte Sie deshalb für die Überweisung der Motion zu stimmen und freue mich, dass die Regierung bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben es gehört, der Regierungsrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Felix Wehrli. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003637, 12.06.24 10:02:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 54 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

14. Motion 4 Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze

[12.06.24 10:02:51, 24.5155.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist auch hier bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Wir haben es vorher von Lukas Bollack gehört. Ich glaube, wir sind uns alle einig, wir möchten mehr Begrünung im Stadtraum, wo dies auch immer sinnvoll und möglich ist. Wieso ist die LDP gegen diese Motion? Grundsätzlich ist es so, dass bereits überall dort über Begrünung gesprochen wird, wo auch umgebaut wird. Und es gibt in Basel sehr viele Baustellen. Sie wissen es, die Fernwärme wird ausgebaut, und auf jeder Fläche, die dabei umgewälzt wird, prüft man auch eine Begrünung. Aber die Leute haben genug von noch mehr Baustellen und das BVD ist auch überlastet mit Projektierungen. Und wenn man das zusammenbringt, dass man jetzt noch an anderen Stellen Baustellen planen will und losgelöst von diesen Flächen, die bereits umgebaut werden, auch noch Baumpflanzungen in Angriff nehmen will, dann ist das der *overkill*, den die Bevölkerung nicht möchte.

Es gibt auch etliche Vorstösse, die eine Baumpflanzenoffensive fordern. Es gibt klare Antworten vom BVD, die sagen, weshalb Baumpflanzungen zum Beispiel in der Freien Strasse nicht möglich sind, gerade weil Röhrennetzwerke dort sind. Das haben wir alles auch schon besprochen. Verlassen wir uns doch auf die Behörden, die eine klare Zielsetzung haben. Es gibt auch ein Stadtklimakonzept. Das wird hier angesprochen, dass dies die Baumpflanzungen nicht mit einbezieht. Aber dennoch erkennen wir aus verschiedenen Vorstössen, dass der Handlungsbedarf klar erkannt ist. Wir haben es ebenfalls vorhin gehört, dass wir ein positives Saldo haben, was Baumpflanzungen bei uns in der Stadt anbelangt. Das ist sehr erfreulich und darum braucht es diese Vorlage nach unserer Meinung nicht.

Gleichzeitig möchten wir auch festhalten, dass wir auch ein wenig Angst haben, dass diese Vorlage dann als Feigenblatt verwendet wird, um mehr Parkplätze verschwinden zu lassen und auch sonst in den Quartieren sagen wir, wir machen hier Grünraum, Parkplätze müssen weg und andere Nutzungen. Das wollen wir nicht unterstützen. Wir vertrauen hier auf die Planungen des BVD und sind deshalb gegen die Überweisung dieser Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Heute sieht es ja gerade etwas sonnig aus und die Hoffnung stirbt zuletzt, dass der Sommer dann auch tatsächlich einmal kommt und mit ihm wohl auch die Sommerhitze. Wir wissen es alle, Menschen leiden darunter, die Tiere leiden darunter, die Sterblichkeit bei älteren Menschen steigt. Wir wissen auch, was hilft: Grün, entsiegeln, Bäume. Töpfe mit Blumen. davon haben wir viel gehört, was auch immer man davon hält, das alleine ist nicht genug das wissen wir auch. Im Stadtklimakonzept wird auf die Erhaltungsplanung hingewiesen. Aber meine Damen und Herren, das bedeutet, noch ein halbes Jahrhundert zu warten und das halbe Jahrhundert haben wir nicht. Wir dürfen nicht so lange warten, es muss schneller gehen und es müssen neue Bäume gepflanzt und es muss entsiegelt werden, auch nicht nur dort, wo die Fernwärme kommt. Wer kennt nicht eine Asphaltfläche in seiner Umgebung, wo er oder sie sich täglich fragt, warum muss das hier eigentlich sein? Warum braucht man diesen Asphalt etwa auf einem Seitenweg bei mir Zuhause, wo Velos fahren? Die bräuchten diese Versiegelung nicht, Autos dürfen dort ohnehin nur für den Zufahrtsverkehr fahren.

Dieses Potenzial, das hier noch brachliegt, soll genutzt werden. Die Bäume und das zusätzliche Grün lindern die Hitzebeschwerden in der Stadt. Und es ist auch wichtig für die Biodiversität. Das steht auch in der Motion, es ist wichtig als Trittsstein für die Tiere. Ich bin immer traurig, wenn ich einen überfahrenen Igel sehe, das gibt es leider allzu oft, man wird das nicht ganz vermeiden können. Aber wenn man ein stückweit auch da Abhilfe schaffen kann, ist das schön. Natürlich auch für die Insektenwelt, die Käfer und so weiter.

Also nochmals, wir möchten kein halbes Jahrhundert mehr erwarten und so lange geht es, wenn wir uns in der Erhaltungsplanung bewegen. Wir möchten ein Konzept für Baumbegrünungen und Entsiegelungen auch ausserhalb der Erhaltungsplanung und auch ausserhalb der Erneuerung der Fernwärme. Der *Overkill*, vor dem Michael Hug Angst hat, kann man auch verhindern. Wir wollen ja ein Konzept, eine Planung, die einen *Overkill* verhindert. Da gibt es Luft nach oben schon jetzt, dass nicht am selben Ort, wo gerade erst gebaut wurde, in einem nächsten Anlauf wieder entsiegelt wird. Aber ich bin überzeugt, dieses Konzept, wie es Raffaela Hanauer verlangt mit der Finanzplanung, kann auch so einen *Overkill* vermeiden. Deshalb darf ich auch im Namen der SP beantragen, dieser Motion zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich muss mich wiederholen, Sie machen es also schon wieder. Sie wollen eine Motion überweisen, die nichts anderes fordert als das, was das Stimmvolk letzten November klar abgelehnt hat. Zur Erinnerung: Die Stadtklimainitiativen, die klar abgelehnt wurden, forderten genau das, was jetzt hier wiederum gefordert wird: Umwandlung von Asphalt und Strassenraum in Grünraum, und das explizit auch dann, wenn es eben keine Baustellen oder eine Sanierung gibt. Michael Hug hat das schon ausgeführt. Zu erwähnen sind noch die Ressourcen, die es braucht, und die graue Energie. Strassenraum, der noch 30 oder 40 Jahren gute Dienste leisten würde, der soll einfach mit grossem Energieaufwand umgenutzt werden.

Für mich ist das eine Zwängere,i und ich sehe auch sehr, dass Sie das Stimmvolk nicht respektieren. Es ist für mich auch nicht nachvollziehbar, dass die Regierung diese Motion entgegennehmen will, weil sie eben genau das macht, was abgelehnt wurde im November. Ich nehme hier einen zunehmenden Baumpflanzungswahn wahr, den Sie bieten mit Ihren Vorstössen und Ideen. Die Regierung lässt jede Baumpflanzung medial feiern und Sie reichen jetzt hier monatlich Ihre neuen Baumvorstösse sein. Wässern Sie diese Bäume dann im Sommer, wenn es heiss ist? Denn Bäumewässern ist ein sehr grosser Aufwand, und da kommt dann jemand wieder mit den Ressourcen beziehungsweise mit dem Wasser, das dann gebraucht wird.

Die FDP lehnt diese Motion ab. Wir haben in diesem Bereich nun wirklich jetzt schon genügend Initiativen und Massnahmen lanciert. Lassen wir doch jetzt einmal ein paar Massnahmen umsetzen und schauen, wie sich die Sachen bewähren und kommen dann wieder mit neuen Baumvorstössen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys an? Sie wird angenommen.

Lisa Mathys (SP): Sie sagen wiederholt, dass der Wille nicht respektiert werde. Sie haben in diesem Abstimmungskampf alle immer wieder betont, wie wichtig es ist, dass es mehr Bäume gibt und in dieser Motion geht es ja darum, das eben möglichst gut zu machen. Sind nicht Sie derjenige, der leere Versprechungen gemacht hat im Abstimmungskampf?

Daniel Seiler (FDP): Nein, ich habe ja vorhin schon gesagt, dass Bäume gepflanzt werden und das unterstützen wir ja. Aber hier wird eben explizit gefordert, dass man nicht wartet, bis eine Baustelle ansteht, sondern man hingeht und bestehenden Strassenraum zusätzlich aufreisst.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Motionärin Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Es freut mich sehr, wie breit meine Motion in diesem Saal getragen wird, auch wenn jetzt nicht allzu viele Voten dies unterstrichen haben. Der Kreuztabelle entnehme ich jedoch, dass sehr viele Unterstützende in diesem Saal vorhanden sind und es freut mich auch sehr, dass die Regierung die Motion entgegennehmen möchte.

Die Motion fordert ein Screening auf öffentlichem Raum und ein Konzept für Baumpflanzungen, Begrünungen und Entsiegelungen. Das Ziel dahinter ist sehr klar, wir müssen die Stadt kühlen. Wir haben zu lange keine wirkungsvolle Klimapolitik gemacht, die Schweiz wird heisser, die Welt wird heisser, auch Basel wird heisser. Wir brauchen mehr Schatten, wir brauchen mehr Verdunstung, die kühlt, wir brauchen eine Reaktion auf diese Erhitzung.

Das Stadtklimakonzept sieht leider nicht eine konkrete Massnahmenplanung für Baumpflanzungen ausserhalb der Erhaltungsplanung vor und ich denke, dass das nicht gut ist, wenn wir doch wissen, wie Hitzesommer in Basel-Stadt aussehen können, wenn wir zum Beispiel daran erinnern, wie es vor zwei Jahren war.

Ein paar Worte dazu, wie meine Motion umgesetzt werden kann. Andere Städte zeigen, dass man solche Screenings machen kann und dass es gar nicht so schwierig ist, daraus Massnahmen abzuleiten. Solche Screenings stützen sich auf bereits bestehende GIS-Programme, ein Programm im Kartierungsprogramm GIS. Das Programm wird gespiesen mit Bedingungen, wie weit ein Baum bei der Pflanzung von einer Werkleitung entfernt sein muss, wo die Werkleitungen sind usw. Diese Programme gibt es heute schon. Die Hochschule Rapperswil macht das, auch das Crowd-Planungsprojekt in Zürich zeigte, wie so ein Screening geht. Städte wenden dies auch bereits heute an. Die Stadt Kriens hat ihr Ziel von Baumpflanzungen auch auf so ein Screening gestützt. Auch die Stadt Zürich hat für das Hitze betroffene Quartier Zürich West so ein Screening gemacht und plant nun Bäume zu pflanzen. Das könnten wir auch und ich denke, das sollten wir auch tun wird. Ich denke, wir sollten das Stadtklimakonzept tatsächlich auch mit solchen Massnahmen ergänzen.

Zur Einordnung meiner Forderungen: Meine Forderungen wollen das Stadtklimakonzept ergänzen, weil wir heute gerade für die Hitze betroffenen Quartiere nicht mehr vorsehen als Versprechen, dass vielleicht Bäume oder Baumtöpfe kommen, wenn die Erhaltungsplanung kommt. Ich denke, das wird den Bedürfnissen in diesen Quartieren nicht gerecht. Ich fordere daher ein Konzept für Baumpflanzungen. Ich fände es sinnvoll, wenn man sich bei diesem Konzept auch auf die am stärksten betroffenen Quartiere fokussiert und dabei kann man sich auch bereits auf das Stadtklimakonzept stützen. Das Stadtklimakonzept analysiert sehr gut, in welchen Quartieren es dringend notwendig ist, zu kühlen.

Bestandteil des Konzepts soll eine Umsetzungsplanung sein für den Zeithorizont bis 2037. Damit meine ich nicht, konkrete Projekte bereits zu haben für Baumpflanzungen, für Entsiegelungen, sondern man muss prüfen, wo es mehr Massnahmen braucht als das, was ohnehin schon aufgegleist ist und wie man das angehen möchte und in den nächsten 15 Jahren umsetzen möchte. Meine Motion fordert eine Umsetzungsplanung und diese soll sich auf ebenso ein Screening des öffentlichen Raums stützen. Die Tools bestehen schon, das ist nicht teuer. Die GIS-Funktionen gibt es schon, andere Städte haben Erfahrungen, die GIS-Funktionen sind tatsächlich auch gar nicht so komplex. Wir haben auch bereits Angestellte, die sehr gut GIS betreiben können, Kartierungen machen können, GIS-Analysen machen können.

Ich habe explizit nicht den ganzen öffentlichen Raum erwähnt in meiner Motion, sondern habe offen gelassen. Ich denke, es ist nicht sinnvoll, wenn wir zum Beispiel die Lange Erlen prüfen, sondern ich denke, der Fokus sollte wirklich auf den Quartieren liegen, die auch einen Bedarf haben. Ich denke, meine Motion ist wichtig, umsetzbar und eine gute Ergänzung des Stadtklimakonzeptes.

Kurz zum *Overkill,* der erwähnt wurde: Ich habe im Hitzesommer 2022 in Kleinbasel gelebt. Dort ist der Motorisierungsgrad sehr niedrig. Ich habe selber kein Auto. Ich halte das nicht für einen Overkill.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion wird bestritten von Michael Hug. Wir stimmen ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003639, 12.06.24 10:19:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen mit 64-Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

15. Motion 5 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Einführung eines zweiten Wiederholungsversuchs bei den Anwaltsprüfungen

[12.06.24 10:19:17, 24.5167.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit wird auch kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf die Motion eingetreten und haben Sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

16. Motion 6 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist

[12.06.24 10:19:50, 24.5168.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist die bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Stefan Suter.

Stefan Suter (SVP): Ich trete jetzt hier ganz alleine gegen die gesamte Kreuztabelle an, nicht etwa in der irrigen Meinung, dass ich hier obsiegen würde, sondern in der Hoffnung, doch noch ein gewichtiges Argument hier einzuführen und mitzugeben, das wäre schön. Es wäre auch schön, wenn ich noch zwei, drei Leute überzeugen könnte, aber es geht hier um die Argumentation.

Thema ist die Ausbildung, Ausbildung angehender Anwältinnen und Anwälte. Eine Ausbildung hat immer von einem Ideal auszugehen. Wie soll es im besten Fall sein? Es gibt dann immer Fälle, die nicht so gut sind, das ist schon beim Lehrplan im Gymnasium oder sonst irgendwo der Fall. Was ist also hier das wichtigste, das man lernen sollte. Unternehmensjuristen sind hervorragende Berufsleute. Ich kenne natürlich sehr viele von denen von Berufs wegen, ich bin sogar befreundet, es ist also keine Kritik an Unternehmensjuristen, sondern es geht um die Ausbildung, das Ideal der Ausbildung. Und das Ideal besteht eben darin, dass angehende Anwälte und Anwältinnen lernen und erfahren und spüren, dass bei genau gleichem Gesetz ganz konträre Meinungen und Interpretationen resultieren können, resultieren müssen aufgrund der gesellschaftlichen Gegebenheiten. Also, man vertritt einen Mieter und vertritt auch einen Vermieter, man vertritt eine Arbeitnehmerin und vertritt eine Arbeitgeberin, man vertritt einen Beschuldigten als Strafverteidiger und am nächsten Tag vielleicht als Privatkläger. Das ist aus meiner Sicht eben sehr wichtig, denn es geht hier nicht darum, Missionare auszubilden, die einseitig etwas lernen, sondern ein vollumfängliches Berufsbild zu haben.

Nochmals, das ist die Ausbildung, dass viele dann später sich auf etwas konzentrieren, dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Also nochmals: Nichts gegen Unternehmensjuristen, es gibt hervorragende Leute, aber aus meiner Sicht, sollte man als traditioneller Anwalt lernen, wie dieser Beruf auszuüben ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin weniger Idealist als Stefan Suter, vielmehr Realist. Das Advokaturexamen hat zum Teil den Sinn, zukünftige Advokaten und Advokaten auf die Ausübung der klassischen Advokaturberufes es im Sinne von Stefan Suter vorzubereiten. Es ist aber auch ein allgemeines Qualifizierungsexamen, wenn Sie die Stellenanzeigen ansehen. Da wird sowohl in der Verwaltung wie bei Unternehmen eben auch das Advokaturexamen verlangt. Das mag man beklagen, ist aber eine Tatsache. Und ich glaube, dass da auch ein Praktikum zählen kann, und wir einer der wenigen Kantone findet, wo das so nicht geht. Das ist nicht sehr sinnvoll.

Ich bin in seit mehr als 30 Jahren in einem Advokaturbüro tätig, das wahrscheinlich die meisten Volontärinnen und Volontären in Basel ausgebildet hat. Ich sehe da gerade einen meiner Vorgänger als Volontär in diesem Saale und ein Mitglied des derzeitigen Regierungsrates war auch Volontär bei uns im Büro. Ich glaube, es war auch eine Vorbereitung zum Beispiel auf das Amt eines Regierungsrates. Ich will nicht abschweifen, aber die Erfahrung in Unternehmen hilft eben auch später in der Advokatur, denn ein grosser Teil der Arbeit in der nicht klassischen Advokatur ist eben auch der Abschuss von Verträgen, das Aushandeln, das Beraten von Unternehmen usw., nicht forensisch. Das ist ein wesentlicher Teil des Berufsbildes und diesen Teil des Berufsbildes auszublenden ist für mich ein bisschen lebensfremd.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Motion von Bruno Lötscher, dem das Advokaturexamen geholfen hat, nachher als Richter tätig zu sein, zu überweisen, im Sinne eines modernen Berufsbildes. Ich hoffe, dass Stefan Suter in diesem Anliegen scheitert, grosse Unterstützung zu gewinnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Auch die zweite Motion von Bruno Lötscher betreffend Anrechnung der juristischen Praktikas in Unternehmen ist unterstützenswert. Diese Möglichkeit ist im Kanton Basel-Landschaft bereits heute gegeben. Die Vorgehensweise, dass die Aufsichtsbehörde sicherstellt, dass nicht jedes Praktika angerechnet werden kann, sondern ein praktischer Bezug zum Anwaltsberuf bestehen muss, ist eine gute Lösung. Die Aufsichtsbehörde verfügt über entsprechendes Fachwissen. Und sollte es jemand doch schaffen, sich ein Praktikum anrechnen zu lassen, welches keinen oder zu wenig Praxisbezug hat, wird spätestens in der Prüfung merken, dass dies nicht so eine gute Idee war. Denn in der Prüfung wird praxisbezogenes und verknüpftes Wissen gefragt, und dies kann eben in der Verwaltung, an den Gerichten, in der Advokatur und hoffentlich bald auch in einem Unternehmen erlernt werden. Demgemäss ersuche ich Sie, die Motion von Bruno Lötscher zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Bei mir ist es noch nicht so lange her, dass ich die Anwaltsprüfung gemacht mache. Ich denke, es ist doch wirklich am sinnvollsten, wenn man verschiedene Praktikums macht, wenn man beim Gericht ein Praktika macht, wenn man in eine Kanzlei eines macht, aber ich denke, es hätte mir auch nicht geschadet, ein Praktikum in der Privatwirtschaft zu machen. Ich hatte Freunde, die haben das gemacht, konnten sich dann das in Basel-stadt nicht anrechnen lassen. Ich habe dann auch ein Praktikum in der Verwaltung gemacht. Ich konnte es mir anrechnen. Wirklich Sinn, warum er nicht durfte, was ich durfte, hat das eigentlich nicht gemacht.

Dementsprechend denke ich, wir verbauen uns nichts, wenn wir diese Motion überweisen und wenn wir dieses Feld auch öffnen. Es ist dann auch jedem selber überlassen, wo er das Praktikum macht, was ihm am besten hilft für die Prüfung. Ich empfehle es jedem, der die Prüfung macht, in verschiedenen Bereichen reinzuchnuppern. und dort die Erfahrung zu sammeln und diese dann auch für die Prüfung zu nutzen. Das gibt dann auch eine bessere Chance, die Prüfung zu bestehen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an den Motionär Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich kann mich kurz halten. Ich danke Stefan Suter für das Votum, weil es kurz Gelegenheit gibt zu sagen, worum es geht. Es geht nicht darum, die klassischen Anwälte irgendwie zurückzustellen, im Gegenteil, wer den Anwaltsberuf ausüben will in einer Anwaltskanzlei, muss selbstverständlich dort seine Praktika gemacht haben, und die besten Leute werden das wissen und auch nach wie vor auch nachher dorthin gehen. Wer aber in ein grosses Unternehmen will - und wir haben solche Weltunternehmen hier in Basel -, der tut gut daran, während der Ausbildungsphase dort in der Rechtsabteilung tätig zu sein, weil solche Firmen in der Regel später dann diese Leute nicht mehr aufnehmen. Wer in der Ausbildungsphase dort gewesen ist, hat dann möglicherweise die grössere Chance, dort einzusteigen.

Es macht wirklich keinen Sinn, dass wir jedes Praktika im hinteren Appenzell oder irgendwo in der Schweiz auf dem Land akzeptieren, aber in einer Rechtsabteilung der Weltfirmen, die hier in Basel sind und international tätig sind, nicht akzeptieren. Es ist beschränkt auf sechs Monate, das bedeutet, dass man dann nachher immer noch an die Gerichte oder in die klassische Anwaltskanzlei soll, und das macht Sinn und das nützt allen und das erhöht die Qualität der Ausbildung weiterhin.

Es geht also nicht gegen die Anwälte im klassischen Sinn. Ich möchte, dass Sie weiterhin ganz tolle Volontärinnen und Volontäre haben in Ihrer Praxis, aber lassen wir die anderen auch zu, die die Vorteile des Marktes hier in Basel nutzen, vielleicht auch als Beispiel, das Ihnen noch gelegen kommen könnte, in eine Rechtschutzversicherung. Da lernt man natürlich das Handwerk auch als Anwalt, und das zählt im Moment auch nicht, können wir im Moment auch nicht anerkennen, und das macht wirklich keinen Sinn mehr für die Zukunft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Oliver Thommen an? Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Entschuldigen Sie meine naive Frage, aber braucht die Welt noch mehr Advokaten?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Vielleicht nicht noch mehr, aber noch bessere.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Stefan Suter.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003642, 12.06.24 10:31:52]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 87 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

17. Motion 7 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Erlass eines Musikschulgesetzes

[12.06.24 10:32:04, 24.5173.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf die Motion eingetreten und haben Sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert drei Monaten überwiesen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

18. Motion 8 Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB)

[12.06.24 10:32:37, 24.5177.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte und das Wort geht zuerst an Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Natürlich bitte ich Sie darum, diese Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Mit dieser Motion haben Sie die Möglichkeit, die Chance, eine bedeutende Weiche für die Zukunft zu stellen. Und darum bitten wir Sie eben auch, die Motion zu überweisen. In aller Kürze: Mit dieser Motion werden die geforderten Mittel für einen Basler New Green Deal

sichergestellt. Damit sollen genügend Mittel bereitgestellt werden für die vom Stimmvolk durch das Ja zum Gegenvorschlag der Klimagerechtigkeitsinitiative beschlossenen Massnahmen. Der Regierungsrat hat ebenfalls schon eine Klimaschutzstrategie vorgestellt und darin die Massnahmen ausgeführt. Die Forderung nach diesem Fonds ist also demokratisch legitimiert. Was aber noch fehlt, ist die Zusage der notwendigen finanziellen Mittel für die Umsetzung dieser beschlossenen Massnahmen.

Warum es eben diese Gelder braucht, muss ich Ihnen nicht ausführen. Darauf weist unsere Fraktion schon seit Jahrzehnten hin. Auch wenn der menschengemachte Klimawandel noch von gewissen Kreisen angezweifelt wird, sei es, weil sie es nicht wissen wollen oder sei es, weil man sich daraus politischen Vorteil verspricht, er ist Tatsache und er fordert unser politisches Handeln heraus. Ich erspare Ihnen auch eine Aufzählung all der kostenwirksamen Auswirkungen, die der Klimawandel mit all seinen Wetterextremen mit sich bringen wird. Das können Sie alle selber erleben und erfahren, wenn es Sie dann interessiert.

Der Schutz vor diesen Wetterextremen und das Aufräumen danach wird teuer, das kann ich Ihnen versichern. Umso glücklicher sind diese Staatswesen oder Gemeinwesen, die vorgesorgt haben und beim Aufräumen nicht mit leeren Händen dastehen. Dass es unserem Kanton momentan finanziell hervorragend geht, das wissen Sie selber auch, und dies muss in unseren Augen eben auch genutzt werden, um künftige, heute noch ungewisse Auswirkungen bewältigen zu können. Darum die Bitte, hier Ja zu sagen zu diesem Klimafonds

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas klarstellen: Investitionen in die Nachhaltigkeit sind auch Investitionen in die Standortsicherheit. Die hier ansässigen Firmen werden profitieren, wenn Schäden durch kommende Wetterextreme abgewendet oder schnell behoben werden können. Dann funktionieren auch die Lieferketten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommen sicher zur Arbeit. Überlassen wir also die Aufgaben nicht den nachfolgenden Generationen, sondern nehmen wir unsere Verantwortung wahr schon heute, um die notwendigen Aufgaben und Ausgaben zu erledigen und die Ressourcen für die benötigten Massnahmen bereitzustellen.

Die Fraktion GAB bittet Sie deshalb, Ja zu sagen zur Überweisung der vorliegenden Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Diese Motion unterliegt mehreren grundlegenden Irrtümern. Der erste Irrtum: Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen nicht zusätzlich belastet werden. Das ist eine Illusion. Die hohen Überschüsse, die wir heute haben, sind eine Konsequenz unter anderem von Überbesteuerung. Der Kanton erhebt höhere Steuern als er zur Finanzierung seiner Tätigkeiten braucht. Daher kommen diese Überschüsse, die Einwohnerinnen und Einwohner sind also schon zusätzlich belastet.

Und dann muss man einfach festhalten: Höhere Unternehmenssteuern führen zu tieferen Löhnen und höheren Preisen. Die Kosten werden direkt oder indirekt an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben. Dieses zusätzliche Geld, das da beispielsweise mit der Ergänzungssteuer eingenommen wird, das kommt nicht aus dem Nichts. Es kommt aus dem Portemonnaie der Menschen, also die Einwohnerinnen und Einwohner werden mit einer solchen zusätzlichen Ergänzungssteuer zusätzlich belastet.

Und jetzt zum grundlegenden Problem der OECD-Ergänzungssteuer: Sie verschlechtert, das möchte ich nochmals deutlich festhalten, die Standortattraktivität unserer Region, weil die Unternehmen höhere Steuern zahlen müssen, die sie dann eben an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergeben müssen. Und deshalb ist die Kompensation und dass wir möglichst viel von diesen Einnahmen in die Kompensation investieren, absolut relevant. Und da geht es übrigens auch nicht um die Stabilität von Lieferketten, die sind ja nicht hier im Kanton, die sind ja ja ausserhalb.

Der zweite grundlegende Irrtum: Eine Vergabekommission ist fair und unabhängig. Das unterstellt, dass eine solche Kommission besser weiss, welche Massnahmen wirtschaftlich sinnvoll und zielführend sind. Das ist natürlich nicht so. Die betreffenden Unternehmen wissen deutlich besser, was in ihrem Unternehmen wirtschaftlich ist, was für ihr Unternehmen zielführend ist. Das beweisen sie heute schon, indem sie Ziele, zu denen sie sich verbindlich verpflichtet haben gegenüber dem Bund, übertreffen. Der richtige Weg bleibt, klare und realistische Ziele vorzugeben und der Wirtschaft den Weg zur Umsetzung zu überlassen.

Der dritte Irrtum: Diese Finanzierung ist fair. Diese Finanzierung führt dazu, dass ein kleiner Teil der Unternehmen, nämlich die, die Ergänzungssteuer bezahlen müssen, überproportional die Kosten tragen muss, und zwar gleich mehrfach. Erstens, weil ein wesentlicher Teil des Überschusses aus Unternehmenssteuern kommt, die, wie wir wissen, von relativ wenigen Unternehmen in diesem Kanton zu wesentlichen Teilen finanziert werden. Zweitens, weil eben diese Unternehmen dann zusätzlich von der Ergänzungssteuer betroffen sind, auch das ein relativ kleiner Teil, der Regierungsrat hat einst geschätzt, dass es 50 bis 100 Unternehmen sind, die da betroffen sind. Und dann gibt es ja noch die eigenen Massnahmen, die von der

Politik ebenfalls gefordert werden, dass die Unternehmen etwas tun, um klimaneutral zu werden. Das muss dann separat auch noch zusätzlich finanziert werden. Diese Finanzierung ist also alles andere als fair.

Und der vierte Irrtum ist, dass ein Fonds Klarheit über die Finanzierung bringt. Auch das ist nicht so, denn die Quellen, die da angegeben werden, sind keine stetigen Finanzierungsquellen. Es ist heute absolut unklar, wie hoch die Einnahmen aus der Ergänzungssteuer sein werden, weil wir nicht wissen, wie die Unternehmen auf diese zusätzliche Belastung reagieren werden. Die Entwicklung dieser Einnahmen ist absolut offen. Und auch die Entwicklung der Überschüsse ist offen. Wir wissen heute nicht, wie sich die Wirtschaft entwickeln wird angesichts der Unsicherheiten, die wir auf der Welt haben. Da ist also auch unklar, wie viel Geld dann in einen solchen Fonds fliessen kann.

Ohnehin sind Fonds fragwürdige Finanzierungsmittel. Sie orientieren sich nämlich nicht am Mittelbedarf, sondern. sie werden anhand der festgelegten Regeln entsprechen mit Mitteln gefüllt, und dann sucht man Verwendungszwecke für die entsprechenden Mittel, Das sehen wir am Beispiel des Mehrwertabgabefonds, der viel mehr Geld in der Kasse hatte, als ursprünglich eigentlich vorgesehen war, und dann haben wir Diskussion darüber geführt, was man auch noch Schönes mit diesem Geld finanzieren und machen könnte, und haben das Gesetz geändert.

Die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen und von Klimaschutzinvestitionen muss über den ordentlichen Haushalt erfolgen, den wir hier im Parlament jedes Jahr beschliessen. Man kann die Auseinandersetzung über die Prioritäten, die wir hier im Parlament führen müssen, nicht dem Parlament entziehen, indem man einfach separat einen Fonds einrichtet, über den wir dann nicht mehr entsprechend diskutieren müssen. Wir müssen die Diskussion über die Prioritäten im Grossen Rat führen, wo sie hingehören, nicht in einer Vergabekommission. Deshalb bitte ich Sie, die Motion abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Wir haben das Ziel Netto Null bis 2037, und die vorliegende Motion möchte mit einem neuen grünen Deal einen Ansatz zur Zielerreichung bieten. Es geht darum, eine Methode zu generieren, wie die Investitionen, die in der Klimaschutzstrategie festgelegt wurden, finanziert werden können. Durch einen Fonds sollen genügend Mittel bereitgestellt werden für die definierten Massnahmen. Das Geld aus dem Fonds soll aus Bundesmitteln und Steuereinnahmen kommen, und eine Kommission regelt die Entnahme respektive die Verteilung der Gelder. Für die Ausarbeitung eines entsprechenden Konzeptes hat der Regierungsrat zwei Jahre Zeit.

Ich begrüsse innovative Vorstösse, so auch diesen. Die SP-Fraktion spricht sich für eine Erstüberweisung als Motion aus. Sie möchte an diesem Punkt aber offenlassen, ob sie eine zweite Überweisung unterstützen würde. Wir möchten jetzt zuerst wissen, wie die Regierung dazu Stellung nimmt und im Anschluss das noch einmal besprechen können. Grundsätzlich sind wir aber sehr dafür, weil wie gesagt, es eine innovative und doch gute Idee ist.

Eines muss uns allen klar sein: Es braucht jetzt klare Massnahmen, um Netto Null 2037 zu erreichen. Warum also nicht mit einem grünen Deal ein bisschen mehr fürs Klima tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich spreche hier für die Fraktion der GLP und möchte erklären, warum wir hier ein Offen haben. Es ist kein Geheimnis, dass es wohl auf dieses Offen ankommen wird, ob diese Motion überwiesen wird oder nicht. Offen heisst nicht, dass wir uns nicht einig sind. Wir sind uns weitgehend einig in der Fraktion, erstens, dass wir hinter den Klimazielen des Kantons stehen, zweitens, dass wir hinter entsprechenden Massnahmen stehen, drittens sind wir nicht so naiv zu meinen, dass das alles ausserhalb von staatlichen Mitteln erfolgen kann, all die Massnahmen, die nötig sind. Natürlich wünschen wir uns, dass die weitgehend von der Privatwirtschaft., von Privaten getragen werden, so weit wie möglich, aber es wäre naiv zu meinen, dass es nicht auch staatliche Gelder braucht. Die wird es brauchen.

Wir sind mit diesem Vorgehen nicht so glücklich. Wir glauben nicht, dass es der richtige Weg ist, jetzt einfachmal einen Fonds einzurichten, ohne dass klar ist, was man braucht, wo genau staatlicher Finanzierungsbedarf besteht. Uns ist nicht ganz klar, warum ein Fonds die richtige Lösung ist. Wir haben da sehr viele Fragezeichen. Auch diesbezüglich sind wir uns eigentlich einig. Weiter verweise ich auf die weiteren Bedenken, die insbesondere Luca Urgese in seinem Votum vorgebracht hat, ob jetzt das hier die richtige Lösung ist. Da sind wir sehr kritisch.

Was nur die eigentliche Frage hier betrifft, ob wir diese Motion jetzt heute überweisen sollen oder nicht, darüber sind wir uns nicht einig. Einige von uns finden insbesondere auch in Anbetracht der Wichtigkeit des Themas und auch der gewissen Dringlichkeit, die hier gegeben ist aus moralischen Gründen, dass wir wirklich schnell handeln bezüglich Klimaschutz. Deshalb empfinden wir es eine gute Idee, diese Motion jetzt zu überweisen. Und auch im Sinne wie Michela Seggiani es für die SP ausgeführt hat, die Regierung detaillierter berichten zu lassen, finden wir keine Ressourcenverschwendung, sondern

finden wir sinnvoll. Wie es damit weitergeht, das wollen auch die Befürworter der Motion innerhalb der Fraktion offenlassen. Wie es dann mit einer zweiten Überweisung aussehen wird, hängt von der Antwort der Regierung ab. Der andere Teil der Fraktion erachtet das nicht als die richtige Lösung und lehnt die Überweisung der Motion schon heute ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht damit an Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Es ist schon hoch interessant, wie beim Thema Klima die Diskussion früher oder später, aber unweigerlich auf das Geld hinaus kommt. Es geht dann zuerst um das Klima, dann um das Geld. Es zeigt sich immer deutlicher, was die Klimapolitik wirklich ist, nämlich ein riesiger Machtapparat und eine noch viel grössere Geldmaschine.

Diese Motion ist ein guter Beweis dafür. Die Kosten für den ersten Teil der Basler Klimastrategie belaufen sich nach Schätzungen auf etwa 3,6 Milliarden Franken, die Kosten für den zweiten Teil können vorerst nicht beziffert werden, so die Motion. Wir sollen uns also auf einen finanziellen Blindflug begeben. Es soll ein Fonds geäufnet werden, aus welchem die unbekannten Massnahmen finanziert werden. Das heisst, mit dieser Motion sind wir so weit, dass wir Gelder in eine Kasse legen sollen, ohne wirklich zu wissen, wofür, Hauptsache Klima, das rechtfertigt ja scheinbar alles, ganz nach dem Motto, das ist da, also verfügen wir jetzt schon darüber.

Wenn die Kosten unbekannt sind, wie und in welchem Umfang soll der Fonds geäufnet werden? Da muss doch zuerst wirklich eine Schätzung, wenigstens eine grobe Schätzung vorliegen, sonst würden wir zu wenig oder zu viel Volksvermögen zurückstellen. Im ersten Fall hätte der Fonds seinen Zweck verfehlt, im zweiten Fall wären das Gelder, welche vielleicht anders wo sinnvoller eingesetzt werden können.

Die Einwohner von Basel-Stadt sollen nicht zusätzlich belastet werden, so die Motion. Das ist lobenswert, aber wer es glaubt, wird selig. Es geht hier schliesslich um die basel-städtische Rettung der Welt, da darf der Steuerzahler ruhig noch etwas bluten, wenn nicht heute, dann morgen. Denn wenn sie nicht zahlen, unsere Steuerzahler, dann geht die Welt unter, so oder so, zumindest passiert es, wenn wir den Klimabefürwortern folgen.

Ich gebe Ihnen zu bedenken, dass das nur noch so lange funktioniert, wie wir überhaupt Steuerzahler in unserem Kanton haben. Es geht unserm Kanton finanziell hervorragend. Das begrüssen wir. Wir mahnen aber mit Nachdruck zur Vorsicht. Wenig Geld zu haben ist schwierig, viel Geld zu haben ist gefährlich, denn es macht unvorsichtig, es werden links und rechts Begehrlichkeiten geweckt, hier noch etwas Geld abzapfen, hier noch etwas Geld nehmen und das ist gefährlich.

Einfach einmal Geld auf die Seite zu legen, ohne wirklich zu wissen, wofür, ist aus unserer Sicht finanzpolitisch nicht zu verantworten. Die Motionäre würden lieber darauf bestehen, dass wir klare Auskunft über die gesamten Kosten der Klimastrategie erhalten, anstatt dass wir im Blindflug Gelder aussortieren, Gelder, welche wie gesagt möglicherweise dereinst für dringendere Ausgaben benötigt werden. Luca Urgese hat das in seinem Votum sehr schön ausgeführt. Wie wäre es zum Beispiel, wenn wir es der Forschung und Entwicklung im Klimathema erleichtern, ihre Arbeit in unserem Kanton zu machen, statt Gelder in einen Topf zu werfen? Wie wäre es, wenn wir deutliche Steuerreduktionen für solche Unternehmen ermöglichen würden, ich meine deutliche Steuerreduktionen? Wie wäre es, wenn wir zur Welthauptstadt der Klimaforschung würden? Ich habe diesen Ausdruck schon in früheren Voten gebraucht, denn mit einer einzigen Entwicklung können wir weltweit mehr bewirken als auf etwa 40 km2 etwas Klimatistik zu betreiben. Deshalb bitte ich Sie namens der Fraktion der SVP, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Ich danke Ihnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen. Jo Vergeat hat das Wort.

Jo Vergeat (GAB): Sie reden von einem Machtgefüge beim Klimaschutz. Sind wir uns einig, dass 5,6 Milliarden beim Autobahnausbau auch ein Machtgefüge bei der Autolobby beweisen?

Beat K. Schaller (SVP): Nein, diese Gelder werden direkt für einen ganz bestimmten Zweck verwendet, für unsere Volkswirtschaft.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie merken vielleicht schon daran, dass ich gegen die Motion rede, dass die Regierung kein inhaltliches Problem hat, sondern dass es um finanzrechtliche Themen geht. Uns geht es nicht darum zu sagen, wir

möchten kein Geld für den Klimaschutz bereitstellen. Wie haben den Auftrag schon, die Bevölkerung und Sie haben ihn uns aufgegeben mit Netto Null 2037. Sie brauchen keinen Fonds, um die Zusage der notwendigen Mittel zu bekommen, und Sie brauchen schon gar keine Vergabekommission.Ich muss sagen, das verstehe ich nicht, Wenn Sie wollen oder mir mitteilen, dass Sie nicht fähig und nicht in der Lage sind, darüber zu entscheiden, dann geben Sie es an eine Vergabekommission. Aber heute sind Sie die Vergabekommission. Sie entscheiden, wohin die Mittel gehen und wie viel. Wir haben den Auftrag, Ihnen die Vorlagen zu bringen, vor allem von Seiten BVD, Regierungrätin Esther Keller. Sie entscheiden dann darüber, ob das korrekt und richtig eingesetzt ist.

Wir haben bisher schon über 500 Millionen Franken eingesetzt. Wir setzen die notwendigen Mittel ein und Sie entscheiden dann, ob es genügend Mittel sind oder ob es mehr braucht. Mit einer Vergabekommission geben Sie Ihre Kompetenz ab. Ich verstehe nicht ganz, warum Sie das wollen und warum Sie wollen, dass wir jetzt noch einen Fonds einrichten, zwei Jahre lang daran arbeiten. Ich verstehe den Sinn nicht ganz. Sie sagen immer, Sie haben Angst, dass die Mittel woanders hingehen. Aber Sie haben jetzt doch in der Hand. Machen Sie es und wir bringen die Vorlage. Und Sie machen ja auch immer Druck. Da kommt noch einmal eine Motion, noch einmal ein Vorstoss, das muss schneller gehen, Stadtklimakonzept. So ist unser System und ich finde es korrekt so.

Also Sie haben es daher in der Hand. Was nicht geht, ist die Ausschüttung. Wenn Sie den Gedanken haben, Sie könnten den Überschuss in den Fonds schieben, das geht finanzrechtlich nicht. Das muss vorher eingeplant werden, dann liegt es im Fonds, dann haben wir eine Kommission, die darüber urteilt, wohin das Geld geht.

Ich bin etwas überrascht, dass Sie das abgeben wollen und ich wäre dankbar, wenn die GLP, die mich beschäftigen möchte über den Sommer mit der Stellungnahme, sich das vielleicht noch einmal überlegt. Vielleicht genügen ihr auch meine Ausführungen hier und sie entscheidet, dass ich das nicht noch zu Papier bringen muss.

Ich darf aber auch sagen, ich bin mit meinem Vorredner Beat K. Schaller nicht einverstanden. Die Regierung ist klar der Meinung, dass es notwendig ist, dass wir einen Auftrag haben und dass wir die Mittel, die wir brauchen, auch zur Verfügung stellen. Aber reden Sie doch über das, was Sie wollen, über die Inhalte und machen Sie jetzt nicht so einen Nebenschauplatz auf, quasi einen Parallelhaushalt mit einem Fonds. Reden Sie über das, was Sie wollen, über die Inhalte.

Daher bitte ich Sie, die Motion auch zur ersten Stellungnahme nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Johannes Sieber an? Sie wird angenommen.

Johannes Sieber (GLP): Ich wollte nur die Frage stellen, ob Sie der Vollständigkeit halber nicht auch noch an Ihre eigene Partei appellieren möchten.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das habe ich versucht an der Fraktionssitzung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Olivier-Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Wie heisst es immer so schön, vom Saulus und Paulus. Haben wir bei 3,6 Milliarden, die in unterschiedlichsten Direktionen verteilt werden, bei denen eine Konsolidierung fehlt, weil es sehr komplexe Vorhaben sind – hier ein bisschen Klima, da ein bisschen Klima – irgendwo die Übersicht? Wir dürfen nicht Gelder per se einfach in einen Fonds legen, sondern wir müssten ganz klar die politischen Instrumente nehmen. Für mich wäre aber die Frage, durch die Komplexität und die Vielfältigkeit des Themas Klimaschutz, dass wir irgendwo eine Übersicht haben, dass wir periodisch auch wissen, wie viel Geld wir jetzt von diesen 3,6 Miliarden überhaupt verwendet haben. Diese Transparenz müssten wir irgendwie sicherstellen.

Es gibt verschiedene Alternativen, die wir auch noch anschauen können, marktwirtschaftliche Instrumente. Wir haben die Steuererleichterung, das ist auch ein Thema. Wie wägebn wir das ab? Das wägen wir hier in diesem Haus ab. Wir debattieren darüber und wir stimmen darüber ab.

Mein Anliegen war, eine Transparenz zu schaffen über die gesamten Ausgaben in Sachen Klima. Wir haben heute gerade gehört, 500 Millionen sind schon mal irgendwo verwendet worden. Da ist einfach die Frage, wo der Schwellwert ist, wo können wir als Parlament noch eingreifen und wo nicht.

Der Reiz für mich war, eine Übrersicht zu erhalten. Der Fonds ist dazu nicht die geeignete Methode. Daher auch ein Wunsch an Regierungsrätin Tanja Soland, dass wir die Kosten transparent halten über die verschiedenen Direktionen und auch eine

Auskunft geben können, wo wir jetzt stehen in der ganzen Klimageschichte, auch mit den Kosten, stehen. Im Namen der LDP bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum gemeldet hat sich David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin doch froh, dass Olivier Battaglia auf den richtigen Weg zurückgefunden hat und somit seine Unterschrift mindestens fiktiv zurückgezogen hat. Nur ganz kurz. Diese Idee wird als innovativ bezeichnet und daher müsse die SP entgegen der Ansicht ihrer Finanzdirektorin einer Erstüberweisung zustimmen. Was bei der Errichtung einer demokratiefeindlichen Expertendiktatur innovativ sein soll, verstehe ich nicht. So innovativ bin ich nicht und in diesem Sinne bitte ich Sie wirklich, dieses Konzept, das wirklich auch eine Ausschaltung unserer demokratischen Abläufe und rechtsstaatlichen Abläufe ist, hier endgültig zu erledigen. Es gibt wirklich sinnvollere Arten und Weisen, das Geld gut für unser Klima einzusetzen. Ich bitte doch die SP, und ich weiss, diese Bitte ist vergeblich, auf die Stimme der Vernunft, verkörpert durch ihre Finanzdirektorin, zu hören. Sie schaden damit nicht dem Klima, aber wir helfen unserer Demokratie.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich möchte darauf hinweisen, dass Klimaschutz eine komplexe Aufgabe ist, eine Querschnittsaufgabe. Wir werden insgesamt zwei Klimastrategien haben. Wir werden zwei Klimaaktionspläne haben, mit zahlreichen Massnahmen. Ich habe vorhin gehört, man soll doch besser über Inhalte sprechen. Die Inhalte sind so komplex, weil wir mehrere Sektoren haben und die Aufgabe, diese Inhalte zu bearbeiten und diese Massnahmen aufzugleisen, liegt in erster Linie nun nach der Volksabstimmung beim Regierungsrat. Dieser muss diese Aktionspläne ausarbeiten und auch die entsprechenden Finanzierungen vorschlagen, Finanzierungen für ein sehr komplexes Querschnittsthema. Daher ist es durchaus sinnvoll, wenn wir Vorschläge bringen für Finanzierungsmechanismen, für Übersichten, für eine sinnvolle Finanzierung, für eine sichergestellte Finanzierung. Und deshalb bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen oder wenn Sie sich unsicher sind, sich zu enthalten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Regierungsrätin Tanja Soland an? Sie wird angenommen.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Haben Sie den Eindruck, ich hätte das Budget nicht im Griff?

Raffaela Hanauer (GAB): Das habe ich so nicht gesagt. Ich denke aber, ein Instrument zu haben für diese komplexen Ansätze, so dass sie auch für alle verständlich sind, finde ich dennoch sinnvoll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort an die Motionärin Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Die Klimakrise ist eine Belastung für die Bevölkerung, aber auch finanziell, das wissen wir dank der Beantwortung des Anzugs der Spezialkommission. Die Klimakrise kostet, je nach Rechnungsart, zwischen 90 Millionen und 700 Millionen Franken, wenn wir nichts tun. Das wissen wir. Wir wissen auch, was es uns kosten wird, das Netto Null-Ziel zu erreichen, ca. 4 Milliarden, davon geht die Infrastudie aus.

Wir sehen, es wird Geld brauchen, egal ob wir etwas machen oder nichts machen. Hier plädiere ich klar dafür, etwas zu machen. Was wir aber noch nicht wissen, ist, wie wir die Mittel genau verwenden und wofür. Hier werden die Papiere im Moment erarbeitet, und hier würde ein New Green Deal Planungssicherheit schaffen können. Wir fordern, ein Konzept zu erstellen, also noch nicht den Fonds selbst zu äufnen. Wir möchten diese Planungssicherheit analysieren können. Es geht uns darum, auch die Möglichkeit von Mitteln bereitzustellen, um diese Klimakrisefolgekosten zu finanzieren. Darum bitten wir Sie, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

47 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003645, 12.06.24 11:04:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Motion ist überwiesen mit 47 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen.

19. Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend niederschwelliger Zugang zu allen staatlich mitfinanzierten Museen dank einheitlicher Anerkennung der Museumspässe

[12.06.24 11:04:38, 24.5098.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie im Namen der SVP und der FDP, den Anzug nicht an die Regierung zu überweisen. Was auf den ersten Blick logisch aussieht, ist auf den zweiten und dritten aber unlogisch. Aber grundsätzlich ist es politisch völlig verfehlt, eine Institution zu zwingen, eine Kooperation mit einer privaten Stiftung eingehen zu müssen. Ich bedaure sehr, dass sich Raphael Fuhrer nicht die Mühe gemacht hat, die Gründe, weshalb einzelne Museen den Schweizerischen Museumspass nicht akzeptieren, zu eruieren und uns aufzuzeigen. So wäre er vielleicht selber zum Schluss gekommen, dass die Akzeptanz des Passes finanziell für gewisse Museen keinen Sinn macht und schon gar nicht mit seinen zwei Forderungen vereinbar ist, dass nämlich die staatliche Mitfinanzierung an die Anerkennung des Passes geknüpft wird oder aber die Museen auf anderem Weg gezwungen werden müssen, den Pass zu akzeptieren.

Es darf nicht sein, dass wir Museen zwingen, in eine private Stiftung zu investieren. Und weshalb sollte das Akzeptieren des Passes mit den Subventionen aus Basel in einem Zusammenhang stehen? Der Schweizerische Museumspass ist für Besuchende aus der ganzen Schweiz gültig, also für sehr viele, die rein gar nichts mit unseren Staatsbeiträgen in Basel zu tun haben. Zudem müssen Sie wissen, dass der Schweizerische Museumspass aus einer privaten Stiftung kommt, deren Hauptpartner die Raiffeisenbank ist. Diese Bank stellt ihren Genossenschaftsmitgliedern den Pass gratis zur Verfügung. Die Bank braucht also das Gefäss Schweizerischer Museumspass als Anreiz für ihre zwei Millionen Genossenschaftsmitglieder. Im Jahr 2022 haben rund 840’000 Raiffeisen-Kunden den Pass benutzt, aber nur 87’000 Besitzer direkt aus der Stiftung. Der Erfolg dieses Passes liegt also in der Korporation mit der Raiffeisenbank und ist somit zusammengekoppelt.

Und Sie wollen nun ernsthaft unsere Museenzwingen, einen solchen Pass zu akzeptieren, der notabene mit einer circa 80-prozentigen Rückerstattung Ertragsausfälle für Museen generiert. So kann dann der Schluss gezogen werden, dass, wenn ein Basler Museum dadurch Ertragsausfälle erleidet, diese wieder mit Subventionen aus Basler Steuergeldern gedeckt werden müssen. Wir befinden uns dann in einem Teufelskreis.

Ich unterstelle Ihnen, Raphael Fuhrer, dass Sie vor allem die Fondation Beyeler im Visier haben. Daher gehe ich etwas detaillierter auf diese ein. Im Falle der Fondation Beyeler, das wissen Sie selbst, kommen bei grossen Ausstellungen wie Matisse oder Picasso sehr viele Besuchende aus der gesamten Schweiz. Das ist nicht abhängig davon, ob sie den Schweizerischen Museumspass haben oder nicht. Hätten diese aber zum Teil einen Schweizerischen Museumspass,

erleidet die Fondation finanzielle Einbussen von 300’000 Franken pro Jahr, da sie von der Organisation eben nur diese 80-prozentige Rückerstattung erhält. Wöchentlich bietet die Fondation viele Ermässigungen und Vergünstigungen an. Alle Jugendlichen bis 25 Jahren können gratis immer in die Fondation gehen, und sie ist selber schon bei 30 weiteren Kooperationen, neben dem Oberrhein ist ein Museumspass, aktiv, übrigens auch das Schweizer Architekturmuseum und die Kunsthalle, die auch 24 andere Kooperationen haben. Es ist also nicht so, dass sie nichts tun.

Sie sehen, bei so viel Engagement ist es völlig verfehlt, Museen dazu zu zwingen, ein weiteres schweizweites System, und ich betone es nochmals zu Gunsten einer privaten Stiftung, zu akzeptieren, ein System, das ein Museum finanziell stark belastet. Im Gegenteil, es sollte uns eigentlich viel mehr interessieren und aufhorchen lassen, wie hoch die Ertragsausfälle zum Beispiel unserer fünf staatlichen Museen sind, weil sie den Schweizerischen Museumspass akzeptieren und wir mit Basler Steuergeldern diese Ertragsausfälle durch Staatsbeiträge wieder ausgleichen müssen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys annehmen? Sie wird nicht angenommen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dem ist nicht so. Damit geht das Wort an den Anzugsteller Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Ich habe diesen Anzug eingereicht, weil ich selber reingelaufen bin. Ich wollte mit meinem Schweizer Museumspass unter anderem in die Fondation Beyeler, aber ich war auch schon beim Architekturmuseum vor der Türe und habe dann wieder realisiert, dass ich mit dem Museumspass keinen Gratiseintritt habe. Und das fand ich sehr unlogisch, denn meine Kollegin hatte den Oberrheinischen Museumspass, und für sie war das kein Problem. Und für mich ist das nicht logisch, wenn man sagt, den einen akzeptiert man und den anderen nicht. Ich möchte damit nicht unterstellen, dass diese Museen sich nicht grundsätzlich engagieren und dafür sorgen, dass verschiedene Bevölkerungsschichten Zugang haben zum Museum, aber in diesem Fall geht für mich das Konzept nicht auf.

Ich habe diesen Anzug eingereicht zum Prüfen und Berichten. Von einem Zwang, wie das jetzt von Seiten der SVP und der FDP vorgebracht wurde, spreche ich nicht in diesem Anzug. Ich sage, es soll geprüft werden, ob das an die Subventionierung gebunden werden kann, weil ich finde, ein Museum, das über zwei Millionen Franken pro Jahr aus der Staatskasse bekommt, darf sich auch mit dieser Frage auseinandersetzen.

Wir kennen in vielen Bereichen solcher Abomodelle und wir wissen, was der Effekt ist. Natürlich kann es mit einem Abomodell pro Eintritt, pro Telefongespräch oder pro Zugsfahrt gewisse finanzielle Einbussen geben gegenüber jemandem, der den Preis voll bezahlt. Aber der Effekt ist doch, dass man durch das Abomodell auch viel häufiger diese Dienstleistung, dieses Angebot in Anspruch nimmt. Wenn ich das GA habe, fahre ich mehr Zug, als wenn ich jede Fahrt einzeln zahlen muss. Wenn ich ein Telefonabo habe, telefoniere ich mehr als wenn ich für jedes Telefonat sekundengenau abgerechnet werde. Und was ich von Museen gehört habe, ist, dass diese Leute, die einen Museumspass haben, vielleicht auch mal über Mittag ganz gezielt gewisse Aspekte einer Ausstellung anschauen gehen. Sie gehen eben nicht einen ganzen Tag lang ins Museum und drücken sich alles rein und haben am Schluss eigentlich gar nicht so viel davon. Das Museum profitiert dann eben auf diese Art, dass diese Leute pro Eintritt dem Museumspass zeigen und dann 80 Prozent oder wie viele Prozent es sind abgerechnet werden, und das ist eben häufiger der Fall, als wenn ich den Einzeleintritt bezahle. Ich bin mir also nicht sicher, ob das am Schluss ein Verlustgeschäft ist.

Und wenn ich sehe, dass viele Museen wie zum Beispiel das Kunstmuseum Basel, das im letzten Jahr mehr Eintritte hatte als die Fondation das schaffen und in ihre Preispolitik integrieren können, dann frage ich mich, warum das bei vielen Museen in Basel aufgeht, bei anderen aber nicht. Ich hätte gerne geprüft, ob man hier einen Schritt vorwärtsmachen kann, ob man das verknüpfen kann. Darum habe ich den Anzug eingereicht und ich würde mich freuen, wenn er überwiesen würde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raphael Fuhrer nimmt beide Zwischenfragen an. Damit darf zuerst Lisa Mathys fragen.

Lisa Mathys (SP): Leider konnte ich die Zwischenfrage nicht Jenny Schweizer stellen, aber vielleicht können Sie mir helfen, die SVP zu verstehen. Die SVP ist ja die Partei, die immer gegen die so genannten Eliten schimpft. Hier ist es ein Anliegen für einen niederschwelligen Zugang zu wertvoller Kultur in unserem Kanton. Wieso wehrt sich die SVP dagegen?

Raphael Fuhrer (GAB): Eine sehr gute Frage. Meiner Meinung nach ist Kultur eine Bereicherung für allen Menschen und kann das Leben aller Menschen unabhängig von Einkommen und Hintergrund bereichern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die zweite Zwischenfrage ist von Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Können Sie sich wenigstens vorstellen, dass die kleineren Museen den Schweizerischen Museumspass, akzeptieren, damit sie mehr Besucherzahlen generieren können und diese sich wieder positiv auswirken, wenn Sie diese in der BKK vorstellen?

Raphael Fuhrer (GAB): Ja, das habe ich ja berichtet. Ich kann mir das für jedes Museum vorstellen, unabhängig der Grösse. Wenn ein Museum ein gutes Angebot macht, dann kommen die Leute und sie kommen auch gerne mehr als einmal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Jenny Schweizer.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 19 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003647, 12.06.24 11:15:04]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 71 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

20. Anzug 2 Jo Vergeat und Konsorten betreffend einer neuen «Usestuelete 2.0» in Basel-Stadt

[12.06.24 11:15:18, 24.5099.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

21. Anzug 3 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Schutz von vulnerablen Menschen bei Hitze

[12.06.24 11:15:38, 24.5105.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das wird bestritten von Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Hitze belastet vulnerable Menschen, das ist ein Problem. Nun sitzen wir ja hier, um Probleme zu lösen. Um ein Problem zu lösen, muss die Ursache eruiert werden und dann die Ursache angegangen werden, soweit meine Meinung. Für die zunehmende Hitze ist die Ursache gemeinhin die Erwärmung des Klimas. Wir müssen also diese Ursache beseitigen. Das heisst aber auch, dass Massnahmen zur Linderung der Hitze immer auch die Erhitzung des Klimas dämpfen sollten. Die Auswirkungen der Klimakrise abzudämpfen ist eines der Ziele des neuen Energiegesetzes. Hier nun für eine vielleicht kurzfristige Linderung möglicherweise die mittel- und langfristigen Ziele zu torpedieren, erachtet unsere Fraktion als nicht zielführend. Zudem wird im Anzug als eigentliches Problem die Baubewilligungspraxis beziehungsweise der Denkmalschutz genannt. Setzen wir doch dort an. Bauen wir unsere Stadt so, dass sie auch in Zukunft für alle Menschen lebenswert bleibt.

Das GAB anerkennt, dass die Hitze für vulnerable Personen belastend istm keine Frage, und fordert deshalb einen griffigen Hitzemassnahmenplan der Regierung. Diese hat es bisher verpasst, adäquate Massnahmen zu ergreifen. Gemäss der Kreuztabelle stehe ich hier ein bisschen alleine. Falls Sie den Anzug zur Prüfung an die Regierung überweisen sollte, dann gilt es, eine Lösung vorzulegen, welche die Ziele des Energiegesetzes nicht schwächt und trotzdem vulnerablen Menschen Entlastung von der Hitze schafft.

Da unsere Fraktion insgesamt eine Schwächung des Energiegesetz befürchtet, bitten wir Sie darum, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Lange galten Klimaanlagen als unnötiger Luxus und wegen des hohen Stromverbrauchs und dem lange noch hohen Fossilanteil im europäischen Strommix als wahre Klimakiller. Deshalb war die energiepolitische Regulierung solcher Anlagen absolut richtig und wichtiger Bestandteil einer verantwortlichen Klima- und Energiepolitik. In den vergangenen Jahren haben sich nun aber zwei wichtige Parameter in dieser Logik erheblich verändert.

Erstens, die eskalierende Klimakrise führt dazu, dass Hitzeperioden im Sommer häufiger, heisser und länger werden. Davon ist der Kanton Basel-Stadt besonders betroffen. Insbesondere in den stark versiegelten Quartieren staut und akkumuliert sich im Sommer die Hitze. Durch die ebenfalls immer häufigeren Tropennächte ist es während immer längeren Phasen nicht mehr möglich, über Nacht Gebäude allein durch Lüften auskühlen. Darunter leiden vulnerable Personen besonders.

Zweitens, durch den mittlerweile rasanten Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Photovoltaik, herrscht in Europa, insbesondere im Sommer zunehmend ein Überschuss an sauberem Strom, also just zu der Zeit, in der Bedarf für aktive Gebäudekühlung besteht. Bereits heute muss deshalb immer häufiger Stromproduktion abgeriegelt oder gar Strom vernichtet werden. Sie fragen sich jetzt vielleicht, wie jetzt? Gestern eine Energiekrise und heute Stromüberfluss? Um dieses Paradoxon aufzulösen, erlaube ich mir einen kleinen Ausflug mit Ihnen in die europäische Energiewirtschaft.

Lange ging der Photovoltaikausbau nur sehr schleppend voran in Europa, bis sich im Jahr 2019 der Knoten löste. Seit dann geht das rasant aufwärts. Allein in den letzten fünf Jahren wurden in Europa über 180 Gigawatt Photovoltaik zugebaut. Dies entspricht im Jahr so viel Strom wie 24 AKWs in der Grösse des AKW Gösgen. Bekanntermassen produziert die Photovoltaik im Sommer jedoch mehr Strom als im Jahresdurchschnitt. In den Sommermonaten Mai bis August ist das rund Faktor 1,5.

Dies bedeutet, dass allein in den letzten fünf Jahren zugebaute Photovoltaik in den Sommermonaten so viel Strom produzieren wie 36 Atomkraftwerke. Und der Zubau geht munter weiter. Für das laufende Jahr 2024 wird mit einem Zubau von über 60 Gigawatt Peak gerechnet. Dies entspricht einem Zubau von acht beziehungsweise in den Sommermonaten zwölf AKWs zusätzlich, jedes Jahr.

Vielleicht stellen Sie sich jetzt die Frage: JA wenn es doch so toll läuft mit dem Ausbau den erneuerbaren Energien, weshalb hatten wir dann Energiekrise? Nun, hier ist uns die Atomkraft in die Parade gefahren. Der massive Ausfall von Atomkraftwerken ab dem Jahr 2021, vor allem in Frankreich, führten zu massiver Minderproduktion. Auf dem Höhepunkt der Energiekrise 2022 haben die französischen Kernkraftwerke 136 Terrawatt Stunden zu wenig produziert. Dies entspricht sieben Prozent der kompletten europäischen Stromproduktion und ist für einen Markt, in dem Angebot und Nachfrage zu jedem Zeitpunkt 100 Prozent deckungsgleich sein müssen, eine ungeheure Menge. Zu viel, als dass die erneuerbaren dies so kurzfristig durch Zubau hätten vollständig kompensieren können.

Nun haben aber in den vergangenen Monaten die Franzosen ihre alten Öfen vorzu wieder ans Netz geprügelt und der Ausbau der erneuerbaren Energien konnte aufholen. Das Jahr 2024 wird nun das erste Jahr sein, in dem der Zubau der vergangenen fünf Jahre voll spürbar wird. Immer häufiger und immer länger werden wir Überfluss an sauberem Strom

haben. So ist dieses Jahr auch das erste Mal überhaupt zu beobachten, dass der Strompreis an der Strombörse sogar an Werktagen auf Null oder sogar darunter sinkt.

Das sind die Störstrombörsenpreise vom 14. Mai, einem Dienstag. Dank dem hohen Stromertrag in ganz Europa ist der Strompreis sechs Stunden lang unter Null. Im Sommer Strom zu verbrauchen wird also zur bezahlten Dienstleistung. Unter diesen Umständen darf also hinterfragt werden, ob der energiepolitische Teil der Regulierung von Klimaanlagen noch effektiv verhältnismässig und zeitgemäss ist.

Aus diesen Gründen und weil der SP-Fraktion vulnerable Personen am Herzen liegen, wird meine Fraktion diesen Anzug heute dem Regierungsrat überweisen. Und weil unser Slogan für alle statt für wenige lautet, habe ich letzte Woche einen Vorstoss eingereicht, in dem ich den Regierungsrat bitte, die Regulierung nicht nur ausschliesslich für die Zielgruppe der vulnerablen Personen zu überprüfen, sondern gleich generell für alle.

Jo Vergeat (GAB): Eine ganz ernst gemeinte Frage: Ich wurde nach meiner Unterschrift unter diesen Vorstoss ganz stark angegangen wegen der Lärmproblematik von Klimaanlagen im Aussenbereich. Gibt es da auch einen positiven Trend hin zu ruhigeren Klimaanlagen?

Daniel Sägesser (SP): Ja, dieser Trend ist im Wettbewerb um Klimageräte festzustellen. Hersteller, die besonders leise Klimaanlagen haben, die heben diesen Parameter werbend hervor.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zum Anzugsteller Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich danke für den Exkurs, schön, einmal auf derselben Seite zu stehen. Es ist wichtig, dass wir hier jetzt handeln und nicht warten, bis die Baumkronen sich entwickelt haben. Wir müssen wirklich Massnahmen ergreifen, dieser Wunsch kommt auch aus im Gesundheitsbereich von Ärzten. Ich habe auch mit Altersheimen darüber gesprochen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir hier rasch Massnahmen für die vulnerabeln Menschen ergreifen und daher danke ich für die Unterstützung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen ab. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Anina Ineichen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 12 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003650, 12.06.24 11:25:22]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 73 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei vier Enthaltungen.

22. Anzug 4 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Orientierungstag obligatorisch für alle

[12.06.24 11:25:38, 24.5106.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Im Namen der GAB-Fraktion möchte ich diesen Anzug bestreiten. Ja, wir leben nicht in friedlichen Zeiten, das macht Sorge, das macht betroffen und das macht auch Angst. Noch nie wurde weltweit so viel Geld für militärische Aufrüstung ausgegeben wie in diesem Jahr. Das ist eine bedenkliche Entwicklung. Der vorliegende Anzug möchte nun den Orientierungstag auch für Frauen für obligatorisch erklären. Damit sollen mehr Frauen motiviert werden, ebenfalls eine RS abzulegen, denn, so steht das im Anzug, Geburten starke Jahrgänge gehen zurück und unsere Milizarmee schrumpft. Nun sollen also die Frauen die Personallücke stopfen.

Wir sind überzeugt, dass wir in der Schweiz unseren Beitrag zur internationalen Friedensförderung nicht mit einem Armeeausbau leisten, sondern mit unseren guten Diensten, mit unserer humanitären Tradition und indem wir verantwortungsvoll wirtschaften, Langfristigen und wirklichen Frieden erreichen wir nicht mit einem globalen Wettrüsten, schon gar nicht in der Schweiz.

Ein Argument dieses Anzugs kann ich so unterstützen. Es kann nicht sein, dass motivierte junge Frauen, die einen Armee- oder Zivilschutzeinsatz leisten möchten, Ferien eingeben müssen, um sich überhaupt einmal am Orientierungstag zu informieren. Ein solcher Anzug wäre für uns durchaus diskutabel gewesen, dafür gerade ein Obligatorium für alle Geschlechter auszusprechen, schiesst aber weit über dieses Ziel hinaus. Für ein solches Obligatorium fehlt uns aktuell die Grundlage. Wir kennen in der Schweiz keine Verpflichtung für Militärdienst für Frauen.

Ich bin durchaus offen, eine Neugestaltung des Militärdienstes zu diskutieren, bei der alle Geschlechter mitgedacht werden, aber mit einem Obligatorium für den Orientierungstag auf kantonaler Ebene zu beginnen, ist falsch herum gedacht. Ich bitte Sie daher, den vorliegenden Anzug abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Die jährlichen Orientierungstage sind für Männer obligatorisch, für Frauen nicht. Mit diesem Anzug soll, wie erwähnt, das Obligatorium ausgeweitet werden. Dies wäre aber höchstens dann sinnvoll, wenn auch eine Dienstpflicht für alle bestünde. Dies ist jedoch nicht der Fall und entspräche auch nicht unsere Vorstellung von Gleichstellung.

Die Sinnhaftigkeit einer Aufstockung des Armeepersonals lasse ich beiseite, es wurde auch schon vorher erwähnt, jedoch lassen sich heute weniger als drei Prozent der Frauen in den jeweiligen Jahrgängen rekrutieren. Es kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass aufgrund einer obligatorischen Teilnahme am Orientierungstag automatisch deutlich mehr Frauen sich für das Leisten von Militär- oder Zivildienst entscheiden würden. Der Besuch wäre eher für einen Grossteil der anwesenden Frauen eine reine Alibiübung und für die Arbeitgeberinnen ein Verlust an Arbeitsstunden. Das ist aus unserer Sicht nicht zielführend.

Dass Frauen wie Männer an den Orientierungstag gehen sollen können, ohne dass sie einen Ferientag verwenden müssen, ist eine legitime Forderung. Dies ist jedoch obsolet, denn es ist bereits so, dass sie keinen Ferientag verwenden müssen. Die Arbeitgeber sind laut Webseite des Kreiskommandos Basel-Stadt rechtlich dazu verpflichtet, den Lohn für den Orientierungstag zu entrichten und zwar für Mitarbeiter wie auch Mitarbeiterinnen.

Entsprechend sehen wir wirklich keinen einzigen Vorteil in einer obligatorischen Teilnahme an den Orientierungstagen für Frauen, sondern nur einen unnötigen Aufwand und potenziellen Frust bei den Teilnehmerinnen. Ich bitte Sie deshalb, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Anders als meine Fraktion werde ich diesen Anzug heute ebenfalls nicht überweisen, weshalb ich dies kurz begründen möchte. Ich habe mich gefragt, was dieser Anzug eigentlich bezwecken möchte. Geht es um die

Gleichstellung, geht es einfach um einen bezahlten Orientierungstag für Frauen, geht es um Werbemassnahmen für Viola Amherd?

Für alle diese politischen Argumente scheint mir dieser Anzug das falsche Argument. Aber dazu etwas später. Das Hauptargument gegen diesen Anzug ist aus meiner Sicht das folgende: Es gibt ein paar wenige Rechtsgebiete, die ganz klar der abschliessenden Bundeskompetenz zuzuordnen sind und dazu gehört nun einmal ebenso klar die Militärgesetzgebung. Anders als etwa im Bereich der eigentlichen Gleichstellungsgesetzgebung haben Kantone im Hinblick auf den Orientierungstag keine eigene gesetzgeberische Kompetenz, sondern sie sind reine Vollzugsorgane. Eine kantonale Regelung des Orientierungstages ausserhalb der reinen Umsetzungskompetenz widerspricht also meines Erachtens derogatorischen Kraft des Bundesrechts und der Anzug ist schon allein aus diesem juristischen Grund abzulehnen.

Ich lehne den Anzug jedoch auch aus folgenden politischen Gründen ab: Ja, Artikel 59 der BV sagt, jeder Schweizer ist verpflichtet, Militärdienst zu leisten. Für die Schweizerinnen ist der Militärdienst freiwillig und dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist natürlich ganz eindeutig eine leider verfassungsmässig legitimierte Geschlechterdiskriminierung, die eigentlich seit ebenso langer Zeit abgeschafft gehört, wie die Mutterschaftsversicherung sich gedulden musste, um endlich gesetzlich verankert zu werden. Natürlich muss der Militärdienst für alle erwachsenen Schweizer Personen, unabhängig der Geschlechtsidentität obligatorisch oder aber freiwillig sein. Diese eindeutige formale Geschlechterdiskriminierung müsste aber auf Verfassungsebene angepackt werden, wofür auf Bundesebene der Mut angesichts des sicher nicht unerheblichen Risikos eines Scheiterns an der Urne aktuell fehlt.

Da die Stellungspflichtigen also nach aktueller Regelung nur Schweizer Männer sind und Frauen freiwillig Militärdienst leisten, ist es für mich eigentlich nur logisch, dass auch der Orientierungstag weiterhin freiwillig bleibt für Frauen. Ich finde es systemwidrig und auch absolut nicht liberal, eine Infoveranstaltung obligatorisch zu erklären für einen Dienst, der im Anschluss daran gar nicht obligatorisch geleistet werden muss. Und Frauen werden ja bereits heute zum freiwilligen Orientierungstag eingeladen und dürfen dies bis zum 24. Altersjahr sogar mehrfach. Ebenso wird ihnen dieser Freiwibe freiwillige Besuch, wir haben es gehört, bereits heute als bezahlten Arbeitstag angerechnet.

Ich gehe also davon aus, dass diejenigen Frauen, die sich gerne freiwillig über den Militärdienst orientieren, dies angesichts des bezahlten Arbeitstages bereits heute tun, und die übrigen, man mag es bedauern oder nicht, interessieren sich schlicht nicht dafür, wie es vermutlich auch vielen jungen Männern geht, die den Dienst obligatorisch absolvieren müssen. Viele Frauen und Männer engagieren sich zudem schon längst schlicht ausserhalb des Militärsregimes auf freiwilliger Basis und leisten somit einen erheblichen Anteil an zudem unbezahlten Dienst für unsere Gesellschaft.

Die Frauen würden meines Erachtens also auch über einen obligatorischen Orientierungstag nicht abgeholt. Im Gegenteil, gerade letzte Woche hat mir eine 21-jährige Wehrpflichtige erklärt, falls sich eine Frau tatsächlich für den Militärdienst interessiere, sei sie schon längst früher und ausserhalb des Orientierungstages damit in Berührung gekommen. Zudem erhalte man, wenn schon, einen viel konkreteren Eindruck erst anlässlich der Rekrutierung, auch dort könne man immer noch absagen. Frauen, die sich nicht für den Militärdienst interessieren, würden aber bereits das Orientierungstagsaufgebot umgehend dem runden Ordner übergeben.

Die Konsequenzen eines obligatorischen Orientierungstages für Frauen wären meines Erachtens also die folgenden: Frust bei den Frauen wegen des sinnlosen Absitzen eines unnützen Arbeitstages und Frust bei den Arbeitgebenden, die ein Gros der rund 800 jährlich für die Frauen neu obligatorisch eingerichteten Orientierunbgstage vergebens bezahlen müssen.

Lieber ehrlicherweise dieses diskriminierungsrechtliche Problem auf Bundesebene wirklich regeln und dann hat vielleicht auch via Viola Amherd mit einem Öffentlichkeitsdienst für alle, wenn man den einführen würde, eine reelle Chance, durchzukommen. Und wer immer noch möchte, dass man das obligatorisch erklärt auf Bundesebene, wo es korrekt hingehört, gibt es zwei SVP-Vorstösse, der eine abgelehnt, der andere ist jetzt noch pendent, und dort gehört das hin. Ich überweise den Anzug aus diesem politischen Grund nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Anzugsstellerin Andreas Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Die Armee dient zunächst der Landesverteidigung. Das wissen wir. Wir haben aber während der Pandemie gesehen, dass die Schweizer Armee und der Zivilschutz noch vielmehr leisten können und müssen. Im Falle von Katastrophen, Bergrutschen, Erdbeben, Überschwemmungen und vielem anderen stehen Armee und Zivilschutz im Einsatz. Sie sichern Strassen, holen Leute aus gefährdeten Gebieten und überwachen drohende Katastrophen. Dazu brauchen Armee und Zivilschutz Leute, die sich selbst ausbilden und trainieren. So ist es möglich, sie zum Piloten, zur Pilotin auszubilden, zur Motorfahrerin, zum Sanitäter, zur Lastwagenfahrerin, zur Drohnenpilotin. Auch die Schiffsführerprüfung kann gemacht werden. Das Militär bietet zudem Kaderkurse an und unterstützt Weiterbildungen. All dies gratis und franko.

Über all diese Möglichkeiten informiert die Armee an einem Orientierungstag, der nur für Männer obligatorisch ist, da auch nur für sie der Militärdienst obligatorisch ist. Somit erfahren alle Männer von der Möglichkeit, die Militär unter oder Zivilschutz

bieten, Frauen erfahren davon normalerweise nichts, denn für sie ist der Orientierungstag nicht obligatorisch. Zwar werden für Frauen je nach Kanton freiwillige Orientierungstage angeboten oder aber sie dürfen an denjenigen für die Männer teilnehmen. Es muss allerdings davon ausgegangen werden, dass Frauen, insbesondere in städtischen Gebieten, keine Ahnung davon haben, dass es dies gibt. Entsprechend profitieren geeignete und interessierte Frauen davon zu wenig und sie weisen gegenüber den Männern einen Informationsrückstand auf. Die Männer sind somit diesbezüglich bevorzugt, gerade auch was die Karriereplanung betrifft. Der Armee und dem Zivilschutz hingegen gehen so wertvolle Angehörige verloren beziehungsweise sie werden gar nicht erreicht. Wäre der Orientierungstag auch für Frauen obligatorisch, würde dieser Unterschied nicht bestehen.

Es geht nicht darum, Frauen nun auch dazu zu verpflichten, Militärdienst zu leisten. Es muss weiterhin möglich sein, dass diejenigen Männer, die keinen Militärdienst leisten, Zivildienst leisten können. Aber all denen, die geeignet und interessiert wären, muss die Gelegenheit gegeben werden, überhaupt zu erfahren, welche Möglichkeiten ihnen bei der modernen Armee offenstehen. Ein Obligatorium zum Besuch des Orientierungstags für alle jungen Schweizerinnen und Schweizer würde die Wissenslücke schliessen und allen die gleichen Optionen offenhalten.

Zudem müsste sich keine junge Frau rechtfertigen, wenn sie von ihrem Arbeitgeber für den Besuch des Orientierungstages freinehmen möchte. Es ist nicht ganz klar, ob dieser Bezug als Amtstermin vom Arbeitgeber bezahlt würde. Heute würde gesagt, ja, wäre dies aber der Fall, müsste offengelegt werden, wozu man einen Freitag benötigt. Sie alle können sich die dummen Sprüche lebhaft vorstellen, die eine Frau da zu hören kriegt.

Angesichts dessen, dass Geburten starke Jahrgänge in den nächsten Jahren ihre Dienstzeit beenden werden, werden der Schweizer Armee in absehbarer Zeit Angehörige fehlen. Der Unterbestand kann je nach den Herausforderungen, die auf die Schweiz noch zukommen werden und nicht absehbar sind, zu grossen Problemen führen. Es ist deshalb auch unter diesem Gesichtspunkt wichtig, die geeigneten und interessierten Menschen zu erreichen. Last but not least dürfte es auch Auswirkungen auf die Rekrutierungen von Frauen und Männern für die Kantonspolizei haben, wenn die Hemmschwelle zu Armee, Militär, Zivilschutz oder Polizeikorps gesenkt wird. Dies geschieht nur mit Information, und diese muss an den Mann und an die Frau und an alle anderen gebracht werden können.

Der Vorstoss ist als Anzug offen formuliert und damit kann abgeklärt werden, inwieweit eine kantonale Einführung eines Obligatoriums machbar ist. Wir gehen davon aus, dass dies gehen sollte. Entsprechende Vorstösse sind auch in anderen Kantonen pendent. Deshalb bitte ich Sie, auch im Namen der SVP und der LDP, den vorliegenden Anzug an die Regierung zu überweisen. Sie ist bereit, ihn entgegenzunehmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab. Der Anzug wird bestritten von Fina Girard.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 50 Nein, 6 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003652, 12.06.24 11:40:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 50 Stimmen für Nichtüberweisung, 35 Stimmen für Überweisung, bei 6 Enthaltungen. Der Anzug ist damit nicht überwiesen.

23. Anzug 5 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Wohnen ist kein Gewerbe - gewerbliches «Airbnb» und Business Apartments regulieren

[12.06.24 11:40:44, 24.5107.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Ich darf auch für die FDP-Fraktion sprechen.

Es stimmt, dass zu viel Airbnb in einigen Städten zu Zielkonflikten mit genügend Wohnraum führen kann, ob in Basel das Wort Wohnraumfresser in Zusammenhang mit Airbnb-Angeboten und auch im Zusammenhang mit der Forderung dieses Anzuges das richtige Wort ist, das bestreiten wir. Selbst wenn wir jetzt davon ausgehen, dass es mehrere 1000 Angebote gibt in Basel, ist es ja jetzt nicht so, dass jedes Angebot eine ganze Wohnung umfasst, sondern vielleicht nur einzelne Zimmer. Wenn man es herunterbricht auf die Forderung der Anzugsstellenden auf diejenigen, welche mehr als 90 Tage eine Wohnung auf eine solche Plattform stellen, dann ist dies doch ein sehr kleiner Bereich. Und aus unserem Grund stellt sich dann schon die Fragen, inwiefern wir jetzt sehr viele staatlichen Ressourcen verwenden sollen, um bei den Eigentümern genau nachzuschauen, ob die wirklich jede Wohnung nur 90 Tage und nicht 91 Tage untervermieten oder weitervermieten, wenn sie entweder Eigentümer sind oder Mieter, welche etwas untervermieten wollen.

Ausserdem ist es ja durchaus so, dass es ja auch rationale gute Gründe gibt, weshalb man eine Wohnung länger als 90 Tage vermieten könnte. Denken Sie beispielsweise daran, wenn Sie ein Auslandssemester machen, dies dauert teilweise mehrere Monate, oder wenn Sie als Arbeiter an verschiedenen Orten wohnen und arbeiten, dann pendeln Sie teilweise auch und geben dann vielleicht die Wohnung auch weiter. Und im übrigen sollten wir jetzt nicht jedes Sharing-Economy-Modell grundsätzlich verteufeln. Auch dieses Angebot hat eine gewisse Berechtigung, weil ja auch eine gewisse Nachfrage vorhanden ist für Touristen, aber auch für Menschen, welche jetzt vorübergehend hier in Basel arbeiten.

Ich kann mich noch daran erinnern, vor einer Woche haben wir ja alle diese Resolution unterstützt, dass der Eurovision Song Contest in Basel stattfinden sollte. Aber damit wir diesen Event durchführen können, braucht es ja auch gerade solche Angebote, damit wir die Menschen hier unterbringen können und damit den Touristen auch diesen Wohlstand garantieren können, welche wie er von solchen Events erhoffen. Und dementsprechend sind wir grundsätzlich auch dagegen, dass wir das jetzt so verteufeln oder nur als Wohnraumfresser betiteln, ohne vielleicht auch die positiven Eigenschaften hier zu sehen. Gesamthaft sind wir nicht der Meinung, dass es hier zusätzliche Regulierung benötigt. Es gibt das Gasttaxengesetz, welche auch diese Airbnb-Angebote und die Hotellerie gleichsetzt. Dementsprechend bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Pascal Messerli, ich denke, Sie haben ein bisschen am Thema vorbeigeredet. Es gibt ja die Vermietung von Wohnungen. Das habe ich auch einmal gemacht mit meinen WG-Kollegen während der Basel World. Und ich muss sagen, damals ging das noch nicht über Online-Plattformen, sondern das ging über Büros, die das organisiert haben. Da haben sehr viele Menschen viel Geld schnell verdient, weil man sehr hohe Preise gegenüber diesen Kundinnen und Kunden der Basel World erreichen konnte. Diese Goldgräberstimmung, die ganz Basel jeweils während der Basel World erfasst hat, war ja nicht so ideal. Diese Abzockerei war nicht unbedingt nachhaltig und die Basel World gibt es heute nicht mehr.

Aber das entscheidende ist, dass private Vermietung ja weiterhin möglich sein soll, falls der Vermieter einverstanden ist. Bei dieser privaten Vermietung, die Sie jetzt lange auch ausgeführt haben, werden die Leute eben nicht länger als 90 Tage bleiben. Das soll ja auch weiterhin möglich sein. Es geht ja nicht um das, es geht um Business Apartments, es geht um eine gewerbliche Nutzung. Und das ist eben dann eine Zweckänderung. Wir haben Wohnraum, der für langfristiges Wohnen gedacht ist. Und bei der anderen Geschichte geht es um Business Apartments. Das ist eben eine gewerbliche Nutzung des Wohnraums, und dort geht das dann auch darum, dass wir dort auch eine Konkurrenzsituation haben gegenüber Hotels zum Beispiel und anderen Betrieben, die dieses Geschäft eben betreiben.

Und heute muss man diese Zweckänderung eben nicht angeben, und genau das soll unser Vorstoss ändern. Es ist neben ein Problem, es entzieht den benötigten Wohnraum und es verteuert den Wohnraum. Wir haben aktuell eine Situation mit dem Referenzzinssatz, dass generell sowieso die Mieten gestiegen sind und wir nicht noch eine zusätzliche Verteuerung des Wohnraums brauchen können.

Heute gibt es diese Zweckänderung nicht, sie wird nicht reguliert und es geht darum, diese jetzt zu ändern und eine Gleichstellung auch mit Beherbergungsbetrieben zu erreichen. Wichtig ist auch noch, dass neben dieser privaten Vermietung auch betreutes Wohnen nicht darunter fällt. Denn betreutes Wohnen ist ein spezielles Bedürfnis, das wir natürlich haben und das ist auch eine andere Kategorie. Da geht es nicht um Hotels. Auch wenn betreutes Wohnen in einer gewissen Preisklasse durchaus auch Hotel-Charakter annehmen kann.

Die Stadt Luzern ist diesem Beispiel gefolgt in einer Volksabstimmung, mit 65,3 Prozent wurde das angenommen, ein verwässernder Gegenvorschlag wurde abgelehnt. Ich denke auch, dass dieses Anliegen auch in Basel auf gute Resonanz stossen würde. Während es in Luzern mehr um den Tourismus und um Zweitwohnungen geht, ist hier in in Basel natürlich eher das Thema Business Apartments im Fokus, also Leute, die für die grossen Unternehmen hierher kommen. Es ist uns wichtig zu sagen, dass es natürlich für diese auch Möglichkeiten braucht, aber das soll eben mit normalen Wohnungen oder dann eben mit Business Apartments, die eben nach einer Zweckänderung dann vermietet werden, geschehen und die die dafür definierten Zonen berücksichtigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GAB): Wer auf einem der Wohnungsportale nach Wohnungen sucht, findet sie zuhauf, gewerbliche Appartements und möblierte Business Apartments und gewerbliche Airbnb. Basel-Stadt steht damit wie auch andere Städte vor der Herausforderung, dass Wohnraum verloren geht aufgrund der Umwandlung von Wohnungen in gewerbliche Airbnb oder eben möblierte Appartements. Diese Entwicklung führt nicht nur zu einer Verknappung des Wohnraums, sondern auch zu steigenden Mietpreisen, was insbesondere für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen schwerwiegende Konsequenzen haben kann.

Trotz bestehender Regulierungen wie der Regierungspflicht für Übernachtungen und auch der Anerkennung durch das Basler Appellationsgericht, dass gewerbliche Kurzzeitvermietungen keine Wohnnutzung darstellen, gibt es erhebliche Vollzugsdefizite. Diese zeigen sich unter anderem in der mangelnden proaktiven Überprüfung der Nutzungsänderungen durch das Bau- und Gewerbeinspektorat. Oftmals werden die notwendigen Zweckänderungen nicht beantragt, wodurch eine Zweckentfremdung des Wohnraums weiterhin möglich ist.

Mit dem Anzug wird die Regierung aufgefordert zu prüfen, wie dieser Missstand behoben werden kann. Ich bitte Sie daher, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an René Brigger.

René Brigger (SP): Ich habe in diesem Bereich schon diverse Vorstösse gemacht, diese sind alle ein bisschen versandet. Entscheidend ist ja, dass wir unseren Wohnraum primär für Leute, die wirklich hier wohnen, benützen wollen, die einen gewissen Bezug zum Kanton haben, zur Stadt, die auch Steuern zahlen, die präsent sind. Und da gibt es diverse Umgehungen, da gibt es weltweit diverse Hotspots, das ist nicht unbedingt Basel. Ich nehme das Stichwort Zweitwohnungen. Ich denke da an touristische Gegenden, auch in der Schweiz, Grindelwald Mallorca usw. Da finden Volksaufstände statt, das ist hier nicht der Fall. Aber ich erinnere daran, dass das Bundesamt für Raumentwicklung jedes Jahr eine Statistik herausgibt, weil das Bundesamt feststellen muss, in welchen Gemeinden wie viele Zweitwohnungen bestehen. Bekanntlich ist, ab 20 Prozent Zweitwohnungen bestehen andere Vorschriften. Ich habe festgestellt vor zwei Jahren, dass Basel erstaunlicherweise 13,5 Prozent Zweitwohnungen hat. Ein Teil wird eben Airbnb sein, werden Vermietungen sein, gewisse Schlaumeiereien. Es ist klar, mietrechtlich muss eigentlich eine partielle Untervermietung zeitlich oder räumlich bewilligungspflichtig. Da gibt es übrigens auch einen Vorstoss vom Parlament, dagegen ist das Referendum ergriffen worden, dass die Untervermietung einfacher wird. Das finde ich ist problematisch. Darüber sollten wir abstimmen.

Aber die Untervermietung ist grundsätzlich mietrechtlich zustimmungsbedürftig, nur kann die Vermieterschaft die Zustimmung nur aus wichtigen Gründen verweigern. Ein wichtiger Grund ist sicher, dass deutlich mehr generiert wird mit dem Untermietzins als mit dem Hauptmietzins.

Wir haben ein generelles Problem, vor allem mit den Zweitwohnungen. Ich hoffe, der Anzug wird überwiesen. Das möchte ich gerne dem Regierungsrat weitergeben, das noch zu öffnen, wie viele Prozent Zweitwohnungen wir in Basel haben. Es waren 12,5 Prozent vor wenigen Jahren, das wären circa 15’000 Wohnungen. Das ist eine reelle Zahl. Da wird dann vom Hauseigentümerverband gesagt, das sei ein Erhebungsproblem. Das mag sein, aber da haben wir ein Potenzial für unsere Stadt. Neu bauen ist gut, aber ich finde, dass der Bestand der knapp 110’000 Wohnungen in Basel einfach primär wirklich dem Wohnen zur Verfügung gestellt wird. Dazu kommt, dass diese Untermietungsgeschichte preistreibend ist. Ich kenne viele Fälle auch aus der Genossenschaft, die eine günstige Genossenschaftswohnung haben. Und was passiert? Die ziehen irgendwo ins Ferienhaus und machen eine Untervermietung. Das ist besonders problematisch, weil der Zweck nicht erfüllt

wird, und die fliegen dann auf. Aber das findet auch bei normalen Wohnungen statt. Und das sind dann Schlaumeiereien, wenn einer einen günstigen Hauptmietzins hat und dann irgendwie Faktor 2 oder 3 Untermietzins generiert. Das ist ein Riesenproblem. Das Bauinspektorat ist überlastet. Aber darauf müssten wir schon einmal Fokus legen. Ich stelle fest, bei anderen Zweckentfremdungsproblematiken, die in meiner Praxis vorkommen, zum Beispiel Wohnungsprostitution, ist das Bauinspektorat dann jeweils sehr beflissen, die Sache zu regeln und zu prüfen, ob das gewerblich ist oder nicht. Und bei gewerblichen Untervermietungen passiert dann ncihts. Da bitte ich schon, das Problem grundsätzlich aufzuarbeiten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Anzugsteller Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Bevor wir alle in den Mittag gehen oder fast einschlafen, freut es mich, dass ich mal zu einem wohnpolitischen Thema sprechen darf, das nicht so umstritten ist. Das gefällt mir sehr. Ich spreche deshalb heute vor allem auch zu Pascal Messerli. Viel wurde ja auch schon gesagt, weil eigentlich habe ich das Gefühl, der Anzug könnte jetzt etwas bewirken, vor allem bei der Verwaltung. Es ist wieder einmal hoch enttäuschend, dass das BVD hier nicht anwesend ist. Ich hoffe, Sie hören dann die Wortprotokolle auch meiner Vorredner:innen. Schauen Sie mal in die Geschäftsdatenbank. Das ist etwas, was fast unendlich ist. Das ist noch deutich länger als Basel baut Zukunft.

Zu den unerfreulichen Auswirkungen möchte ich nicht noch viel mehr sagen, die sind eigentlich klar. Ich weiss nicht, Pascal Messerli, wo Sie sind. Die Lokalpresse hat sogar den Begriff Appartamentitis - ich mag solche Dinge sonst eigentlich nicht – genannt. Das sind die Menschen in den Quartieren, die genau sich in diesen Themen stören und schon lange stören. Und ich glaube, jetzt muss hier nachgebessert werden Und es freut mich, dass auch gewerbliche Vertreterinnen und Vertreter einen Vorstoss von mir unterstützen können. Ich glaube, dort gibt es dann genau diese diese Hand-in-Hand-Situation. Denn hier reden wir von Volkswirtschaft. Das ist nicht nur irgendwie Regulierung oder sonst etwas, sondern es geht ganz klar um eine wirtschaftliche Fragestellung.

Ich mache noch ein einfaches Gedankenexperiment vor dem Mittag, und dann können Sie gehen und dann wird das hoffentlich auch noch bevor Sie gehen, überwiesen. Was ist jetzt eine teure Miete? Schauen Sie mal auf diesen Plattformen. Und bevor wir zu diesen Plattformen gehen: Ich finde es ja schon unglaublich toll, wie diese neue Liste seit der Covidpandemie alle heissen. Hit rental, Glad on home like, Vision Appartments. Und wenn man diese Angebote anschaut, dann findet man 2,5-Zimmerwohnungen für 3’500 Franken im Monat. Ist das jetzt viel oder nicht? Nein, es ist nicht viel. Wenn das eine hotelähnliche Nutzung ist, dann ist das nicht wirklich viel. Aber wenn das eine Wohnnutzung ist, und dort sind wir wenn es um die Dauerhaftigkeit geht, dann ist das sehr viel. Wüest Partner sagt, das das mindestens 40 Prozent mehr als der durchschnittliche Mietpreis ist. Und die Mieten steigen ja auch, darüber reden wir hier viel.

Und genau mit dieser Gegenüberstellung, mit diesem Ja beim normalen Wohnen und Nein, wenn es quasi eine hotelähnlich Nutzung ist, kommen wir zu des Pudels Kern. Und dieser Anzug möchte, dass dies jetzt geklärt werden soll. Natürlich, beim ESC stellt sich die Frage, wo die Menschen unterkommen sollen. Da bin ich bei Pascal Messerli. Bei diesen Beherbergungsähnlichen Betrieben,. das dürfen ja alle noch machen. Sie müssen einfach sagen, wir sind ein Gewerbe. Und dann kommt der entscheidende Mechanismus und die Frage, ob das das dann gemäss dem Wohnanteilsplan zulässig ist oder nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Über Begrifflichkeiten kann man sich ja streiten, wie Wohnraumfresser. Haben Sie aber eine konkrete Zahl, wie viele Wohnungen in den sachlichen Geltungsbereich kommen, wenn Ihr Anzug umgesetzt wird? Wie viele Eigentümer vermieten ihre Wohnung mehr als 90 Tage?

Ivo Balmer (SP): Das ist ja genau ein Teil des Problems. Anzug heisst ja prüfen und berichten. Das soll jetzt die Verwaltung machen. Die einzige Stadt, die das macht, ist die Stadt Zürich, und es ist bedenklich, wie stark steigend diese Anzahl ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Anzug wird bestritten von Pascal Messerli.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003654, 12.06.24 12:01:01]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 73 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Schluss der 18. Sitzung

12:01 Uhr

Protokoll

der 19. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 12. Juni 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Stefan Wittlin (SP); Jessica Brandenburger (SP); Salome Bessenich (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

24. Anzug 6 Oliver Thommen und Konsorten betreffend Einbezug von Menschen mit Behinderung 2
25. Anzug 7 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Konferenz der Schweizer Grenzregionen 2
26. Anzug 8 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Universitätszugang für Spät- und Wiedereinsteigende an der Universität Basel 3
27. Anzug 9 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen 6
28. Anzug 10 Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote 7
29. Anzug 11 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend mehr Sicherheit und Komfort für Velofahrende in der Ahornstrasse 10
30. Anzug 12 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velovignetten und Velocodierungen gegen Velodiebstähle 13
31. Anzug 13 Amina Trevisan und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Geschichte illegalisierter migrantischen Familien mit Saisonnier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel 15
32. Anzug 14 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Zukunft der Kirchengebäude in Basel-Stadt 18
33. Anzug 15 Annina von Falkenstein betreffend Erweiterung Tagesfamilien durch Tagesgrosseltern 19
34. Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Stellungnahme des RR 21
35. Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans, Stellungnahme des RR 27
36. Motion Thomas Strahm und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts ohne Berücksichtigung des Landwerts, Zwischenbericht des RR 31
36.1. Motion Katja Christ und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts: Berücksichtigung energetische Sanierung, Zwischenbericht des RR 33
36.2. Motion Christophe Haller und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts zu 60% des Marktwerts, Zwischenbericht des RR 33
37. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Gleichbehandlung von Ehegatten und Konkubinatspaaren bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Stellungnahme des RR 34
38. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten stärken, Stellungnahme des RR 34
39. Anzug Beat Braun und Konsorten betreffend echter Wohnschutz jetzt: Mehr Baslerinnen und Basler zu Wohnungseigentümer/innen machen, Schreiben des RR 34
40. Interpellation Nr. 40 Andrea Strahm betreffend Auswirkungen der BVG-Reform auf die Versicherten der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS), Schriftliche Beantwortung 36
41. Interpellation Nr. 44 Nicola Goepfert betreffend neuem Gutachten zur Aufsichtsstruktur der Christoph Merian Stiftung, Schriftliche Beantwortung 36

Beginn der 19. Sitzung

Mittwoch, 12. Juni 2024, 15:00 Uhr

24. Anzug 6 Oliver Thommen und Konsorten betreffend Einbezug von Menschen mit Behinderung

[12.06.24 15:00:12, 24.5108.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung und habe Ihnen zwei Mitteilungen zu machen.

Besuch auf der Zuschauenden-Tribüne

Auf der Tribüne begrüsse ich die 7. Klasse der Sekundarschule Wasgenring mit Lehrperson Nadine Stampfli. Ich durfte vorher kurz mit der Klasse sprechen und habe mich sehr darüber gefreut, dass sie einige spannende Fragen gestellt haben. Wir freuen uns alle, dass ihr hier seid und über euer Interesse für die Politik und wünschen spannende Einblicke. [Applaus]

Mitteilung der Kulturgruppe

Die Kulturgruppe des Landrats lädt die Kulturgruppe des Grossen Rats am 18. Juni zum Besuch der Saline Schweizerhalle und des Salzmuseums ein. Anmeldungen sind bis morgen Donnerstag möglich. Es erwartet Sie eine spannende Führung durch die Saline und das Salzmuseum sowie ein Apéro zum Ausklang mit Gelegenheiten zu Gesprächen. Catherine Alioth hat Ihnen heute Morgen ein Erinnerungsmail geschickt mit allen Angaben und auch der Möglichkeit, sich anzumelden und sie steht auch gerne für Fragen zur Verfügung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zurück zu den Geschäften und der Traktandenliste. Es geht weiter mit Traktandum 24. Anzugs 6 Oliver Thommen und Konsorten betreffend Einbezug von Menschen mit Behinderung.

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

25. Anzug 7 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Konferenz der Schweizer Grenzregionen

[12.06.24 15:02:13, 24.5140.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

26. Anzug 8 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Universitätszugang für Spät- und Wiedereinsteigende an der Universität Basel

[12.06.24 15:02:38, 24.5141.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bestreite diese Überweisung des Anzuges auch im Namen meiner Fraktion, aber auch im Namen der Fraktion der Liberaldemokraten und der FDP. Der Vorstoss ist zwar ganz grundsätzlich gut gemeint, wir sind aber dennoch nicht der Ansicht, dass dies auch ein richtiges Signal wäre für die Situation, die wir im Kanton Basel-Stadt gerade auch im Zusammenhang mit der Berufsbildung haben. Letztlich ist dieser Vorstoss, auch wenn er nicht so gemeint ist, eine weitere Schwächung der Berufsbildung, denn wir sind schon der Ansicht, dass es vor allem darum geht, darauf hinzuwirken, dass möglichst viele Menschen auch über den Berufsbildungsweg sich entsprechend für das weitere berufliche Leben vorbereiten können. Auch ein späterer Zugang zur Universität hat ja letztlich nur das Ziel, sich beruflich weiterzuentwickeln.

Das nun von Edibe Gölgeli und den Mitunterzeichnenden adressierte Anliegen würde deshalb dazu führen, dass die Berufsbildung insgesamt weiter auch an Stärkung verliert und das ist gerade auch im Kanton Basel-Stadt, wo wir auch immer wieder von Firmen hören, die Schwierigkeiten haben, noch Lernende zu finden, ein doch sehr fatales Signal. Zudem möchten wir auch darauf hinweisen, dass die Abschlussquote für die Sek-Stufe 2 in Basel-Stadt ja im Vergleich zu den anderen Kantonen unterdurchschnittlich ist. Wir sind hier in einem sehr schlechten Bereich mit einer Quote von etwa knapp 85 Prozent, währenddem das Ziel eigentlich sein müsste, schweizweit diese 95 Prozent zu erreichen. Deshalb glauben wir auch nicht, dass ein Wiedereinstieg etwa zu einem späteren Zeitpunkt, was das Alter anbelangt, hier eine wesentliche Verbesserung der Situation herbeiführen würde, im Gegenteil. Wie bereits erwähnt, würde das dazu führen, dass die Berufsbildung geschwächt wird und dass natürlich auch weiterhin dazu gewisse Personen ermutigt oder animiert werden, möglichst lange eben nicht im Berufsleben zu stehen.

Wir glauben deshalb nicht, dass das gut wäre, wenn wir diese Tür für die älteren Personen, für Wiedereinsteiger öffnen würden und bitten Sie, den Anzug nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Selbstverständlich sind wir auch immer bereit, über Ideen zu diskutieren, die dann allenfalls in spezifischen Einzelfällen gewissen Personen begründet zugutekommen würden oder helfen würden, aber eine generelle Öffnung in diesem Bereich für den Universitätszugang lehnen wir ab und wir bitten Sie deshalb im Namen der SVP, FDP und auch LDP diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Wir investieren bedeutende Ressourcen in die Studierenden einer Universität, weshalb der Zugang zu diesen Institutionen selektiv sein muss, da gebe ich Joël Thüring recht. Gleichzeitig hat eine Universität den Anspruch, ihre begrenzten Lehr- und Forschungsmittel nur den fähigsten Studierenden zur Verfügung zu stellen. Gemäss Universitätsgesetz erfolgt diese Selektion über die erfolgreich bestandene Maturitätsprüfung. Auch da gebe ich Joël Thüring recht. Bildungs- und Ausbildungsgänge sowie berufliche Karrieren haben sich jedoch in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Sie sind dynamischer und durchlässiger geworden. Lebenslanges Lernen ist sowohl für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung als auch für die wirtschaftliche Anpassungsfähigkeit einer Gesellschaft zentral.

Ältere Studierende mit beruflicher Erfahrung bringen wertvolles Praxiswissen und eine hohe Motivation mit. Solche Studierende sind oft zielstrebiger und können das theoretische Wissen unmittelbar in praxisnahe Kontexte umsetzen. Die Uni Basel kann solche talentierten Studierenden, die wissen, was sie wollen, sehr gut gebrauchen. Besonders in Zeiten des Fachkräftemangels können wir es uns nicht leisten, motivierte und berufserfahrene Personen vom Studium auszuschliessen. Flexible Zugangsbedingungen würden zudem die Vielfalt und Qualität der Studierendenschaft erhöhen und der Durchlässigkeit des dualen Bildungswegs gerechter werden. Ich sehe denn auch den Vorstoss eher als Stärkung der Berufsbildung, weil alle Wege auch zu einem späteren Zeitpunkt der Laufbahnplanung offen sind. Andere Schweizer Universitäten kennen diese Handhabung bereits.

Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung Basel informiert in ihrem Dokument vom Februar 2023, Wege an die Uni ohne gymnasiale Maturität, dass es an den Universitäten Bern, Genf, Freiburg, Neuchâtel, Lausanne und Luzern sowie an der Uni Lugano die Möglichkeit gibt, ohne Matura in bestimmten Fächern zum Bachelorstudium zugelassen zu werden. Dies erfolgt durch spezifische Aufnahmeprüfung und spezielle Aufnahmeverfahren, die an der jeweiligen Fakultät gebunden sind. Auch die ETH und die Universität Zürich bietet für Studiengänge mit Ausnahme von Medizin eigene Aufnahmeprüfungen für Personen ohne Matura an.

Wie ich das Dokument verstanden habe, kann man nach bestandenen Aufnahmeverfahren der Universität Zürich übrigens auch in Basel studieren. Was ich jedoch nicht verstehe, ist weshalb wir in Basel nicht dem Beispiel der anderen Universitäten folgen und ebenfalls Aufnahmeprüfungen für die Zulassung ohne Maturität anbieten und damit die Attraktivität des Studienstandorts Basel zusätzlich steigern.

Die GLP unterstützt daher den Vorstoss zur Prüfung der Aufnahmebedingungen für Studierende. Wir erkennen keinen Nachteil darin, weshalb unter bestimmten Voraussetzungen Studieninteressierte mit alternativen Leistungsnachweisen und reif vom Alter nach Bestehen einer fachspezifischen Aufnahmeprüfung keinen Zugang zu einer universitären Ausbildung erhalten sollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sandra Bothe-Wenk, nehmen Sie die Zwischenfrage von Eric Weber an? Sie wird nicht angenommen. Nächste Sprecherin ist Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie ebenfalls, diesen Anzug zu überweisen. Es geht nicht nur ums lebenslange Lernen bei der Durchlässigkeit vom Bildungssystem, es geht auch darum, dass wir in der Schweiz ein Bildungssystem haben, bei dem die soziale Herkunft eine ganz wichtige Determinante ist über die Berufs- und die Ausbildungsbiografie. Das ist ein Problem. Also je nachdem, in welche Familie ich geboren werde, hat das einen sehr starken Einfluss auf den Beruf und auf den Bildungsweg, den ich einschlage. Indem wir immer wieder an einem Bildungssystem arbeiten, das durchlässig ist, dass die verschiedensten Biografien und Berufsverläufe ermöglicht, arbeiten wir eben auch daran. Diese Durchlässigkeit, die brauchen wir vom Kindergarten bis zum hohen Alter. Diese Durchlässigkeit, an der müssen wir immer dauernd arbeiten und darum geht es eben auch bei diesem Anzug.

Hier geht es jetzt zum Zugang bei den Hochschulen, weil wir wissen, dass der Spät- oder Wiedereinstieg in ein Studium für verschiedene Gruppen deutlich erschwert ist. Der Weg von einem Berufslehreabschluss zu einer Matur auf dem zweiten Bildungsweg ist sehr weit und sehr viele schaffen diesen Weg nicht, je nach Faktoren oder familiären Bedingungen, die man hat, also zum Beispiel, ob man Mutter ist nach der Phase der Kindererziehung, alleinerziehend oder eben auch je nach Herkunft, also ausländische Vorbildungsausweise werden in der Schweiz nur teilweise von den Universitäten anerkannt. Um hier irgendwie auch noch kurz darauf einzugehen, was Joël Thüring genannt hat, es geht ja auch nicht einfach um Menschen, die vorher nicht gearbeitet haben, sondern die vielleicht schon sehr länger im Berufsleben sind und jetzt aber im Sinne des lebenslangen Lernens auch einen Zugang zur Hochschule haben möchten.

Es wurde bereits erwähnt, Sandra Bothe-Wenk hat ausgeführt, welche anderen Hochschulen das in der Schweiz bereits haben. Es geht hier also auch darum, dass Basel am Puls der Zeit bleibt und hier diese Möglichkeit auch eröffnet und nicht irgendwie hintenan bleibt. Da finde ich die Zahlen auch noch spannend. Die Universität Bern hat das Angebot noch relativ neu und in den vergangenen fünf Jahren sind jährlich fünf Personen so zum Studium zugelassen worden und die Anzahl der Personen, die das Zulassungsverfahren angefangen haben, ist einiges höher als die Personen, die dann zugelassen wurden, was auch wirklich aufzeigt, dass das Aufnahmeverfahren weiterhin eine starke Selektion bedeutet. Es ist aufwändig für die Personen, sie müssen sehr viele Kompetenzen nachweisen können, aber doch deutlich weniger aufwendig als das Nachholen einer Matur.

Dann zum Argument, dass es die Berufsbildung schwächt. Man will hier ein bisschen ein Angstszenario kreieren, man will vor allem auch die verschiedenen Ausbildungswege ein Stück weit gegeneinander ausspielen. Darum geht es hier wirklich nicht und von einer Schwächung der Berufsbildung zu sprechen, wenn es hier schlussendlich um eine Handvoll Personen geht, die nachher den Zugang zu den Universitäten haben, ja, das finde ich wirklich eigentlich unproportional. Was nicht heisst, dass der Anzug und das Anliegen ganz wichtig ist, weil diese Personen, die dann den Zugang erhalten, für die ist das sehr entscheidend für ihre Berufs- und Bildungsbiografie.

Auch wenn wir diesen Vorstoss überweisen, müssen wir weiterhin an den genannten Themen arbeiten. Wir brauchen ja die Abschlussquoten bei der Sekundarstufe 2, das ist wichtig, wir brauchen in diesem Land auch Menschen, die eine Berufslehre machen, genauso wie wir Menschen brauchen, die einen Uniabschluss machen. Der Vorstoss kann diese Probleme nicht lösen und wir kommen weiter, wenn wir diese Berufsbildungswege nicht einfach immer gegeneinander ausspielen. Besten Dank für die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich nehme an, Sie nehmen die Zwischenfrage von Eric Weber nicht an? Sie wird nicht angenommen. Nächste Sprecherin ist Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Auch das GAB möchte diesen Anzug überweisen. Wir unterstützen die Idee des lebenslangen Lernens. Es wurde heute ein paar Mal schon erwähnt, ich finde den Ausdruck lebensbegleitendes Lernen viel schöner, also wir möchten das lebensbegleitende Lernen haben. Jede Person sollte das Recht haben, sich lebenslang weiterzubilden, mehr

Wissen zu erhalten, sich zu qualifizieren und seine Kompetenzen zu erweitern. Es sollen Bedingungen geschaffen werden, die dieses Lernen ermöglichen, sei es durch finanzielle Unterstützung, sei es durch die entsprechende Gestaltung der Erwerbsarbeit oder sei es durch die entsprechende Ausgestaltung der Aufnahmebedingungen von Ausbildungsstätten und um das geht es ja hier.

Der vorliegende Anzug bezieht sich stark auf den Fachkräftemangel in der Argumentation und er möchte eine gesetzliche Regelung, damit über 30-Jährige unter bestimmten Voraussetzungen und nach Bestehen einer Aufnahmeprüfung bestimmte Studiengänge der Uni Basel besuchen können. Diese gesetzliche Regelung soll vom Regierungsrat geprüft werden. Es ist ja ein Anzug.

Ich verstehe nicht ganz die Gegenargumente gegen diesen Anzug. Ich frage mich, vor was haben Sie Angst? Offenbar kennen ja verschiedene Schweizer Unis schon solche Regelungen. Mir ist nicht bekannt, dass diese Unis von Studierenden überrannt wurden, die eigentlich in eine Berufslehre gehören, schliesslich würde es ja noch eine Aufnahmeprüfung geben und es ist tatsächlich für Menschen über 30 gedacht. Mir ist auch nicht bekannt, dass das Niveau der Unis darunter gelitten hat, dass eine solche Ausnahmeregelung besteht. Wo bitte also liegt das Problem, dass eine solche Regelung nicht einmal geprüft werden soll. Müssen wirklich alle Menschen die bis jetzt geltenden Bildungswege gehen, um an einer Uni studieren zu dürfen? Warum sollen wir nicht offen sein für neue Möglichkeiten?

Wir finden dieses Anliegen nicht nur im Hinblick auf den Fachkräftemangel, sondern auch unter dem Aspekt des lebensbegleitenden Lernens durchaus prüfenswert und wir möchten den Anzug überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin gegen die Überweisung des Anzuges und ich möchte das begründen und ich möchte auch Bezug nehmen auf meine Vorredner. Sie kennen alle den Begriff, er ist weltberühmt, kein Vorredner hat es gesagt, aber Eric Weber sagt es: der ewige Student. Das möchten wir, die Gegner dieses Anzugs, verhindern, dass es Leute gibt, die das Leben lang studieren und das auf Kosten des Steuerzahlers. Sind Sie sich bewusst, ein Student zieht Fördergelder nach sich und ich möchte nur ein Beispiel sagen von meinen zwei Töchtern. Beide haben einen Job, beide haben nicht studiert, beide haben die Realschule gemacht. Eine ist bei der Spedition und die andere ist bei der Bank.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, das hat nichts mit diesem Vorstoss zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte einfach sagen, die Menschen sind glücklicher, wenn man einen Beruf hat, wenn man gutes Geld verdient und wenn man gutes Geld nach Hause bringt. Sandra Bothe-Wenk hat gesagt, sie sieht in diesem Anzug keinen Nachteil. Ich muss sagen, ich sehe in diesem Anzug einen grossen Nachteil. Barbara Heer hat gesagt, lebenslanges Lernen, aber ich muss einfach sagen, als Journalist und Grossrat Eric Weber, irgendwann muss das lebenslange Lernen, Barbara Heer, beendet sein und dann geht es in einen Job und dann wird Geld verdient, dass man nicht abhängig vom Sozialamt ist. Ich gebe aber Barbara Heer recht, sie hat richtig gesagt, es spielt eine Rolle, in welcher Familie wir geboren sind, das hat Einfluss auf den Beruf. Da gebe ich Barbara Heer vollkommen recht. In dieser Familie, in der man geboren wird, hat es einen grossen Einfluss, was man als Beruf macht. Mein Vater war auch Grossrat, ich bin auch Grossrat, das ist das beste Beispiel, das wird einfach in der Familie übertragen.

Ich muss einfach sagen, es kann auch nicht sein, dass alle studieren. Ich möchte einfach appellieren, auch was die Basler Zeitung uns diese Woche zu diesem Anzug auf den Weg gegeben hat. Die Basler Zeitung hat zwei Sonderseiten gebracht zu diesem Thema Lehre und Studium. Eine Sonderseite von Minu und eine andere Sonderseite von einem Journalist oder eine Journalistin und dort wurde geschrieben, die Bäckerei, in der man die Whisky-Stängeli kaufen kann, macht zu und dort ist gestanden, genau das Problem, das wir jetzt haben. Dort hat es geheissen, das Problem ist, keiner will mehr eine Lehrstelle machen und es wollen nur alle studieren. Und das hat die Basler Zeitung sehr schön geschrieben und das hat mir gefallen, und das, was die Basler Zeitung gesagt hat diese Woche, darf ich da sagen und ich möchte einfach appellieren, überweisen Sie den Anzug bitte nicht, auch ich habe nicht studiert. Ich bin ein glücklicher Mensch. Ich habe auch eine Lehre abgeschlossen und wenn Sie die Basler Zeitung gelesen haben, hat die Basler Zeitung gesagt, es ist ein Problem, dass keiner mehr eine Lehrstelle machen will und das macht einen traurig. Ich bin der Basler Zeitung dankbar, dass sie das geschrieben hat.

Ich gehe zur letzten Rednerin Heidi Mück. Sie hat gesagt, lebenslanges Lernen. Ich bin dagegen. Sie hat gesagt, vor was hat man Angst, eben die Leute, die dann ewig studieren wollen und ich habe Angst, dass dann die Universität Basel überrannt wird. Darum bin ich glücklich, dass ich das sagen konnte und bedanke mich für das Zuhören.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Anzugsstellerin Edibe Gölgeli.

Edibe Gölgeli (SP): Ich bedanke mich für die lebhaften Voten und auch die Fürsprechung über das lebenslange Lernen. Auch bei der Einreichung meines Anzuges habe ich ein starkes Medien- und gesellschaftliches Interesse wahrgenommen. Offenbar entspricht es dem Zeitgeist, dieses Thema stiess auf breite Zustimmung in der Bevölkerung.

In der Tat zeigt unser duales Bildungssystem seine Stärken, wenn man den herkömmlichen Bildungsweg verfolgt. Doch für jene, die später im Leben ein Studium beginnen wollen, aber aufgrund einer nicht bildungsaffinen Umgebung, Elternschaft oder ausländischer Abschlüsse mit zahlreichen Hürden konfrontiert sind, gestaltet sich der Weg schwierig. Es ist daher angebracht, in Basel ein «sur dossier»-Verfahren einzuführen, um dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken und qualifizierte Personen auszubilden. Aus meiner Sicht wäre diese Aufweichung der harten Strukturen ein grosser Schritt in Richtung moderner Bildungslandschaft.

Wir haben es von meinen Vorrednerinnen gehört, die Universität Bern führt seit 2013 das sogenannte Aufnahmeverfahren 30+ durch. Dies beinhaltet einen Kompetenztest, der kognitive Fähigkeiten, Textanalysen und Rechtschreibung überprüft, sowie ein fachspezifischer Eignungstest, um sicherzustellen, dass die Studierenden dem Lehrstoff folgen können. Nochmals zurück zu Bern. Meine Recherchen haben ergeben, dass in Bern im Jahre 1999 schon dieses Anliegen mit einem Postulat der FDP gefordert wurde und die Politik sich anschliessend für die Umsetzung aussprach. Auch die Universität Freiburg verfügt über umfangreiche Erfahrungen mit diesem Prozess und das «sur dossier»-Verfahren hat sich dort fest etabliert.

Wir revolutionieren nicht das Rad, sondern passen uns den Bedürfnissen der Gesellschaft an, indem wir Menschen, die bisher keine Möglichkeiten hatten, lebenslange und flexible Weiterbildungsmöglichkeiten auf Universitätsebene ermöglichen. Für die Spät- und Wiedereinsteiger*innen ist es verfehlt, das formalisierte Maturitätsstudium als zentrales Zulassungsinstrument zu verwenden. Vielmehr sollten für Personen ab dem Alter von etwa 30 Jahren die fachspezifischen Voraussetzungen für einen universitären Ausbildungsgang auch durch eine geeignete Aufnahmeprüfung durch Berufspraxis, Familienverantwortung, Auslandsaufenthalte und ähnlichem nachgewiesen werden können.

Und zum Abschluss, es ist nicht korrekt, von einer Nivellierung zu sprechen, da immer noch eine Aufnahmeprüfung im «sur dossier»-Verfahren stattfindet und nicht nur ein einfacher Zugang gewährt wird. Dementsprechend freue ich mich sehr für die Überweisung meines Anzuges.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003659,]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 61 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

27. Anzug 9 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen

[12.06.24 15:27:06, 24.5142.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Anzug 10 Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote

[12.06.24 15:27:32, 24.5143.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie im Namen der SVP- und der FDP-Fraktion, diesen Vorstoss nicht zu überweisen. Nicole Amacher führt in ihrem Anzug aus, dass es eine Analyse gab über die Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe. Diese Analyse wurde durch das WSU, durch das zuständige Departement von Regierungsrat Kaspar Sutter im letzten Jahr vorgestellt und es wurde bereits mit der Vorstellung dieser Studie auch seitens des Departements versprochen, dass man natürlich jetzt weitere Massnahmen auch in die Wege leiten wird, um diesen Nichtbezug allenfalls zu reduzieren respektive dort, wo es Lücken gibt, auch darauf hinzuwirken, dass Personen, die heute diesen Nichtbezug oder diesen Anspruch nicht geltend machen, dass diese auch diesen Anspruch durch verbessertes Wissen allenfalls dann auch geltend machen können.

Nun möchte aber Nicole Amacher aus uns unverständlichen Gründen weitere Informationen zu den Folgejahren. Das ist sicher interessant, aber diese Studie ist nun mal jetzt von 2023 und bezieht sich auf diesen Zeitpunkt bis und mit 2020. Um eine solche Analyse auch durchführen zu können, braucht es verständlicherweise einige Jahre und nicht nur ein Jahr und deshalb glauben wir, macht es dann Sinn, dass allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt auch noch einmal über eine Studie ermittelt wird, wie es mit dieser Nichtbezugsquote denn jetzt genau ausschaut. Das macht aber aus unserer Sicht erst dann Sinn, wenn man Massnahmen ergriffen hat, die dazu geführt haben, dass dieser Nichtbezug allenfalls auch geringer wird und nicht schon zum heutigen Zeitpunkt.

Die Punkte 3. und 4. im Anzug von Nicole Amacher sind Fragen an den Regierungsrat, die man aus unserer Sicht auch im Rahmen einer Interpellation hätte stellen können, also welche Massnahmen die Regierung bereits umsetzen konnte. Was will der Regierungsrat dazu prüfen und berichten, das kann er Ihnen in einer Interpellation beantworten respektive, Nicole Amacher, Sie dürfen ihn auch in der Fraktionssitzung dazu befragen. Und welche weiteren Massnahmen der Regierungsrat ergreifen will, das hatte er ja angekündigt auch in dieser Medienmitteilung, dass dies ein Thema selbstverständlich ist, dass die Regierung auch Massnahmen ergreifen möchte, um diese Nichtbezugsquote zu senken. Auch das wäre allenfalls jetzt eine Frage, die man im Rahmen einer Interpellation stellen könnte. Hierzu einen Anzug einzureichen, noch dazu an das Departement des Parteikollegen, erschliesst sich aus unserer Sicht nicht.

Wir bestreiten aber nicht, dass das Thema des Nichtbezugs auf der Traktanden- und Themenliste bleiben muss. Hier braucht es aus unserer Sicht verschiedene Massnahmen. Vielleicht braucht es mehr Aufklärung, dass die Menschen, die einen Nichtbezug haben, vielleicht auch wissen, wo sie sich hin melden können. Hier kann ich Ihnen einfach sagen, da wird bereits sehr viel getan. Ich selber habe jemand in meinem Umfeld, der beispielsweise Ergänzungsleistungen erhält und er hat gerade kürzlich einen Brief bekommen vom Kanton in Zusammenarbeit, glaube ich, mit Plusminus, dass er doch etwas bei sich in den Unterlagen überprüfen soll, ob er einen Anspruch dafür hat. Das scheint mir ein sehr guter Weg zu sein und das zeigt ja eben auch, dass Massnahmen auch schon ergriffen wurden.

Und dann ist ein vielleicht zweiter Punkt, der auch dazu führt, dass die Nichtbezugsquote hoch ist, der, dass diese Formulare oft auch sehr umständlich sind. Und das ist etwas, was der Kanton auch ohne Vorstoss selbstverständlich regelmässig überprüfen soll, aber auch sicher überprüft, wie diese Dokumentationen, die man auch einreichen muss, allenfalls geringer werden könnten. Sie könnten vielleicht auch noch etwas digitaler und elektronischer werden und auch vielleicht ganz generell

die Fragestellungen etwas weniger komplex werden. Diese Massnahme scheint aus unserer Sicht dringend anzugehen und hier glauben wir aber auch, dass der Regierungsrat auch mit der Digitalisierungsstrategie sicher nächste Schritte gehen wird, um auch dort Unterstützung zu liefern, dass auch Personen, die vielleicht mit den modernen technischen Geräten etwas weniger versiert sind, hier Unterstützung haben.

Deshalb glauben wir, ist der Anzug vielleicht gut gemeint, nein, nicht vielleicht, er ist gut gemeint, aber er ist in dieser Form nicht notwendig, weil die entsprechenden Verlautbarungen des Departements ja bereits auch so gefallen sind, dass der Regierungsrat diese Nichtbezugsquote in den kommenden Jahren senken will, und dann sind wir auch gerne bereit, zu einem späteren Zeitpunkt mittels einer neuen Studie dann zu prüfen, wie sich dies entwickelt hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Der Anzug von Kollegin Nicole Amacher beschreibt ausführlich und detailliert die Hintergründe zur Problematik des Nichtbezugs von Sozialhilfe sowie von bedarfsabhängigen Sozialleistungen und verweist auf die vom Kanton Basel-Stadt in Auftrag gegebene Studie. Es ist wirklich sehr lobenswert, dass diese Fragestellungen wissenschaftlich untersucht wurden und ich nehme es dem Regierungsrat wirklich sehr ab, dass es ihm ein Anliegen ist, die Nichtbezugsquote zu senken.

Die Resultate, die sind gar nicht toll und müssen zu denken geben. Die Nichtbezugsquote bei der Sozialhilfe in den Jahren 2016 bis 2020 betrug rund 30 Prozent, also fast jede dritte Person, die von Armut betroffen ist und Anspruch auf Sozialhilfe hätte, verzichtet darauf. Es stellt sich zwingend die Fragen, weshalb ist das so, wie kommen diese Menschen über die Runden und wie sieht ihre Schuldensituation aus. Und auch bei den bedarfsabhängigen Sozialleistungen präsentiert sich leider ein ähnliches Bild, 29 Prozent verzichten auf Ergänzungsleistungen, fast jeder vierte verzichtet auf die Mietzinsbeiträge für Familien und knapp jeder fünfte auf die Prämienverbilligung, obwohl sie eigentlich Anspruch hätten.

Wir haben also ein soziales Sicherheitsnetz, das gut ausgebaut ist, aber trotzdem nicht alle erreicht und dies führt zu sozialen und gesundheitlichen Folgeproblemen. Es kann nicht unser Ziel sein, und ich gehe davon aus, dass das alle hier drin teilen, dies zu akzeptieren oder gar positiv zu bewerten. Das Problem des Nichtbezugs von Sozialleistungen ist auch aus anderen Städten bekannt, beispielsweise Zürich oder Bern, dort ist die Nichtbezugsquote teilweise sogar noch höher.

Die Gründe liegen klar auf dem Tisch und werden bei allen gemachten Studien genannt. Der Hauptgrund ist die Reform des Ausländer- und Integrationsgesetzes von 2019. Seitdem ist es möglich, dass aufgrund Armutsbetroffenheit der Aufenthaltsstatus oder die Niederlassungsbewilligung in Frage gestellt werden kann und Rückstufungen drohen. Der Bezug von Sozialhilfe kann also zu Verlust des Aufenthaltsrechts führen. Nur verständlich, dass dies Angst vor Behörden, psychischen Stress, Krankheit, Verschuldung, etc. verursachen kann und es erstaunt ja dann nicht wirklich, dass immer mehr Menschen mit Migrationshintergründen auf ihr Recht auf Sozialhilfe verzichten.

Wichtig zu betonen ist, dass damit gerechnet werden muss, dass seit der Covidpandemie ab 2020 der Effekt des Nichtbezugs sich weiter vergrössern wird. Die Sozialhilfequote sank damals, aber die Zahl der Anspruchsberechtigen stieg. Und genau deswegen ist es wichtig, an diesen Fragen dranzubleiben und genau deswegen ist die Überweisung des Anzugs mehr als logisch. Auch die nationale Politik sieht dieses Thema als gegeben an, denn im Frühjahr 2023 hat das Parlament der parlamentarischen Initiative Armut ist kein Verbrechen zugestimmt. Also auch hier auf nationaler Ebene wird dieses Problem klar und deutlich adressiert und erkannt.

Was die Resultate der Studien auch aufzeigen, und das ist mir persönlich wichtig, dass nicht einfach die politische Abkürzung genommen werden kann oder behauptet wird, weil die Sozialhilfequote in Basel in den letzten Jahren gesunken ist, besteht keine grosse Armut mehr bzw. ist in Basel Armut kein Thema mehr. Aufgrund der hohen Nichtbezugsquote ist eine solche Aussage einfach falsch. Für eine soziale Stadt wie Basel ist eine hohe Nichtbezugsquote ein Armutszeugnis und wir müssen alles unternehmen, um dies besser zu verstehen und entsprechende Massnahmen einzuleiten, um die Quote zu senken. Denn es ist offensichtlich, und da gebe ich Kollege Joël Thüring auch recht, dass auch prozessuale und strukturelle Gründe zum Nichtbezug führen. Also zu komplizierte Anmeldeverfahren, Subsidiaritätsschranken und restriktive Definitionen von Ansprüchen. All das kann auch dazu führen, dass das Recht auf Sozialhilfe, den Anspruch auf Sozialhilfe nicht gemacht werden kann. Was ich im Gegensatz zu Joël Thüringen wahrscheinlich bestreiten werde, ist, das mit einer Digitalisierungswelle diese Menschen wirklich erreicht werden. Genau hier haben wir oft das Problem, dass alles nur noch digitalisiert wird und diese Menschen eben nicht erreicht werden und deswegen denke ich, müsste man das genauer betrachten. Allenfalls kommt man dann wirklich auf ein anderes Resultat.

Das Grün-Alternative Bündnis ist klar der Meinung, dass eine vertiefte Analyse über die Gründe des Nichtbezugs wichtig ist und bleibt und auch in Zukunft genauer angeschaut werden muss. Wir bitten Sie, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an die Anzugsstellerin Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Danke für diese Diskussion und danke, dass Sie eigentlich das Anliegen mit mir teilen, auch die SVP und ich nehme an die FDP, obwohl Sie sich jetzt nicht für die Überweisung aussprechen. Ich möchte trotzdem nochmal begründen und zum Teil vielleicht auch noch was wiederholen. Ich danke natürlich auch der Regierung, dass sie diese Studie schon mal gemacht hat und dass sie auch den Anzug entgegennehmen möchten.

Ich glaube, wir sind uns hier drin einig, wir haben ein wirklich sehr gut ausgebautes Sozialsystem und wir haben das bewusst aufgebaut und installiert, um Menschen vor Armut zu schützen. Es ist für alle da und gemäss den aktuellen Richtlinien können es alle in Anspruch nehmen, die das brauchen. Es ist allen von uns gutes Recht, wenn wir das brauchen, es zu beanspruchen. Deshalb sehe ich es als unser politischer Auftrag, jetzt alles und das Bestmögliche zu tun, dass diese Leistungen auch wirklich bezogen werden, denn nur dann können sie ihre Wirkung entfalten, für die sie auch gedacht sind und von uns als Gesetzgeberin so installiert wurden.

Aber eben, und das hat jetzt auch Oliver Bolliger schon gesagt und sogar Joël Thüring hat das gesagt, es gibt offensichtlich sehr hohe Hürden und trotz diesem gut ausgebauten System lebt ein grosser Teil der Bevölkerung quasi am Rande oder unter dem Existenzminimum, weil ebendiese Hürden zu gross sind. Und das zeigt sich deutlich nieder in den hohen Nichtbezugsquoten, das hat Oliver Bolliger vorher auch erwähnt. Bei der EL sind es quasi zur AHV und IV 29 Prozent, bei den Mietzinsbeiträgen 23 Prozent und 19 Prozent auch bei den Prämienverbilligungen und das obwohl diese Prämien immer schmerzhaft weiter ansteigen und diese bei den Menschen mit tiefem Einkommen oft weit über mehr als ein Drittel von ihrem verfügbaren Vermögen verzehrt, wenn sie die Leistungen nicht beziehen, die sie eigentlich zugute haben.

Es ist also unsere politische Pflicht, rasch und wirksam den Bezug der bedarfsabhängigen Sozialleistungen deutlich niederschwelliger zu gestalten und nicht nur das, ich finde es auch extrem wichtig, die Menschen im jeweiligen Antragsverfahren aktiv zu unterstützen, weil eben viele Menschen sehr überfordert sind. Das hat Joël Thüring auch gesagt, es ist kompliziert. Also ich weiss nicht, wer von Ihnen schon einmal einen Prämienverbilligungsantrag gestellt hat oder einen EL-Antrag, es ist nicht so einfach und da sind viele Leute extrem überfordert.

Jetzt möchte ich aber auch noch zur Nichtbezugsquote bei der Sozialhilfe sprechen, weil das macht mir wirklich Sorgen. Im Jahre 2020 sank die Sozialhilfequote, was oft als Erfolg oder erfreulich dargestellt wird, aber ich finde, das ist eine gefährliche Schlussfolgerung. Wieso ist das denn so? Der Fakt ist, dass die Zahl der Anspruchsberechtigten parallel dazu eigentlich gestiegen ist und das ist sehr bedenklich. Also nochmal, im Jahr 2020 stieg die Nichtbezugsquote von 30 auf 33 Prozent an und das zeigt uns deutlich, dass eigentlich dieses letzte Netz bei den Menschen ungenügend ankommt, die es am dringendsten brauchen.

Es ist sicher nicht förderlich, dass der Bezug von Sozialhilfe so unwürdig stigmatisiert wird in unserer Gesellschaft, aber eben auch das Nichtwissen über den rechtlichen Anspruch und darüber, dass der Bezug in Notsituationen berechtigt und durchaus sinnvoll ist, um weitere negativen Folgen für die Individuellen, also für die Menschen zu verhindern, wie Verschuldung oder negative gesundheitliche Auswirkungen. Aber auch für uns als Gesellschaft ist es besser, auch finanziell und ökonomisch gesehen, wenn die Leute in dem Moment das Geld in Anspruch nehmen, weil die Folgekosten von gesundheitlichen Schäden und Überschuldung auch für uns dann langfristig schwerer zu tragen ist.

Danke, dass Sie das unterstützen. Ich bin der Meinung, es ist notwendig zu überweisen und das werden Sie auch tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003662, 12.06.24 15:42:51]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 77 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

29. Anzug 11 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend mehr Sicherheit und Komfort für Velofahrende in der Ahornstrasse

[12.06.24 15:43:01, 24.5146.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von André Auderset.

André Auderset (LDP): Es kann ja irgendwie nicht sein, dass für jede Strasse, für jeden Strassenzug jetzt ein neuer Vorstoss gemacht wird, um hier die Parkplätze wegzubekommen oder um einen neuen Velostreifen hinzuziehen. Da gibt es ja wirklich übergeordnete Planungen und Pläne, es gibt auch jede Menge Vorstösse dazu, das reicht nun wirklich. Wir sehen es eigentlich nicht ein, dass man hier nun auch noch für die Ahornstrasse, speziell für die Ahornstrasse einen eigenen Anzug braucht.

Kommt dazu, dass dieser Anzug nun schon etwas unehrlich ist, um es mal etwas höflich zu sagen. Wir haben in der Mai-Sitzung über die Sanierung oder Renovierung oder wie auch immer, Kaputtsanierung, haben wir es, glaube ich, damals genannt, die dagegen waren, des Allschwilerplatzes geredet. Dort wurde auch über Wegfall von Parkplätzen, über Tempo, 30, usw. geredet, vor allem in der Allschwilerstrasse und der Weiterführung Richtung Morgartenring und es wurde aber ausdrücklich gesagt, der Verkehr soll dann über die Ahornstrasse abfliessen, vor allem der MIV, der motorisierte Individualverkehr. Nachdem wir jetzt gesagt haben, alles ringsum soll also velofreundlich sein, unter anderem um die Allschwilerstrasse, wo die Parkplätze schon weggefallen sind, wo Tempo 30, glaube schon ist oder noch kommt, hat man gesagt, dafür hat ja der motorisierte Verkehr die Möglichkeit, die Ahornstrasse zu benutzen. Man hat dann gesagt, dass man speziell für die Velofahrer und für die Fussgänger die Sicherheit an der Allschwilerstrasse verbessert, den Allschwilerplatz verbessert und dass der motorisierte Verkehr über die Ahornstrassen soll.

Das wurde so beschlossen mit Mehrheit. Wir waren dagegen, wir sind unterlegen, sowas kommt vor. Und jetzt kommt also, dass das, was damals gesagt wurde, nämlich der motorisierte Verkehr dafür über die Ahornstrasse, nun kommt man mit einem neuen Anzug, wo man es auch dort drin hat. Es erinnert ein bisschen an die Rede eines Anwalts vor Gericht, der zum Richter sagt: Sie haben meinen Mandanten das letzte Mal strafverschärfend verurteilt, weil er am helllichten Tag eingebrochen ist. Jetzt verurteilen Sie ihn strafverschärfend, weil er bei finsterer Nacht eingebrochen ist. Ja, wann soll dann mein Mandant noch einbrechen? Nun, einbrechen ist bekanntlich verboten, Autofahren noch nicht, obwohl das einige gerne hätten, aber man muss wirklich nun mal fragen, wo bitte soll man dann mit dem Auto noch vernünftig durchfahren, wenn jede Ausweichroute, die Sie noch in der letzten Sitzung zugestanden haben, nun eben auch blockiert werden.

In diesem Sinne, diesen wirklich unehrlichen Anzug bitte ich abzulehnen resp. nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Raffaela Hanauer.

Raffaela Hanauer (GAB): Ich spreche für meine eigene Fraktion und zugleich auch für die SP. Wir werden diesen Vorstoss überweisen. Die Ahornstrasse ist heute Tempo 50, sie ist gleichzeitig eine Pendlerroute, die im Teilrichtplan Velo eingetragen ist. Eine Veloroute auf Tempo 50 ohne Velomassnahme, wie es heute dort auch der Fall ist, ist aus Velosicht für die Sicherheit der Velofahrenden ein No-Go. Es gibt viele Gründe, dass die Ahornstrasse sicherer sein sollte. André Auderset hat es erwähnt, der Allschwilerplatz ist eine Entwicklung, er soll mehr belebt werden, das Quartierzentrum Oekolampad, das sich dort entwickelt, die Strasse geht dort mitten durch.

Ich möchte gerne auf André Auderset kurz auch erwidern, wir haben in der UVEK damals abgeklärt, ob das Projekt des Allschwilerplatzes auch vereinbar ist mit Tempo 30. Das ist es. Wir befinden uns nicht im exakt selben Perimeter, die gesamte Ahornstrasse wird hier gefordert, dass sie velosicherer werden soll, und nicht einfach nur dieser kleine Abschnitt, der über den Allschwilerplatz geht. Es gibt zudem ein überwiesener Vorstoss für ein Gesamtkonzept Tempo 30, wo Tempo

30 zu Standard werden soll, von meinem Parteikollegen Raphael Fuhrer und daher ist Tempo 30 eine absolut adäquate und gerechte Forderung.

Weiter, denke ich, ist wichtig, dass die Ahornstrasse Velomassnahmen erhält, Tempo 30, Velostreifen, weil das eine sehr wichtige Route ist für viele Menschen, die mit dem Fahrrad von A nach B fahren. Sie ist deshalb auch im Teilrichtplan eingetragen. Es befinden sich auch Schulhäuser in der Nähe, es ist also auch eine Schulwegroute und es ist daher unabdingbar, dass man dort Massnahmen prüft.

Frustrierend finden wir, dass es dazu einen Extravorstoss braucht, da stimme ich André Auderset tatsächlich auch zu. Wir haben eine im Richtplan eingetragene Pendlerroute, die ist verbindlich, der Richtplan existiert seit mehreren Jahrzehnten und nach wie vor müssen wir im Grossen Rat immer wieder mit Vorstössen Einzelmassnahmen einfordern, weil der Richtplan nicht adäquat umgesetzt wird. Das ist frustrierend und das würden wir uns anders wünschen, solange das aber nicht der Fall ist und wir da nicht weiterkommen, braucht es solche Vorstösse.

Wir haben zudem auch Klimaziele, sichere Veloverbindungen sind wichtig. Es ist uns allen ein Anliegen, das wir Velofahren für Menschen ermöglichen im Alter von 8 bis 80 Jahren. Wenn Sie sich vorstellen, dass jemand 80-Jähriges oder auch ein 10-jähriges Schulkind auf einer Tempo 50 Strasse fährt ohne Velomassnahme, dann ist klar, die Menschen fühlen sich dort nicht sicher. Für mich geht es vielleicht mit meinen 31 Jahren, aber es soll Velofahren für alle auch ermöglicht werden.

Kommt hinzu, es gibt das Bundesgesetz zu den Velowegen. Dieses besagt, dass die Kantone Velowegnetze machen müssen, umsetzen müssen, die Velowegnetze sollen sicher sein, sie sollen durchgehend sein, die sollen getrennt vom MIV sein, wo immer möglich, sie sollen attraktiv sein, zusammenhängend direkt, das können Sie alles nachlesen in Artikel 6 des Veloweggesetzes und wir sind in Basel-Stadt noch weit davon entfernt. Die Ahornstrasse ist Teil des heutigen Velowegnetzes. Wir haben in Basel-Stadt ein Velowegnetz von 210 Kilometern, 35 Kilometer davon sind Strecken, die auf Tempo 50 Strassen sind ohne Velomassnahmen, das sind 17 Prozent des ganzen Netzes. Ich denke, so wird es schwierig, dass wir noch mehr Menschen aufs Velo bringen und ich denke, das ist keine Velopolitik für alle von 8 bis 80.

Daher ist es wichtig, dass wir auch weiterhin dranbleiben, auch mit Einzelvorstössen wie diesem und wir freuen uns, wenn diese heute überwiesen wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raffaela Hanauer, Roger Stalder möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Roger Stalder (SVP): Raffaela Hanauer, jetzt aber wirklich die Frage, was ist nicht sicher? Zehn Jahre fahren dort alle miteinander durch, es wird auch parkiert, was ist nicht sicher an dieser Strasse?

Raffaela Hanauer (GAB): Wurden Sie schon mal mit Tempo 50 auf dem Fahrrad von einem Auto zu nahe überholt? Dann wissen Sie wahrscheinlich, was ich meine mit nicht sicher.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Mit Tempo 50, beidseitiger Autoparkierung und ohne Velostreifen ist die Ahornstrasse betreffend Sicherheit und Attraktivität für den Veloverkehr angesichts dessen, dass es sich gemäss Teilrichtplan Velo um eine Pendlerroute, teilweise auch um eine Alltagsroute handelt, vielleicht nicht ausreichend. Da muss ich mich Raffaela Hanauer anschliessen. Hier muss auf jeden Fall etwas passieren. Wir Grünliberalen unterstützen deshalb den vorliegenden Anzug. Er ist sehr offen formuliert und lässt dem Regierungsrat alle Freiheit, eine gute Lösung für die Verbesserung der Situation für die Velofahrer*innen zu finden.

Wichtig ist uns, dass parallel dazu die bestehenden Anstrengungen zur Schaffung von unterirdischen Parkmöglichkeiten mit Nachdruck vorangetrieben werden, da an der Allschwilerstrasse sowie durch die anstehende Umgestaltung des Allschwilerplatzes schon zahlreiche Parkplätze aus dem Quartier verschwinden. Für die wirklich notwendigen Autoparkplätze kann so sicherlich eine gute Lösung gefunden werden, ohne dass man wie bisher die Sicherheit und den Komfort der Velofahrer*innen opfert.

Ich bitte Sie deshalb, für die Überweisung des Anzugs zu stimmen und bedanke mich.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie die Zwischenfrage annehmen? Sie wird angenommen.

Roger Stalder (SVP): Lukas Bollack, wo unter den Boden? Jean-Luc Perret hat ja selber das Tschudi-Parking versenkt. Wo wollen Sie unter den Boden?

Lukas Bollack (GLP): Da muss die Regierung eine Lösung finden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an den Anzugssteller Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich fasse nur noch kurz zusammen. In der Tat, der Anzug steht in einem Zusammenhang mit dem UVEK-Geschäft zur Umgestaltung des Allschwilerplatzes. Es ist ja in der Aufregung fast etwas untergegangen, aber André Auderset hat jetzt nochmal gesagt, die Verkehrsführung wird verändert, und zwar so, dass der Hauptverkehrsstrom weniger in die Allschwilerstrasse, sondern mehr in die Ahornstrasse geht. Das ist aber nicht neu, dass das so geht, schon seit an der Allschwilerstrasse entlang der Tramlinie die Parkplätze aufgehoben wurden, ist die Route unter Velofahrern viel beliebter geworden. Das ist auch nicht verwunderlich. Das ist ein attraktiver Weg und viele Menschen aus Basel West und Allschwil fahren dort in die Innenstadt.

Wenn man dann aber in die Ahornstrasse kommt, dann ändert sich das Bild. Die Fortsetzung erfüllt die Kriterien für eine sichere und komfortable Veloverbindung, wie gesagt, nicht. Beidseitige Parkierung, Höchstgeschwindigkeit 50, wir haben es gehört, es ist unangenehm, dort zu fahren, auch wenn jetzt nicht dauernd Unfälle passieren, aber es ist einfach ein latentes Gefühl von Unsicherheit und die verschiedenen Verkehrsteilnehmenden, die blockieren sich da auch gegenseitig. Und dies, obwohl die übergeordneten Pläne ja da sind, man müsste sie nur noch umsetzen und ich finde es auch ein bisschen schade, dass es einen Einzelvorstoss braucht für diese Strasse.

Dann ja, André Auderset, wir wollen ja den MIV nicht weghaben, Sie haben das falsch formuliert, wie wollen die Parkplätze weghaben, da kommen Sie sogar schneller voran mit Ihrem Auto, wenn Sie dort durchfahren. Also es ist eigentlich ein Gewinn für alle.

Und wenn man dann den Anzug noch ganz genau liest, dann liest man, dass da nur eine Prüfung von Massnahmen gefordert wird, aber es ist nichts vorgegeben, es ist nur eine Auflistung, was alles möglich wäre. Also es ist nicht so, dass ich mich jetzt gegen einen Velostreifen und Parkplatzabbau wehren würde, keinesfalls, aber im Anzug steht das so nicht. Es steht nur, es sollen Massnahmen geprüft werden und da gehört auch Tempo 30 dazu, das wäre auch schon eine deutliche Verbesserung.

Also Sie sehen, es bleibt noch vieles offen, es gibt keinen Grund, diesen Anzug nicht zu überweisen. Ich danke Ihnen dafür.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Daniel Seiler darf fragen.

Daniel Seiler (FDP): Ich hätte schon wieder zwei Fragen. Sind Sie dann bereit, darüber zu diskutieren, jetzt wo die Allschwilerstrasse nicht mehr so wichtig ist, dass man da vielleicht den einen oder anderen Parkplatz wieder hinmachen könnte, damit das Gewerbe dann auch wieder ein bisschen Zufriedenheit hat?

Jean-Luc Perret (SP): Nein, das bin ich nicht, weil die Parkplätze sind aus Sicherheitsgründen entfernt worden. Ich bin nicht dafür, dass man das wieder rückgängig macht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003664, 12.06.24 15:57:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 50 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

30. Anzug 12 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velovignetten und Velocodierungen gegen Velodiebstähle

[12.06.24 15:57:19, 24.5159.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Er wird bestritten von Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich darf auch im Namen der SVP diesen Anzug bestreiten. Selbstverständlich sind Velodiebstähle ein Problem, ein grosses Problem in unserem Kanton. Sie sind ärgerlich, sie sind mühsam und natürlich ist die Polizei verantwortlich für die Strafverfolgung. Und zusätzlich, weil das Problem so gross ist, sind auf dem Markt Lösungen entstanden, wie man zusätzlich zur Sicherheit beitragen kann. Es sind genau die Angebote, die jetzt auch hier von diesem Anzug vorgeschlagen werden, insbesondere die Velovignetten, und wie wir auch nachlesen können, die Velocodierungen, die gerade bei uns in unmittelbarer deutscher Nachbarschaft angeboten werden.

Beides ist heute verfügbar, beides wird von Privaten angeboten und ja, beides ist kostenpflichtig. Wem sein Velo etwas wert ist, dem darf man zumuten, dass er auch ein bisschen etwas in die Sicherheit investiert. Warum müssen jetzt diese beiden Angebote kostenlos werden zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler? Warum muss man ein Angebot eines privaten Anbieters zunichtemachen, eventuell sogar seine wirtschaftliche Existenz gefährden? Keiner käme auf die Idee, wegen der hohen Zahl von Einbruchdiebstählen gratis Alarmanlagen verteilen zu lassen. Diese Denkweise, dass etwas nur dann gut ist und nur dann etwas bringt, wenn es kostenlos vom Staat angeboten wird, diese Denkweise, die stört mich, die stört uns extrem.

Es kommt hinzu, aktuell haben wir bekanntlich grosse Ressourcenprobleme bei unserer Polizei und da müssen Sie sich die Frage stellen, wollen wir jetzt wirklich der Polizei noch zusätzliche Aufgaben übertragen, die, wie gesagt, nicht neu sind, sondern die es bereits gibt, sie werden einfach heute von Privaten erledigt. Ist das jetzt wirklich notwendig, hier der Polizei zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zusätzliche Aufgaben zu übertragen und private wirtschaftliche Existenzen in Frage zu stellen?

Wir meinen nein und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug entschieden abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Lukas Bollack.

Lukas Bollack (GLP): Velodiebstahl ist ein grosses Problem in unserem Kanton. Vielen hier im Raum ist sicher auch schon einmal ein Velo weggekommen. Das ist zum einen durch die Lage an der Grenze bedingt, welche den Diebstahl einfacher macht als anderswo, zum anderen aber auch dadurch, dass viele Menschen keinen sicheren Abstellplatz für ihr Velo haben, zum Beispiel, weil sie in einem Mehrfamilienhaus wohnen, das keine oder nicht genügend Abstellplätze bietet. Sie sind auf Abstellmöglichkeiten im öffentlichen Raum angewiesen, diese sind aber an vielen Orten nicht in ausreichender Zahl verfügbar und bieten nicht die Möglichkeit, das Velo anzuketten.

Wir Grünliberalen finden es sinnvoll, wenn das Instrument der Velovignetten vom Regierungsrat geprüft wird. Dabei muss auf jeden Fall in Betracht gezogen werden, ob die Vignette auch dann noch etwas bringt, wenn das Velo nach Frankreich oder

Deutschland transportiert wurde, was ja sehr oft der Fall ist. Sehr gut finden wir, dass der Anzug auf die Prüfung weiterer Massnahmen gegen Velodiebstähle fordert und möchten anregen, dass die Regierung hier ein besonderes Augenmerk auf zusätzliche und bessere Abstellmöglichkeiten für Velos im öffentlichen Raum setzt.

Die Fraktion der Grünliberalen wird deshalb für Überweisung stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist die Jérôme Thiriet an der Reihe.

Jérôme Thiriet (GAB): Ich darf auch für die SP sprechen. Es wiederholt sich hier auch ein Stück weit, ich habe auch schon Vorstösse in diese Richtung gemacht. Ich bin darum sehr froh, dass einmal ein Vorstoss von einem Polizisten kommt, das heisst, dass er effektiv die Problematik auch sieht und offenbar auch kein hoher Mehraufwand, um die Argumente von Luca Urgese ein bisschen zu entkräften. Lukas Bollack hat es eigentlich auch gesagt, die Velodiebstähle und vor allem die ganz geringe Aufklärungsrate ist ein Riesenärgernis in der Bevölkerung. Ich höre das auch immer wieder und mir ist eigentlich jede Bemühung recht, wenn man versucht, dem entgegenzuwirken. Wie gesagt, meine Vorstösse und weitere Vorstösse aus der grünen Fraktion sind jeweils abschlägig beantwortet worden und vielleicht helfen ja die Velovignetten respektive die Rahmennummern, um die Aufklärungsrate ein bisschen zu erhöhen. Ich glaube, das ist im Sinne von uns allen und vor allem auch im Sinne der Versicherungen, die ja dann jeweils auch hohe Summen zurückzahlen müssen.

Von dem her, bitte diesen Anzug überweisen und dann schauen, was von der Regierung kommt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit ist der Anzugssteller Christoph Hochuli an der Reihe.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Jeder Velodiebstahl ist einer zu viel. Im Jahr 2023 gab es im Kanton Basel-Stadt 5'071 zu viele Velodiebstähle, denn diese Anzahl Velos wurde tatsächlich gestohlen und beanzeigt. Gegen diese extrem hohe Zahl müssen wir als Kanton unbedingt noch mehr unternehmen. Der beste Velodiebstahlschutz ist natürlich ein gutes Veloschloss, bestenfalls schliessen wir es an einem Velosständer oder Geländer an. Velodiebe benutzen aber oft Akku-Trennscheiben und Bolzenschneider, um die Schlösser zu knacken. Kürzlich nahm ich als Polizist eine Anzeige entgegen, wo ein Mountainbike aus einem Kellerabteil gestohlen wurde, welches mit einem Veloschloss an einer Verankerung an der Kellermauer angeschlossen war. Velos werden also auch gestohlen, wenn sie gut gesichert sind.

Hier soll mein Anzug etwas Hoffnung bringen. Ich bitte damit den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob im Kanton Basel-Stadt, wie im Kanton Basel-Landschaft bei allen Polizeiposten und Velofachgeschäften ebenfalls kostenlose Velovignetten abgegeben werden können oder ob alternativ Velocodierungen angeboten werden können. Bei den Velovignetten könnten wir uns der Firma anschliessen, die diese anbietet, wie das auch der Kanton Basel-Landschaft getan hatte. Da würde man also die Privatwirtschaft unterstützen und nicht konkurrenzieren, wie das vorhin bemängelt wurde. Der Aufwand für die Polizei wäre auch klein, in Baselland liegen diese Velovignetten einfach am Polizeiposten auf den Tresen, die man dann mitnehmen darf.

Die Velovignetten mit QR-Code oder die Velocodierungen haben zwei Wirkungen. Einerseits sollen sie im besten Fall einen Dieb vom Velodiebstahl abhalten und andererseits kann der oder die Besitzende des Velos schnell ausfindig gemacht werden, wenn ein offensichtlich besitzerloses Velo irgendwo aufgefunden wird. Auch bei Polizei- oder Zollkontrollen kann mit der Vignette oder Codierung einfach und schnell festgestellt werden, wem das Velo gehört oder ob es als gestohlen gemeldet wurde.

In meinem Anzug schlage ich auch vor, dass der Regierungsrat eine finanzielle Beteiligung durch Versicherungen abklärt. Ich bin überzeugt, dass Velovignetten und Codierungen auch sehr im Interesse der Versicherungen sind und diese deshalb bestimmt motiviert werden könnten, sich an den Kosten zu beteiligen.

Ich bitte Sie, auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, diesen Anzug an die Regierung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 15 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003666, 12.06.24 16:06:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 69 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

31. Anzug 13 Amina Trevisan und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Geschichte illegalisierter migrantischen Familien mit Saisonnier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel

[12.06.24 16:06:29, 24.5160.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Dies wird bestritten von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Im Namen der SVP- und LDP-Fraktion darf ich die Überweisung des Anzuges bestreiten. Ich habe zugegebenermassen sehr viel gelernt, als ich diesen Anzug durchgelesen habe, aber nicht wirklich verstanden, was jetzt genau der Kanton tun soll, wenn wir diesen Anzug überweisen.

Es gibt eine Studie, welche sich mit dieser Thematik schweizweit befasst und dieses Thema aufgreift. Wir haben einen Verein, welcher sich mit dieser Thematik befasst im Kanton Basel-Stadt und nun soll der Kanton ein zusätzliches Projekt starten und in diesem Projekt eine zusätzliche Studie lancieren, um dieses Thema wieder aufzugreifen. Und da frage ich mich, soll jetzt der Kanton mit diesem Verein konkurrenzieren oder soll der Kanton diesen Verein subventionieren, wie sieht das aus. Für uns sieht das eher etwas nach Verwaltungsbeschäftigung aus und hier sind wir schon der Meinung, wir können gerne darüber reden, dass wir die Geschichte über die Schweiz und auch selbstverständlich die Migration und die Zuwanderung in den Schulen mehr thematisieren, wir können auch sehr gerne dieses Thema aber auch der Universität überlassen, welche hier diesen wissenschaftlichen Beitrag liefert, oder auch den Museen, wenn gewisse Veranstaltungen oder Ausstellungen in diesem Bereich spannend sind.

Aber jetzt hier wirklich für eine Thematik den Kanton zu beschäftigen, dass er ein Projekt startet und eine Studie in Auftrag gibt, das empfinden wir als der falsche Weg und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin für die Überweisung des Anzuges und möchte das auch sachlich begründen. Ich habe den ganzen Anzug durchgelesen, Sie werden sich jetzt fragen, Eric Weber macht eine Wandlung. Es tut mir leid, was damals passiert ist, was in diesem Anzug steht. Ich habe mich auch oft entschuldigt als Vertreter von dieser Partei von damals, obwohl ich damals noch nicht Grossrat gewesen bin.

Ich kann mir kurzfassen, aber ich habe alles gelesen und es ist Zufall, auf der Tribüne sitzen zwei Zeitzeugen. Sie kennen das vom Fernsehen, Zeitzeugen. Ich kenne beide Frauen, beide sind über 70, beide sind in Italien geboren, heute Schweizer und sie haben mir ihre Geschichte erzählt. Sie haben damals bei der Fremdenpolizei gezittert, obwohl sie gearbeitet haben. Und das ist wichtig, ich unterscheide immer, wer gearbeitet hat und hier viel gemacht hat. Es ist bekannt, dass die Fremdenpolizei damals streng gewesen ist und ich bin diesen zwei Zeitzeugen auf der Tribüne dankbar, was sie auch geleistet haben und was da im Anzug steht.

Ich bin für diesen Anzug. Sicherlich geht es in der Geschichte dieses Anzugs auch um die Gründung meiner Partei, die damals wegen diesem Anzug, wegen diesen Sachen entstanden ist. Im Anzug wurde nicht erwähnt, vielleicht sind die Leute zu jung, ich weiss es nicht, aber doch, es sind auch welche mit meinem Jahrgang, Sie wissen, dass damals, und da wurden wir als Schweizer schlecht dargestellt, die Italiener zu Zehnt in einem kleinen Zimmer gewohnt haben in Kleinbasel. Sie haben zu Zehnt in einem Zimmer geschlafen und das wurde im Anzug vergessen. Man kann auch in den Zeitungen lesen, das waren wirklich damals menschenunwürdige Zustände. Die Italiener, die damals gekommen sind, das stimmt, das weiss ich, hatten es nicht einfach, haben sich aber hochgearbeitet und wurden Schweizer. Im Anzug steht, dass im Kanton Basel-Stadt und Baselland schweizweit zahlenmässig die grösste Gruppe der Migranten aus Italien in der Schweiz war. Aber ich glaube, die Anzugsstellenden haben Zürich vergessen, in Zürich gab es auch sehr viele Italiener.

Ich bin für diesen Anzug, aber was mir in diesem Anzug fehlt, wo soll die Studie zum Thema Italiener in der Schweiz, die jetzt Schweizer sind, präsentiert werden? Also wo soll die Studie, die da verlangt wird, präsentiert werden? Soll das im Museum stattfinden oder soll das eine Ausstellung sein? Ich bin diesen Italienern dankbar, die hier geholfen haben, und es tut mir leid, auch im Namen meiner Partei damals, Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat, dass es diese Auseinandersetzungen gegeben hat. Es war eine schlimme Zeit, nicht einfach, aber heute sagen wir, die Leute sind patriotisch und ich habe mich entschuldigt und die Leute haben alle gearbeitet.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen, stellte Max Frisch im Jahr 1965 fest. Das Zitat entstand aus der kritischen Auseinandersetzung von Frisch mit der damals herrschenden Migrationspolitik. Es war die Zeit der sogenannten Gastarbeitenden. Es war die Zeit der ersten Überfremdungsinitiative, die schon vorhin auch erwähnt wurde. Es war die Zeit, als viele Menschen aus Südeuropa in die Schweiz gekommen sind als Arbeitskräfte. Es war die Zeit der sogenannten versteckten Kinder.

Es ist immer noch ein dunkles Kapitel der Schweizer Migrationspolitik und ja, es ist an der Zeit, uns öffentlich damit auseinanderzusetzen. Blenden wir zurück, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Rui, Giuseppe, Maria oder Ivana, die kommen aus unterschiedlichen Ländern Südeuropas. Sie sind als Kinder von Saisonnier in die Schweiz gekommen. Ihr gemeinsames Schicksal, fragen Sie sich vielleicht, sie alle sind im schulpflichtigen Alter und leben in diesem Land versteckt. So wie für Giuseppe, Ivana oder Maria besteht auch für Rui die Schweiz aus zwei Betten, einem Schrank, einer Kommode und vier Stühlen. Das Zimmer ist seine Welt. Kindsein bedeutet für ihn stillsitzen und schweigen, denn niemand darf wissen, dass es ihn gibt. Seit vier Jahren lebt er mit seinen Geschwistern im Verborgenen.

Tausende Kinder von Saisonnier haben in der Schweiz seit der Einführung des Saisonnierstatuts im Jahr 1934 die gleiche traumatische Erfahrung wie Rui erlebt. Andere haben ihre ganze Kindheit getrennt von ihren Eltern verbracht. Sie haben bei Verwandten, oft bei Grosseltern in ihrem Herkunftsland gelebt. Dies, weil ihnen die Schweiz keine andere Wahl liess, denn der Familiennachzug war für Saisonnier verboten. Eine vor kurzem publizierte Untersuchung schätzt, dass eine halbe Million Kinder von Gastarbeitenden getrennt von ihren Eltern, ihre Kindheit verbracht haben. 50’000 Kinder haben in der Schweiz als sogenannte versteckte Kinder gelebt. Das Schicksal dieser Kinder hat viele Familien stark geprägt und das tut es immer noch. Denn es ist lange her, doch die Wunden der Vergangenheit, nein, sie sind nie ganz verheilt.

In der Schweizer Öffentlichkeit war die Situation der gastarbeitenden Familien lange Zeit kein Thema, ein Tabu, würde ich fast behaupten. Erste Forschungsarbeiten und Recherchen haben in den letzten Jahren persönliche Geschichten, Fakten und traurige Erkenntnisse über die damalige Zeit ans Licht gebracht. Es ist an der Zeit, uns kritisch mit dieser Schattenseite der Schweizer Migrationspolitik auseinanderzusetzen. Befassen wir uns mit der Vergangenheit, vergessen wir sie nie, sondern lernen wir daraus. Und, geschätzte Damen und Herren, genau heute können wir diesen Schritt machen, indem wir diesen Anzug überweisen und ich bitte Sie in diesem Sinne im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Heidi Mück.

Heidi Mück (GAB): Wir haben von meiner Vorrednerin gehört, das Saisonnierstatut hat viel Leid verursacht. Ich habe mich im Rahmen einer Arbeit am Buch «Zukunft Schwarzarbeit» über jugendliche Sans-Papiers und das Recht auf Schulbildung für versteckte Kinder auseinandergesetzt und den Kampf um das Recht auf Schulbildung. Dabei habe ich auch viel über die Auswirkungen des Saisonniersstatuts auf die betroffenen Arbeiter und ihre Familien gelernt.

Was mich am meisten beeindruckt und auch beelendet hat, den Behörden war es durchaus bewusst, dass das Saisonnierstatut den elementarsten Menschenrechten widersprach. Es war auch den politisch Verantwortlichen bekannt, dass das Schicksal der versteckten Kinder unmenschlich und grausam war und das wurde einfach in Kauf genommen. In einem schriftlichen Interview mit den Autorinnen des Buches «Versteckte Kinder zwischen Illegalität und Trennung» äusserte

sich der damalige Bundesrat Arnold Koller 1992 zu den versteckten Kindern. Ich zitiere: «Das Problem ist dem Bundesrat volllauf bewusst. Die Kinder sind effektiv da. Aber aus dieser Tatsache darf nicht einfach abgeleitet werden, dass auf jegliche Einhaltung der fremdenpolizeilichen Vorschriften verzichtet werden kann. Ebenso könnte man argumentieren, dass man Schwarzarbeitern einfach eine fremdenpolizeiliche Bewilligung erteilen soll, nur weil sie bereits da sind.» Zitat Ende. Vor dem Hintergrund der vorher geschilderten Beispiele klingt dies in meinen Ohren sehr zynisch und ich bin überzeugt, dass wir das besser können.

Für das im Anzug geforderte Projekt, das würde eine Aufarbeitung der Geschichte für die Betroffenen, aber auch für uns als Gesamtgesellschaft ermöglichen. Das wäre ein wichtiges Zeichen der Anerkennung. Das Schicksal der vom Saisonnierstatut betroffenen Männer, Frauen und Kinder war grausam und es wirkt heute noch nach. Wir als Gesellschaft von Basel-Stadt haben da auch etwas gut zu machen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum hat sich Eric Weber gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte ganz kurz Bezug nehmen auf meine Vorrednerin Zaira Esposito. Sie hat das weltberühmte Zitat gebracht: Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen. Ich habe das alles in meinem Kopf, alle meine Artikel, die ich geschrieben habe. Das Zitat, wie ich gesagt habe, ist weltberühmt, danke, dass Sie es gebracht haben. Aber man muss zu dem Zitat natürlich sagen, was ich auch immer hier erklärt habe, wo ich auch als ein Linker durchgehen würde, wer hat von diesen Arbeitskräften profitiert? Und das ist in einem Satz gesagt, das ist die Wirtschaft, das Grosskapital. Und die Folgekosten hat der Staat zahlen müssen wie die Sprachkurse.

Zur Rednerin Heidi Mück. Sie hat richtig gesagt, das Wort Projektanerkennung sollte man in diesem Projekt bringen, aber ich muss dann noch sagen zum Schluss, es wäre auch schön, wenn es das Projekt gibt und wenn in diesem Projekt dann auch nicht vergessen wird, mein ehemaliger Chef, Nationalrat Dr. James Schwarzenbach, weil das gehört natürlich auch dazu und das wollte ich noch sagen.

Ich denke, dieser Anzug geht durch.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Anzugsstellerin Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Il pianto è così forte e non fa alcun rumore, Lucia - Weinen ist so laut und mache keinen Lärm, Lucia. Presto, presto, nasconditi, Salvatore, sento arrivare qualcuno - Schnell, schnell, verstecke dich, Salvatore, ich höre jemanden kommen. So ungefähr muss es sich zu Hause bei migrantischen Familien in den 50er- und 60er-Jahren angehört haben, wenn Kinder Kinder waren und die Angst vor der Fremdenpolizei, wie sie damals hiess, allgegenwärtig war. Die sogenannten versteckten Kinder von Gastarbeiterinnen durften weder laut weinen noch lachen oder mit ihren Freund*innen spielen, denn sie waren hier unerwünscht. Sie erlebten eine verneinte Kindheit geprägt von einem Leben im Untergrund. Diese Kinder sind während einer Zeit gross geworden, in der italienische und später auch spanische, portugiesische, ex-jugoslawische und türkische Migrierten mit der rassistischen Rhetorik der Überfremdung als kulturfremde Eindringlinge beschimpft und abgewertet wurden.

Mit Metaphern wie schleichende Krankheit oder artfremdes Gewächs warnte James Schwarzenbach, ein rechtspopulistischer Politiker, Ende der 60er-Jahren davor, dass die Italiener*innen das friedliche Zusammenleben in der Schweiz bedrohen würden. Ja, rassistische Anfeindungen, Ablehnung, Demütigung und Erniedrigungen gehörten zum Lebensalltag von Saisonnier dazu. Migrierte wurden in ihrer menschlichen Würde verletzt. Auch in Restaurants waren sie vor Anfeindungen nicht gefeit, sofern sie überhaupt hineinkamen und nicht vor Schildern mit der Anschrift «Für Hunde und Italiener verboten» stand.

Rassismus damals, und heute? Vor zwei Wochen erzählte mir ein Mann italienischer Herkunft, dass er erst vor einem Jahr von seiner älteren Schwester erfahren hat, dass auch sie ein verstecktes Kind war. Er erzählte mir seine familiäre Geschichte. Sogar im Keller musste sich seine Schwester verstecken, erzählt er mir mit emotionaler Betroffenheit. Seine Eltern schweigen bis heute, sie können nicht darüber reden. Scham, Ohnmacht, Schuldgefühle begleiten viele betagte Eltern bis heute. Schweigen als Bewältigungsstrategie. Und viele betroffene Menschen der damaligen Migrationspolitik sterben, ohne Worte für ihr Leiden zu finden, ohne Heilung für ihren Schmerz.

1934 trat ein folgenreiches Gesetz in Kraft, das die Schweizer Familien und Migrationspolitik rund 70 Jahre lang prägte. Das Gesetz ist rasch zusammengefasst. Aus wirtschaftlichen Gründen wurden für eine strikt begrenzte Zeit Arbeitskräfte rekrutiert. Sie sollten schlecht bezahlt und in Baracken leben, die wachsende Infrastruktur des Landes aufbauen und pflegen und sich nicht integrieren. Das damals eingeführte Saisonnierstatut erlaubte es den Gastarbeiter*innen aus Südeuropa, neun

Monate pro Jahr in der Schweiz zu leben. Die Kinder mussten entweder in ihrem Herkunftsland bleiben, wurden in Heimen untergebracht oder mussten versteckt vor den Behörden in der Schweiz leben.

Wenn man jedoch den historischen Kontext dieses Gesetzes mitliest, blickt man in einem moralischen Abgrund. Das familiäre Zusammenleben und die Familiengründung von migrierten Menschen in der Schweiz wurde illegalisiert. Durch ein Rotationsprinzip und die Statuten A und B wurden die Arbeiter*innen vom Rest der Gesellschaft sekretiert und des fundamentalen Grundrechts beraubt, dass Menschen ein Zusammenleben mit der Familie garantiert. Von 1934 bis 2002 wurde etwa eine halbe Million Familien aus dem gesamten Süden Europas durch die Gewalt dieser Statuten und der damit verbundenen strukturellen Gewalt zum Teil schwer traumatisiert. Die Folgen sind bis in die dritte Generation spürbar.

Es ist angezeigt und an der Zeit, dass auch die Politik selbstkritisch dieses Stück Schweizer Vergangenheit aufarbeitet. Deshalb ist es dringend nötig, dass das Projekt Historische Aufarbeitung der Trennung und Illegalisierung von südeuropäischen Familien mit Statut A und B im Kanton Basel-Stadt» lanciert wird. Der Kanton Basel-Stadt würde damit eine schweizweite Vorreiterrolle einnehmen. Als Hauptmassnahme des Projekts ist eine Studie zur Aufarbeitung dieses Kapitels der Basler Geschichte in Auftrag zu geben. Denn nur was wir kennen, können wir auch anerkennen.

Vielen Dank für die Überweisung dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 26 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003670, 12.06.24 16:27:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 68 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

32. Anzug 14 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Zukunft der Kirchengebäude in Basel-Stadt

[12.06.24 16:27:11, 24.5161.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

33. Anzug 15 Annina von Falkenstein betreffend Erweiterung Tagesfamilien durch Tagesgrosseltern

[12.06.24 16:27:34, 24.5179.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Er wird bestritten von Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion möchte ich den Anzug bestreiten und beantrage Ihnen, ihn nicht zu überweisen. Tagesfamilien sind ein ganz wichtiges ergänzendes Element des Betreuungsangebotes im Kantons Basel-Stadt, insbesondere auch für Schichtarbeitende, weil sie zum Beispiel auch Betreuung am Abend offerieren können, in der Nacht, auch am Wochenende, was heute über die Kindertagesstätten nicht abgedeckt wird und auch schwierig ist, Modelle zu finden, wie das abgedeckt werden könnte. Wichtig ist auch, dass bei den Tagesfamilien die Schwelle der Betreuung tiefer ist, als es bei den Kindertagesstätten ist. Also eine Familie, die ihr Kind für neun Stunden betreut haben möchte, kann es in eine Tagesfamilie geben, bei den Kindertagesstätten muss es ja zu 40 Prozent in der Kita sein, um dann die Betreuungsbeiträge vom Kanton zu erhalten.

Die Suche nach neuen Betreuungspersonen, Tagesfamilien ist aktuell schwierig. Es gibt Wartelisten von Kindern, die nicht aufgenommen werden können, also das Anliegen mit dem Anzug, hier Verbesserungen hinzukriegen, das Tagesfamilienmodell zu erneuern oder vielleicht kann man auch sagen, zu retten, das teilen wir sehr.

Aus unserer Sicht ist das Problem, dass wir im Moment haben, extrem tiefe Löhne. Wir haben auch keine kostendeckenden Mahlzeitenbeiträge und das hat diese Form der bezahlten Care-Arbeit sehr unattraktiv gemacht. Ganz wichtig ist deshalb zu wissen, dass die Regierung auch auf Druck einer Interpellation von mir und aufgrund des Drucks von BKK jetzt entschieden hat, dass die Tagesfamilien Anrecht auf den Mindestlohn haben. Das wird jetzt dann rückwirkend umgesetzt und das Erziehungsdepartement ist in der Erarbeitung eines neuen Modells, die Umsetzung wird jetzt aktuell ausgearbeitet.

Wir möchten genau in dieser Phase diesen Anzug nicht überweisen, weil wir der Meinung sind, dass der Anzug hier im Moment eine falsche Priorität setzt bei der Entwicklung von diesem neuen Modell. Die Idee wirkt auf den ersten Blick sympathisch, aber bei der Lektüre des Anzugs haben wir gesehen, dass er falsche Signale setzt, solche, die der laufenden Professionalisierung der Tagesfamilie eigentlich entgegenlaufen. Es sollte aus unserer Sicht jetzt nicht oberste Priorität sein, ältere Menschen einzubeziehen, also Pensionierte einzubeziehen zur Lösung des Problems, sondern es muss jetzt zuerst mal für Arbeitnehmer*innen vor dem Pensionsalter diese Art von Arbeit attraktiv gemacht werden. Wenn das dann nicht gelingt, dann könnten wir vielleicht diese Forderung dann auch nochmals anschauen.

Wir sind nicht kritisch, weil wir sagen, dass Personen über 65 keine qualitativ hochstehende Kinderbetreuung machen können. Das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist, wollen wir das, wollen wir, dass ein Teil von unserem Kinderbetreuungssystem auf der professionellen Betreuungsarbeit von Menschen über dem Pensionsalter aufgebaut und von ihnen abhängt. Als SP sind wir immer wieder kritisch dagegen, wenn es darum geht, das Pensionsalter zu erhöhen aufgrund des Fachkräftemangels und deshalb sehen wir auch diese Lösung als kritisch. Bei diesem Anzug geht es ja nicht darum, dass bereits bestehende Grosseltern, die ihre Enkel betreuen, entschädigt würden, das wäre ja eine andere Diskussion. Diese will der Vorstoss hier nicht lancieren, die wäre durchaus auch interessant. Aber hier geht es ja darum, dass Pensionierte zusätzlich zu den eigenen Enkeln auch noch weitere Kinder betreuen.

Bei der Polizei haben wir hier drinnen die Lösung auch noch nicht diskutiert, dass Pensionierte an den Wochenendeinsätzen an Demonstrationen eingesetzt werden. Wir haben hier über Löhne diskutiert, Attraktivität als Arbeitgeberin, verschiedene Kampagnen, dass jetzt gerade bei der prekären Care-Arbeit zuerst der Einbezug von Pensionierten gefordert wird, bevor der Mindestlohn überhaupt umgesetzt wird, bevor die tiefen Mahlzeitenbeiträge erhöht worden sind, ist aus unserer Sicht kein Zufall, sondern auch Ausdruck davon, wie wir in der Gesellschaft immer wieder Care-Arbeit wahrnehmen. Was es aus unserer Sicht braucht, ist eine Kampagne, um neue Arbeitnehmende zu gewinnen, Information, dass der Mindestlohn umgesetzt wird, es müssen Job-Angebote auf den Stellenportalen gemacht werden und die Beiträge an die Mahlzeiten müssen dringend erhöht werden.

Was der Anzug auch macht, ist, dass er mit Begriffen immer wieder auch die Arbeit der Tagesfamilien entprofessionalisiert, es gehe um Sinnhaftigkeit, Einsamkeit könne vorgebeugt werden. Solche Bedürfnisse sind wichtig, es gibt im Kanton auch viele Angebote im freiwilligen Bereich, die diese erfüllen. Aus unserer Sicht ist es aber falsch, das mit der aktuellen Problematik bei den Tagesfamilien zu vermischen.

Wir sind mit der Anzugstellerin einer Meinung, dass wir hier die Tagesfamilien weiterentwickeln müssen, aber nicht in dieser hier vorgeschlagenen Form.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GAB): Das Statement meiner Vorrednerin erfüllt eigentlich schon fast alles, was ich gesagt haben wollte. Ich wiederhole jetzt trotzdem einiges. Ich glaube, wichtig ist die Vielfalt in der Betreuung. Es gibt ganz verschiedene Bedürfnisse bei Kindern und die müssen irgendwie erfüllt werden und hier sind die Tagesfamilien ein wichtiger Bestandteil. Ich selber arbeite ja im Baselbiet in einem ähnlichen Bereich und auch dort erlebe ich, dass das Angebot von Tagesfamilien stark zurückgeht. Viele Gemeinden haben auch ihre Leistungsvereinbarungen aufgekündigt, weil sie keine neuen Tagesfamilien mehr finden und ich denke, das hat einen starken Zusammenhang mit der Lebensrealität der heutigen Familie, dass beide ein gutes Einkommen nach Hause bringen, und hier möchte ich den Schwung machen.

Ich glaube, das Problem, dass das Angebot nicht mehr so stark ist, hängt an den Löhnen. Nun haben wir in Basel-Stadt ja den Mindestlohn eingeführt und der muss auch für Tagesfamilien gelten. Das wird kommen, nehme ich an, ich habe nichts gefunden im Internet, aber es muss ja kommen und ich denke, wenn wir gute Löhne bezahlen, dann haben wir auch wieder junge oder jüngere Personen, die das anbieten. In unserer Fraktion ist stark die Meinung vorhanden, dass wir jetzt nicht, wenn wir das Problem sehen, an der Altersgrenze schrauben, sondern eigentlich dahingehend zurückgehen, dass wir die Arbeitsbedingungen ändern.

Darum beantragen wir die Nichtüberweisung. Wichtig ist mir insbesondere, dass an der Qualität nicht geschraubt wird. Es ist wichtig, dass die bestehenden Qualitätsstandards weiterhin gelten, weil es ist eine Fremdbetreuung der Kinder und dort müssen wir ganz hohe Standards ansetzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zur Anzugsstellerin Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich darf meine Meinung als Anzugstellerin auch gleich für FDP, Mitte und SVP teilen. Tagesfamilien sind ein wichtiges Angebot für Eltern mit unregelmässigen und nicht 9-to-5-Job-Arbeitszeiten, das haben wir jetzt vorher auch schon gehört. Es gibt fast immer Wartelisten für Plätze in Tagesfamilien. Das bringt Eltern in Organisationsengpässe, denn sie würden gerne mehr arbeiten oder überhaupt arbeiten, finden aber keinen geeigneten Betreuungsplatz in einer Tagesfamilie. Denn diese sind auch quartierabhängig, sollten in der Nähe der anderen Umfeldsituationen der Kinder sein, entsprechend schwierig ist es, da schnell was zu finden. Ich hoffe sehr, dass durch die Einführung des Mindestlohns die Situation verbessert wird, dennoch sollten auch weitere Ansätze zur Reduktion der Warteliste geprüft werden.

Parallel zum aktuellen Tagesfamilien-Betreuungsengpass werden Menschen immer wie älter. Deshalb unter anderem bleiben sie auch länger gesund. Nicht erst seit gestern ist bekannt, dass aufgrund des Fachkräftemangels auch in vielfältiger Weise die ältere Generation einbezogen werden muss. In diesem Vorstoss wird das indirekt angedacht. Damit mehr Eltern mit Bedarf eines Tagesfamilienplatzes einer Erwerbstätigkeit nachgehen können oder ihren Beschäftigungsgrad erhöhen können, könnte ein sehr nachgefragtes Betreuungsangebot durch Beizug von Seniorinnen und Senioren ausgebaut werden. Gerade für Personen, die in den Blaulichtorganisationen arbeiten oder sich Tag und Nacht im Spital um kranke Menschen kümmern, braucht es Tagesfamilien, um die Berufstätigkeit zugunsten des Wohls und der Sicherheit unserer Bevölkerung zu ermöglichen.

Dabei möchte ich Sie darauf hinweisen, dass wir hier einen Anzug, also Prüfen und Berichten, zur Erweiterung von Tagesfamilien durch Tagesgrosseltern diskutieren und nicht eine Motion zum Betreuungszwang für pensionierte Menschen. Ein grosser Unterschied. Ich bin nicht ganz sicher, ob das so angekommen ist und das klar ist, dass das Vorstossmodell so gewählt wurde, damit es eben nicht zu einem Zwang führt. Das ist wirklich nicht der Sinn. Es sagt auch niemand, dass der Prüfpunkt rund um die Anforderungskriterien, der im Vorstoss vorhanden ist, bedeutet, dass dieser vereinfacht oder gelockert werden sollte. Das ist eine reine Annahme, die überhaupt nicht so gemeint ist, das ist sehr offen geschrieben, wurde aber offenbar in eine Deprofessionalisierungs-Richtung gewertet, was absolut nicht damit gemeint ist. Ich habe es extra noch einmal nachgelesen und es geht wirklich nicht um eine Deprofessionalisierung, an der Qualität soll also nicht geschraubt werden.

Der bereits heute streng definierte Prozess, um zur Tagesfamilie zu werden, müsste allenfalls um weitere Fragen und Abklärungen erweitert werden, da ältere Menschen allenfalls im Bereich der körperlichen Fitness etwas vielseitiger evaluiert werden müssten, als das bei Jüngeren der Fall ist. Das Wohlergehen der Kinder steht zu jeder Zeit im Vordergrund, weil Tagesfamilie sein heisst eben nicht einfach ein bisschen hüten. Tagesfamilien sind ergänzende Betreuungsangebote zu Kitas und Tagesstrukturen, bei beiden dieser Modelle sind professionell ausgebildete Menschen im Einsatz, entsprechend wichtig ist diese Qualität auch bei den Tagesfamilien. Die Tagesfamilien sollen dem nicht nachstehen und deshalb ist auch die sorgfältige Auswahl weiterhin wichtig, weswegen das neutral formuliert wurde.

Die SP hat sich unlängst für die Einsamkeitsbekämpfung eingesetzt und gerade nach der Pensionierung ändert sich eben viel, warum also nicht qualifizierten und motivierten Personen die Aktivität als Tagesgrossmutter oder -Vater ermöglichen. Um die Kräfte der entsprechenden Personen nicht zu überschreiten, fordere ich auch die Prüfung und Berichterstattung dazu, in welchem Rahmen zum Beispiel die Mindestbetreuungszeit von neun Stunden gesenkt werden könnte, um das Angebot mehr Personen zur Verfügung zu stellen. Das könnte die Aufnahme einer niedrigprozentigen Stelle ermöglichen. Dies hilft einerseits der individuellen Absicherung und wirkt andererseits dem Arbeitskräftemangel entgegen.

Auch für Familien, die keine Grosseltern in der Nähe wissen, wie zum Beispiel bei migrierten Familien oft der Fall, kann durch die Option der Tagesgrosseltern eine generationsübergreifende Bezugsperson ins Leben der Kinder treten und zur Integration am neuen Ort beitragen. Das kann auch zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit beitragen.

Die LDP ist bereit, auch weitere Massnahmen rund um die Tagesfamiliensituation zu prüfen, bittet Sie aber dennoch, das eine zu tun und das andere nicht ungeprüft zu lassen, also diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003673, 12.06.24 16:40:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 48 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

34. Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Stellungnahme des RR

[12.06.24 16:40:32, 23.5657.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum. Für die Fraktion SP hat sich Beda Baumgartner gemeldet.

Beda Baumgartner (SP): Diese Diskussion um Entlastungsziele, um generelle Aufgabenüberprüfungen und auch damit einhergehend dem «Sparpotenzial» in unserem Kanton ist etwas, die wir immer wieder von vorne führen. Ich finde in diesem Kontext auch mal wichtig, dass wir uns grundsätzlich die Frage stellen, was haben wir für eine Erwartungshaltung, wenn wir eine generelle Aufgabenüberprüfung fordern und sie gleichzeitig damit verknüpfen, dass wir Entlastungsziele definieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem auch lieber Motionär, Tobias Christ, formulieren Sie doch konkret, was Sie mit den Entlastungszielen genau erreichen wollen und das ist ja am Ende des Tages einen Abbau von gewissen Leistungen. Ich glaube, das würde der Ehrlichkeit in dieser Debatte in diesem Saal zu diesem Thema um einiges guttun.

Jetzt verknüpft mit den Entlastungszielen wird gesagt, die müssen anhand der generellen Aufgabenüberprüfung gemacht werden. Und das ist eine Interpretation der generellen Aufgabenüberprüfung, gegen die ich mich stark wehren würde. Ich sehe die generelle Aufgabenüberprüfung nicht dazu, primär Leistungen des Staates oder des Kantons abzubauen, sondern ich sehe sie dazu, Leistungen des Kantons oder des Staates zu optimieren und so auszurichten, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern dieses Kantons zugutekommen.

Die andere Diskussion, die wir uns im Kontext eines sogenannten Entlastungsziels oder eben konkret eines Abbaus, der wir uns stellen müssen, ist, Sie wollen ernsthaft im Kontext von solchen Überschüssen, wie wir sie momentan kennen, dafür sorgen, dass wir Leistungen des Staates in diesem Kanton abbauen sollen. Also das ist am Ende des Tages das, ich werde auch nachher noch zum zweiten Vorstoss reden von Tobias Christ, aber das ist am Ende das, was wir aus diesem Vorstoss lesen müssen. Und dann finde ich, ist es schon irgendwann auch ein bisschen fragwürdig und problematisch. Dann hören wir hier von bürgerlicher Seite vor allem in Personalbereiche, die der bürgerlichen Seite sehr wichtig sind, und ich nehme jetzt für die Finanz- und Wirtschaftspolitik die GLP gerne zur bürgerlichen Seite, auch wenn sich viele Leute in diesem Saal auf einer anderen Seite des politischen Spektrums enorm viel Mühe geben, sie anders zu verorten, dann stehen Sie hin und sagen, da brauchen wir Ausbau. Also wir haben jetzt eine sehr intensive Diskussion gehabt über die Erhöhung der Löhne für die Polizei, wir haben auch immer wieder Diskussionen im Repressionsbereich, aber auch in anderen Bereichen, wo Sie vielleicht näher sind aufgrund von beruflichen oder Verbandsverknüpfungen und dort wollen Sie dann Ausbau und gleichzeitig wollen Sie mit dieser GAP und diesem Abbauziel und eben nicht einem Entlastungsziel, einem Abbauziel, dort wollen Sie dann sparen oder abbauen. Und ich finde schon in diesem Kontext, sagen Sie doch ganz konkret, was Sie abbauen wollen.

Ich bin jetzt sechseinhalb Jahre in diesem Parlament und ich habe jetzt vielleicht einmal, nein, ich muss sagen, das muss man der SVP lassen, sie stellen jedes Jahr den Abbau bei der Gleichstellung, das ist inhaltlich aus meiner Sicht komplett ungerechtfertigt, aber das ist konkret. Aber sonst sagen Sie doch von bürgerlicher Seite, wo Sie konkret abbauen wollen und spielen Sie das nicht auf die Regierung. Also übernehmen Sie die Verantwortung dort, wo Sie abbauen wollen, aber nicht über eine generelle Aufgabenüberprüfung und mit einem sogenannten Entlastungsziel, sondern sagen Sie, in diesen Staatsbereichen wollen wir weniger ausgeben, ganz konkret.

Raoul Furlano sagt, er weiss es, dann kann er das uns ja nachher sagen, wo er genau abbauen will, oder bilateral auch, bin ich offen, aber ich finde es schon ein bisschen problematisch. Sie versuchen über finanztechnische Regularien, wir werden das in der nächsten Motion auch noch sehen, versuchen Sie etwas durchzusetzen, wo Sie aber, wenn Sie 1:1 hinstehen müssen und sagen, wo Sie konkret weniger Geld ausgeben wollen, das ganz häufig leider nicht tun. Wirklich nicht. Also ich kenne keine sehr konkreten bürgerlichen Vorstösse, wo wir wirklich in einem grossen Stil abbauen wollen. Und natürlich heisst das nicht, dass ich da mitmachen würde, aber dann wäre es eine materielle Diskussion, dann wäre es eine materielle Diskussion über eine politische Legitimation von gewissen Ausgaben. So ist es eine finanztechnische Diskussion, die einfach darüber geführt wird, dass die Regierung das machen und tun soll.

Und dann noch etwas grundsätzliches zu der Frage in Bezug auf die Effizienz verbunden mit dieser generellen Aufgabenüberprüfung. Also ich muss Ihnen schon sagen, wenn Sie sich einfach jetzt hinstellen und sagen, es gebe so viel, wo man jetzt aufgrund der generellen Aufgabenüberprüfung Geld sparen könnte, dann würde mich wirklich interessieren, in welchen Bereichen Sie das konkret sehen. Weil was ich auch sehe, ist, ich sehe Departemente, die teilweise das Budget übertreffen und gleichzeitig nicht die FTE ausschöpfen, also die Lehrbestände haben beim Personal und trotzdem das Budget überschöpfen.

Ich kann Ihnen auch ganz konkret sagen, zum Beispiel das Justiz- und Sicherheitsdepartement hat einen Leerbestand bei der Kantonspolizei, einen sehr hohen, wie wir in diesem Saal sehr gut wissen, und schöpft das Budget komplett aus. Ich bin dann noch gespannt, da kann der Motionär vielleicht sagen, ob das jetzt in Sachen generelle Aufgabenüberprüfung wäre, das wäre für mich schon noch eine interessante Fragestellung. Also da wird das Budget ausgeschöpft und gleichzeitig sind die Leute nicht alle angestellt, die man eigentlich bräuchte beim JSD, Ja, bräuchte es jetzt hier ein Entlastungsziel oder bräuchte es eigentlich mehr Ressourcen? Und beim JSD würden Sie ja vielleicht noch mitmachen mit den Ressourcen, also vielleicht würden Sie dann dem Departement allgemein mehr Ressourcen geben, aber ich glaube, es ist ein gutes Beispiel dafür, dass wenn Sie eben über die finanztechnokratische Schiene einfach etwas finanzpolitisch lösen wollen, dass Sie mit dem nicht wirklich an das Ziel herankommen. Weil ich finde, wir sollten in diesem Saal materielle Diskussionen darüber führen, was wir wollen politisch und das politisch entscheiden inhaltlich und nicht anhand von Automatismen und irgendwelchen finanztechnokratischen Instrumenten.

Darum finde ich diese Motion völlig am falschen Ort, mit dem völlig falschen Ziel und auch zum völlig falschen Zeitpunkt. Also Sie wollen jetzt ernsthaft mit diesen Überschüssen, ich habe in diesem Saal von mehreren Leuten gehört, wie absurd viel Geld der Kanton hat, es gibt verschiedene Ideen, was man mit diesem Geld, gewisse Leute wollen es rückverteilen pro Kopf oder proportional zu den bezahlten Steuerträgen, es gibt andere Leute, die wollen konkrete Projekte damit finanzieren, und dann wollen Sie der Bevölkerung gleichzeitig sagen, mit diesem Überschuss, wir brauchen jetzt unbedingt Entlastungsziele.

Also irgendwann finde ich, geht das schon nicht ganz auf, liebe Kolleginnen und Kollegen, und darum führen Sie die Debatte dort, wo Sie abbauen wollen, bitte konkret, und dann können wir nämlich auch, das ist dann ein Teil der Auseinandersetzung,

dann können wir auch transparent sagen, wir wollen das, Sie wollen das und am Ende sagt vielleicht einfach noch die Bevölkerung, was sie will, aber dann ist es anhand von dem. Und übernehmen Sie die Verantwortung, wenn Sie abbauen wollen und schieben Sie das nicht zur Regierung. Ich glaube, sonst ist das Vertrauen jetzt auch nicht unbedingt unbeschränkt sonst immer in Richtung Regierung, dann müssen Sie das Vertrauen hier auch nicht ausbauen, sondern übernehmen Sie Verantwortung und sagen, wo Sie konkret abbauen wollen. Und dann finde ich, führen wir auch eine andere Debatte als über solche Motionen, wo es einfach relativ abstrakt ist und nicht konkret und wo wir am Ende auch nicht wirklich sagen können, diesen Weg wollen wir jetzt gehen oder nicht.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GAB spricht Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Ich kann nur wiederholen, was ich bereits bei der ersten Überweisung dieser Motion gesagt habe. Wir möchten auch, dass die Verwaltung effizienter, ohne Doppelspurigkeit arbeitet. Wir möchten auch, dass Ämter und Abteilungen miteinander sprechen und kooperieren. Ich finde aber, dass der Regierungsrat zuerst mit einer generellen Aufgabenüberprüfung die Situation analysieren soll und erst danach Massnahmen entsprechend ergreift, als vor einer generellen Aufgabenüberprüfung konkrete Effizienzziele zu definieren.

Wir stellen uns die Frage, was heisst das Ganze konkret? Auf welcher Grundlage sollen Ziele definiert werden? Das klingt für uns alles sehr willkürlich und zuletzt haben wir gesagt, dass es ehrlicher gewesen wäre, wenn die Motionäre konkrete Ziele genannt hätten, da es bei dieser Motion eigentlich nur um eine Sparübung geht, obwohl es keinen Grund gibt zu sparen. Interessant ist, dass der Motionär am Schluss der Debatte bei der ersten Überweisung nicht bestritten hat, dass es bei der Motion in der Tat ums Sparen geht.

Der Regierungsrat hat nun in seiner Stellungnahme sehr gut aufgelistet, was er bei der letzten generellen Aufgabenüberprüfung gemacht hat. Es wurde nicht nur an Schwerpunkten gearbeitet, also nicht nur Schwerpunkte analysiert, sondern die Departemente haben auch in ihrem Bereich weitere 34 Aufgabenüberprüfungen durchgeführt. Es wurden Organisationsanalysen durchgeführt, Prozesse und die Leistungserbringung analysiert, die Quantität und Qualität von Aufgaben untersucht, ein Verzicht auf Aufgaben geprüft und zwei make-or-buy Analysen gemacht. Aus den Analysen haben die Departemente rund 70 Massnahmen abgeleitet und umgesetzt. Das ausgearbeitete und umgesetzte Konzept hat sich grundsätzlich bewährt und wurde von der Finanzkontrolle, aber auch von der grossrätlichen Finanzkommission als positiv gewürdigt. In dieser gleichen Art läuft die aktuelle GAP.

Wir teilen die Schlussfolgerung des Regierungsrates. Ziel der GAP ist, die staatlichen Aufgabenerfüllung zu verbessern. Es kann auch nicht nur zu Minderaufgaben führen, der Regierungsrat kann auch erkennen, dass mehr Mittel für gewisse Aufgaben notwendig sind. Vorher hat Beda Baumgartner ganz gut aufgelistet, was das für die Polizei bedeutet. Eine GAP soll dazu führen, dass kein Sparprogramm notwendig wird, weil eben gerade auf die Effizienz geschaut wird und Massnahmen genannt werden. Die Erfahrung zeigt auch, dass eine ergebnisoffene Prüfung zielführender ist und zu mehr wirksamen Massnahmen führt. Mit einem Entlastungsziel wäre die eigentliche Aufgabenüberprüfung von untergeordneter Bedeutung, da es letztlich um das Erreichen der Zielvorgaben ginge. Die Vermischung von GAP und Sparprogramm würde die Wirkung beider Instrumente reduzieren und zu einem unbefriedigenden Ergebnis führen. Und zum Schluss, und das sagen wir auch immer, eine GAP ist kein Sparprogramm.

Die Fraktion GAB wird diese Motion nicht überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich werde nicht auf alle Punkte eingehen und alle Pässe, die mir Beda Baumgartner zugespielt hat, zurückspielen. Da waren sehr viele interessante Punkte dabei, aber vielleicht viele auch ein bisschen an der Sache vorbei.

Aber zuerst einmal, wenn es um konkrete Fragen geht, wo sollte man konkret sparen, ich habe kein Problem mit diesem Wort, das dürfen Sie uns gerne unterstellen, dass es hier ums Sparen geht, das habe ich schon das letzte Mal gesagt, das sage ich gerne wieder, darum geht es potenziell. Und gerne führen wir auch konkrete Debatten im Rahmen von Budgetdebatten, usw. und die werden auch nötig sein, aber das ändert nichts daran, dass auch das hier eine sinnvolle Massnahme wäre oder dass es sinnvoll wäre, die generelle Aufgabenüberprüfung mit den konkreten Zielen zu verbinden. Und ja, das kann potenziell vor allem auch in Zukunft, in weniger rosigen Zeiten, auch bedeuten, dass man konkrete Sparziele macht, muss es aber überhaupt nicht.

Primär geht es vor allem auch darum, hier mehr Transparenz zu schaffen, vielleicht auch diese Erwartungen zusammenzubringen, weil sie existieren hier im Saal, das werden wir vielleicht noch hören von meinen Nachrednern. Hier

existieren unterschiedliche Erwartungen offenbar, was diese generelle Aufgabenüberprüfung bringen soll. Im Extremfall könnte das bedeuten, wenn wir das jetzt überweisen, wenn es eine entsprechende Gesetzesänderung gibt, dass der Regierungsrat sagt, ja, wir machen jetzt diese generelle Aufgabenüberprüfung und unser Ziel ist es, keine Einsparungen, weil das aus unserer Sicht nicht möglich ist. Und vielleicht wäre auch denkbar, dass man andere Entlastungsziele, das müssen nicht unbedingt finanzielle Ziele sein, theoretisch wäre es auch denkbar, andere messbare Sachen als konkretes Ziel sich zu setzen, das nur als Klammerbemerkung.

Aber dann herrscht hier wenigstens Transparenz und dann sieht man, okay, es wurde nichts gespart, aber man hat vielleicht Sachen verbessert und hat irgendwo vielleicht konkret ein bisschen eingespart. An einem anderen Ort kann man dafür mehr machen oder man kann eine Leistung einfach besser erbringen. Das ist ja auch okay, aber das wollen wir sehen. Was wir nicht wollen, ist, und das ist der aktuelle Zustand, ich will das gar nicht schlechtreden, wie das in der Vergangenheit gelaufen ist, ich denke mal, dass es grundsätzlich gut ist, wie das gemacht wird, aber im Moment ist das Problem, dass es nicht wirklich klar ist, was für Effizienzgewinne sind jetzt da tatsächlich angefallen und was ist mit diesen Ressourcen, die hier freigespielt wurden, was ist mit denen passiert. Und wir wollen da Klarheit schaffen, darum geht es im Kern.

Vielleicht noch jetzt spezifischer auf die Antwort der Regierung eingegangen, ich will das gar nicht kleinreden, ich sehe diese Gefahr, dass wenn das dann dazu führt, diese Änderung, die wir hier anstreben, dass ein Sparziel definiert wird, dass das dann weitergereicht wird, die Hierarchie hinab gereicht wird an die einzelnen Dienststellen und die alle dann mit einem konkreten Sparziel konfrontiert sind, dass das dann nicht förderlich ist für diese GAP, das kann ich mir vorstellen. Ich masse mir nicht an, darüber zu urteilen, was das genau für Auswirkungen hat dann in der Praxis, aber ich denke, da sehe ich auch sehr viel Freiheit, wie das ausgeführt wird.

Es muss überhaupt nicht sein, dass man das so macht, wie ich das jetzt geschildert habe, ich kann mir auch vorstellen, dass das nicht so sinnvoll wäre. Es wäre theoretisch durchaus denkbar, auch mit der hier vorgeschlagenen Änderung, dass der Regierungsrat sich selber ein Ziel setzt, ein generelles für den ganzen Kanton, so viel Effizienzgewinne erwarten wir und das ist das Potenzial, das wir gesehen, dass aber die generelle Aufgabenüberprüfung genau gleich stattfindet wie jetzt und dass erst nachträglich dann darüber berichtet wird, was ist jetzt herausgekommen. Es geht uns vor allem auch darum, das messbar zu machen. Es ist mir klar, das ist mühsam, es macht gewisse Sachen vielleicht ein bisschen schwieriger im Ganzen, aber ich glaube, es wird sich im Endeffekt lohnen, weil dieses ganze Instrument damit nicht geschwächt wird, sondern im Gegenteil besser wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Tobias Christ, möchten Sie die Zwischenfrage von Pascal Messerli annehmen? Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Ich unterstütze die Motion, aber ich muss Beda Baumgartner schon in vielen Punkten recht geben. Deshalb meine Frage, unterstützt dann die GLP bei der nächsten Budgetdebatte auch konkrete Kürzungsanträge von der SVP oder werden eigene Kürzungsanträge eingereicht?

Tobias Christ (GLP): Ich kann und will hier nichts versprechen, aber ich kann mir das durchaus vorstellen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich spreche für die Fraktionen Mitte/EVP, FDP, LDP und für die SVP. Wir bitten Sie, die Motion entsprechend dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Beda Baumgarten hat in seinem Votum nicht nur falsches gesagt. Ich würde bei gewissen Punkten, die er gerade auch in Bezug auf die Partei des Motionärs hier angebracht hat, durchaus ihm zustimmen. Es ist ein bisschen schwierig, wenn man generell immer von Entlastung spricht und dann, wenn es konkret wird, Tobias Christ, bei den Entlastungsideen nicht mitmacht respektive mit Vorstössen die GLP unterstützt, sogar dazu beiträgt, dass der Staatshaushalt stärker belastet ist. Hier müssten Sie vielleicht einmal mit Ihrer Fraktion auch in medias res gehen. Wir haben jetzt in der Beantwortung von Tobias Christ auf die Zwischenfrage von Pascal Messerli gehört, dass für ihn das denkbar wäre. Wir werden Sie gerne daran erinnern, nicht nur in der vielleicht Budgetdebatte, sondern ganz generell, wenn es um Vorstösse geht, auch von linker Seite, die Sie ja dann gerne auch oft unterstützen, wenn es um den Staatsausbau geht. Übrigens auch sehr oft, und hier nehme ich Regierungsrätin Tanja Soland in Schutz, auch oft gegen den Willen des Regierungsrates, der sich oft eher gegen den Ausbau wehrt wie Ihre Fraktion.

Aber hier hat Tobias Christ nun eine Motion eingereicht, die von uns mitgetragen wird, die tatsächlich sinnvoll ist. Natürlich verstehen wir, dass Beda Baumgartner und die SP-Fraktion diese Motion nicht möchten. Wir müssen uns auch ehrlich

machen, Beda Baumgartner ist jetzt wieder nicht im Saale, aber wir müssen uns ja auch ehrlich machen, dass die generelle Aufgabenüberprüfung auch nie der Wunsch der SP war. Diese GAP ist nicht entstanden, weil das die Regierung toll gefunden hätte oder die linken Parteien, diese GAP ist auf Druck der bürgerlichen Parteien entstanden, die diese Forderung mittels einer Initiative in den frühen 2000-Jahren eingebracht hat und der Regierungsrat muss jetzt gemäss Finanzhaushaltsgesetz diese GAP einmal alle vier Jahre durchführen.

Nun kann man über die Qualität dieser GAP unterschiedlicher Auffassung sein. Wir haben gerade vor wenigen Wochen den GAP-Bericht für diese Legislatur vom Regierungsrat zugestellt erhalten. Die Diskussion über diese GAP wird dann noch geführt werden im Herbst dieses Jahres am Schluss der Legislatur, aber zumindest meine Fraktion und auch die anderen bürgerlichen Fraktionen können schon festhalten, dass diese GAP vielleicht nicht ganz so intensiv auch gemacht wird, wie wir uns das damals, als man es «erfunden» hat, auch vorgestellt haben.

Natürlich macht es durchaus Sinn deshalb, dass man bei einer solchen GAP eben auch das Entlastungsziel miteinbezieht. Beda Baumgartner hat es nun in populistischer Art und Weise Abbauziel genannt. Nein, das ist nicht die Idee davon, aber es macht doch Sinn, dass man eben auch als Regierungsrat konkret auch den Departementen ein Entlastungsziel quasi vorgibt und dann letztlich ja nur darüber berichtet, ob man das Entlastungsziel erreicht hat. Es geht nicht darum, dass das Entlastungsziel erreicht werden muss, sondern dass über die Erreichung des Entlastungsziels berichtet wird, und das glauben wir, macht doch Sinn. So muss auch jeder vernünftige Haushalt letztlich sein Budget oder seine eigene Rechnung für sich zu Hause erstellen, wo gäbe es allenfalls Entlastungsmöglichkeiten. Man setzt sich dieses Entlastungsziel und dann kann es vielleicht erreicht werden und wenn es nicht erreicht werden kann, dann wird darüber berichtet und begründet, weshalb es nicht erreicht werden kann. Das scheint uns eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden § 7 im Finanzhaushaltsgesetz zu sein. Damit nehmen wir auch nicht die Verantwortung vom Parlament weg, Beda Baumgartner, und da bin ich dann eben wieder bei Ihnen, dass wir hier auch in der Mitverantwortung stehen, aber wir geben eben auch der Regierung und der Verwaltung einen klaren Auftrag, eine Zielerreichung in diesem Entlastungsbereich zumindest einmal in den Departementen vorzugeben und dann zu begründen, wenn das nicht der Fall sein kann. Das macht Sinn.

Wir haben momentan hohe Überschüsse, da hat Beda Baumgartner das Richtige gesagt. Uns geht es gut, dem Kanton Basel-Stadt, das ist ja auch sehr erfreulich, dass es uns sehr gut geht. Wahrscheinlich geht es uns nicht wegen den linken Ideen so gut, sondern trotz den linken Ideen und es können aber auch andere Zeiten wieder auf uns zukommen. Wir sehen das in unserem Nachbarkanton, wie rasch das Pendel wieder in die andere Richtung geschwungen ist, und deshalb ist es durchaus auch gut, wenn wir in dieser 4-Jahres-Analyse auch ein Entlastungsziel zumindest einmal formulieren und dann darüber diskutieren, ob ein Entlastungsziel nicht auch tatsächlich erreicht werden kann. Wir sind uns dann wahrscheinlich über das Entlastungsziel nicht einig, das mag sein, wahrscheinlich nicht einmal innerhalb der Fraktionen immer. Beda Baumgartner hat die Polizei erwähnt, das ist sicher ein Thema, wo vielleicht die Schwerpunktsetzung in meiner Partei anders wäre, auch wenn es um die Ressourcen zur Verfügungstellung geht, wie bei anderen Parteien. Das ist dann aber der konkrete politische Diskurs, der darüber stattfindet und der kann aber dann auch darüber stattfinden, wenn dieser entsprechende Zusatz im Finanzhaushaltsgesetz eingebaut wird. Deshalb würde ich das sehr emotionslos betrachten und würde es lediglich als zusätzlicher Bestandteil der bestehenden Prüfung einbauen. Das macht Sinn, nachdem wir jetzt doch einige GAPs mit der bestehenden Formulierung erleben durften.

Ich bitte Sie deshalb im Namen dieser vier Fraktionen, diese Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen. Sie werden angenommen. Zuerst Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Joël Thüring, danke für die Annahme der Frage. Wie wollen Sie entlasten, ohne dass Sie abbauen oder anderes gefragt, das heisst, Sie wollen entlasten, ohne zu sparen?

Joël Thüring (SVP): Tatsächlich geht manchmal auch entlasten, ohne zu sparen, indem man effizienter wird. Das hat noch nicht zur Folge, dass man etwas abbaut. Und dann entwickelt sich die Welt ja auch immer weiter, Aufgaben werden vielleicht nach einer gewissen Zeit tatsächlich auch überflüssig und das ist dann eine automatische Entlastung, die für niemanden eine negative Auswirkung hat. Ich würde wirklich davor warnen zu glauben oder zu meinen, dass ein Entlastungsziel immer damit verbunden wäre, dass jemand etwas dadurch verlieren würde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich brauche kurze Antworten und kurze Fragen. So eine kommt jetzt noch von Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Joël Thüring, Sie haben am Anfang Ihres Votums der GLP vorgeworfen, dass sie Ihre Anträge auf Kürzung nicht unterstützen bei der Budgetdebatte. Glauben Sie im ernst, dass die GLP oder die anderen Partnerparteien von Ihnen das Gleichstellungsbüro streichen würden?

Joël Thüring (SVP): Die GLP ist in diesem Vorstoss mein Partner. Ich habe der GLP überhaupt nichts vorgeworfen. Ich habe nur festgestellt und ich habe auch nicht auf einen spezifischen Antrag Stellung genommen, sondern meine das ganz generell, wenn wir über finanzpolitische Auswirkungen in diesem Kanton sprechen, dass die GLP Ihrer Fraktion meistens etwas näher steht wie meiner.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Besten Dank für die Diskussion. Ich möchte Sie hier auch noch einmal bitten, die Motion nicht zu überweisen, und als Hauptgrund sehe ich, dass ich nicht möchte, dass Sie das vermischen, dass Sie die Aufgabenüberprüfung nicht mit einem Entlastungsziel vermischen, das ich schon vor allem als finanziell sehe. Ich nehme an, wenn das im Gesetz wäre, wäre der Druck sehr gross, dass wir das machen, und da muss ich nicht mehr Aufgaben überprüfen. Ich sage da nicht meinen Abteilungen, schaut mal, ob ihr irgendwo Geld einsparen könnt, sondern ich sage einfach wie viel. Da muss man da nicht mehr lange suchen, sondern dann wird einfach eine Vorgabe gesetzt.

Und was wir heute machen, ist, dass wir quasi die Verantwortung auch etwas abgeben und sagen, schaut, könnt ihr etwas effizienter machen, schaut eure Aufgaben an, und das führt natürlich dazu, dass sie dort mehr Spielraum haben, wirklich auch engagiert diese Aufgaben anzugehen. Und was wir auch noch machen, wir schöpfen es dann nicht ab. Das heisst, jemand, der wirklich herausfindet, wir können etwas effizienter machen und Geld einsparen, dann schöpfen wir es nicht ab. Wenn wir das anders machen würden, dann würde natürlich niemand mehr sagen, er könne Geld einsparen. Und das ist eine Motivation, dass man wirklich aufzeigen kann, man ist effizienter und dann können Sie die Mittel für etwas anderes nachher einsetzen. Wir können das in der Finanzkommission dann auch gerne diskutieren und aufzeigen und ich finde es gut, wenn die Verwaltung wirklich hierauf selbstständig darangeht. Ich kann nicht bei einem 5-Milliarden-Haushalt sagen, wo man am besten Geld einsparen kann, ich sage einfach, wenn man das so will, dann sagt die Regierung, sagen wir, da wird so und so viel weniger ausgegeben, Punkt. Also anders ist das fast nicht machbar.

Ich bitte Sie, es nicht zu vermischen, dann mit uns die GAP zu diskutieren nochmal. Wenn es um finanzielle Entlastungsziele geht, würde ich das weglassen, die anderen Entlastungsziele, die sind jetzt eigentlich schon vorhanden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Hingegen beantragen Tobias Christ und Joël Thüring Überweisung als Motion. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003675, 12.06.24 17:10:58]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 1 Jahr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion als Motion überwiesen mit 50 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

35. Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans, Stellungnahme des RR

[12.06.24 17:11:07, 23.5658.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Damit sind wir bei den Fraktionen. Für das GAB spricht Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): So wie bei der ersten Überweisung dieser Motion werden wir auch heute die Motion ablehnen. Ich möchte nicht gross auf die Frage der rechtlichen Zulässigkeit eingehen. Grundsätzlich haben wir im Grossen Rat bereits viele Gesetze verabschiedet, die zum Ziel hatten, die Verfassung zu ändern und entsprechend eine Volksabstimmung zur Folge zu haben. Das ist aber bei uns nicht das Thema. Wir lehnen diese Motion aus inhaltlichen Gründen ab, unabhängig davon, ob sie rechtlich zulässig ist oder nicht.

Mit diesem Vorstoss soll ein Instrument geschaffen werden, das dem Parlament die Möglichkeit geben soll, mittel- und längerfristig auf die Finanzplanung Einfluss zu nehmen. Dabei haben wir bereits heute viele Instrumente wie die Planungsanzüge, die Vorgezogenen Budgetpostulate oder die einfachen Budgetpostulate. Darauf müssen wir aber, würde dieser Vorstoss durchkommen, verzichten. Die Absichten sind klar, es geht darum, den Ausgabenwachstum zu bremsen.

Der Regierungsrat stellt in seiner Stellungnahme sehr gut dar, was die Finanzdirektorin bereits bei der Überweisung der Motion gesagt hatte. Die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans würde ein Bürokratiemonster schaffen. Zum Beispiel werden heute auf Ebene Dienststellen die Planwerte, also die Finanz- und Personalentwicklung sowie die Lenkungskennzahlen nur für das Budgetjahr ausgewiesen und nicht für vier Jahre oder mehrere Jahre. Der Regierungsrat, wie im Bericht beschrieben wird, verzichtet bewusst auf mehrere Planjahre auf diese Stufe, weil dies mit einem erheblichen Planungsaufwand ohne bessere Abstimmung von Aufgaben und Finanzen verbunden wäre. Kurz gesagt, es wäre alles sehr aufwendig, teuer und bürokratisch, was im Übrigen auch im Widerspruch ist mit der Motion, die Sie vorher überwiesen haben.

Ich möchte noch das Votum von Anina Ineichen bei der ersten Überweisung in Erinnerung rufen. Mit dem Aufgaben- und Finanzplan haben wir es mit einem veralteten Instrument aus dem Sortiment des New Public Managements zu tun. Das Ziel des Aufgaben- und Finanzplans ist es, die mittelfristige Steuerung des Parlaments zu stärken. Die politischen Schwerpunkte verbindet man diesbezüglich mit Leistungen und Finanzen. Dies erfordert eine gewisse Stringenz, Klarheit und ein Durchhaltevermögen, um dabei zu bleiben. Das Problem dabei ist, dass Politik sehr volatil und unsere Entscheidungen leider nicht immer ganz objektiv oder rational sind.

Ich persönlich höre es schon seit längerer Zeit in diesem Parlament und ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als das Parlament nicht auf diese Art von Instrumenten eingestiegen ist, trotz langjähriger Vorbereitung seitens des Regierungsrates. Das Parlament wollte bei seinen kurzfristigen Instrumenten bleiben, bei Planungsanzügen, Vorgezogenen Budgetpostulate und Budgetpostulate. Schauen wir also nach vorne und lassen wir uns nicht von solchen veralteten Instrumenten blenden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Zuerst zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit der Motion. Ich will die nicht materiell beurteilen oder meine eigene Meinung zugeben, auch wenn ich es vielleicht ein bisschen anders sehe, aber ich finde es doch seltsam, dass nicht erwähnt wird in der Stellungnahme der Regierung, dass wir schon im Motionstext explizit geschrieben haben, dass falls man der Ansicht sei, eine Verfassungsänderung sei nötig, das mitzubedenken. Ich würde dann erwarten, dass wenn das offensichtlich der Fall ist gemäss der Analyse, dass dann auch etwas dazu gesagt wird, dass man da einen Schritt weitergeht, als einfach zu sagen, rechtlich unzulässig, fertig. Wir haben das ein Stück weit schon vorausgesehen, dass das passieren könnte und das ist nicht effizient, das einfach zu ignorieren und nicht darauf einzugehen, sondern wir wären jetzt schon einen Schritt weiter. Wir könnten uns besser vorstellen, was passiert, wenn wir das trotzdem überweisen oder was passieren muss.

Zum inhaltlichen will ich eigentlich nicht wiederholen, was ich beim ersten Mal gesagt habe und was auch im Motionstext zu lesen ist. Wir sind grundsätzlich der Ansicht, die Motionäre, dass die aktuellen Instrumente nicht befriedigend sind, dass eine langfristigere Mitsprache nötig ist. Wie das genau sinnvoll erfolgen soll, haben wir offen gelassen mit der Motion, bewusst.

Natürlich wollen wir nicht ein Bürokratiemonster schaffen, wir sind aber der Überzeugung, dass es auch möglich ist, ohne ein Bürokratiemonster zu schaffen.

Wir glauben nicht, dass es sich hierbei um eine veraltete Idee handelt. Erstens mal ist es ziemlich offen, wie das jetzt genau ausgestaltet werden soll. Man kann das also durchaus auch nach neuesten Erkenntnissen machen und dass damals ähnliche Ideen früher mal abgelehnt worden sind, ich kenne diese Geschichte nicht im Detail, habe auch nicht mich dazu schlau gemacht, gebe ich zu, aber dazu kann ich nur sagen, es ist ja auch schön, wenn wir uns gewisse Sachen besser überlegen. Ich glaube, wir müssen da wirklich in eine bessere Richtung gehen und ich glaube wirklich fest daran, dass es langfristig effizienter sein wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich spreche für die Fraktionen Mitte/EVP, FDP, LDP und SVP. Wir beantragen Ihnen, die Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Mein Kollege Tobias Christ hat bereits etwas auch zu dieser Frage der rechtlichen Zulässigkeit gesagt. Patrizia Bernasconi vom GAB möchte dieses Thema nicht hier diskutieren, weil sie vermutlich da sogar auch unserer Ansicht ist, dass diese Antworten des Regierungsrates, was dann rechtlich zulässig und unzulässig ist, ein bisschen inflationär in der Zwischenzeit bei Motionen, die überwiesen werden, verwendet wird. Da möchte ich schon ganz grundsätzlich auch noch einmal daran erinnern, dass selbstverständlich der Grosse Rat in dieser Frage eine Kompetenz hat und wenn er der Ansicht ist, dass etwas rechtlich zulässig ist, und bei der Zweitüberweisung dieser Motion würde er das nach dem Entscheid heute auch so zum Ausdruck bringen, dann gehen wir davon aus, dass die Regierung den Willen des Parlamentes respektiert. Und wie Tobias Christ auch gesagt hat, wird im ursprünglichen Motionstext ja gerade auch darauf hingewiesen und das wäre dann auch die Anforderung, die wir dann an die Gesetzesvorlage haben, dass dies so entsprechend dann auch eingeordnet werden kann, dass das möglich ist.

Zum Inhalt möchte ich mich auch nicht mehr allzu lange auslassen. Es ist klar, dass der Regierungsrat einen Finanzplan erstellt und dass der Grosse Rat dann entsprechend auch mitwirken kann und soll. Das erscheint aus unserer Sicht korrekt zu sein. Deshalb würden wir es sehr begrüssen, wenn der Regierungsrat nun nach der Zweitüberweisung mit einem Vorschlag kommt. Ich sehe das aber ähnlich auch wie Patrizia Bernasconi, das Ziel kann nicht sein, dass ein Bürokratiemonster geschaffen wird. Wir hören auch aus anderen Gemeinwesen, dass diese Gefahr bei einem solchen Aufgaben- und Finanzplan durchaus bestehen kann. Hier glauben wir aber auch, kann man lernen aus anderen Gemeinwesen und es dann vielleicht auch besser machen. Das ist immer möglich und deshalb schauen wir gespannt dann auf den Vorschlag des Regierungsrates, wenn heute diese Motion zum zweiten Mal überwiesen wird und wären dann auch in der weiteren Erarbeitung eines solchen Aufgaben- und Finanzplanes sehr ergebnisoffen.

Deshalb bitten wir Sie, heute dieser Zweitüberweisung zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Kennen Sie den Film Groundhog Day? Der passt eigentlich recht gut zu dieser Motion. Die Finanzmotion wurde von Felix Meier, ich weiss nicht mehr genau, in welcher Partei er damals war, aber zuerst 2015 eingereicht. Und der Grosse Rat und dieses Parlament hat diese Finanzmotion aus verschiedenen Gründen am Ende nie 1:1 umgesetzt.

Was ist die Idee. Jetzt heisst es nicht mehr Finanzmotion, jetzt heisst es Aufgaben- und Finanzplan. Und was ist eigentlich die Idee dahinter, die Idee dahinter ist, es steht so schön, es kommt aus dem New Public Management, am Ende geht es darum, ich hatte vorher im Vorzimmer eine sehr interessante Diskussion mit einem FDP-Kollegen aus diesem Rat, wie man den Staat interpretiert. Setzt man ihn gleich mit einem Unternehmen oder ist es ein öffentliches Gemeinwesen, dessen Ziele politisch definiert werden und dessen Aufgaben und Zweck auch politisch bestimmt werden. Und diese Vorstellung dieses Finanzplans, oder damals auch die Finanzmotion, die geht halt sehr in die Idee hinein, dass wir es hier eigentlich eher mit einem Unternehmen zu tun haben. Einem Unternehmen, das effizient agieren muss, einem Unternehmen, das gewisse Benchmarks erfüllen muss. Und verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin auch interessiert an einem effizienten Staatswesen und ich bin auch daran interessiert, unnötige Bürokratie abzubauen, aber um gleich hier einzuhaken, dann müssen Sie nicht so einen Vorstoss machen und nicht so ein Instrument einführen, also wirklich nicht.

Und dann eingehackt bei ein paar Dingen, die vorher gesagt wurden. Sie haben sogar selber gesagt, dass Sie aus mehreren Gemeinwesen wissen, also Befürworter diese Motion, dass es zu Bürokratie führt und vielleicht kein zielführendes Instrument ist. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann führen Sie es nicht ein. Es gibt einen Nachbarkanton hier bei uns, der Kanton

Baselland, der hat dieses Instrument und die Seite, die nachher diese Motion überweisen wird, die hat auch eine Mehrheit in diesem Kanton. Man kann jetzt über die langfristige Finanzplanung des Kantons Baselland verschiedene Interpretationen anstellen, dass das Instrument des Finanzplans sehr geholfen hat für eine nachhaltige Finanzpolitik, würde ich jetzt zumindest mal in Frage stellen.

Dann sagen Sie, man kann lernen und der Regierungsrat soll das dann gut machen. Die Idee ist nicht wirklich veraltet, die Frage ist aber dann schon irgendwann, wir haben diese Debatte in den letzten zehn Jahren vielleicht etwa drei bis vier Mal in diesem Rat geführt und das New Public Management wird mittlerweile in vielen Bereichen schlichtweg nicht mehr gelebt oder umgesetzt, weil man eben auch an den Punkt gekommen ist, wo man gesagt hat, es ist nicht 1:1 anwendbar. Diese Vorstellung, die Sie haben, wie das Staatswesen funktionieren soll, kann man eben nicht 1:1 übertragen.

Generell noch, ich glaube, wenn uns die letzten zwei bis drei Jahre in unserer Gesellschaft und der Welt etwas gelehrt haben, ist, dass die Politik auf verschiedene Krisen, die es gibt, teilweise nur noch reagieren und nicht agieren kann und teilweise auch sehr verzögert. Und jetzt wollen Sie gleichzeitig, nachdem wir eine Pandemie gehabt haben, wir eine massiv sich zuspitzende Klimakrise haben, wir eine, ob man das gut oder schlecht finden will, aber eine Realität haben von sehr steigender Migration aufgrund verschiedener gewalttätigen Erschütterungen und Kriegen, wollen Sie ein Instrument einführen, in dem Sie den Staat und seine Finanzen auf ein paar Jahre hinweg planen wollen.

Das inhaltliche in Bezug auf den Abbau oder die sogenannte Entlastung, das haben wir vorher auch diskutiert und ausgeführt, da sind wir, glaube ich, etwa am gleichen Punkt. Konkret ist die Frage einfach jetzt, brauchen wir dieses Instrument auch als Parlament. Und ich habe vorher gehört, es gibt auch noch ein demokratiepolitisches Argument. Das demokratiepolitische Argument, da komme ich schon wieder auf mein Votum von der vorigen Motion zurück, dann sagen Sie es konkret. Sagen Sie konkret, wo Sie mehr Geld ausgeben wollen oder nicht. Aber diese Vorstellung, die Pläne zu erstellen dieses Instrumentes und die Verantwortung zu delegieren, die finde ich nicht gut und nicht zielführend.

Und zuletzt möchte ich noch ganz kurz etwas zum Formalen sagen. Ich würde auch nie abstellen darauf, ob ich etwas unterstütze oder nicht, wenn der zentrale Rechtsdienst sagt, ob es ungültig ist oder nicht. Aber ich würde doch, wenn Sie das wollen und wenn Ihnen das so wichtig und zentral ist, und ich spüre ja, das ist seit zehn Jahren ein Thema, dann schreiben Sie doch zum Beispiel, dass Sie diese Verfassungsänderung wollen und dann haben wir vielleicht auch die Debatte dort, wo wir sie konkret haben müssen. Und nicht so ergebnisoffen und wieder den Ball an die Regierung, sie soll bitte den Finanzplan entwerfen für Sie. Nein, dann bringen Sie ihn selber und konkret und sagen Sie dann, ja, wir möchten eine Verfassungsänderung dafür.

Darum, überlegen Sie sich gut, es ist eine veraltete Idee zum falschen Zeitpunkt, am falschen Ort, im falschen Kontext und überlegen Sie sich auch gut, brauchen wir wirklich eine Motion, ein Instrument, dass in diversen Kantonen zu genau dem geführt hat, was Sie sonst immer sehr ausführlich und intensiv in diesem Rat kritisieren, nämlich zur Bürokratie und Belastung der Verwaltung, die wir jetzt, glaube ich, wenn wir sie gleichzeitig noch so effizient machen sollen und auch ein bisschen Mal noch entlasten sollen, die wir, glaube ich, nicht noch mit dem belasten sollten.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Luca Urgese gemeldet.

Luca Urgese (FDP): Ich bin ja hier nicht Vertreter des Kantons Basel-Landschaft, aber wie Sie wissen, setze ich mich beruflich auch mit den Finanzen unseres geschätzten Nachbarkantons auseinander und möchte deshalb schon noch eine Lanze für die Aufgaben- und Finanzplanung des Kantons Basel-Landschaft brechen und zeigen, wieso dass das ein sinnvolles Instrumentarium ist, das sich durchaus lohnen würde, auch hier entsprechend einzubringen.

Aufgaben- und Finanzplan, so wie es unser Nachbarkanton praktiziert, bedeutet, dass nicht nur, wie wir es kennen, so die Gesamtsumme präsentiert wird für die nächsten Jahre, sondern dass aufgeschlüsselt wird, wie die Kostenentwicklung und auch die Einnahmeentwicklung in verschiedenen Bereichen abgeschätzt wird für die nächsten vier Jahre. Das Parlament, wenn es diese Detaillierung kennt, also einen grösseren Detaillierungsgrad hat für die kommenden Jahre, als das heute bei uns hier der Fall ist, weiss besser, wo genauer auf die Kostenentwicklung hingeschaut werden kann. Es wurde ja damit argumentiert, dass wir als Parlament ja verschiedene Instrumente haben, um auf die zukünftige Entwicklung hinzuwirken. Aber Sie haben uns ja, geschätzte linke Kolleginnen und Kollegen, mehrfach, wir haben es mehrfach versucht und Sie haben mehrmals immer gesagt, ja, ihr seid zu wenig konkret, Sie sagen ja nicht, wo genau und wie genau, wir haben das ja heute auch wieder gehört von Kollege Beda Baumgartner.

Und wenn man natürlich im Budget nicht sieht, wie dann die Kostenentwicklung in den nächsten Jahren vorgesehen ist, dann ist das relativ schwierig und darum ist es eben notwendig, dass man in einer Aufgaben- und Finanzplanung sieht, wo sind genau die Kosten und wie sie sich entwickeln in den nächsten Jahren, damit man mit diesen langfristig wirkenden Instrumenten entsprechend auch darauf hinwirken kann. Und das ist eben das Zusammenspiel und nur so funktioniert das

auch entsprechend, das Zusammenspiel zwischen dem Instrumentarium, das wir haben, und der Aufgaben- und Finanzplanung.

Und dann erlaube ich mir auch noch etwas zu sagen zur rechtlichen Zulässigkeit. Die Kantonsverfassung sagt, der Regierungsrat ist für die Finanzplanung zuständig. Wir nehmen ihm das nicht weg, wir wollen ihm das nicht wegnehmen. Selbstverständlich soll der Finanzplan nach wie vor in Form eines Aufgaben- und Finanzplans, der Name sagt es ja, vom Regierungsrat uns vorgelegt werden. Es steht aber auch in der Kantonsverfassung drin, dass der Grosse Rat auch an der regierungsrätlichen Gesamtplanung mitwirkt. Und das ist das, was wir wollen. Wir wollen genauere Zahlen haben, damit wir dann mit dem Instrumentarium mitwirken können. Ich bin der Meinung, dafür braucht es keine Änderung der Kantonsverfassung, aber das kann uns ja, sofern diese Motion dann nachher überwiesen wird, noch näher ausgeführt werden.

Und zum Schluss, schauen Sie jetzt genau hin, was in unserem Nachbarkanton passiert. Wir hatten jetzt erstmals ein Defizit in unserem Nachbarkanton nach Jahren der Überschüsse wieder und man konnte jetzt genau feststellen, wo die Kosten jetzt aus dem Ruder zu laufen drohen. Namentlich im Bereich der Gesundheit und namentlich im Bereich der Bildung und das ermöglicht dem Parlament eine vertiefte Auseinandersetzung, warum ist das so und gibt es Möglichkeiten zu reagieren, bevor sich dann ebendiese prognostizierten Defizite auch effektiv realisieren. Das ist genau das, was wir mit einer Aufgaben- und Finanzplanung künftig machen wollen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Luca Urgese, nehmen Sie die Zwischenfrage von Lisa Mathys und Tim Cuénod an? Sie werden beide angenommen.

Lisa Mathys (SP): Luca Urgese, Sie haben gesagt, die Entwicklung ist schwierig vorauszusehen. Mit Verlaub, genau weil Sie keine konkreten Vorschläge machen, mit Verlaub, fehlt Ihnen da die Fantasie? Weil es ist doch sehr offensichtlich in Bereichen, gerade bei zunehmenden Schüler*innenzahlen, bei zunehmenden Klimaerhitzungsschäden, wie sich der Bedarf entwickelt.

Luca Urgese (FDP): Entschuldigung, Lisa Mathys, aber es ist doch nicht seriös, wenn wir einfach am Schluss die Gesamtsumme sehen, den Finger aufzuhalten und sagen, ja, wir schätzen, dass es wahrscheinlich die Schülerzahlen sind, die zu dieser Zahl führen, deshalb machen wir da mal einen Vorstoss. Das ist einfach nicht seriös.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich bitte Sie, die Bemerkung kurz mir zu überlassen. Der nächste Fragende ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Luca Urgese, nach Ihrer Ausführung verstehe ich ein wenig besser, wieso im Kanton Baselland man jetzt sehr stark das Gefühl hat, dass man in gewissen Bereichen sparen muss, Bildung und Gesundheit, die ja auch uns betreffen oder das Kostenwachstum. Neigt dieses Instrument mit dem Aufgaben- und Finanzplan nicht gerade eben dazu, es sich sehr einfach zu machen, indem man dann einfach sagt, wir wollen diesen Richtwert nach unten kontrollieren, ohne genau zu sagen, wie das geschehen soll?

Luca Urgese (FDP): Der Kanton Baselland spart nicht, er versucht, das Ausgabenwachstum zu bremsen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als nächstes hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich bitte Sie, das nicht zu überweisen. Ich versuche immer noch zu verstehen, was Sie eigentlich möchten. Sie haben Instrumente, die Sie aber nicht nutzen. Sie nutzen das Vorgezogene Budgetpostulat kaum, Sie nutzen diesen Planungsanzug auch kaum, Sie nutzen vielleicht zu wenig das Gespräch mit uns. Wir sind gerne bereit, Ihnen detailliert zu zeigen, wenn das Budget nachher vorgestellt wird, wo die Kosten ansteigen. Alle Kommissionen im Grossen Rat haben das Recht, einen Mitbericht zu Budget und Rechnung zu machen. Sie können uns auch einladen, wir stellen Ihnen das gerne jederzeit vor.

Aber ich habe das Gefühl, es geht ja irgendwie nicht um das, um das Wissen. Sie kriegen auch alle Informationen, ich glaube, das habe ich noch nie verweigert. Ich habe den Eindruck, es geht Ihnen darum, irgendwo eine Schraube zu drehen

und einen gewissen Einfluss zu nehmen, der einfach ist, das habe ich den Eindruck. Weil wenn wir das machen, was Sie jetzt möchten, das gibt halt ein wenig ein Bürokratiemonster, noch mehr Berichte, noch mehr Zahlen, noch mehr Grundlagen, und zwar für alles und nicht nur dort, wo es vielleicht notwendig ist. Aber wenn Sie am Ende wirklich auf Aufgaben verzichten wollen, Leistungen verzichten wollen, das wird immer und immer wieder auf Sie zurückfallen. Sie kommen nicht davon, ohne hier drin auch zu sagen wo, ich werde es Ihnen immer wieder zuspielen müssen. Also wenn es um das geht, da kommen Sie nicht darum.

Dass wir jetzt hier so etwas, finde ich, auch etwas sehr kompliziert machen müssen, finde ich schade, wenn Sie das überweisen, dass braucht jetzt wieder viel Arbeit und Zeit. Wenn es darum geht, mehr zu wissen, wo die Kosten steigen, wie wir den Finanzplan machen, was wir alles bereits heute schon wissen, sind wir jederzeit gerne bereit, in allen Kommissionen, Sie haben auch das Recht darauf. Daher versuche ich es jetzt nochmal, bitte überweisen Sie das nicht als Motion. Es wäre jetzt wirklich ein riesengrosser Aufwand, bei dem mir nicht ganz klar ist, was Sie eigentlich genau wollen. Weil in Baselland kann ich es mir nicht abschauen, habe ich jetzt gemerkt.

Daher bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. Joël Thüring beantragt Überweisung als Motion. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003677,]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 2 Jahre.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 50 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

36. Motion Thomas Strahm und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts ohne Berücksichtigung des Landwerts, Zwischenbericht des RR

[12.06.24 17:35:54, 16.5164.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt die Frist für alle drei Motionen um 2 Jahre zu erstrecken.

Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden und da hat sich Fina Girard für das GAB gemeldet.

Fina Girard (GAB): Im Namen der Fraktion Grün-Alternatives Bündnis bitte ich Sie, die vorliegenden drei Motionen abzuschreiben. Wir sprechen also nur einmal für alle drei Motionen. Ich versuche mich deshalb kurz zu halten.

Die Fraktion GAB hat bereits in allen vorangegangenen Abstimmungen dieses Eigenmietwerkpäckli bestritten, unsere Haltung hat sich seither nicht geändert. Der Eigenmietwert sollte ein Ausgleichsmechanismus sein zwischen Mieter*innen und Hausbesitzer*innen. Aktuell geht dieses System nicht ganz auf. Es besteht Revisionsbedarf, aber dann soll es eine Revision sein, welche die Steuerungleichheiten zwischen Mieter*innen und Hausbesitzer*innen aufhebt, indem auch weitere Steuerprivilegien, sprich Abzüge, abgeschafft werden und nicht eine Revision, welche vor allem die Ungleichheiten zwischen unterschiedlich stark privilegierten Hausbesitzer*innen verbessern will.

Wie im Ratschlag der Regierung ersichtlich sind aktuell Anpassungen der Wohneigentumsbesteuerung im Bundesparlament in Diskussion. Es steht die Abschaffung des Eigenmietwerts im Raum. Als Kanton werden wir die neuen Bundesvorgaben umsetzen müssen und offene Fragen für Basel-Stadt klären. Wir werden uns also so oder so mit der Revision der Wohneigentumsbesteuerung auseinandersetzen müssen. Dann aber mit klaren Rahmenbedingungen vom Bund und entlang der Steuerharmonisierung zwischen anderen Kantonen statt mit Motionen im Gepäck, die unterdessen überholt sind und die in erster Linie die Privilegien des Wohneigentums stärken sollen. Warten wir also die Bundesentscheide ab und schreiben dieses Eigenmietwertpäckli ab.

In diesem Sinne bitte ich Sie, alle drei Motionen abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion FDP spricht Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Ich möchte hier eigentlich nicht eine materielle Diskussion über Sinn und Unsinn der Eigenmietwertbesteuerung führen. Ich finde es auch ein bisschen daneben, dass jetzt das GAB einfach wieder mit der Abschreibung kommt. Ich möchte einfach feststellen, die Motionen wurden im 2016 eingegeben. Die Motionen wurden zweimal überwiesen, und zwar als Motion. Dann passierte einfach sechs Jahre lang nichts. Die Vorlagen verschwanden in der Schublade, vermutlich beim Finanzdepartement, und man unternahm nichts. Dann im 2022 kam, und das ist löblich, von Tanja Soland eine Vorlage und ich finde es wirklich auch sehr löblich, dass sie die Angelegenheit sehr intensiv prüfen will und jetzt nicht einfach mit einer Vorlage kommt, die am Schluss dann doch nicht mehrheitsfähig ist.

Aber ich muss schon sagen, bis dann effektiv eine Vorlage kommt, sind zehn Jahre vorbei. Die Motionäre, die das eingegeben haben, sind schon lange nicht mehr im Grossen Rat. Ich, der bei der Formulierung mitgeholfen habe, werde auch nicht mehr im Grossen Rat sein. Es ist schon sehr unüblich, dass Motionen behandelt werden zu einem Zeitpunkt, wo der grosse Teil des Grossen Rates, der diese überwiesen hat, gar nicht mehr im Grossen Rat ist und nicht mehr mitreden kann.

Ich bitte die Regierung wirklich, dass wenn dann das Jahr 2026 kommt und wenn man sagt, man will eine unabhängige Prüfung von der Bundeslösung machen, weil ich bezweifle, dass wir im 2026 eine Lösung auf Bundesebene haben, dass wir dann wirklich über ein Paket diskutieren können, das dann auch mehrheitsfähig ist. Und es geht überhaupt nicht darum, Privilegien für irgendeine Seite zu schaffen, sondern es geht einfach darum, dass auch im Kanton Basel-Stadt eine Eigenmietwertbesteuerung stattfinden wird, die diesen Namen auch verdient.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an die Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet.

Wir stimmen drei Mal ab. Zuerst geht es um die Motion von Thomas Strahm.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003679,]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Frist wird erstreckt mit 50 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

36.1. Motion Katja Christ und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts: Berücksichtigung energetische Sanierung, Zwischenbericht des RR

[12.06.24 17:42:18, 16.5166.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Motion von Katja Christ.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003681, 12.06.24 17:42:53]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Frist wird erstreckt mit 49 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

36.2. Motion Christophe Haller und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts zu 60% des Marktwerts, Zwischenbericht des RR

[12.06.24 17:42:58, 16.5168.05]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Motion von Christophe Haller.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003683, 12.06.24 17:43:36]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Frist wird erstreckt mit 49 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

37. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Gleichbehandlung von Ehegatten und Konkubinatspaaren bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Stellungnahme des RR

[12.06.24 17:43:42, 23.5497.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 4 Jahre

38. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten stärken, Stellungnahme des RR

[12.06.24 17:44:17, 23.5590.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion in einen Anzug umzuwandeln und dem Regierungsrat zu überweisen.

39. Anzug Beat Braun und Konsorten betreffend echter Wohnschutz jetzt: Mehr Baslerinnen und Basler zu Wohnungseigentümer/innen machen, Schreiben des RR

[12.06.24 17:44:56, 22.5082.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Als Einzelsprecher hat sich Beat Braun gemeldet.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Ich spreche hier im Namen der SVP und der FDP. In diesem Anzug geht es ja darum, wie man Mieterinnen und Mieter von Wohnungen in staatlichen Liegenschaften den Traum vom Wohneigentum ermöglichen könnte und so würde echter Wohnschutz entstehen. Die Regierung hat die Argumente vorgelegt, warum ein Verkauf von Wohnungen an bestehende Mieter nicht zielführend sei. Durch Fragmentierung, also einen Mix von Mieter und Eigentümer, würde man Skaleneffekte verlieren, dadurch steigen die Kosten und die Sanierungen, vor allem auch im energetischen Bereich, würden darum schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Und ausserdem könne der Kanton seine Bodenpolitik nicht weiterverfolgen.

Aus meiner Sicht hat sich die Regierung das sehr einfach gemacht. Wenn der Kanton die Wohnungen im Baurecht verkauft, dann bleibt das Land sowieso im Besitz des Kantons. Bei den energetischen Sanierungen, wenn man jetzt eine Heizung machen muss, eine Dämmung, Fotovoltaik, etc., das könnte man schon vertraglich regeln beim Verkauf einer solchen

Wohnung, und es ist logisch, dass sich dann die verschiedenen Eigentümer natürlich absprechen müssen, aber das kann man machen, das ist kein Hinderungsgrund. Sonstige Sanierungen würden die Eigentümer sowieso selber dann übernehmen.

Und dann meinte die Regierung, dass es zu Spekulationen kommen könnte, dass jemand die Wohnung kauft und dann teurer weiterverkauft. Aber auch da, den Weiterverkauf kann man vertraglich regeln oder der Kanton könnte auch ein Vorkaufsrecht für den Kanton etablieren. Auch wenn jetzt eine Wohnung gekauft wird und man würde sie weitervermieten und so dann Geld verdienen, was man aus staatlicher Sicht nicht will, das könnte man auch vertraglich regeln.

Ich bin überzeugt, wenn man wollen würde, könnte man die Idee von Wohneigentumsförderungen in staatlichen Liegenschaften weiterverfolgen und ich bin überzeugt von dieser Idee und darum bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen, so dass sich die Regierung nochmals kreative Ansätze und praktikable Lösungen überlegen und nochmal präsentieren kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: René Brigger hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

René Brigger (SP): Nur kurz, ich darf auch für das Grün-Alternative Bündnis sprechen. Ja, die Antwort der Regierung ist zwar formell kurz, aber fachlich die richtigen Punkte. Beat Braun hat gesagt, man könne das Problem vor allem auch der Sanierung beim Verkauf regeln und so. Wir haben das ZGB und das ist ein grosses Problem bei Stockwerkeigentümergemeinschaften. Auch bei energetischen Sanierungen und kleinen Ausbauten, Balkonanbauten, etc. braucht es immer ein qualifiziertes Mehr. In der Bundesversammlung ist das ein Thema, dass man die Mehrheiten da ändert, aber es ist einfach Fakt, dass viele Stockwerkeigentümergemeinschaften eigentlich immobil sind. Das ist das Problem.

Ein weiteres Problem ist, dass Stockwerkeigentum auf einer Baurechtsparzelle immer ein Problem ist. Das wäre höchstens denkbar gemäss den Erfolgsabstimmungen, also die Bodeninitiative und so, dass man Kantonseigentum auf Baurechtsland als Stockwerkeigentum macht. Das ist im grösseren Stil gemacht worden beim Kinderspital jetzt vor ziemlich genau zehn Jahren, dort gibt es auch Probleme. Ich empfehle keinem Stockwerkeigentümer, eine Parzelle auf Baurechtsland zu kaufen.

Und natürlich, die Freisinnigen, ja, staatliche Eigentumsförderung im städtischen Bereich, mit diesen Voraussetzungen ist das also wirklich sehr suboptimal und der politische Willen ist nicht da. Ich glaube auch nicht, dass man Leuten einen grossen Gefallen macht und von daher überzeugt die SP und das Grün-Alternative Bündnis hier die Analyse der Regierung. Ich bitte Sie, dem Abschreibungsantrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 35 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003688, 12.06.24 17:51:14]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 50 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

40. Interpellation Nr. 40 Andrea Strahm betreffend Auswirkungen der BVG-Reform auf die Versicherten der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS), Schriftliche Beantwortung

[12.06.24 17:51:20, 24.5130.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich kann mich kurzfassen. Zunächst danke ich der Regierung für die sehr detaillierte Beantwortung meiner Frage zur Auswirkung der kommenden BVG-Reform auf die Angestellten des Kantons. Die Antwort widerlegt das Narrativ der Reformgegnern, wonach die Revision diverse Verschlechterungen bringt, sehr klar und eindrücklich. Obwohl es sich bei der Pensionskasse Basel-Stadt um eine sogenannte umhüllende Pensionskasse handelt und die Mehrheit der Versicherten im Überobligatorium versichert sind, würden von der Senkung der Eintrittsschwelle noch 263 Personen klar profitieren. Zwei Drittel davon sind Frauen. Auch von den oft als zu tief erachteten Rentenzuschlägen für die Übergangsgenerationen profitieren die Frauen im Vergleich zu den Männern mit nahezu 70 Prozent überproportional, dies sowohl beim vollen als auch beim reduzierten Zuschlag.

Mit der BVG-Revision sparen auch Teilzeitarbeitende und Personen mit tiefen Löhnen für eine BVG-Rente. Das sind Arbeitnehmende, die mit dem geltenden BVG schlecht oder gar nicht versichert sind. Ein Grossteil davon sind Frauen. Sie alle sind gemäss der geltenden Lösung nach der Pension einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt und von Ergänzungsleistungen abhängig. Im vergangenen Jahr arbeitet er über ein Drittel aller Erwerbstätigen Teilzeit, Tendenz steigend. Dabei handelt es sich noch immer vorwiegend um Frauen. Es ist also höchste Zeit, das System der Altersvorsorge den heutigen Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt anzupassen und für die Zukunft fit zu machen.

Mit den Massnahmen der BVG-Revision werden auf einen Schlag in der Schweiz zusätzlich rund 100’000 Einkommen obligatorisch versichert. Das belegt auch eine kürzlich neu publizierte Studie des Frauendachverbandes alliance F, der die Reform unterstützt. Damit hilft die BVG-Reform auch den Gender Pension Gap nachhaltig zu verringern. Frauen profitieren mit der vorliegenden Reform zu Recht überdurchschnittlich vom Rentenzuschlag., Koordinationsabzug und der Senkung der Eintrittsschwelle. Mit der Aufweichung der tradierten strengen Mann-/Frau- Rollenverteilung werden in Zukunft aber auch die Männer und weitere Personen profitieren können, die wenig Einkommen erzielen, weil sie sich um Familie oder Angehörige kümmern.

Entsprechend freut es mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich mit der Beantwortung meiner vorliegenden Interpellation sehr zufrieden bin. Ich empfehle allen, die Antwort der Regierung zu lesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

41. Interpellation Nr. 44 Nicola Goepfert betreffend neuem Gutachten zur Aufsichtsstruktur der Christoph Merian Stiftung, Schriftliche Beantwortung

[12.06.24 17:54:39, 24.5136.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Nicola Goepfert (GAB): Ich bin überhaupt nicht zufrieden. Man bekommt das Gefühl, den Regierungsrat interessiert es nicht, dass die Stiftungsaufsicht der CMS in einem externen Gutachten als sehr kritisch beurteilt wird. Kritisch in Bezug auf die inhärenten Interessenskonflikte, ungenügender Transparenz und ungenügendem Machtausgleich. Der Regierungsrat sagt, dass die Aufsicht der CMS gemäss Ausscheidungsvertrag von 1876 der Bürgergemeinde unterliegt. Spätestens, wenn nun auch die Aufsichtsstruktur überprüft wird und als ungenügend beurteilt wird, sollte damit das Interesse der Regierung geweckt sein. Hier vernachlässigt der Regierungsrat ganz offensichtlich seine Verantwortung.

Und wie kann es eigentlich sein, dass der Kanton trotz Frauenquote innerhalb öffentlicher Leitungsgremien bei der CMS keine Änderung fordert, denn im Stiftungsrat der CMS sind sechs Männer, mehrheitlich weit über 55, das macht aber hier

nichts zur Sache, und nur eine Frau vertreten. Es gibt auch parteipolitische Vertretung, jedoch keine des 18 %-starken links-grünen Bündnis von BASTA und Grünen. Weil sich aber der Kanton für solche Fragen nicht zu interessieren scheint, wird meine Parteikollegin Brigitta Gerber im Bürgergemeinderat weitere Fragen dazu stellen.

Und der nicht zeitgemässe Ausscheidungsvertrag wird völlig ausgeblendet. Ein Austausch darüber mit der Bürgergemeinde wurde bereits im letzten Sommer versprochen und hat bis heute nicht stattgefunden. Der Regierungsrat nennt nicht einmal ein Datum, wann das stattfinden soll. Das ist eine schwache Leistung und der Regierungsrat drückt sich auch hier vor seiner Verantwortung bezüglich der CMS.

Verstehen Sie mich nicht falsch, die Arbeit der CMS ist wichtig für unsere Stadt und auch die einzelnen Institutionen, die von ihrer Unterstützung profitieren. Aber die Regierung täte gut daran, Verantwortung zu übernehmen und die Aufsichtsstruktur der CMS auch zu überprüfen, und zwar selber und kritisch und eine eigenständige Meinung dazu zu bilden. Glauben Sie ja nicht, dass Sie durch so schlechte Interpellationsantworten aus Ihrer Verantwortung entkommen. Wir von BASTA werden weiterfragen, wir werden weitermachen, damit die CMS in Zukunft eine saubere und klare Aufsichtsstruktur und einen diverseren Stiftungsrat erhält.

Entsprechend bin ich mit der Antwort der Interpellation nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

An dieser Stelle machen wir Abendessenpause. Ich freue mich, Sie alle um 20 Uhr wieder hier zu sehen.

Schluss der 19. Sitzung

17:57 Uhr

Protokoll

der 20. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 12. Juni 2024, um 20:00 Uhr

Vorsitz:	*Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Tim Cuénod (SP); Stefan Wittlin (SP); Salome Bessenich (SP); Jessica Brandenburger (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

42. Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Erkenntnisse aus der Corona-Krise und ihrer Bewältigung, Zwischenbericht des RR 2
43. Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Stellungnahme des RR 2
44. Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101, Stellungnahme des RR 7
45. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten zur Förderung der Suizidprävention im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR 10
46. Interpellation Nr. 46 Olivier Battaglia betreffend PFAS im Trinkwasser, Schriftliche Beantwortung 11
47. Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen», Stellungnahme des RR 11
48. Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich des Stockwerkeigentums, Stellungnahme des RR 16
49. Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Stellungnahme des RR 22
50. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Stellungnahme des RR 26
51. Motion Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Definition Wohnungsnot, Stellungnahme des RR 28
52. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Stellungnahme des RR 29

Beginn der 20. Sitzung

Mittwoch, 12. Juni 2024, 20:00 Uhr

42. Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Erkenntnisse aus der Corona-Krise und ihrer Bewältigung, Zwischenbericht des RR

[12.06.24 20:00:23, 20.5175.03]

Balz Herter (Mitte-EVP): Geschätzte Damen und Herren, ich begrüsse Sie zur Abendsitzung.

Wir fahren weiter mit Traktandum 42. Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten. Der Regierungsrat beantragt, die Motion stehen zu lassen.

Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion stehen zu lassen.

43. Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Stellungnahme des RR

[12.06.24 20:01:01, 23.5586.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die vorliegende Motion fordert den Regierungsrat auf, innert eines Jahres Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft für einen neuen Staatsvertrag zwischen den beiden Kantonen für eine verbindliche Kooperation zwischen dem Universitätsspital Basel (USB) und dem Kantonsspital Baselland (KSBL) aufzunehmen. Dabei sei als Ergebnis eine zweite Spitalfusion, eine Kooperation analog dem Universitäts-Kinderspital Basel oder eine andere vergleichbare Lösung vorstellbar. Die Ergebnisse der Volksabstimmung vom Februar 2019 seien dabei zu berücksichtigen. Mit Blick auf diese Volksabstimmung ist in Erinnerung zu rufen, dass seinerzeit die Rechtsform und die ungleichen Eigenkapitalverhältnisse beziehungsweise Beteiligungsverhältnisse von USB und KSBL kritisiert wurden. Zudem wurde befürchtet, dass sich die Arbeitsbedingungen der städtischen Spitalangestellten bei einer Fusion der beiden Spitäler verschlechtern würden.

Ich möchte zuerst einige Grundlagen und die Ausgangslage zum Thema zusammenfassen. Die gesetzlichen Grundlagen, also hier die massgeblichen Bestimmungen des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (ÖSpG) und die Eignerstrategie für das USB sehen vor, dass das USB Kooperationen betreiben kann und soll, wo die sinnvoll ist und der Zielerreichung dient. Die Zuständigkeit dafür liegt grundsätzlich beim Verwaltungsrat des Universitätsspitals.

Das USB verfügt heute bereits über ein breites Netzwerk an Partnerschaften und Kooperationen, insbesondere auch mit dem KSBL. Die gemeinsame Spitalplanung im Rahmen der gemeinsamen Gesundheitsregion entspricht einer gemeinsamen interkantonalen Versorgungsplanung, welche in gleichlautenden Spitallisten, also Leistungsaufträgen resultiert. Die Spitäler tätigen auf dieser Basis die erforderlichen Investitionen eigenständig, wobei darauf hinzuweisen ist, dass die von den beiden Kantonen eingesetzte Fachkommission Gemeinsame Gesundheitsregion beider Basel keine Stellung zu den Investitionsvorhaben der sogenannten Listenspitäler nimmt, sie berät die Regierungen lediglich bei ihrer gemeinsamen Versorgungsplanung.

Bis zum Jahr 2040 betragen die Investitionsvorhaben des Universitätsspitals voraussichtlich rund 2,9 Milliarden Franken, davon rund 1,7 Milliarden Franken für Investitionen in Ersatzneubauten des Klinikum 2 und des Klinikums 3. Das USB plant damit keine Kapazitätserweiterungen im stationären Bereich, es handelt sich um Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen. Dem Universitätsspital wird auf absehbare Zeit immer eine zentrale Rolle in der Versorgung, der Forschung sowie in der Lehre zukommen. Die baulichen Vorhaben des USB sind deshalb entscheidend für die Spitalversorgung und den regionalen Medizinstandort der Zukunft.

Zum Anliegen der Motion selbst kann ich erklären, dass der Regierungsrat bereit ist, das Anliegen betreffend intensiveren Spitalkooperationen inklusive Infrastrukturinvestitionen zusammen mit dem Unispital sowie dem Partnerkanton und dem KSBL zu prüfen und entsprechend zu berichten. Für den Regierungsrat ist es jedoch wichtig, dass in einem solchen Prozess die Position des Universitätsspitals in einem abgestuften Versorgungsmodell gestärkt werden muss, dass die Interessen des Spitals und des Kantons gewahrt bleiben und eine allfällige neuartige Struktur aus versorgungs- und finanzpolitischer Sicht klare Vorteile mit sich bringen muss.

Bei einer Überweisung der vorliegenden Motion wird der Regierungsrat mit diesen Zielvorgaben das Gespräch in den verschiedenen Partnergremien ergebnisoffen führen. In jedem Fall soll zunächst eine verbindliche Rollenklärung der beiden Spitäler und ihrer Standorte angestrebt werden, denn diese unterscheiden sich heute klar voneinander. Wichtig wird der beidseitige Wille zu einer Kooperation auf medizinischer Ebene und zu einem gemeinsamen Rollenverständnis sein. Dies ist deshalb wichtig, weil die Form der Organisation und der Zusammenarbeit der Spitäler ihrer Funktion aus medizinischer beziehungsweise Versorgungssicht folgen soll. Auf Englisch sagt man form follows function. In diesem Zusammenhang scheint mir der Hinweis angebracht, dass das USB für 2023 weiterhin eine positive Leistungsentwicklung beziehungsweise steigende Fallzahlen ausweist. Diese Entwicklung erklärt sich aus der bleibenden Bedeutung des Spitals für die Versorgung in unserer ganzen Region.

Allfällige Ergebnisse der Abklärungen aus den ergebnisoffen zu führenden Gesprächen könnten gegebenenfalls in die Eignerstrategie des USB beziehungsweise in eine Teilrevision des ÖSpG einfliessen, mit der der Regierungsrat aufgrund der Motion der GSK betreffend Kenntnisgabe der Eignerstrategie der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat bereits beauftragt wurde.

Zusammenfassend ist zu betonen, dass die Umsetzung des Anliegens der Motion sehr anspruchsvoll, ressourcenaufwändig und im Ergebnis beziehungsweise in seinem Nutzen für den Kanton Basel-Stadt und das USB ungewiss sein wird. Zu erwähnen bleibt noch, dass die im Landrat eingebrachte gleichlautende Motion aufgrund der ersten Debatte am 8. Februar 2024 von der Motionärin in ein Postulat umgewandelt wurde. Der Landrat hat dieses in der Folge am 7. März 2024 nur knapp mit 43 zu 39 Stimmen dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt überwiesen. Damit fehlten uns seitens des Nachbarkantons ein verbindlicher Auftrag in Form einer Motion für Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Stadt.

Vor diesem Hintergrund beantragt Ihnen der Regierungsrat, ihm die Motion Melanie Eberhard und Konsorten als Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zu den Fraktionssprechenden. Als erster hat sich eingetragen Oliver Bolliger für das GAB.

Oliver Bolliger (GAB): Im Namen des Grün-Alternativen Bündnis beantrage ich Ihnen, die Motion Melanie Eberhard weiterhin als Motion zu behandeln. In Anbetracht der grossen Relevanz dieser Motion, und dies in beiden Kantonen, in beiden Gesundheitskommissionen und auch aufgrund der Berichterstattung in den letzten Wochen, liegt es eigentlich deutlich auf der Hand, diesen politischen Vorstoss in der verbindlichen Form weiter zu behandeln. Und es staunt mich ein wenig, dass die meisten bürgerlichen Parteien einen Anzug hier als ausreichend erachten. Technisch gesehen kann ich es ein wenig nachvollziehen, dass die Regierung sich den Vorstoss in abgeschwächter Form eines Anzugs überwiesen haben möchte. Schliesslich wäre dann, Regierungsrat Lukas Engelberger hat es schon erwähnt, das politische Mittel in beiden Kantonen auf der gleichen Ebene.

Weshalb der Landrat oder auch der Vorstoss von Lucia Mikeler Knaack abgeschwächt werden musste und nur als Postulat knapp überwiesen wurde, ist mir aufgrund der geführten Diskussionen auch im Landrat ebenfalls ein wenig schleierhaft, bringt vielleicht aber einfach zum Ausdruck, dass es bezüglich der Zukunft der gemeinsamen Spitalplanung grosse Unsicherheiten bestehen. Man könnte es aber auch so sehen, dass es aus Sicht der Regierung sehr wohl klug wäre, sich selber die Motion weiterhin als Motion zu überweisen und klar somit zum Ausdruck zu bringen, dass die Kooperationen und weiteren gemeinsamen Abklärungen stärker vorangetrieben werden müssen, und somit auch legitimiert wird vom Parlament, dass man das so machen sollte.

Die Resultate der Jahresrechnungen 2023 der Spitäler in beiden Kantonen sprechen eine deutliche Sprache. Es ist aktuell aus verschiedensten Gründen nicht möglich, mit den Einnahmen die Ausgaben zu decken und noch viel weniger eine EBITDA-Marge zu erzielen, welche die gewünschten beziehungsweise notwendigen Investitionen ermöglichen würden.

Die Motion verlangt aufgrund der aktuellen verschärften Situation aus meiner Sicht etwas sehr Selbstverständliches. Der Regierungsrat soll innert einem Jahr Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft für einen neuen Staatsauftrag für eine verbindliche Kooperation zwischen USB und KSBL aufnehmen. Hier nur zu prüfen und danach in zwei Jahren zu berichten, macht einfach keinen Sinn und erscheint mir der Dramatik der Situation nicht angemessen. Insgesamt einfach zu wenig Fleisch dann am Knochen. Die beiden Basler Gesundheitskommissionen haben ja im April in einer gemeinsamen Medienmitteilung ihre Sorge zum Ausdruck gebracht. Dies muss nicht zwingend nur als Kritik an den Regierungen und Spitälern gesehen werden, sondern durchaus im Sinne der vorliegenden Motion, dass wir besser und einfach nur gemeinsam planen können als in Konkurrenz zueinander.

Der § 3 Abs. 1 bis 3 des Staatsvertrags zur Gesundheitsversorgung ermächtigt die beiden Eignerkantone, und dies über den Erlass von gleichlautenden Spitallisten hinaus, sich für eine bedarfsgerechte und bezahlbare Gesundheitsversorgung einzusetzen. In der bisherigen Auseinandersetzung wurde es offensichtlich, dass nicht alle das gleiche darunter verstehen und der Staatsvertrag zwischen Parlament, Regierung und auch zwischen den Parteien unterschiedlich interpretiert wird. Umso mehr macht der Vorstoss Sinn, damit dieser Auftrag auch gemeinsam nochmals genauer angeschaut wird, explizit auch ausgesprochen wird. Übrigens wird auch in der neuen Eignerstrategie zum Universitätsspital Basel festgehalten, dass der Kanton Basel-Stadt gegenüber Beteiligungen weiterer Kantone, insbesondere des Kantons Basel-Landschaft, offen gegenübersteht. Und es ist auch vermerkt, dass das USB Beteiligungen oder Kooperationen eingehen und Allianzen schliessen kann, sofern diese konform sind mit den übergeordneten Zielen. Und es wird ja auch in der Realität und im Alltag auch schon zahlreich gemacht und auch umgesetzt.

Mit der Motion bekräftigen wir dies und ermächtigen dem Eigner mit dem Kanton Basel-Landschaft zukünftige Kooperationen offen und im Geist des Staatsvertrags zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung anzugehen. Somit wird auch das USB bestärkt, um die gewünschten Kooperationen, in welcher Form auch immer, mit dem KSBL voranzubringen. Es ist klar und wird von kaum jemand mehr bestritten, ein weiter wie bisher macht keinen Sinn, da der Staatsvertrag der gemeinsamen Gesundheitsversorgung sonst damit auch in Zukunft vielleicht bedroht wäre.

Deshalb bitte ich Sie, die Motion im Namen des GAB erneut als Motion zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die Fraktion SVP hat das Wort Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Ich halte mein Votum im Namen der SVP, LDP, FDP und Mitte/EVP, wobei Votum halten da ein bisschen zu viel gesagt ist. Wir stellen uns voll und ganz hinter die Berichterstattung des Regierungsrats. Er ist schliesslich nicht seit gestern Regierungsrat, er ist auch nicht seit gestern Präsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz und wir sehen das genauso, wie das in der Antwort von Regierungsrat Lukas Engelberger vorher gesagt worden ist. Für uns sind auch die Punkte vor allem massgebend, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt worden ist und dass man jetzt da auf Augenhöhe ist und nicht eine Seite mehr muss als die andere. Zum anderen besteht die Zusammenarbeit schon jetzt, die wird gewünscht und die Möglichkeit der Versorgungsplanung, die hat man ja.

Wir sind für die Verhandlungen auf Augenhöhe und ziehen mit dem Landrat gleich und überweisen das als Anzug.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die Fraktion SP hat das Wort Melanie Eberhard.

Melanie Eberhard (SP): Die Gesundheitskosten, die Arbeitsbedingungen, das Pflegepersonal und die Gesundheitsversorgung des Pflegepersonals und die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung beschäftigen uns hier im Parlament, sie beschäftigen aber auch die Menschen ausserhalb des Rathauses sehr. Die Gesundheitskosten werden bei Bevölkerungsbefragungen immer wieder als grösste Sorge genannt. So wissen viele Menschen hierzulande nicht, wie sie ihre Krankenkassenprämien bezahlen sollen und immer mehr Menschen verzichten auf notwendige Behandlungen aufgrund des hohen Selbstbehaltes.

Neben der Bevölkerung wendet aber auch die öffentliche Hand hohe finanzielle Beiträge zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung auf. So deckt die öffentliche Hand rund 30 Prozent der gesamten Gesundheitsleistungen und für die soziale Sicherheit ab. Und wie sich nun zeigt, können die Spitäler auch ihre Investitionsprojekte nicht ohne staatliche Unterstützung decken. Das hat sich jüngst beim Spital in Wetzikon sowie beim universitären Kinderspital in Zürich gezeigt und auch wir haben uns letzte Woche mit dem Bauvorhaben des Klinikums 2 und 3 beschäftigt und ein entsprechendes Darlehen gesprochen.

Die Verbesserung der Infrastruktur beziehungsweise die Anpassung ebendieser an die sich stetig verändernden Anforderungen ist wichtig, damit die Qualität der Gesundheitsversorgung in Basel-Stadt und der gesamten Region weiterhin gut bleibt. Aktuell planen die öffentlichen Spitäler von Basel-Stadt und Baselland entsprechende Infrastrukturprojekte und

schaut man sich die einzelnen Bauvorhaben an, so können diese durchaus als nachvollziehbar oder im Sinne einer guten Versorgung der Bevölkerung angeschaut werden. Aus einer übergeordneten Perspektive auf die ganze Region Nordwestschweiz sind die Vorhaben aber nicht aufeinander abgestimmt.

Während die verschiedenen Gesundheitsinstitutionen also medizinisch zusammenarbeiten, was mich sehr freut, fehlt es bei den Bauvorhaben komplett an Austausch und Kommunikation. Kommunikation und gemeinsames Planen von Bauvorhaben ist aber wichtig, damit die notwendigen Erneuerungen sinnvoll angegangen werden, aber keine Fehlversorgungen konzipiert und umgesetzt werden. Es ist deshalb angezeigt, dass die Kantone auch bei Investitionsvorhaben kooperieren. In erster Linie sollen die Spitaleigner, also die beiden Basler Kantonsregierungen kooperieren, wobei es selbstverständlich auch wichtig ist, dass das USB sowie das KSBL in die Überlegungen zur intensiveren Spitalkooperation einbezogen werden. In der primären Verantwortung für die Gespräche sehen wir aber die zuständigen Regierungsräte. In diesem Sinne begrüsse ich es sehr, dass der gleichlautende Vorstoss auch in Baselland überwiesen wurde und sich der Regierungsrat in seiner Stellungnahme auf die Motion bereit erklärt, die Gespräche mit den Anspruchsgruppen in Baselland auszuweiten und zu vertiefen.

In diesem Sinne wird die SP-Fraktion auch an der Motion festhalten. Denn es geht uns nicht in erster Linie darum, dass der Regierungsrat prüft und berichtet, sondern dass effektiv Massnahmen zur verstärkten Kooperation getroffen werden und dies selbstverständlich unter der Berücksichtigung der Komplexität so rasch wie möglich, denn die Infrastrukturprojekte der Kantone werden jetzt geplant. Es ist deshalb auch jetzt wichtig, dass sich die Kantonsregierungen zusammensetzen und enger zusammenarbeiten, denn bei fehlender Koordination innerhalb der Gesundheitsregion und zu teuren Infrastrukturprojekten sind Fehlkapazitäten und dadurch steigende Gesundheitskosten und Fehlbehandlungen absehbare Folgen. Dies gilt es nicht nur aus finanzieller Perspektive zu verhindern, sondern insbesondere auch im Hinblick auf eine gute Gesundheitsversorgung für die Patientinnen und Patienten.

Die SP-Fraktion hält deshalb an der Motion fest und empfiehlt Ihnen ebenfalls die Überweisung als Motion, damit die Kooperation der Kantone nun effektiv und rasch angegangen wird und nicht das Prüfen und Berichten, wie es das Instrument des Anzuges vorsieht, im Zentrum steht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zum nächsten Fraktionssprechenden für die GLP, Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich kann mich meinen Vorrednern eigentlich anschliessen im Namen der GLP und will nur noch ein paar Punkte hervorheben und unterstreichen.

Zuerst einmal, worum geht es hier im Kern. Im Kern geht es hier um unser Unispital in Basel, das unglaublich wichtig ist für den Standort. Das haben wir bei anderer Gelegenheit auch schon ausgeführt, das erkläre ich jetzt nicht nochmal weiter. Aber auch hier geht es wieder darum und solange dieses Unispital von unserem Kanton allein getragen wird und nicht vom Nachbarkanton, und noch besser wäre natürlich auch noch von weiteren Kantonen oder überhaupt eine breitere Abstützung, ist die Situation unbefriedigend und auch die finanziellen Risikos sind zu gross für unseren Kanton, usw.

Wir sind uns einig, dass wir dieses Unispital brauchen, und insofern denke ich, sind wir uns auch einig, dass es Not tut, dass der Kanton Baselland da besser eingebunden ist. Weiter will ich nochmal betonen, dass wir auch voll und ganz hinter den Rahmenbedingungen für eine neue Verhandlung stehen, die der Regierungsrat ausgeführt hat und jetzt Lukas Engelberger noch einmal mündlich ausgeführt hat, dass er da voll und ganz dahintersteht und unterstützt, genau so soll es sein. Es geht darum, das Unispital zu stärken und wenn sich abzeichnet, dass das nicht möglich ist, dann sehen wir auch keinen Raum mehr für die Verhandlung. Also das wollen wir nochmal betonen.

Das ist die eine Seite, die andere Seite, und damit erkläre ich jetzt auch, warum wir auch für eine Überweisung als Motion sind, wir denken, es macht materiell keinen Unterschied für diese Verhandlungen, aber damit unterstreichen wir wirklich auch, es ist auch eine Message an den Nachbarkanton, an Baselland, damit sagen wir, von uns aus ist die Tür weit offen für Verhandlungen, wir wollen das wirklich. Klar gibt es Rahmenbedingungen, aber wir wollen das wirklich und wir wollen, dass jetzt etwas geht. Wir wollen einen Schlussstrich ziehen unter die gescheiterte Fusion und wollen jetzt neu das wieder aufrollen.

Aus Sicht der GLP sind wir wirklich offen, was das bedeutet. Wir können uns durchaus vorstellen, dass es auch wieder zu einer neuen Fusion kommt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als Einzelsprecherin eingetragen hat sich Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Meine Vorredner*innen von der SP, dem GAB und der GLP haben bereits ausgeführt, warum es wichtig ist, diesen Vorstoss nochmals als Motion zu überweisen und nicht nur als Anzug.

Wie Tobias Christ gesagt hat, geht es wirklich darum, ein klares Bekenntnis jetzt zu einer Kooperation in der gemeinsamen Gesundheitsregion auszusenden. Ich denke, das ist gerade auch wichtig vor dem für mich schon auch etwas unverständlichen Entscheidungsprozess, der in Baselland stattgefunden hat, wo die Motion ja nicht überwiesen wurde, sondern nur ein Postulat relativ knapp überwiesen wurde. Das hat mich dann auch ein bisschen verwundert, weil wir haben jetzt gleichzeitig auch, das konnten Sie lesen, die Medienmitteilung der beiden Gesundheitskommissionen Basel-Stadt und Baselland, wo wir wirklich in einer gemeinsamen Diskussion sehr klar nochmal zum Schluss gekommen sind, dass, und Tobias Christ hat es eigentlich gut gesagt, es wirklich darum geht, jetzt einen Schlussstrich unter die alten Geschichten zu ziehen und gemeinsam sich zu überlegen, wie in Zukunft die Kooperation in der Gesundheitsregion aussehen kann.

Dass die Gesundheitskommission von Baselland da mit uns gemeinsam diese Medienmitteilung macht und gleichzeitig nicht bereit ist, der Motion im Landrat das genügende Gewicht zu geben, das finde ich schon etwas erstaunlich. Ich denke, es ist jetzt quasi an unserer Seite mit dem Zentrumsspital, mit der ganzen Rolle, die auch Basel-Stadt hier einnimmt, ein Zeichen zu geben, um wie zu sagen, wir möchten über die gemeinsame Gesundheitsregion sprechen, wir möchten nicht nur über die Spitallisten und die Zusammenarbeit auf medizinischer Ebene sprechen, sondern wir möchten wirklich auch über die Infrastruktur sprechen. Ich denke, da sind Sie auch einig mit mir.

Wir leben in einer Zeit, wo Synergien und Kooperationen hochgeschrieben werden. Wir müssen das nutzen, was da ist, und müssen schauen, dass wir keine Überkapazitäten produzieren, weil wir uns das schlicht nicht leisten können. Es ist gleichzeitig aber natürlich auch wichtig, dass die gesamte Region versorgt wird und da fände ich schon auch noch wichtig anzuregen, dass die ganze Gesundheitsregion ja nicht nur Basel-Stadt und Baselland betrifft, sondern auch Teile von Aargau und Solothurn miteinschliesst, also diese ganze funktionale Gesundheitsregion, dass wir da in Zukunft uns in eine andere Richtung bewegen, die wirklich dann auch kostensenkend ist.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diese Motion jetzt nochmals als Motion zu überweisen und danke gleichzeitig Regierungsrat Lukas Engelberger, dass er bereit ist, das Anliegen weiter zu verfolgen. Ich denke, von Baselland gab es ja eigentlich ebendiese Zeichen auch und ich möchte es sehr begrüssen, wenn diese jetzt aufgegriffen werden und in einer konstruktiven Art und Weise weiterverfolgt werden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte um Überweisung als Motion.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es haben sich keine weiteren Einzelsprechenden eingetragen. Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die Voten in der Diskussion, die allesamt ein starkes Bekenntnis für eine Intensivierung unserer Zusammenarbeit mit dem Partnerkanton und auch zwischen unseren Spitälern zum Ausdruck gebracht haben. Das ist ein starkes Votum und ich glaube, das darf so aus dieser Diskussion mitgenommen werden, ein Bekenntnis zu einer Intensivierung unserer Zusammenarbeit.

Die Nuancierung erfolgt jetzt auf der Ebene, ob das eine Motion ist oder ein Anzug. Man mag das als symbolisch bedeutsamen Unterschied sehen, ich glaube, praktisch, das kann ich Ihnen sagen, spielt es nicht eine grosse Rolle. Wir sind ohnehin laufend im Gespräch mit dem Partnerkanton und ich überlasse das jetzt natürlich Ihnen, ist ja Ihr Entscheid. Wir haben Ihnen auch sozusagen in formaler Parallelität zum Landratsentscheid eine Überweisung als Anzug angeregt, aber das soll überhaupt nicht irgendwie das Signal abschwächen. Wir werden sehr ernsthaft diese Gespräche führen mit dem Kanton Basel-Landschaft.

Ich möchte aber schon noch eingehen auf die Thematik der Investitionen, weil ich hier den Eindruck mitnehme, dass Sie die Bedeutung der Investitionen, der Bauinvestitionen namentlich überhöhen. Die Investitionen spielen letztlich für den Spitalbetrieb finanziell eine untergeordnete Rolle. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, dass bis gegen 70 Prozent der Kosten eines Spitals Personalkosten sind und fast 20 Prozent sind die Medizinalgüter, dann bleibt nicht mehr viel Raum für eine massive Kostenrelevanz in einer Erfolgsrechnung von Investitionen. Deshalb ist es auch sehr folgerichtig, dass die Investitionen in der Kompetenz der einzelnen Spitäler liegen, natürlich innerhalb von Grenzen.

Wenn wir dann ein Darlehen sprechen möchten, dann fragen wir das Parlament, wenn es einen Bebauungsplan gibt, dann ist natürlich das Parlament zuständig, aber in unserer Systemarchitektur gemäss KVG sind Investitionen Spitalentscheide, sind unternehmensstrategische Entscheide, für die die Spitalgremien zuständig sind. Wir definierende die Rolle, die Versorgungsrolle der Spitäler anhand der Leistungsaufträge. Damit sagen wir, in welchen Bereichen, in welcher Rolle ein Spital tätig ist und wir haben, das wissen Sie, in einzelnen Disziplinen auch diesen Mengendialog, das heisst wir geben den Spitälern auch eine klare Vorgabe, welches die Maximalanzahl Behandlung ist, die wir von ihnen erwarten. Damit ist die Rolle definiert und wie sich dann das Spital organisiert und wie viel es baut und was es dafür plant, das ist ein Spitalentscheid.

Deshalb ist es nicht richtig, wenn man hier sagt, in erster Linie seien jetzt verantwortlich für die bessere Kooperation die Regierungsräte als Eigner. Das ist heute nicht so, das ist in der heutigen Gesetzeslandschaft kantonal wie auch eidgenössisch nicht so. Investitionen sind Entscheide der Spitäler und wir ändern das auch nicht hier an einem Abend. Wir

können unser ÖSpG dann einmal ändern, das würde ich Ihnen aber nicht empfehlen, dann können wir das in Frage stellen, aber Stand heute sind die Rollen so verteilt, dass Investitionsentscheide, strategische Entscheide sind der Spitäler.

Und ich würde das jetzt auch nicht über Bord werfen wollen. Wenn Sie heute hier eine Motion überweisen, dann ist das Gesetz noch nicht umgeschrieben und dann müssen wir uns trotzdem an die Rollen halten, wie sie definiert sind im geltenden Recht auf eidgenössischer und auf kantonaler Ebene. Das ist mir wichtig, weil ich namentlich auch nicht möchte, dass man jetzt diese Autonomie der Spitäler, die wir verselbstständigt haben, wofür es einen Volksentscheid gab mit klarer Mehrheit, dass wir diese Autonomie jetzt aushöhlen würden aus dem Eindruck heraus, es könnte besser gehen in der Zusammenarbeit zwischen Unispital und KSBL. Es könnte immer besser gehen, aber es ist kein Anlass, hier jetzt die Selbstständigkeit der Spitäler in Frage zu stellen.

Deshalb muss ich Ihnen sagen, auch wenn das als Motion überwiesen wird, dann werden Vorderhand die Investitionsentscheide Entscheide der Spitalgremien bleiben.

Balz Herter (Mitte-EVP): Oliver Bolliger beantragt die Überweisung als Motion. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003697, 12.06.24 20:31:12]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 1 Jahr.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben sich mit 49 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden.

44. Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101, Stellungnahme des RR

[12.06.24 20:31:27, 23.5585.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese zu überweisen.

Lukas Engelberger verzichtet auf ein Votum. Für die Fraktion GAB hat sich Oliver Bolliger eingetragen.

Oliver Bolliger (GAB): Ich kann es kurz machen. Bei der Beantwortung der Regierung zur Motion Nicole Kuster habe ich mich wirklich gefragt, weshalb der Regierungsrat die Motion nicht als erfüllt abgeschrieben hat. Alle drei geforderten Massnahmen sind bereits erfüllt beziehungsweise werden zurzeit aktiv bearbeitet. Die Evaluation ist erfolgt und liegt den Departementen vor. Die Suche und Prüfung eines neuen Standorts ist seit Sommer 2023 unter der Leitung des Gesundheitsdepartements bereits intensiv am Laufen und natürlich wird die Aufnahme des Betriebs an einer Kontakt- und Anlaufstelle nicht extra verzögert. Ob dies dann terminlich insgesamt aufgeht, das wissen wir nicht, kann auch niemand jetzt schon definitiv abschätzen. Der Massnahmenkatalog, also die dritte Forderung für das Umfeld ist schon jetzt ein integraler Bestandteil jeglicher Kontakt- und Anlaufstelle, auch die am Standort Dreispitz. Dieser Katalog, falls es dann terminlich nicht aufgeht, müsste dann auf die neue Ausgangslage ausgerichtet werden. Auch dies versteht sich von selbst.

Wie ich schon in meinem ersten Votum anfangs Jahr zum Ausdruck gebracht habe, sind die Anliegen der Motionärin nachvollziehbar. Aber wie ich auch damals schon gesagt habe, handelt es sich beim vorliegenden Vorstoss um ein mindestens seit 2022 bereits erkanntes Problem oder Fragestellung, so muss man es genau sagen, welches von den zuständigen Departementen schon bearbeitet wird. Schon damals, als man die Kontakt- und Anlaufstelle geplant hat für im Dreispitz, war klar, das wird nicht für immer sein, irgendwann muss es einen Ersatz geben.

Die Erstüberweisung letzten Herbst war vor allem von der Diskussion über die Situation an der Dreirosenmatte und dem Matthäuskirchplatz geprägt. Nun liegen die Antworten der Regierung vor und es ist klar, die Forderungen der Motion sind erkannt und werden bereits jetzt umgesetzt. Wir können also getrost die Verwaltung entlasten und ihre bereits aufgenommene Arbeit machen lassen. Die Motion braucht es in dieser Form, nicht das Anliegen, aber in dieser Form nicht mehr. Besten Dank für die Abschreibung beziehungsweise Ablehnung des Vorstosses.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit kommen wir zur nächsten Fraktionssprecherin für die SP, Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Mein Vorredner hat es auf den Punkt gebracht, danke vielmals, Oliver Bolliger. Die SP-Fraktion anerkennt das Bedürfnis, dass der Standort der K+A Dreispitz überprüft wird, erachtet die Motion allerdings als das falsche Instrument. Als Zeichen der Anerkennung und als Zeichen dafür, dass wir die Sorgen für Menschen in unserem Kanton ernst nehmen, beantragt die SP-Fraktion, dass die vorliegende Motion als Anzug überwiesen wird.

Warum ist die SP-Fraktion gegen die Motion. Standorte für Kontakt- und Anlaufstellen sind per se schwierig zu finden, weil sie hohe Ansprüche erfüllen müssen. Schwierig, weil sich in einem Stadtkanton überall eine Schule, ein Kindergarten, eine Kita, ein Alters- und Pflegeheim, ein Familienquartier, ein Spital, etc. befindet. Es gibt schlicht und einfach keinen idealen Standort. Zudem sehen wir die Nähe zum geplanten Neubau Primarschule Walkeweg und die Nähe des Kindergartens zur K+A Dreispitz nicht als problematisch an. Die SP-Fraktion anerkennt, dass es sich hier um zwei besonders schützenswerte, um vulnerable Personengruppen handelt, einerseits die hilfesuchenden, suchterkrankten Menschen und andererseits die heranwachsenden, minderjährigen Kinder.

Bitte erlauben Sie mir aber diese Bemerkung. Obwohl es bereits seit mehreren Jahren eine Primarschule neben der temporären Wohnsiedlung für Menschen mit Fluchterfahrung an der Münchensteinerstrasse 103 gibt, die in unmittelbarer Nähe der K+A Dreispitz liegt, gab es bislang keine Beanstandungen. Diese bisherige Untätigkeit wirft Fragen auf. Kinder mit Fluchterfahrung besuchen jeden Tag die Primarschule Dreispitz. Auch hier kreuzen sich die Wege von geflüchteten Kindern und Suchterkrankten, die die K+A Dreispitz aufsuchen. Die Erfahrungen zeigen, dass es bis jetzt keine Probleme gibt und auch die K+A in Kleinbasel befindet sich neben einer Schule. Auch in diesem Fall scheint es zu funktionieren. Im Gegenteil, die soziale Kontrolle wird erhöht, wenn die K+A nicht zu sehr abgelegen liegt.

Wir verweisen nochmals darauf, dass der Standort der Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz von Anfang an ein Provisorium mit befristeter Betriebsdauer war. Bereits im Jahr 2022 wurde erkannt, dass aufgrund der städtebaulichen Entwicklungen des Quartiers Walkeweg im Zusammenhang mit dem baulichen Zustand, wie etwa fehlende Klimatisierung, enge Platzverhältnisse, etc., die mittlerweile seit rund zehn Jahren betriebene K+A Dreispitz sowie in Folge veränderter Konsumformen Handlungsbedarf besteht. Deshalb wurde das Gesundheitsdepartement im Juni 2022 vom Regierungsrat beauftragt, das Konzept der K+A sowie den Standort der K+A Dreispitz zu überprüfen. Auch deshalb erachtet die SP-Fraktion die vorliegende Motion als obsolet.

Abschliessend möchte ich nochmals hervorheben, wir distanzieren uns vom gesellschaftlichen Stigma gegenüber Suchterkrankten. Wir distanzieren uns davon, Menschen mit einer suchtbedingten Erkrankung als potenzielle Gefahr für Kinder zu betrachten, ohne dabei Herausforderungen auszublenden. Stigmatisierung schadet den Betroffenen und verstärkt Suchtprobleme. Sie ist ein Hindernis auf dem Weg zu Hilfe, führt zu schlechter Behandlung und vergrössert die sozialen und gesundheitlichen Folgen einer Suchtkrankheit. Das gilt sowohl für die individuellen Folgen als auch für die gesellschaftlichen, einschliesslich der öffentliche Gesundheitskosten. Zudem ist Stigmatisierung ein ethisches Problem, weil sie eine bestimmte Gruppe benachteiligt und die Menschenwürde der Betroffenen angreift.

Die SP-Fraktion stellt deshalb den Antrag, die Motion als Anzug zu überweisen. Die Entscheidung, den Vorstoss als Anzug zu überweisen, soll als grosses Entgegenkommen der SP-Fraktion verstanden werden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als Einzelsprecherin eingetragen hat sich Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Es freut mich, dass die Regierung die Motion erfüllen will und ich bin froh, dass die Problematik erkannt ist und Lösungen erarbeitet werden. Ich versichere Ihnen, wäre alles so klar gewesen, hätten wir diese Motion nicht ausgearbeitet. Die Motion lässt der Regierung einen grossen Handlungsspielraum, die Motion wurde von vielen hier drinnen

unterzeichnet. Weshalb jetzt die kritischen Stimmen noch immer andauern, ist sonderbar. Es geht nicht um Diskriminierung, es geht nicht um Stigmatisierung, es geht einzig und schlichtweg um vorausschauende Städteplanung. Arealentwicklungen müssen mögliche Brennpunkte miteinbeziehen und Lösungen müssen gefunden werden. Dies scheint nun zu passieren und ich hoffe, dass Sie alle dieser vorausschauenden Planung zustimmen. Es wird damit nämlich viel Gutes erreicht. Besten Dank, dass Sie die Motion als Motion überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächster Einzelsprecher hat sich eingetragen Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Ich kann das jetzt irgendwie nicht so stehen lassen, ich staune eigentlich immer wieder. Die K+A, die ist ja nicht erst seit gestern dort und offensichtlich war es vorher egal, was dort passierte oder nicht passierte. Es gibt ein Quartier, das schon besteht, das wird nicht gebaut, das hat sich schon immer mit dieser K+A auseinandergesetzt. Und wieso es jetzt auf einmal so aufgebauscht wird, das verstehe ich wirklich nicht und das konnte mir jetzt auch die Motionärin, die damalige, nicht erklären.

Das einzige, was ich sehen würde, der Regierungsrat hat in seiner Motionsbeantwortung, das wurde schon gesagt, einiges dargelegt, was dort passiert. Was mir noch fehlt, ist eigentlich, was dann für den östlichen Teil des Gundelis langfristig passiert, weil in den letzten Jahren, als die Herausforderungen dort zugenommen haben, ist eigentlich sehr wenig passiert. Ich würde den Regierungsrat bitten, da der Anzug oder die Motion jetzt ja überwiesen wird, sich bitte auch Gedanken zu machen, wie er die Problematik dort angehen will. Das hat nicht so viel mit Stadtentwicklung für neue Quartiere zu tun, sondern vielleicht für die, die schon da sind, auch mal etwas zu machen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es hat sich Tim Cuénod gemeldet.

Tim Cuénod (SP): Die Erstüberweisung der Motion ist ja insofern sehr verständlich gewesen, dass man wirklich Probleme aufwirft im Zusammenhang mit dieser Schulraumplanung, da Probleme und Konflikte entstehen könnten, die in der Form heute nicht vorhanden sind.

Die Zweitüberweisung der Motion, so wie sie jetzt vorliegt, würde ich interpretieren, würden wohl viele interpretieren, als ein ganz klares Signal, dass wir als Grosser Rat eine Verschiebung des Standorts dieser K+A wollen aufgrund des vorliegenden Motionstextes. Und da möchte ich Ihnen jetzt einfach aus Quartierperspektive sagen, dass ich im Gundeli bisher noch nie Leute gehört habe, die sich im grossen Umfang an der K+A gestört hätten, sondern dass man da sehr wohl auch versucht, durch verschiedene Massnahmen diese Probleme, Probleme, die es da geben kann, irgendwie anzugehen. Ich denke, dass auch mit den Schulen diese Probleme durchaus lösbar wären, beispielsweise mit klaren Beschriftungen, dass der Zugang zu den Schulen, unseren Kindergärten via Walkeweg erfolgt und anders. Aber es ist nicht so, dass die jetzige Problemlage in den letzten Jahren und auch das, was sich jetzt abzeichnet aufgrund dieser Arealentwicklung, notwendig machen würde, dass man die K+A verschiebt, dass die an einen anderen Standort gehen muss. Ich habe diesbezüglich aus dem Quartier wirklich bisher noch nie Klagen vernommen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Liste der Einzelsprechenden ist erschöpft. Somit kommen wir zu Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Grossrat Oliver Bolliger hat indirekt mir eine Frage gestellt, indem er gesagt hat, weshalb hat sich die Regierung nicht gegen jetzt eine zweite Überweisung ausgesprochen und ich möchte das beantworten, weil wir nicht jetzt den Eindruck erwecken wollen, wir würden das nicht ernst nehmen und nicht die Richtung, die wir beschrieben haben, auch verfolgen.

Wir untersuchen Standortfragen, wir kümmern uns um Betriebsfragen und das ist, was die Motion verlangt, und insofern haben wir keinen Grund, uns gegen Überweisung auszusprechen. Die Form, ob Anzug oder Motion, kann man allenfalls auch hier wieder als Stilfrage oder Frage der Signalstärke interpretieren. Wir sind an diesem Thema dran und wir bearbeiten das, und zwar so, dass wir die Entwicklungen, die absehbar sind, verantwortungsvoll antizipieren wollen und darauf reagieren wollen im Interesse aller Beteiligten.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur ersten Abstimmung. Amina Trevisan beantragt die Überweisung als Anzug.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 50 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003699, 12.06.24 20:46:34]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie möchten dieses Geschäft als Motion weiterberaten mit 50 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zur nächsten Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 43 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003701, 12.06.24 20:47:24]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 4 Jahre.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben die Motion mit 50 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Regierungsrat überwiesen.

45. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten zur Förderung der Suizidprävention im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[12.06.24 20:47:32, 22.5571.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Thomas Widmer-Huber hat sich als Einzelsprecher eingetragen.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Im Blick auf die Suizidprävention danke ich dem Regierungsrat und den Mitarbeitenden im Gesundheitsdepartement für das bisherige und geplante Engagement. Es wird deutlich, dass auf mehreren Ebenen präventiv gehandelt wird. Genannt werden festinstallierte Austauschgremien in unserem Kanton, etwa die Arbeitsgruppe zur Planung von suizidpräventiven Massnahmen. Ich begrüsse Sicherungsmassnahmen bei Hotspots wie die Pfalz und dem Viadukt über die A2 im Gellertquartier und dass die Sicherung eines weiteren Hotspots in der Projektphase ist.

In meinem Anzug hatte ich gefordert, dass Erfahrungen aus Kampagnen aus anderen Kantonen fruchtbar gemacht werden und geeignetes Material für unseren Kanton eingesetzt wird. Die Regierung berichtet unter anderem von einem Leitfaden zum Thema Suizidalität für Lehrpersonen aus Zürich, welcher frisch überarbeitet wurde. Erwähnt wird auch eine Social Media Kampagne von Prävention Zürich und Pro Juventute, die im Februar dieses Jahres auf Basel ausgeweitet wurde. Ich begrüsse es, dass der Kanton für Lehrpersonen halbtägige Fortbildungen zum Thema Umgang mit suizidalen Jugendlichen anbietet und dass geplant ist, dieses Angebot auf weitere Fachpersonen auszuweiten, die mit Jugendlichen arbeiten. Eine

von mir angeregte grössere gemeinsame Kampagne in den Nordwestschweizer Kantonen sei aktuell noch nicht geplant, ist zu lesen.

Auch wenn noch nicht alle Anliegen meines Anzugs erfüllt sind, bedanke ich mich für alle bereits getroffenen Massnahmen und unterstütze die Abschreibung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

46. Interpellation Nr. 46 Olivier Battaglia betreffend PFAS im Trinkwasser, Schriftliche Beantwortung

[12.06.24 20:50:07, 24.5147.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Olivier Battaglia (LDP): Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken für die Antwort, die uns geliefert worden ist in Bezug auf PFAS, also sprich die Ewigkeits-Chemikalien. Da ist eigentlich der positivste Teil, dass wirklich etwas gemacht wird und dass wir neu die Höchstwerte der EU annehmen werden, die weiter runtergehen, und das ist eigentlich zugunsten von den Leuten eine positive Sache. Begrüssen würden wir auch noch, dass die Webseiten und die kantonalen Informationen sehr gut und ordentlich geführt werden. Wir bedanken uns für die Antwort und sind mit der Antwort zufrieden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt. Ich übergebe an den Präsidenten.

47. Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen», Stellungnahme des RR

[12.06.24 20:51:20, 23.5478.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Regierungspräsident Conradin Cramer verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum. Damit sind wir bei den Fraktionen und zuerst hat Michela Seggiani das Wort.

Michela Seggiani (SP): Die SP-Fraktion beantragt eine Nichtüberweisung der Motion, auch nicht als Anzug.

Lohnunterschiede aufgrund des Gesetzes sind nicht erlaubt und zur Überprüfung benötigt es Instrumente. Wie könnte man denn sonst den Lohn auch überprüfen. Ein Instrument dafür ist Logib, Logib ist wissenschaftlich anerkannt. Für die Vergleichbarkeit zwischen einzelnen Bewerbenden ist es praktisch, wenn alle das gleiche Tool verwenden. Das jetzt als statistisch irrelevante Methode zu bezeichnen, kann man machen, allerdings ihr Unzulänglichkeiten und ein Piesacken zu unterstellen und sie als Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen zu bezeichnen, geht doch deutlich zu weit. Eigentlich wundere ich mich bereits deshalb, warum die Regierung hier für eine Überweisung als Anzug ist.

Inhaltlich erstaunt es, weil noch zu prüfen gelte, ob die Motionsforderung mit höherrangigem Recht vereinbar ist. Die Motion möchte eine Selbstdeklaration als Mittel zur Überprüfung, dann eine Nachweispflicht für erfolgreiche Anbieter ab 50 Mitarbeitenden und dass stichprobenweise kontrolliert werden kann. Das Gesetz sieht nicht vor, wie genau eine Lohngleichheit nachgewiesen werden soll. Wir können auch alle Löhne offenlegen lassen, wenn die dafür vorhandenen Instrumente als ungenügend erachtet werden.

Der Kampf um gleiche Rechte zwischen Frau und Mann und allen Geschlechtern währt lange und es ist unzähligen, vor allem Frauen zu verdanken, dass wir heute zumindest eine theoretische und im Gesetz festgelegte Gleichstellung erreicht haben. Wir wissen, dass wir immer noch eine strukturelle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern haben, insbesondere beim Lohn. Diese symbolische Ordnung in unserer Gesellschaft kommt zum Glück immer wieder ins Wanken, weil der Anspruch und Gleichstellung aktiv von vielen erkämpft wird. Dagegen gibt es einen Backlash. Dieser Wandel soll gebremst oder zurückgedreht werden. Solche Vorstösse wie hier unterstützen diese Gegentendenz.

Dass es Lohngleichheitsanalysen im öffentlichen Beschaffungswesen gibt im Kanton Basel-Stadt, ist eine lang erkämpfte Errungenschaft. Die aktuelle Praxis wird erst seit November 2023 so umgesetzt. Ich rate deshalb, jetzt im mindesten einmal abzuwarten und nicht jetzt schon wieder in Frage zu stellen. Warum hier sämtliche Fraktionen, ausser dem GAB und ausser uns für eine Überweisung der Motion sind, deklariert doch klar eine Persistenz, die mich überrascht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion GLP spricht Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die Fraktion der Grünliberalen unterstützt die Bemühungen um rechtliche und tatsächliche Gleichstellung. Auch die Förderung der Lohngleichheit liegt uns sehr am Herzen. Jedoch hegen wir zunehmend Zweifel, ob Basel-Stadt mit seinen Massnahmen nicht über das Ziel hinausschiesst. Momentan behandelt die WAK einen Vorstoss für eine Verschärfung der Verpflichtung zur Lohngleichheitsanalyse für Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden, während auf Bundesebene diese Regelung erst ab 100 Mitarbeitenden greift.

Bereits während der Vernehmlassung haben die Grünliberalen Bedenken geäussert, dass eine Verpflichtung basierend auf der Anzahl der Mitarbeitenden problematisch ist und sich möglicherweise negativ auf die Schaffung von Teilzeitstellen auswirken könnte. Wir schlagen daher vor, stattdessen auf Vollzeitstellenäquivalente zurückzugreifen. Die aktuelle Verschärfung im Beschaffungswesens sieht vor, dass Unternehmen bereits ab 10 Mitarbeitenden eine Lohngleichheitsanalyse durchführen müssen. Dies wurde beschlossen, noch bevor der Grosse Rat endgültig über die Verschärfung auf 50 Mitarbeitende entschieden hat. Wir fühlen uns daher etwas bedrängt und hätten gerne zunächst den Bericht über die Ergebnisse der Bundesregelung abgewartet, bevor weitere Schritte in Form vorauseilender Regulierungswut unternommen werden. Dies gilt für die 50 wie auch für die 10.

Denn es gibt durchaus auch kritische Stimmen aus der Wissenschaft bezüglich Lohngleichheitsanalyse und insbesondere des Instruments Logib. Es scheint, als würden diese Stimmen nicht gehört werden, das halten wir für falsch. Wir möchten insbesondere darauf hinweisen, dass Kleinbetriebe, Vereine und Non-Profit-Organisationen im Sozialbereich schnell 10 Teilzeitstellen erreichen und sich zusätzlicher Aufwand für sie nur schwer bewältigen lässt. Diese Verschärfung wirkt sich nicht zuletzt nachteilig auf sie aus, wenn sie sich für staatliche Aufträge bewerben wollen.

In diesem Sinne unterstützen wir die Überweisung als Motion, wissend, dass möglicherweise nur die rechtlich zulässigen Forderungen umgesetzt werden können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Auch die Fraktion der LDP ist klar für die Überweisung als Motion und nicht als Anzug. Laut Regierung sollen gewisse Forderungen gegen höherrangiges Recht verstossen, was aber offensichtlich nicht so ist, das wird der Motionär sicher später noch genauer erläutern. Uns ist die Verbindlichkeit einer Motion wichtig und darum wollen wir es nicht als Anzug überwiesen haben. Für uns ist wesentlich, die Lohngleichheit ist jetzt schon verfassungsmässige Pflicht und die Instrumente, um sie einzufordern, die bestehen. Weiterführende Lohngleichheitsanalysen sind wirtschaftsfeindlich und verbunden mit einem grossen finanziellen und administrativen Aufwand. Das ist dann die Zeit, die auch den Unternehmen verloren geht, die sie lieber produktiv einsetzen möchten. Und wie schon erwähnt wurde, der Mehrwert von weiterführenden Analysen ist zum Teil auch fraglich.

Darum ist die Fraktion der LDP klar für Überweisung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich spreche auch für die FDP. Warum Lohngleichheitsanalysen für Kleinunternehmen von 10 Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern ein Auswuchs, man darf etwas salopper auch von einer Absurdität sprechen, sind, hat Ihnen jetzt gerade eben Lydia Isler-Christ und vorher Niggi Rechsteiner schon erklärt. Vielleicht erinnern Sie sich auch an mein Beispiel aus der Erstüberweisung vor einem halben Jahr, der Gipsereibetrieb mit neun Gipsern und einer Teilzeit-Bürokraft weiblichen Geschlechts. Wenn Sie Löhne vergleichen wollen, dann müssen Sie in einer Funktionsstufe mindestens einen Mann und eine Frau angestellt haben, und zwar zu einigermassen irgendwie halbwegs vergleichbaren Bedingungen. Gipserinnen sind ebenso dünn gesät wie Gerüstbauerinnen, Stahlbauerinnen oder Maschinenführerinnen im Tiefbau. Man mag das bedauern, die Statistik interessiert sich nicht für die Gründe und Lohngleichheitsanalysen sind Statistik.

Lassen Sie mich nun auf die rechtliche Zulässigkeit zu sprechen kommen. Wir sind es uns ja gewohnt, dass der Regierungsrat missliebige Vorstösse gerne etwas vorschnell als rechtlich unzulässig klassiert. Im vorliegenden Fall ist die Beurteilung der teilweisen rechtlichen Unzulässigkeit nicht bloss vorschnell, sondern schlichtweg falsch. Das sage nicht ich, sondern das sagen zwei Juristinnen, die ich um eine Beurteilung gebeten habe. Es geht dabei um die Forderung des nachträglichen Erbringens des Nachweises. Massgeblich ist dabei die interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen. Ich zitiere jetzt aus dieser Beurteilung: Diese Vereinbarung schreibt keine Nachweispflicht vor und hält lediglich die Möglichkeit der Forderung eines Nachweises fest. Kann-Bestimmung. Wobei bereits eine Selbstdeklaration oder die Aufnahme in ein Verzeichnis als Nachweis gelten. Deshalb ist jede zusätzliche Forderung eines Nachweises in anderer Form und dessen Ausgestaltung, wie der Zeitpunkt des Einreichens, Sache des Kantons. Der Regierungsrat verkennt in seiner Stellungnahme, dass gemäss übergeordnetem Recht auch eine Selbstdeklaration als Nachweis gilt. Und damit, glaube ich, ist die Frage beantwortet, ob diese Motion rechtlich zulässig ist oder nicht.

In seiner Stellungnahme in materieller Hinsicht beruft sich der Regierungsrat hauptsächlich auf die Maxime der Gleichbehandlung aller Anbieter. Deshalb müssten schon Firmen ab 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Lohngleichheitsanalysen durchführen. Ja, warum dann nicht solche mit neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern? Wo ist hier die Gleichbehandlung? Sind wir doch ehrlich, ob 10, 50 oder 100, irgendwo gibt es einen Schwellenwert. Wenn Sie ein bis zwei Personentage in Logib investieren müssen, dann ist dies für eine Firma mit 50 Angestellten weit weniger belastend als für ein Kleinunternehmen mit 10 Angestellten. Und damit sehen wir bereits, dass diese Frage der Gleichbehandlung nicht korrekt beantwortet wird vom Regierungsrat. Was ist dann das Resultat für diese Kleinstunternehmen? Wenn Sie 10 Personen beschäftigen, dann kommt es für sie wohl in Frage, sich einfach nicht mehr für Aufträge des Kantons zu bewerben, weil der administrative Aufwand zu gross ist. Oder noch schlimmer, sie stellen keine Frauen mehr an, weil dann die Lohngleichheitsanalyse trivial ist.

Beides kann ja nicht sein und deshalb sind viele KMUs Ihnen dankbar, wenn Sie jetzt diese Motion noch ein zweites Mal überweisen, und zwar als Motion und nicht als Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich Nicole Amacher gemeldet.

Nicole Amacher (SP): Ich sehe das wesentlich anders als mein Kollege Lorenz Amiet. Bis anhin war das Commitment in diesem Parlament zur Erreichung der Lohngleichheit sehr gross. Meine Motion zu den Lohngleichheitsanalysen wurde zweimal deutlich mit Hilfe von GLP-Stimmen, ich gebe zu, vereinzelt den Stimmen aus der FDP, aber auch Stimmen aus der Mitte überwiesen. Nach dem grossen Frauenstreik von 2019 mit der Hauptforderung Lohngleichheit und vor den letzten Wahlen, also 2019, fand das hier noch eine Wichtigkeit, aber das scheint jetzt ein wenig her zu sein.

Ich finde es bedenklich und es macht mich hässig, um das Wording des feministischen Streiks zu gebrauchen, dass nun die Errungenschaft in den Bestrebungen, Lohngleichheit zu erreichen, wieder rückgängig gemacht werden sollen. Und gerade im Beschaffungswesen hier in Basel-Stadt haben wir bereits vorbildliche und wirksame Prozesse zur Umsetzung des gesetzlichen Auftrags der Bundesverfassung bezüglich Lohngleichheit im Beschaffungsgesetz geschaffen. Und das nämlich mit dem wichtigen Zweck, und das ist wirklich eine der Hauptgründe, dass die Gleichbehandlung allen anbietenden Unternehmen gegeben ist. Und ja, das IVöB schreibt Logib nicht als Tool vor, aber eben genau diese Vorgabe in BS stellt sicher, dass die Eingaben so vergleichbar sind und damit die Prozesse fair sind.

Die Motion will, dass weiterhin nur Unternehmen ab 50 Mitarbeiter*innen eine Analysepflicht durchführen. Das lehnen wir entschieden ab oder ich, ich rede ja jetzt als Einzelperson. Auch wiederum aus Gründen der Gleichbehandlung aller, die sich nämlich für einen Auftrag bewerben. Und nein, eine Selbstdeklaration, ein Kreuzchen, das reicht nicht aus und ein Unternehmen mit neun Mitarbeiter*innen oder 12 hat niemals zwei Tage, um eine Deklaration durchzuführen. Seit dem 1. November 2023 müssen nun alle, eben auch die Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeiter*innen, diese Lohngleichheit nachweisen. Das ist wichtig, wie gesagt, nämlich zur Gleichbehandlung aller. Ich finde das wichtig und wir müssen das weiter so beibehalten.

Ich lehne auch entschieden ab, nämlich der Wegfall der Nachweispflicht in der Angebotsphase, weil eben genau in der Angebotsphase diese Nachweispflicht sicherstellt, dass anbietende Unternehmen die gesetzlichen Anforderungen erfüllen beziehungsweise diese, die sie nicht erfüllen, vom Verfahren ausgeschlossen werden können. Und ja, die Regierung sagt, in diesem Fall verstösst diese Motion höherrangigem Recht, was Lorenz Amiet jetzt bezweifelt, aber mir geht jetzt nicht mal darum, ob höherrangiges Recht nicht gegeben ist, sondern mir geht es wirklich um die Gleichbehandlung und das Anliegen selbst.

Und nochmals zu dem immer wieder schlecht geredeten Analysetool Logib. Logib ist nachgewiesen und wissenschaftlich und rechtskonform und wurde international dafür ausgezeichnet. Der Bund hat schon mehrfach Stellung dazu bezogen. Es wurden Studien von der Uni St. Gallen in Auftrag gegeben vom Bund für anscheinend Hunderttausend von Franken und es wurde nicht widerlegt oder es wurde bestätigt, dass dieses Logib wirklich rechtskonform ist und dass es alle Anforderungen erfüllt und zu recht internationale Anerkennung findet. Deshalb finde ich, ist diese Logib-Diskussion oder diese Analysetool-Diskussion ein Scheingefecht, weil man das nicht haben möchte, weil man diese Kontrollen nicht haben möchte und diese Anstrengung nicht unternehmen möchte.

Ich glaube, ich habe die wesentlichen Punkte gesagt. Ich bin klar dagegen, dass wir diese Motion als Motion überweisen und ich bitte Sie, zumindest diese Motion nicht als Motion zu überweisen, sondern als Anzug. Aber am besten überweisen Sie sie nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nicole Amacher, möchten Sie eine Frage von Lorenz Amiet beantworten? Sie wird angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Nicole Amacher, Ihnen ist schon bekannt, dass ich genau die gleiche Grenze von 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fordere, wie Sie in Ihrer Motion, auf die Sie sich berufen haben?

Nicole Amacher (SP): Ja, aber wir sind hier im Beschaffungswesen. Das andere ist ein anderes Gesetz. Im Beschaffungswesen ist es so, dass wir im Kanton eine spezielle Regelung haben als anscheinend auch andere Kantone und da sind wir etwas strenger.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): In der Woche vom 14. Juni sind auch wir vom GAB überzeugt, dass wir mit der Massnahme der Lohngleichheitsanalyse einen Mehrwert schaffen oder diesen geschaffen haben für die Gleichstellung. Die Antworten der Regierung bestätigen unsere Haltung, wir kommen aber zu einem anderen Schluss als die Regierung, die das in einen Anzug umwandeln möchte. Wir sind überzeugt von diesem Mehrwert.

Die Einhaltung von diesen Lohngleichheitsanalysen im Vergabewesen ist wichtig und wie der Regierungsrat schildert, ist auch nach einem erstmaligen grossen Aufwand, den wir auch anerkennen, der weiterführende Aufwand in einem aus unserer Sicht machbaren Rahmen. Die angedachte Evaluation lässt für uns genügend Spielraum, um nach 2026 anfällige Anpassungen vorzunehmen. Daher beantragen wir, also das GAB aufgrund der Regierungsratsantwort nicht nur das Umwandeln in einen Anzug, sondern das Abschreiben mit dem Vertrauen, dass dies mit einem guten Augenmass umgesetzt wird.

Jetzt noch, warum ich ein Einzelvotum halte, eine kurze persönliche Anmerkung. Ich anerkenne, dass das Gewerbe hohe Auflagen erfüllen muss in verschiedenen Bereichen und dass das zu mehr Aufwänden führen kann, insbesondere für kleinere Betriebe, und werde mit diesem Problem auch immer wieder konfrontiert. Die Aufweichung dieser Auflagen für einige Unternehmen ist aber aus meiner Sicht der falsche Weg. Vielmehr frage ich mich, und das ist ernst gemeint, wie man insbesondere das kleine Gewerbe auf dem Weg zur Erfüllung und Belegung der verschiedenen Anforderungen besser unterstützen kann und bin sehr offen für Ideen und Kooperationen, wenn jemand welche hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zum Sprecher für den Regierungsrat und das ist Regierungspräsident Conradin Cramer.

Schlussabstimmung

fehlerhaft gestartete Abstimmung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

3 Ja, 4 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003705, 12.06.24 21:11:08]*

Der Grosse Rat beschliesst

kein Beschluss.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass der Regierungsrat festgestellt hat, dass die Motion in Teilen rechtlich nicht zulässig ist. Das ist, wie Sie wissen, keine politische Feststellung, sondern eine Feststellung des unabhängigen Rechtsdienst, der im Justiz- und Sicherheitsdepartement angesiedelt ist. Und die Interpretation der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen, die ist klar, Einhaltung der Lohngleichheit ist eine Teilnahmebedingung und der Nachweis dazu, der muss vor der Zuschlagsvergabe eingereicht werden, der kann nicht erst mit Zuschlag oder nach Zuschlag eingereicht werden. Hier ist die Interpretation des Rechtsdienstes klar, entsprechend ist das auch massgeblich für den Regierungsrat in der weiteren Behandlung dieses Geschäft, sofern es denn als Motion überwiesen werden sollte.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen aber inhaltlich eine Überweisung als Anzug. Anzug deshalb, weil die jetzige Regelung ja erst seit November 2023 umgesetzt wird und wir einer Evaluation planen. Die Evaluation wird vorliegen auf Ende 2025, die Ergebnisse dieser Evaluation, die möchten wir abwarten. Das entspricht einer seriösen Politik, eine einmal eingesetzte Praxis ist zuerst auf ihre Auswirkungen zu prüfen, bevor man sie wieder verwirft. Wir können dann auch, wenn wir etwas Zeit bekommen, um ebendiese Evaluation seriös anzugehen, auf die Erfahrungen aus anderen Städten und Kantonen abstellen sowie zusätzlich auch die aktuellen bundespolitischen Entwicklungen in Bezug auf Logib berücksichtigen.

Deshalb die Bitte, lassen Sie die Praxis jetzt einmal einlaufen, sich etablieren, lassen Sie sie uns evaluieren, analysieren und dann können wir wieder berichten, was es an Anpassungen allenfalls braucht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Abstimmungen. Der Regierungsrat beantragt, ihm die Motion als Anzug zu überweisen. Niggi Rechtsteiner beantragt Überweisung als Motion.

Eventualabstimmung

JA Weiterbehandlung als Anzug, NEIN Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003707, 12.06.24 21:13:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 52 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Michela Seggiani beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

fehlerhafte Abstimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Dann versuchen wir es nochmals. Die Abstimmung ist immer noch die gleiche.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003710, 12.06.24 21:14:27]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 4 Jahre.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

48. Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich des Stockwerkeigentums, Stellungnahme des RR

[12.06.24 21:14:34, 23.5572.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Regierungspräsident Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Sie debattieren heute über die Überweisung von fünf Motionen, die allesamt Anpassungen im Basler Wohnraumschutz fordern. Die jetzt geltenden neuen Wohnraumschutzbestimmungen, also das revidierte Wohnraumfördergesetz und die Wohnraumschutzverordnung, sind erst knapp zwei Jahre in Kraft und sie fussen, wie Sie wissen, ja auf einem Volksentscheid. Heute liegt noch keine etablierte Praxis zur Umsetzung vor. Die Auswirkungen der neuen Wohnschutzbestimmungen sind also noch nicht über den Einzelfall hinaus allgemein genau einschätzbar.

Klar ist aber, auch den Regierungsrat und uns alle erreichen Klagen aus der Immobilienbranche von Gewerbetreibenden, von Investor*innen, dass weniger saniert und weniger gebaut wird. Die Kausalitäten sind hier nicht überall restlos klar. Neben der Wohnschutzgesetzgebung gibt es auch andere Faktoren wie die Zinswende, die Bauteuerung, Einsprachen, aber wir stellen fest, dass wir eine grosse Verunsicherung bei allen haben, die in unserem Kanton bauen oder sanieren möchten und klar ist entsprechend auch für den Regierungsrat, dass es so auf Dauer nicht weitergehen kann. Eine Situation, mit der praktisch keiner zufrieden ist und die uns hemmt in unserer Entwicklung als Stadt, die auch klimaschonende Sanierungen erschwert, das ist keine gute Situation.

Der Regierungsrat hat deshalb eine Auslegeordnung zu den Wohnraumschutzbestimmungen in Auftrag gegeben und auf dieser Grundlage sollen die Auswirkungen der neuen Bestimmungen festgestellt und Anpassungen geprüft werden. Gerne möchte der Regierungsrat basierend darauf beurteilen, wie weiter vorzugehen ist und welche Anpassungen, in welchem Zeithorizont, in welcher Regelungsstufe möglich und welche notwendig sind. Deshalb ist aus Sicht des Regierungsrats eine direkte Umsetzung der Motionen nicht zu empfehlen.

Die fünf Motionen sind selbstverständlich individuell zu behandeln und sie enthalten auch nach Meinung des Regierungsrats prüfenswerte Ansätze. Bei der vorliegenden Motion Seiler allerdings, die wir als erstes diskutieren, beantragt der Regierungsrat Nichtüberweisung, denn es ist der Zweck des WRFG, einen möglichst umfassenden Schutz des Mietwohnraumbestandes zu haben und deshalb überzeugt es nicht, dass vor Inkrafttreten der

Wohnraumschutzbestimmungen vermietete Stockwerkeigentumswohnungen anders zu behandeln sind als diejenigen, die erst nach Inkrafttreten umgewandelt wurden.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen daher, die Motion Seiler betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich des Stockwerkeigentums dem Regierungsrat nicht zu überweisen. Ich werde mir dann erlauben, mich zu den anderen Motionen auch noch konkret zu äussern.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die LDP spricht Michael Hug.

Michael Hug (LDP): An dieser Stelle werde ich für die Fraktion der LDP für alle Wohnschutzmotionen sprechen und mich gegebenenfalls bei den einzelnen Beratungen nochmals melden. Inhaltlich möchte ich grundsätzlich auf die Diskussion bei der Erstüberweisung verweisen und nicht nochmal auf die einzelnen Vorstösse eingehen.

Das Wohnschutzgesetz führt bekanntermassen dazu, dass in Basel weniger Sanierungsprojekte durchgeführt werden. Preistreibende Investitionen lohnen sich nicht mehr, so weit so vorsehbar. Aber die Bestimmungen führen zu massiven Fehlwirkungen. Gerade Personengruppen, die eigentlich von diesem Gesetz profitieren sollten, werden nun benachteiligt. Fair agierende Vermieterinnen und Vermieter, die ihre Mieten über lange Zeit nicht erhöht haben, sowie Mieterinnen und Mieter, die einen zeitgemässen und komfortablen Wohnstandard wünschen, haben das Nachsehen. Darüber hinaus leidet ein ganzer Wirtschaftszweig unter dem Mangel an Aufträgen. Die Lage ist gravierend. Der SIA Basel sowie der Baumeisterverband beider Basel haben dies soeben öffentlich bezeugt. Die Bilanz des neuen Gesetzes ist ernüchternd und der Bedarf an Handeln ist unbestreitbar.

Die Regierung zeigt dies auch an, indem sie die Motion entgegengenommen hat. Sie hat in ihrer Antwort die fünf Motionen unterschiedlich bewertet, jedoch den Handlungsbedarf anerkannt und mehr Flexibilität bei der Umsetzung gefordert. Grundsätzlich möchten wir von der LDP den Druck hochhalten und folgen den Empfehlungen der Regierung nicht, drei Motionen fallen zu lassen und zwei als Anzüge zu überweisen. Diese Vorstösse sind notwendige Werkzeuge, um die missglückte Umsetzung der Initiative «Ja zum ECHTEN Wohnschutz» zu flicken und zu helfen, dass unsere Wohnungen wieder saniert werden und neuer Wohnraum gebaut wird. Das Gesetz schützt einfach Personen, welche bereits in Wohnungen leben, zementiert sozusagen den Status Quo. Die Stadt wird nicht mehr weitergebaut, sie verlottert. Dies ist schlecht für die Mieter*innen und schlecht für die Architekturstadt Basel. Das kann nicht das Ziel der gewünschten Wohnschutzbestimmungen und unserer Gesellschaft sein.

Wir empfehlen entgegen dem «Chrüzlistich», alle Motionen zur Erfüllung an die Regierung zu überweisen. Dies gibt dem neuen Regierungspräsidenten Conradin Cramer auch einen klaren Auftrag, nun rasch die Wohnraumschutzförderung anzupassen und wo nötig eine Gesetzesvorlage zu präsentieren. Inhaltlich soll der Regierungsrat die Überweisung als Grundlage ansehen, die Verordnung ganzheitlich zu überprüfen, natürlich mit der gebührenden Beachtung des Volkswillens. Diesem Anliegen können auch Ratskollegen der SP unterstützen, die einen gewissen Handlungsbedarf anerkennen.

Die LDP bittet Sie aus den genannten Argumenten, alle Vorstösse heute als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Tonja Zürcher (GAB): Ich wohne momentan gerade auf einer Baustelle. Die Liegenschaft, wo ich wohne, wird saniert. Es werden Fenster ersetzt, Elektro wird ersetzt, Sanitär wird ersetzt, Heizung wird neu gemacht, Dichtungen, auf dem Balkon bekomme ich eine Markise, usw. Das alles wird unter dem Wohnschutz gemacht. Dank dem Wohnschutz habe ich nur rund 50 Franken Mieterhöhung statt mehreren 100. Wo trifft sich Ihre Schilderung von der verlotterten Stadt mit meiner Realität?

Michael Hug (LDP): Das ist ein gutes und erfreuliches Beispiel. Es gibt sicher Einzelfälle, aber die Mehrheit der Projekte, und ich habe sehr viele Gespräche auch geführt, sind momentan abgeblasen oder werden in anderen Kantonen durchgeführt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Es gäbe viel zu sagen zum Wohnschutz, seine Umsetzung und seinen Wirkungen. Leider fehlt dazu ein bisschen die Zeit, obwohl wir ja über fünf Motionen sprechen. Vielleicht können wir auf das eine oder andere noch eingehen, aber ich beschränke mich hier mal auf das wichtigste.

Ganz zuerst eine klare Ansage. Wir, die Seite der Mieterinnen und Mieter in Basel, sind bereit, mit Ihnen über Anpassungen auf der Ebene der Verordnung zu reden. Wenn Sie das Gesetz aushöhlen wollen, dann werden Sie auf unseren entschiedenen Widerstand stossen. Diese Aussage verstehe ich durchaus als ein Angebot und Sie müssen sich überlegen, ob Sie schnelle konstruktive Lösungen oder langwierige politische und rechtliche Auseinandersetzungen lieber haben. Wenn Sie das Interesse des Gewerbes vertreten wollen, dann müsste ersteres ihr Ziel sein. Mir scheint, dem Regierungsrat ist das bewusst. Er beantragte Ihnen, drei der fünf vorliegenden Renditemotionen als Anzug zu überweisen. Offenbar wollen Sie, so muss ich mein Vorgängervotum verstehen, aber an Ihrem harten Kurs gegen den Wohnschutz festhalten.

Deshalb lassen Sie mich besonders für die neuen Kolleginnen und Kollegen hier im Saal die Geschichte nochmals rekapitulieren. 2018, als die Initiative zum ersten Mal hier in den Rat kam, hat sich die Mehrheit entschieden, die Initiative direkt dem Volk vorzulegen. Man hat sich verweigert, überhaupt über das Thema zu diskutieren, einen Gegenvorschlag zu machen. Dann wurde die Initiative mit 62 Prozent angenommen. Der Mieterverband wollte dann mit dem damaligen Gewerbeverband das Gespräch führen, das hat leider nicht stattgefunden. Gespräche auch mit dem HEV und dem SVIT sind leider versandet.

In der Kommission hat es von Anfang an eine Mehrheit und Minderheit gegeben, man hat nicht miteinander geredet. Es gab 2020 eine achtstündige Debatte, die praktisch einseitig von unserer Seite geführt wurde und das Ergebnis davon war, dass es eine neue Initiative gab 2021, die dann angenommen wurde von der Bevölkerung. Ein Zwischenfazit, was hier drinnen beschlossen wurde einseitig, ohne Dialog, hatte keinen Bestand und wurde von der Stimmbevölkerung korrigiert. Es ist wirklich meine Einladung, dieses Mal auf den Dialog zu setzen und nicht auf Powerplay.

Fassen wir den aktuellen Stand noch einmal in vier Punkten zusammen. Erstens, der Wohnschutz steht in der Verfassung und im Gesetz. Das wollte die Mehrheit der Basler Bevölkerung so und hat das an der Urne demokratisch so entschieden. Es geht hier nicht um eine radikale Minderheit, sondern der Wohnschutz ist tief verankert in der Basler Bevölkerung.

Zweitens, der Wohnschutz funktioniert. Noch zwischen 2018 und 2021 wurden mindestens 5’500 Personen in 63 Überbauungen Opfer einer Renditesanierung. Stresssaniert, verdrängt, massengekündigt. Es konnte alle treffen, in jedem Quartier, jederzeit. Damit ist es jetzt Schluss und das war das Ziel.

Drittens gibt es Kräfte, die wollen das Rad zurückdrehen und den Wohnschutz wieder abschaffen. Die Baloise erklärt zum Beispiel im Schweizer Fernsehen ganz offen, dass ihr Zielquote die Rückkehr zum Altbewerten Mietrecht sei, also zum Status Quo ante, die Rückgängigmachung des Wohnschutzes. Das wird unterlegt mit einem grossen Powerplay, mit einer massiven Kampagne und ich muss sagen, in dieser Kampagne werden zum Teil die Fakten ein bisschen durcheinander gemischt. Wir haben jetzt den Basel baut Zukunft Gegenvorschlag verabschiedet, also vielleicht werden jetzt die zwei Dinge ein bisschen weniger durcheinander gemischt.

Viertens, wir nehmen die Signale aus dem Gewerbe durchaus ernst. Aber a) muss man sagen, da hat Conradin Cramer darauf hingewiesen, wir haben eine Situation von einer allgemeinen Steigerung der Baukosten und die Zinswende, die auch in anderen Kantonen Probleme macht. Es gibt natürlich b) das Abwarten der Rechtspraxis. Wenn Sie genau nach Genf schauen, dann sehen Sie, dass Genf heute die höchsten Investitionen hat in Sanierungen, weil dort sich die Rechtspraxis etabliert hat und sich die Firmen an die Realitäten gewöhnt haben. Dort gibt es viele Projekte, kleine Projekte, in der Summe sind das am meisten in der ganzen Schweiz. Dann c), es geht hier auch um eine selbsterfüllende Prophezeiung. Die Eigentümer*innen warten jetzt natürlich, dass das Gesetz angepasst wird, dass sie wieder mehr Geld verdienen können. Und d), glaube ich, gibt es auch ein grosses Missverständnis, was möglich ist und was nicht, heute schon. Ein Beispiel ist die Empfehlung der SVIT, die Sie alle erhalten haben, dort steht die Bestimmung des Wohnraumfördergesetzes; sehen indes derzeit keine Privilegierung energetischer Sanierung vor. Das ist einfach schlicht falsch. In der umfassenden Form werden die sehr wohl privilegiert. Ob man das bewusst so sagt oder einfach halt die Praxis noch nicht sich in alle Köpfe gesetzt hat, das lasse ich hier mal offen.

Wie weiter. Ich meine, die Mehrheitsverhältnisse hier im Rat sind klar. Aber die letzte Sitzung mit dem Gegenvorschlag zu Basel baut Zukunft hat uns eigentlich wieder gezeigt, dass wir in diesem Haus durchaus Kompromisse finden können, wenn wir es ernsthaft versuchen. Und ich wiederhole es hier nochmals, wir können gerne über Anpassungen, da geht es durchaus um substanzielle Anpassungen, der Umsetzung und der Verordnung sprechen, die haben wir von Anfang an auch kritisiert. Und ich glaube, dass wir, wenn wir schnell Lösungen finden, die innerhalb des bestehenden Gesetzes finden werden. Wir sind bereit dazu.

Ich möchte Ihnen noch beantragen, hier eventualiter als Anzug zu überweisen, weil leider Sie ja auf Motion umgeschwenkt sind.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht die Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Laut Medienberichte richtete sich im März am Ende des Investorengesprächs der damalige Regierungsvizepräsident Lukas Engelberger mit einer Bitte an die Investor*innen. Ich zitiere aus der Berichterstattung: «Der Grund, warum das Stimmvolk damals für einen stärkeren Wohnschutz gestimmt hat, war Verunsicherung: Kann ich mir meine Wohnung in fünf bis zehn Jahren noch leisten? Dieses Vertrauen müssen Sie den Mieter*innen wieder geben.» Zitat Ende. Beim Vertrauensverlust ging es aber nicht nur um die Höhe der Mietzinsen, es ging auch darum, ob jemand aus seiner Wohnung durch Mietzinserhöhung oder Kündigung vertrieben werde. Dieser Punkt ist man im Wohnschutz zentral.

Bei diesem Hintergrund und mit dieser Korrektur kann zunächst als positiv bewertet werden, dass der Regierungsrat im Grundsatz das Wohnschutzgesetz nicht antasten will. In seiner Stellungnahme zur Motion Rechsteiner hat er beispielsweise geschrieben, dass alles schon im Gesetz steht. Bei der Motion Messerli hat er bestätigt, dass die Wohnschutzkommission in Bezug auf Sachlichkeit, Unabhängigkeit und unparteiische sowie entpolitisierte Behandlung der Geschäfte funktioniert. Das Ziel des Regierungsrates ist trotzdem klar, das Gesetz soll im Sinne der Motionen verwässert werden, indem an der Verordnung geschraubt wird. Das zeigt auch die parteiische Auslegeordnung, die er in Auftrag gegeben hat.

Kommen wir nun zum «Chrüzlistich». Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass die FDP und nun jetzt auch noch die LDP mit einer Walze jeden Antrag des Regierungsrats platt macht. Nehmen wir zum Beispiel die Motion Knellwolf, die vom Regierungsrat zu Recht als nicht praktikabel und nicht umsetzbar bezeichnet wurde. Sie ist auch bedenklich in Bezug auf die Gleichbehandlung und den Vollzug. Kurzum, eine Umsetzung würde Bürokratie und Rechtsunsicherheit bedeuten. Es ist für uns überhaupt nicht nachvollziehbar, warum an dieser überbordenden Bürokratie festgehalten wird. Wir von unserer Seite haben immer Hand gegen überbordende Bürokratie gegeben.

Gerade die von allen bürgerlichen Parteien angeprangerte Wohnschutzkommission hat insbesondere auf Initiative und mit grossem Engagement der Mitglieder der Mitte-Partei dazu geführt, dass die Bürokratie dort abgenommen hat. Es ist unverständlich, warum gegen die Wohnschutzkommission so vehement vorgegangen wird. Es ist gerade die Parität, die dafür garantiert, dass keine Partikularinteressen durchgezogen oder durchgesetzt werden.

Es ist offensichtlich, dass mit dem Festhalten an den Motionen das Gesetz geändert werden muss. Das Gesetz ist erst seit zwei Jahren in Kraft. Nach nur zwei Jahren die Spielregeln ändern zu wollen, ist ein Affront gegen die Demokratie. Nichts mit Vertrauen wiederherstellen, im Gegenteil, das Vertrauen wird hiermit vollständig zu Boden gebracht. Deshalb, aber nicht nur, lehnen wir die Überweisung der Motionen entschieden ab.

Konkret zur Motion Seiler. Hier teilen wir die Ausführung des Regierungsrates. Der Zweck des Wohnschutzes ist gerade der möglichst umfassende Schutz des bezahlbaren Mitwohnraums. In allen anderen Eigentumskategorien wird auch im Stockwerkeigentum einfach eine Wohnung vermietet.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Antrag nicht als Anzug oder sonst wie zu überweisen, lehnen Sie ihn einfach ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und da hat sich Ivo Balmer gemeldet.

Ivo Balmer (SP): Es geht weiter, es geht in die nächste Runde und ja, das Selbstgespräch der Linken geht auch wieder weiter. Wo sind jetzt all diese Fraktionssprecher, die da vor mir standen, Andreas Zappalà, hier nach vorne zu kommen? Michael Hug macht es sich einfach, hier nach vorne zu kommen und einfach zu sagen: Ja, die Regierung, wir haben denen mal ein Paket und wie dieses Paket zustande kam, das werde ich noch ausführen. Und es muss kein Selbstgespräch von uns sein, sondern ich hoffe, dass die Bevölkerung in diesem Kanton das dann nachschaut. Weil das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, was Sie hier abziehen mit diesen Wohnschutzvernichtungsmotionen, das geht gar nicht und jetzt machen Sie es zum zweiten Mal. Sie machen es einfach zum zweiten Mal und einfach so wegwischen. Die Regierung, die war differenziert. Sie können die Anträge anschauen. Ein paar von diesen Hütchen, haben sie gesagt, bringt überhaupt gar nichts. Bei den anderen haben sie gesagt, nein, Anzug reicht, was Sie machen, jetzt fünf Mal Motion. Das ist einfach eine politische Machtdemonstration. Das ist einfach Verunsicherung. Das ist einfach statistische Tatsachen, die es nicht gibt, mit Ihren politischen Vorstellungen zu überschwemmen und den Diskurs dahin zu verschieben.

Pascal Messerli, kommen Sie nach hier vorne, Ihre Fraktion hat gesagt, diese, ich meine, ich rede noch über den Inhalt von Daniel Seiler, diese Vorlage soll zum zweiten Mal als Motion überwiesen werden. Also ich bitte Sie, ich bitte Sie und jetzt einfach mal nüchtern und bitte zum Mitschreiben für alle; dieses Wohnschutzgesetz, das jetzt frontal attackiert wird und das zum zweiten Mal, ist genau zwei Jahre in Kraft. Der Regierungsrat hat eine Verordnung erlassen, das ist der Regierungsrat, der das gemacht hat, es gab kein Gesetz dazu. Formulare wurden erstellt und die Wohnschutzkommission wurde besetzt. Diese paritätische Beurteilungskommission arbeitet seit nun einem Jahr. Wir kennen etwa 50 Fälle, also diese Wohnschutzpraxis, und öffentlich bekannt, und jetzt kommt der springende Punkt, sind die genau seit knapp fünf Monaten und lang nicht alle. Ihre Motionen wurden geschrieben, bevor wir öffentlich wussten, was für Praxisbeispiele da vorliegen. Und an dem erkennt man, was das Ziel ist. Sie praktizieren ein geschicktes Hütchenspiel. Ich möchte nur festhalten, diese

Motionen wurden eingereicht, bevor wir Praxisbeispiele kannten. Mit diesen Praxisbeispielen könnten wir jetzt diskutieren, aber das möchten wir nicht. Deshalb sind das jetzt wieder Motionen.

Ich habe mehrfach öffentlich auf Podien gesagt, über die Verordnung reden wir gerne. Wenn das jetzt alles als Motion rübergeht, dann ist doch das kein Gesprächsangebot, sondern es ist das Ausschlagen und es ist die Verhärtung. Die HKBB, ich zitiere die HKBB, die hat, genauso wie der Regierungsrat, es ist keine SP-Wahlempfehlung, es ist keine Empfehlung des Mieter*innenverbandes, die hat differenziert reagiert. Und ich bitte Sie, agieren wir differenziert und der Regierungsrat hält selbst fest bei dieser Motion Seiler, dass diese nicht zielführend ist und deshalb kann man sie abschreiben, weil wir sie nicht brauchen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor von André Auderset und David Jenny. Sie werden angenommen.

André Auderset (LDP): Herr Kollege, ich habe Ihre Show mit Vergnügen verfolgt. Sind Sie sich bewusst, dass die Presse gar nicht mehr da ist und dass Ihre Anwürfe eigentlich ungeahndet verpuffen?

Ivo Balmer (SP): André Auderset, erstens, es ist keine Show. Ich kenne genügend Mieter*innen, die diesen Wohnschutz brauchen. Und zweitens, ich mache es nicht für die Presse, ich mache es zum Festhalten und zum Wrap-up, wie es zu diesen Motionen kam. Wir haben es heute in der Hand, hier gemeinsam einen Weg zu suchen, wie wir das auf der Verordnungsebene anpassen können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Zweite Zwischenfrage.

David Jenny (FDP): Ivo Balmer, Sie haben das hohe Lied der Differenziertheit gepredigt, aber ich sehe auf dem «Chrüzlistich» bei Ihnen und bei Ihren Verbündeten nur niet, niet, niet, niet.

Ivo Balmer (SP): David Jenny, ich danke Ihnen vielmals, weil das ist eine gute Frage und ich kann sie Ihnen sagen. Für die Anpassung der Verordnung braucht es keinen parlamentarischen Auftrag und deshalb ist das so.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Eine persönliche Vorbemerkung; ich spreche als Vermieter und Mieter, das heisst ich habe in den letzten 25 Jahren viele Mietverträge als Vermieter oder im Auftrag der Vermieterschaft unterzeichnet. Bei den diakonischen Hausgemeinschaften Riehen mit unseren sechs Häusern achten wir auf sozialverträgliche Mieten. So bezahlen beispielsweise Studierende für denselben Wohnraum weniger als Verdienende. Ich bin jetzt schon fünf Jahre hier im Grossen Rat und erlebe bei der Wohnschutzdebatte ein Pingpong. Vereinfacht gesagt, haben wir auf der einen Seite die Interessen der Vermieterschaft, auf der anderen Seite die Anliegen der Mietenden. Mit der relativ knappen Annahme der Gesetzesinitiative «Ja zum ECHTEN Wohnschutz» beraten wir heute ein zweites Mal die Informationen. In diesem Pingpong ist es ja nicht überraschend, dass sich SP und GAB sich dagegen aussprechen, wir haben es vorhin gehört.

Von Seiten EVP betrachten wir die aktuellen gesetzlichen Regelungen im Wohnbereich nicht im Sinn des Gemeinwohls. Ich könnte jetzt auch natürlich von den Verordnungen sprechen, aber es geht jetzt um die Regelungen. In den letzten Jahren hat für uns das Pendel zu stark gegen die Vermietenden ausgeschlagen. Ich erinnere uns daran, dass wir in unserem Kanton darauf angewiesen sind, dass neuer Wohnraum entsteht und dass bestehende Wohnungen gut erhalten werden. Nach einer sorgfältigen Auseinandersetzung mit den zur Diskussion stehenden Motionen beurteilen wir von der EVP diese unterschiedlich und empfehlen aus sachlichen Gründen nicht bei allen die Überweisung als Motion. Ich gehe nicht auf alle Motionen ein, nur auf den Vorstoss Rechsteiner zu den energetischen Sanierungen.

Wenn der Vermieter umweltfreundlich saniert, dient es auch den Mietenden, weil dann die Nebenkosten sinken. Ein persönliches Beispiel: Zusammen mit meiner Frau und Freunden haben wir in Riehen mit einem neugegründeten Verein das ehemalige Pflegeheim Moosrain im Baurecht übernommen und in ein Mehrfamilienhaus mit 15 Wohnungen umgebaut. Dabei haben wir viel in die energetische Sanierung investiert und in der Folge die Heizkosten um nachweislich 50 Prozent gesenkt. Davon profitieren alle Mietenden. Ich bin also gleichzeitig Vermieter und Mieter.

Durch die aktuelle Wohnschutzgesetzgebung haben die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer aber keinen Anreiz, ihre Liegenschaft energetisch zu sanieren. Warum sollen sie viel Geld in Good Will investieren, wenn sie die Mieten nur minim erhöhen können? Dass viele Vermietende bei Sanierungen nur noch das absolute Minimum machen, wollen wir das? Ist das wirklich im Sinn der Mieterinnen und Mieter und ist es im Sinn der Umwelt? Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, aus der Perspektive der EVP sind die aktuellen gesetzlichen Regelungen im Wohnbereich zu wenig im Sinne des Gemeinwohls.

Bei der Motion Rechsteiner zu den energetischen Sanierungen werden wir uns für Motion aussprechen, bei den anderen Vorstössen werden wir je nach Thema, wie unsere Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen aus der Mitte, für Motion oder Anzug stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Conradin Cramer verzichtet in der zweiten Runde. Wir kommen damit zu den Abstimmungen. Zuerst die Eventualabstimmung zwischen Anzug und Motion, dann jene, ob das obsiegende überwiesen wird. Pascal Pfister beantragt Überweisung als Anzug, Michael Hug als Motion.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003712, 12.06.24 21:44:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 48 Nein-Stimmen gegen 46 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung der Motion.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003714,]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 4 Jahre.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

49. Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Stellungnahme des RR

[12.06.24 21:45:19, 23.5573.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die Motion zielt ja darauf ab, energetische Sanierungen von der Wohnraumschutzgesetzgebung ganz zu befreien. Es ist so in der Praxis, es ist nicht immer ganz einfach, energetische Sanierungen von anderen Sanierungen klar abzugrenzen, zumal energetische Sanierungen eben oft auch im Rahmen von Gesamtsanierungen erfolgen. Es ist auch so, dass das WRFG und die Wohnraumschutzforderung bereits eine gewisse Bevorzugung ökologischen Massnahmen gegenüber anderen baulichen Massnahmen kennen.

Nun ist der Wohnschutz gleich wie der Klimaschutz mit dem Ziel Netto-Null 2037 ein wichtiges in der Verfassung verankertes öffentliches Interesse. Beide Interessen, Wohnschutz und Klimaschutz, müssen in angemessener Weise und im Einklang miteinander verfolgt werden. Das Thema Zielkonflikte zwischen gesetzlichen Rahmenbedingungen und Klimaschutz ist bereits Gegenstand eines Anzugs der Spezialkommission Klimaschutz, der derzeit bearbeitet wird. Die Beantwortung dieses Anzugs der Spezialkommission Klimaschutz und die weitere Behandlung der Motion Rechsteiner soll entsprechend aufeinander abgestimmt werden.

Es erscheint dem Regierungsrat daher sinnvoll, unter Berücksichtigung des Aktionsplans zur Klimaschutzstrategie, unter Berücksichtigung eben des Anzugs der Spezialkommission sowie unter Berücksichtigung der bereits erwähnten in Auftrag gegebenen Auslegeordnung, die Bestimmungen von WRFG und Wohnraumschutzverordnung hinsichtlich energetischer Sanierungen vertiefter zu prüfen und dann dem Grossen Rat auch wieder zu berichten. Eine direkte Umsetzung der Motion auch in diesem Fall empfiehlt Ihnen der Regierungsrat aber klar nicht, sondern beantragt Umwandlung in einen Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion FDP spricht Andreas Zappalà.

Andreas Zappalà (FDP): Trotz den emotionalen Äusserungen versuche ich hier ruhig zu bleiben. Ich rede hier jetzt sowohl für die FDP, LDP, SVP, GLP und die Mitte. Es geht uns in keiner Weise darum, den Wohnschutz aufzuheben. Wir haben es gehört, der Wohnschutz ist in der Verfassung definiert, also da bräuchte es eine Volksabstimmung. Und ich kann Ihnen sagen, es kamen etliche Stimmen zu uns, die sagten, wir sollen eine Initiative machen und den Wohnschutz aufheben, aber das wollen wir bewusst nicht, das Volk hat entschieden, dass es einen Wohnschutz will. Was wir beabsichtigen, ist eine praktische Umsetzung des Wohnschutzes, weil was wir jetzt haben, so geht es nicht. Und es ist nicht so, dass wir keine Kenntnis hatten von Entscheiden. Wir haben Mitglieder beim HEV, die haben uns die Entscheide zur Verfügung gestellt. Der Mieterverband kennt jeden Entscheid, der gegangen ist, also die Entscheide waren bekannt zum Zeitpunkt, als die Motionen geschrieben wurden.

Wenn heute gesagt wird, man redet über eine Verordnungsänderung, dann möchte ich Sie daran erinnern, das nach der Abstimmung gesagt wurde, es braucht keine Verordnung, weil alles im Gesetz steht und so ist es auch. Das einzige, was in der Verordnung steht, das ist der Überwälzungssatz für die Mietzinserhöhung, die zulässig ist, und sonst steht alles im Gesetz. Wenn wir also eine Anpassung wollen, dann müssen wir das Gesetz ändern, dann kann nicht der Regierungsrat einfach etwas in der Verordnung ändern, was dann dem Gesetz widerspricht. Das geht nicht und ich möchte Sie daran erinnern, dass das so ist. Die Änderungen, die wir begehren hier, die brauchen zum grossen Teil eine Gesetzesanpassung und die Gesetzesanpassung zielt nicht darauf hin, dass der Wohnschutz aufgehoben wird.

Ich erinnere daran, dass die Bewilligungsverfahren weiterhin bestehen, dass es auch das umfassende Bewilligungsverfahren weiter gibt. Es gibt einfach gewisse Sanierungen, wo wir sagen, dort braucht es kein Meldeverfahren, dort braucht es kein einfaches oder ein einfaches Bewilligungsverfahren, das auch den Namen verdient. Ich selber habe für ein Mitglied ein Bewilligungsverfahren eingereicht, nur um einen Fernwärmeanschluss zu ermöglichen. Ich habe einen Tag gebraucht, bis ich die Formulare ausgefüllt hatte. Das Ziel ist, dass der Vermieter 6 Franken Mietzinserhöhung zugesprochen erhalten hat. Diese 6 Franken sind da noch verbunden mit einer Gebühr von 200 Franken. Jetzt können Sie ausrechnen, wie lange es braucht, bis der Vermieter diese 6 Franken respektive diese Gebühr amortisiert hat, damit er dann etwas von seiner

Mietzinserhöhung hat. Und hier geht es genau um diese Fragen und diese Fragen kann man nicht durch eine Verordnungsänderung gewährleisten.

Das gleiche ist der Vorstoss oder die Motion betreffend ökologische Erneuerungen. Hier geht es darum, dass wirklich diese ermöglicht werden. Wir haben viele Rückmeldungen von Eigentümern, die sagen, sie machen im Moment nichts, sie machen es dann, wenn sie wirklich es tun müssen. Und deshalb muss das aus dem Gesetz, ökologisch. Man kann nicht auf der anderen Seite von den Eigentümern verlangen, dass sie ihre Liegenschaften an die Fernwärme anschliessen oder Wärmepumpen installieren und nachher kommt man und sagt, jetzt müsst ihr aber eine Bewilligung anfordern. Und dann ist noch die Frage, welchen Mietzins dürften sie erreichen.

Es geht genau um diese Fragen und diese Fragen sind eben nicht in der Verordnung geregelt, sondern im Gesetz und das Gesetz wird dahingehend geändert, dass wir eben danach einen Wohnschutz haben, der sowohl Sanierungen ermöglicht und sowohl den Mieterschutz gewährleistet. Wir anerkennen, dass es Probleme gibt, die Probleme sind nicht nur in Basel, die sind generell und die sind auch mietrechtlich begründet, weil dort ist der Anfang des Problems und nicht im Wohnschutz. Und wir möchten, dass der Wohnschutz so geregelt wird, dass sowohl Mieter wie auch Vermieter am Schluss geschützt sind und darum geht es bei diesen Vorstössen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Ivo Balmer an? Sie wird nicht angenommen.

Nächste Sprecherin für das GAB ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Ich möchte darauf hinweisen, dass bei der ersten Überweisung dieses Vorstosses der Motionär betonte, dass, ich zitiere: «Die Gesamtheit oder die Ganzheitlichkeit des Systems mit dem Wohnschutz nicht unbedingt gestört werden soll» Zitat Ende. Also der Wohnschutz soll weg, er stört ein vermeintliches Gleichgewicht, das aber in der Realität nicht bestanden hat, sonst wäre der Wohnschutz nicht in mehreren Abstimmungen durchgekommen. Auch haben wir gehört, ich zitiere nochmals: «Dass die Bewirtschaftung und insbesondere laufende Erneuerungen ausgebremst werden.» Zitat Ende. Was nicht stimmt, der Wohnschutz erlaubt Sanierungen. Oder, ich zitiere wieder: «Die überwiegende Mehrheit der Vermietenden ist daran interessiert, ihre Liegenschaft so Instand zu halten, dass den Mieter*innen wohl ist.» Zitat Ende. Instandhaltungen gehören aber zu den Pflichten der Vermieter*innen, Mieter*innen zahlen schliesslich einen Mietzins dafür.

Interessant ist es, dass bei seinem Votum kein einziges Mal das Wort Klima oder ökologische Sanierung gefallen ist. Seinerseits sieht der Regierungsrat in seiner Stellungnahme eine eigenartige Verbindung zwischen den Anliegen der Motion und einigen Gesetzparagrafen, als ob das Gesetz Platz für die Anliegen der Motion bieten könnte. Wenn aber die entsprechenden bestehenden Gesetzparagrafen konsequent angewendet würden, würde das Problem nicht bestehen. Es ist einfach. Wenn Sie energetische Sanierungen machen wollen, bekommen Sie im umfassenden Verfahren eine Bewilligung und zusätzliche Mietzinsaufschläge nach dem Gesetz. Es gibt zwar keine Renditesanierung mehr, die dazu führt, dass Mieter*innen von ihren Wohnungen durch Mietzinserhöhung oder Kündigung verdrängt werden, aber durch den vorgesehenen Zuschlag werden Klimaschutzsanierungen geradezu gefordert. Nicht einfach nur ein bisschen. Und das ist gerade ein weiterer Clou des Wohnschutzes, Wohnschutz ist Klimaschutz und Klimaschutz ist Wohnschutz.

Das gleiche Argument von Andreas Zappalà, wieso es eine Gesetzesänderung braucht, können wir auch für eine Veränderung der Verordnung benutzen, wenn es darum geht, energetische Sanierung zu bevorzugen. Aber trotzdem, ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Andreas Zappalà, ich muss Ihnen widersprechen. Es stimmt, Sie haben einerseits recht, wenn Sie sagen, wir haben gesagt, es braucht nur das Gesetz. Das heisst eben, das Problem ist in der Verordnung. Und wenn wir sagen, wir reden über die Verordnung, könnte man auch darüber reden, die Verordnung wirklich ganz zu skippen und dann wirklich das Gesetz so anzuwenden, wie es eben intendiert war von den Initianten und Initiantinnen und auch dann entsprechend von der Stimmbevölkerung, die das angenommen hat.

Wenn wir jetzt zum Thema Ökologie kommen, dann ist es halt so, das hat Regierungspräsident Conradin Cramer ja auch angetönt, dass das Gesetz wirklich so gebaut ist, das ökologische Sanierungen zusätzlich berechtigen können zu zusätzlichen Mietzinsaufschlägen, wenn man in das umfassende Verfahren geht. Im einfachen Verfahren gibt es diese Ranges, die Bandbreite von den Aufschlägen, die möglich sind. Einfache ökologische Sanierungen wie ein Dach, Dämmung, wie Fenster, die lassen sich durchaus auch in einem einfachen Verfahren finanzieren.

Also nochmals von meiner Seite hier die Einladung, einen Schritt aufeinander zuzumachen. Ich glaube, das ist wirklich im Interesse, im Allgemeininteresse, Thomas Widmer-Huber hat das Allgemeininteresse angesprochen, ich glaube wirklich,

wenn Sie hier versuchen, ein Powerplay aufzuziehen, dass das nicht schnell zu Lösungen führt, die Sie möchten. Und ich kann es nur nochmals auch an Andreas Zappalà richten, an den Hauseigentümerverband, das Gespräch wirklich wieder aufzunehmen, weil wir waren teilweise durchaus am Punkt, wo wir gemeinsam über die Umsetzung auch diskutiert haben. Leider ist dieser Dialog dann abgebrochen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Niggi Daniel Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Die Lage in Bezug auf den Rückgang der Sanierungen von Liegenschaften hat sich bedauerlicherweise noch nicht entspannt. Noch immer erschweren die geltenden Wohnschutzbestimmungen die Umsetzung dringend notwendiger Sanierungsprojekte, welche die Liegenschaftsbesitzer zum Unterhalt des Wohnraums planen. Der Regierungsrat erwähnt in der Motionsbeantwortung vom 16.04. den Kontext zur Klimastrategie und sieht somit die Notwendigkeit der energetischen Sanierungen. Das ist gut so. Es bestünden im vorliegenden Fall zwei öffentliche Interessen, die Klimastrategie und der Wohnschutz. Das ist auch richtig. Diese sollen beide gewahrt werden, das ist auch gut.

Ich kürze jetzt das Votum ab, wenn die anderen das alle etwas aufblasen, wie mir scheint, ich beantrage Überweisung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Tonja Zürcher gemeldet.

Tonja Zürcher (GAB): Es mag sein, dass für einige hier drinnen das Ganze also etwas aufgeblasen daherkommt, als nicht wirklich relevant, weil Sie haben ja Löhne, mit denen können Sie die Miete bezahlen und auch wenn das 200, 300 Franken mehr kostet, das ist ja egal. Den meisten in unserer Bevölkerung geht es nicht so. Die steigernden Mieten sind eine Riesensorge der Bevölkerung. Das ist nicht nur wegen den Renditesanierungen, sondern auch Referenzzinssatz, usw., da wurden richtige Punkte angesprochen. Es liegt nicht alles nur daran, aber der Wohnschutz hat uns sehr stark geholfen, die Situation zu entlasten für die Bevölkerung, für die wir hier drinnen alle Politik machen sollen. Die Menschen, die Löhne haben, mit denen sie eben nicht einfach im Luxus leben können, die Arbeiterinnen und Arbeiter, für die auch einige hier drinnen immer so tun, als würden Sie für sie Politik machen, nur dann nicht, wenn es um Ihr Portemonnaie geht oder darum, dass Sie über die Runden kommen. Und das geht einfach nicht.

Mich ärgert es extrem, dass hier jetzt mit dieser Motion Wohnschutz und Klimaschutz gegeneinander ausgespielt werden sollen, weil es ist genau das Gegenteil der Fall, wie es sein sollte. Diese beiden Themen gehören zusammen. Was nützt es dem Klimaschutz, wenn eine gute Küche rausgerissen wird, wenn ein gutes Bad rausgerissen wird, wenn etwas ersetzt wird, das gar nicht gemacht werden muss, nur damit die Rendite nachher höher ist. Das nützt weder dem Klimaschutz noch dem Wohnschutz noch den Mieterinnen und Mietern noch sonst irgendwem in dieser Bevölkerung. Ich bitte Sie wirklich, hier mal wieder zurückzukommen auf den Punkt, um was es eigentlich geht.

Wir möchten eine Stadt, die für alle da ist. Eine Stadt, in der auch Menschen leben können, die nicht so viel verdienen wie vielleicht der Durchschnitt hier drin. Und dafür müssen wir eben bei den Mieten ansetzen und diese deckeln. Deshalb hat die Bevölkerung auch hier klar ja gesagt zu diesem Wohnschutz. Und es geht nicht an, dass hier mit einem anderen Thema, das überhaupt nicht betroffen ist davon, jetzt eine Panik zu schüren, so zu tun, als wäre der Klimaschutz durch den Wohnschutz gefährdet. Wenn Sie es richtig machen möchten und wirklich Klimaschutzmassnahmen machen möchten, also energetische Sanierungen, die notwendig sind, dann gehen Sie das Prozedere durch, sei es einfache Massnahmen, Fensterersatz, usw., im vereinfachten Verfahren oder halt das umfassende Verfahren mit dem Zuschlag.

Aber jetzt einfach mit diesem Argument den Wohnschutz beiseitezuwischen, weil es Ihnen passt, weil Sie den Wohnschutz nicht wollen und weil Sie Renditesanierungen wieder wollen, das kann ich so nicht akzeptieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Abstimmungen. Der Regierungsrat beantragt, ihm dieses Geschäft als Anzug zu überweisen. Andreas Zappalà beantragt Überweisung als Motion.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003716, 12.06.24 22:02:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 51 Nein-Stimmen gegen 43 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Patrizia Bernasconi beantragt Nichtüberweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003717, 12.06.24 22:03:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen Frist: 1 Jahr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 43 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Es liegt ein Ordnungsantrag von Erich Bucher vor. Er beantragt, die Behandlung der Traktanden bis und mit Traktandum 52 fortzusetzen. Mein Antrag dagegen ist, dass wir um 22:30 Uhr ungefähr schliessen. Erich Bucher darf begründen. Er verzichtet. Wir stimmen über diesen Antrag ab.

Abstimmung

Ordnungsantrag Erich Bucher

JA heisst Weiterbehandlung bis Trakt 52, NEIN heisst Schluss 22:30.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003719, 12.06.24 22:04:23]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung bis Traktandum 52

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung bis Traktandum 52 entschieden mit 52 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

50. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Stellungnahme des RR

[12.06.24 22:04:40, 23.5574.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Regierungsrat Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die Motion fordert ja, dass die Mitglieder der Wohnschutzkommission in keiner Beziehung zu einer Mieterschafts- oder Vermieterschaftsorganisation stehen dürfen. Der Regierungsrat ist demgegenüber überzeugt, dass bereits mit der heutigen Regelung, nämlich der paritätischen Zusammensetzung der Kommission, eine sachliche, unabhängige, unparteiische und entpolitisierte Behandlung der Geschäfte der Wohnschutzkommission sichergestellt ist.

Gleichzeitig ist der Regierungsrat bereit, die Regelungen betreffend die Zusammensetzung der Wohnschutzkommission zu prüfen, nochmals zu prüfen. Die Vor- und Nachteile verschiedener Varianten der Ausgestaltung der Regelungen hinsichtlich der WSK müssen dabei gegeneinander abgewogen werden. Das geht aber nur bei einem nicht zwingenden Auftrag des Grossen Rates, sondern bei einem offen formulierten Anzug. Entsprechend bittet Sie der Regierungsrat, bitte ich Sie, die Motion in einen Anzug umzuwandeln.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Das GAB beantragt Nichtüberweisung dieser Motion. Der Regierungsrat sagt selbst, die Wohnschutzkommission funktioniert, so wie sie heute zusammengesetzt ist. Sie ist in der Lage, ausgewogene und sachliche Entscheide zu fällen. Gemäss der Stellungnahme der Regierung kann nur die bestehende paritätische Zusammensetzung überschaubarer Grösse eine unabhängige Behandlung der Verfahren gewähren. Damit können ausgewogene und fundierte Entscheidungen erfolgen. Das sagt die Regierung, das sage nicht ich und deshalb verstehe ich auch nicht ganz, wieso es überhaupt als Anzug überwiesen werden soll. Diese Motion gehört abgeschrieben.

Liebe bürgerliche bis rechtsbürgerliche Ratsmehrheit, es ist traurig, wie Sie sich heute zusammenschliessen, Machtpolitik betreiben, an der Bevölkerung vorbei politisieren. Lassen Sie die Wohnschutzkommission ihre Arbeit machen, verschonen Sie die Verwaltung von unnötiger Arbeit, warum etwas umbauen, das heute funktioniert und ausgeglichen ist. Bei dieser Motion geht es nicht um eine Stärkung der Wohnschutzkommission, es ist reine Polemik. Mit dem Vorstoss verkommt die Wohnschutzkommission zu einer Investorenschutzkommission, in der die zu Kontrollierten gleich selbst die Funktion der Kontrolleure einnehmen sollen, in der alle finanziellen beteiligten Akteure, die Immobilienfirmen, die Architekt*innen, Baufirmen, usw. darin vertreten sein sollen.

Der Vorstoss gehört nicht überwiesen. Es ist wichtig, dass die Mieter*innenschaft in der Wohnschutzkommission auch in Zukunft vertreten ist in gleichen Teilen wie die Vermieter*innenschafft, so wie es heute ist. Das ist elementar und muss unbedingt so bleiben. Es ist ein trauriges Kapitel in der Basler Politik, was Sie heute als Zusammenschluss von der GLP über die Mitte, die LDP, FDP, bis ganz rechts zur SVP macht. Ich bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen und die Wohnschutzkommission ausgeglichen paritätisch zusammengesetzt zu lassen, so wie sie heute ist.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich kann es wirklich kurz machen. Der Regierungsrat ist überzeugt, Zitat, dass bereits mit den heutigen Regelungen eine sachliche, unabhängige, unparteiische und entpolitisierte Behandlung der Geschäfte der Wohnschutzkommission sichergestellt ist. Das ist das Zitat, Regierungsrat Conradin Cramer hat es selbst auch noch einmal vorgelesen und man kann sich wirklich nur fragen, warum es dann, wie auch Nicola Goepfert schon gefragt hat, als Anzug trotzdem noch überwiesen werden sollte.

Ich halte fest, wie ich das schon machen durfte bei der Erstüberweisung, dass es einfach nicht wahr ist, dass paritätische zusammengesetzte Gerichte oder Kommissionen deswegen in irgendeiner Form nicht sachlich und entpolitisiert entscheiden könnten. Ich verweise einmal mehr auf das ehemalige gewerbliche Schiedsgericht, heute Arbeitsgericht mit langer Tradition. Man wusste damals auch und man sollte es auch heute wissen, dass die Fachleute eben bei den betroffenen Verbänden zu

suchen sind, ansonsten tatsächlich eine einseitige Zusammensetzung zu befürchten wäre und selbstverständlich gehört der Mieter*innenverband hier auch vertreten.

Also ich bitte Sie wirklich, ohne Sie nun länger aufhalten zu wollen, dringlich diese Motion nicht zu überweisen. Wenn schon dann als Anzug, aber grundsätzlich nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP spricht Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Wenn ich die linken Voten so anhöre, dann denke ich schon den ganzen Abend an Justin Timberlake «Cry Me a River», also das ist ja wirklich unsäglich, was hier teilweise für Voten getätigt werden. Aber ich möchte mich hier eigentlich relativ kurzhalten, ich möchte nur eigentlich beantragen, diese Motion auch als Motion zu überweisen.

Der Regierungsrat hat ja auch in der Beantwortung geschrieben, dass er diese Idee für prüfenswert empfindet und deshalb macht es auch aus unserer Sicht keinen Sinn, wenn man das jetzt in einen Anzug abschwächen sollte. Ich denke, die Kollegen Michael Hug und Andreas Zappalà haben vorhin auch gut erklärt, warum dieses 5-Päckli jetzt nötig ist und wo wir hier jetzt bei allen fünf Motionen bei der Motion bleiben sollten.

Dementsprechend bitte ich Sie, diese Motion so zu überweisen und ich nehme heute keine Zwischenfragen mehr an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Zwischenfrage wird abgelehnt. Wir kommen damit zu den Abstimmungen. Der Regierungsrat beantragt, dieses Geschäft als Anzug weiterzuberaten. Pascal Messerli hat den Antrag für Motion gestellt.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003721, 12.06.24 22:12:30]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 51 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Nicola Goepfert beantragt Nichtüberweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003722, 12.06.24 22:13:10]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen Frist: 1 Jahr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

51. Motion Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Definition Wohnungsnot, Stellungnahme des RR

[12.06.24 22:13:17, 23.5575.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Das Wort geht an Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Diese Motion verlangt, dass für jeden Einzelfall nach den Kategorien Wohnungsgrösse, Preis und Standort anhand des Leerstands eruiert wird, ob Wohnungsnot herrscht oder nicht. Bei einem Leerstand vom 1,5 Prozent oder weniger gilt Wohnungsnot und findet der Wohnschutz Anwendung.

Nun wäre eine Differenzierung der Leerstandsquote nach Wohnungsgrösse und Quartier grundsätzlich möglich. Es könnte zumindest theoretisch je nach Wohnungskategorie und Quartier eruiert werden, ob Wohnschutzbestimmungen zur Anwendung kommen sollen oder nicht. Praktisch würde dies aber ein zusätzliches Mass an Bürokratie bedeuten, indem eben für jedes einzelne Bauvorhaben dann immer wieder neu geprüft werden müsste, ob just in dieser Wohnungskategorie und in diesem Quartier gerade Wohnungsnot besteht oder nicht. Das würde auch zu Lasten der Planungssicherheit von Investorinnen und Investoren gehen. Und erlauben Sie mir die Bemerkung, wir haben genug Grenzen in unserem Kanton, wo wir uns wundern, dass auf der anderen Strassenseite rechtlich komplett andere Rahmenbedingungen gelten. Es wäre sonderbar, wenn wir dies auch innerhalb des Kantons noch zusätzlich verstärken würden, wenn beispielsweise eine 3-Zimmer-Wohnung in der einen Strasse unter Wohnschutz steht und zwei Strassen weiter dann wieder nicht.

Auch wenn also die Motion rechtlich zulässig ist, wenn sie theoretisch umsetzbar wäre, lehnt der Regierungsrat das Begehren aus Gründen der Praktikabilität und auch der Gleichbehandlung und der Stetigkeit und Voraussehbarkeit der Rechtsanwendung ab und beantragt die Nichtüberweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SP spricht Christine Keller.

Christine Keller (SP): Auch da kann ich mich ganz meinem regierungsrätlichen Vorredner anschliessen. Diese Lösung erscheint verwirrlich, schafft Rechtsunsicherheit, ist kaum praktikabel. Es könnte auch sein, dass je nach Grösse der betroffenen Wohnungen in derselben Überbauung für die einen Wohnungen der Wohnschutz gelten würde und für die anderen nicht. Im Übrigen hat ja die Regierung in ihrer Antwort auch auf die Leerstandserhebung des Statistischen Amtes verwiesen und ausser bei den 1-Zimmer-Wohnungen ist der Stand ja überall unter diesen 1,5 Prozent.

Ich sehe wirklich nicht, weshalb man diesen Vorstoss, sei es als Motion, sei es als Anzug, überweisen sollte und danke Ihnen dafür, dass Sie das dann auch nicht tun werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Vier Wörter, mehr Bürokratie, mehr Kosten, Rechtsunsicherheit, Willkür. Viel Spass. Wir lehnen diese Motion ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die GLP spricht Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich möchte einen Anzug beantragen, so wie wir das im «Chrüzlistich» auch aufgeführt haben, und das ist mein ganzes Votum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecherin hat sich Andrea Elisabeth Knellwolf gemeldet.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Auch nur ganz kurz, dass das auch noch beantragt ist. Wir beantragen Weiterbehandlung als Motion. Wir finden, eine differenziertere Betrachtungsweise ist wichtig bei Massnahmen, die greifen sollen und die auch wirkungsvoll diese einschneidenden Massnahmen zur Anwendung bringen sollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zur Eventualabstimmung. Sandra Bothe-Wenk beantragt Überweisung als Anzug. Andrea Elisabeth Knellwolf als Motion.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003724, 12.06.24 22:18:21]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden mit 52 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003726, 12.06.24 22:19:06]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Geschäft wurde als Anzug überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

52. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Stellungnahme des RR

[12.06.24 22:19:13, 23.5576.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Für den Regierungsrat hat das Wort Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die vorliegende und letzte Motion verlangt, das Bewilligungsverfahren anzupassen. Beispielsweise sollen Mietzinsaufschläge in der Höhe von 10 Prozent bei Mieterwechsel ganz bewilligungsfrei werden oder Mietzinserhöhungen bis 15 Prozent sollen in einem einfachen und zügigen Verfahren abgewickelt werden können.

Der Regierungsrat ist bereit, die Anliegen sorgfältig zu prüfen. Eine Reduktion von Bürokratie und eine Vereinfachung der Verfahren, beispielsweise durch Pauschalisierungen oder durch die Einführung von Plausibilitätsprüfungen, können geeignete Massnahmen darstellen. Wir möchten aber auch dies nicht vorschnell und nicht zwingend aufgrund des konkreten Motionstextes tun, sondern im Rahmen der erwähnten Auslegeordnung ganzheitlich anschauen und deshalb bitte ich Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion SP spricht Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Bald ist es geschafft kurz vor Schluss, 51 zu 42 wird das Ergebnis sein. Ich spreche als Fraktionssprecher der SP zu Ihnen. Ich möchte beantragen, diese Motion abzulehnen und nicht zu überweisen.

Der Text dieser Motion wirft einen interessanten Punkt auf, indem eine Auslegeordnung beziehungsweise sehr viele Forderungen, die sehr konkret sind, in dieser Motion gefordert werden, und er möchte das sogenannte vereinfachte Verfahren verändern, so wie ich ihn verstehe. Und genau das ist eigentlich der Ort, wo wir schon immer sein wollten, dass wir das nämlich in dieser Verordnung ändern könnten, weil diese Verordnung, sie hat mehr als nur diesen sogenannten Überwälzungssatz, der vorhin erwähnt wurde, sondern insgesamt 29 Paragrafen oder so. Also da wird sehr viel reguliert. Und das ist genau eine Ursache dieser Bürokratie, das ist genau eine Ursache, dass dieses vereinfachte Verfahren kein Express-Schalter ist. Das aber jetzt auf die Mieter*innenseite zu spielen, das ist unfair und deshalb braucht es diese Motion nicht über diesen Express-Schalter und da habe ich die Worte der Regierung gehört, der soll nach dieser Auslegeordnung, und ich glaube, diese Auslegeordnung, die ist wichtig, weil sprechen wir mit einer politisch informierten Öffentlichkeit über die Ursachen und Wirkungen in diesem Bereich des Wohnschutzes.

Deshalb möchte ich jetzt auch das so abschliessen und Sie bitten, diese Motion sowie diesen Anzug abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für das GAB spricht Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (GAB): Am Wohnschutzgesetz soll herumgebastelt werden, ungeachtet der Tatsache, dass das Bürokratiemonster erst durch die Verordnung geschaffen wurde. Und lieber Michael Hug, Ihre Motion verstärkt noch mehr genau jene Bürokratie und führt zu der Rechtsunsicherheit, die Sie angeblich verhindern wollen. Das haben wir immer wieder gesagt, das haben wir heute mehrmals wiederholt, wir sind auch gegen mehr Bürokratie.

Das Formular und das Verfahren beim vereinfachten Verfahren waren in der Tat eine Zumutung, an dem hat aber die Wohnschutzkommission gearbeitet. Da kann natürlich noch etwas mehr gemacht werden, um die Verfahren schlanker zu machen, dagegen wehrt sich niemand. Aus unserer Sicht ist dieser Teil der Motion nicht nötig. Bei dieser Motion geht es aber nicht nur um Bürokratieabbau, sondern es geht um ganz wesentliche Punkte.

Das Meldeverfahren soll abgeschafft werden. Ich möchte es hier nochmals wiederholen, das Formular muss schlanker werden, da sind wir uns einig. Und schon heute arbeitet die Kommission schnell, eine Antwort kommt innerhalb von drei Tagen, eine Abschaffung des Meldeverfahrens würde dem Missbrauch Tür und Tor öffnen.

Die Forderung, dass Instandstellungsarbeiten bei einem Mieterwechsel nicht bewilligungspflichtig sein sollen, wenn der neue Mietzins nicht mehr als 10 Prozent des bisherigen Mietzinses beträgt, ist unangebracht. Gerade bei einem Mieterwechsel finden die meisten Missbräuche statt. In erster Linie, weil Instandstellungen und ordentlicher Unterhalt nicht mietzinsrelevant sind. Wer kontrolliert es? Verdammen wir die Mieter*innen, missbräuchliche Anfangsmietzinsen anzufechten? Der Wohnschutz ist gerade dazu da, damit der Staat über den Wohnungsmarkt wacht, insbesondere über den bezahlbaren Wohnungsbestand, ohne dass jede Mieter*in auf sich allein gestellt ist. Der Wohnschutz ist kein Investorenschutz.

Ich kann nur wiederholen, was ich bereits im Januar gesagt habe. In dieser Motion werden weitere Gesetzesänderungen vorgeschlagen, die den vernachlässigten Unterhalt gar nicht berücksichtigen. Im Gegenteil, vernachlässigter Unterhalt wird belohnt. Die Plausibilisierung ist zwar im Gesetz bereits heute beim vereinfachten Verfahren vorgesehen, hier hätte der faire Vermieter unserer Ansicht nach vereinfacht eine Bewilligung erhalten sollen. Der Motionär will aber die Plausibilisierung für die Renditeinvestoren. Gemeinsam mit Punkt d. der Motion würde der Kerngehalt des Wohnschutzes voll beseitigt. Der Wohnschutz wird hiermit obsolet.

Ich glaube, es ist Ihnen nicht bewusst, dass Sie mit diesen Motionen den grossen Vertrauensbruch fortsetzen, der vor den erfolgreichen Abstimmungen zum Wohnschutz geherrscht hat. Schlimm ist aber, dass Sie nach nur zwei Jahren Bestand vom Wohnschutz die Spielregeln ändern wollen. Das ist höchst unanständig. Ich bitte Sie, überweisen Sie diese Motion weder als Motion noch als Anzug, lehnen Sie einfach ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Als Einzelsprecher hat sich Michael Hug gemeldet.

Michael Hug (LDP): Ich möchte nicht lange auf den Inhalt eingehen, aber vielleicht noch kurz ein paar Bemerkungen machen zu meinen Vorrednerinnen und Vorrednern.

Die Motion, wie sie formuliert ist, ist genauso ausgearbeitet, dass die grossen baulichen Veränderungen weiterhin unter das Gesetz fallen, so wie das Stimmvolk das wollte. Es geht darum, dass kleinere Fälle, wie wir sie auch aus den Zeitungen kennen, wo beispielsweise eine Küche oder nur ein Küchengerät ausgewechselt wird, dass die eben nicht in irgendeiner Form gemeldet werden müssen, weil das ist unnötiger Formalismus und das hilft niemandem etwas. Aber ich wiederhole es nochmal, das ist nicht eine Aufritzung des Wohnschutzes in diesem Sinne, wie wir ihn sinnvoll und notwendig sehen. Es ist also kein Vertrauensbruch, der hier gemacht wird, sondern einfach ein pragmatischer Weg, um das Gesetz so umzusetzen, dass es auch wirklich diese Fälle beinhaltet und verbessert, die eben vorhin nicht gut waren.

Sonst ist es einfach so, und das hört man auch von verschiedenen Seiten, werden die Gesetze einfach irgendwie umgangen und das ist auch nicht im Interesse des Erfinders oder des Stimmvolkes, dass man dann irgendwie keine Sanierungen macht bei einem Mieterwechsel, aber den Mietzins schon erhöht und danach Sanierungen macht. Das kann es ja auch nicht sein und darum ist diese Formulierung, so wie sie hier gemacht wird, sinnvoll. Der Regierungsrat hat in seiner Arbeit, die er angekündigt hat mit einer Auslegeordnung, die Möglichkeit, das alles anzuschauen und wo eine Gesetzesänderung notwendig ist, eine Vorlage zu machen und dann kann man auch schauen, wie man mit dieser Vorlage umgeht.

Darum bitte ich Sie nochmals, diese Motion als Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu den Abstimmungen. Der Regierungsrat beantragt, dieses Geschäft als Anzug weiter zu behandeln. Michael Hug beantragt Motion.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003728, 12.06.24 22:29:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 52 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Ivo Balmer beantragt Nichtüberweisung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0003730, 12.06.24 22:30:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Frist: 1 Jahr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 51 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen gute Erholung. Wir sehen uns an den Bündelitag-Sitzungen wieder.

Schluss der 20. Sitzung

22:30 Uhr

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 09:06:30
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	80	25	13	12	9	8	8	5	0	0
Nein	7	0	1	1	2	1	0	1	1	0
Ent	3	0	3	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	17	13	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	1	1	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	92	25	17	14	11	9	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 09:07:46
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ent	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	86	26	13	13	11	9	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	4	0	4	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	17	13	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	1	1	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	26	17	14	11	9	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 09:17:34
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	0	0	14	11	10	1	6	0	0
Nein	49	25	17	0	0	0	6	0	1	0
Ent	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	93	26	17	14	11	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.5015

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 09:19:17
Geschäft Wahl eines Mitglieds des Districtsrates (Nachfolge Michela Seggiani, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	26	18	14	11	9	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	18	14	11	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 3**
24.5015

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 09:20:21
Geschäft Wahl eines Mitglieds des Districtsrates (Nachfolge Michela Seggiani, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	89	25	18	14	10	8	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	25	18	14	10	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	1	1	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 4**
24.0558

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 09:22:03
Geschäft Ersatzwahlen Regierungsrat und Regierungspräsidium vom 7. April 2024; Validierung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	91	26	18	14	11	8	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	26	18	14	11	8	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
22.0980

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 10:44:03
Geschäft Kantonale Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt», Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	37	25	12	0	0	0	0	0	0	0
Nein	49	1	0	14	11	10	7	6	0	0
Ent	7	0	6	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	26	18	14	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 5**
22.0980

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 10:44:48
Geschäft Kantonale Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt», Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	92	26	18	14	11	10	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	18	14	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 6**
22.1255

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 10:57:59

Geschäft Teilrevision des Gesetzes betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) – Formell-gesetzliche Grundlage für die Pflicht zum Besuch eines Hunde-Erziehungskurses (Sachkundenachweis für Hunde), Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	78	26	16	4	10	10	8	4	0	0
Nein	4	0	0	0	1	0	0	2	1	0
Ent	6	0	0	6	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	16	10	11	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	8	0	2	5	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 7**
23.0943

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 11:25:55

Geschäft Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (GesG); Umsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, Bericht der GSK

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	90	24	18	13	11	10	8	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	24	18	13	11	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 11**
24.5144

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 11:50:06

Geschäft Motion 1 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	25	18	0	0	4	5	0	0	0
Nein	37	0	0	12	11	6	2	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	90	25	18	12	11	10	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	1	0	0	0	1	1	0
Stimmberechtigt	93	25	18	14	11	10	8	6	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 12**
24.5145

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 15:44:27

Geschäft Motion 2 Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ent	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht anwesend	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	62	0	15	14	10	9	8	6	0	0
Nein	25	24	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	5	3	0	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	15	14	11	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	3	1	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	15	14	11	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 90**
24.5243

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 17:41:28

Geschäft Resolution Johannes Sieber und Konsorten betreffend die Austragung des Eurovision Song Contest 2025 in Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ent	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	74	26	8	12	7	8	8	5	0	0
Nein	8	0	4	0	2	1	0	0	1	0
Ent	6	0	3	1	1	0	0	1	0	0
Abgestimmt	88	26	15	13	10	9	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	3	3	1	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	91	26	15	14	10	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 91**
24.5228

Abstimmungsdatum 05. Juni 2024 17:58:48
Geschäft Resolution Erich Bucher und Konsorten betreffend Tiefbahnhof Basel SBB

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	79	24	10	13	8	10	8	6	0	0
Nein	4	0	4	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	85	24	14	13	9	10	8	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	13	5	4	1	2	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	87	24	14	14	9	10	8	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 9**
24.5025

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 09:27:07

Geschäft Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	57	24	18	0	8	0	7	0	0	0
Nein	33	0	0	15	3	7	1	7	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	92	24	18	15	11	8	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 13**
24.5156

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 10:02:16
Geschäft Motion 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend Erhöhung der Baumkronenbedeckung im Siedlungsgebiet

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	54	25	18	0	0	3	8	0	0	0
Nein	39	0	0	14	11	6	0	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	25	18	14	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 14**
24.5155

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 10:18:42

Geschäft Motion 4 Raffaela Hanauer und Konsorten betreffend Konzept für Baumpflanzungen sowie Begrünungs- und Entsiegelungsmassnahmen gegen die Sommerhitze

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	64	26	18	1	6	7	6	0	0	0
Nein	26	0	0	12	4	2	0	7	1	0
Ent	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	26	18	14	11	9	6	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	0	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 16**
24.5168

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 10:31:30

Geschäft Motion 6 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Ausweitung der zulässigen juristischen Praktika für die Anwaltsprüfungen auch auf die Tätigkeit als Unternehmensjuristin und Unternehmensjurist

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	87	25	17	14	7	9	8	7	0	0
Nein	6	0	0	1	4	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	26	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 18**
24.5177

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 11:03:48
Geschäft Motion 8 Anina Ineichen und Konsorten für einen Klimafonds "New Green Deal für Basel" (NGDB)

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	47	26	18	0	0	0	2	0	0	1
Nein	46	0	0	15	11	7	6	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	18	15	11	7	8	7	0	1
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	18	15	11	8	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 19**
24.5098

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 11:14:41

Geschäft Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend niederschwelliger Zugang zu allen staatlich mitfinanzierten Museen dank einheitlicher Anerkennung der Museumspässe

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	71	26	18	13	2	5	7	0	0	0
Nein	19	0	0	2	9	2	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	18	15	11	8	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	18	15	11	8	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 21**
24.5105

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 11:25:00
Geschäft Anzug 3 Daniel Seiler und Konsorten betreffend Schutz von vulnerablen Menschen bei Hitze

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	25	1	14	11	8	8	6	0	0
Nein	12	0	12	0	0	0	0	0	0	0
Ent	4	0	4	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	17	14	11	8	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	1	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	18	15	11	8	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 22**
24.5106

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 11:40:06
Geschäft Anzug 4 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Orientierungstag obligatorisch für alle

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	35	0	0	11	10	8	5	1	0	0
Nein	50	26	18	0	0	0	2	4	0	0
Ent	6	0	0	4	0	0	1	1	0	0
Abgestimmt	91	26	18	15	10	8	8	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	0	1	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	93	26	18	15	10	8	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 23**
24.5107

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 12:00:39

Geschäft Anzug 5 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Wohnen ist kein Gewerbe - gewerbliches «Airbnb» und Business Apartments regulieren

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	73	25	18	14	0	8	8	0	0	0
Nein	18	0	0	1	11	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	92	25	18	15	11	8	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	0	0	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	18	15	11	8	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 26**
24.5141

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 15:26:37

Geschäft Anzug 8 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Universitätszugang für Spät- und Wiedereinsteigende an der Universität Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	61	26	18	0	0	8	8	1	0	0
Nein	32	0	0	14	11	2	0	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	94	26	18	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	26	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 28**
24.5143

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 15:42:29

Geschäft Anzug 10 Nicole Amacher und Konsorten betreffend vertiefte Analyse der Entwicklung des Nichtbezugs von Sozialhilfe und bedarfsabhängigen Sozialleistungen sowie Massnahmen zur Senkung der Nichtbezugsquote

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	77	25	18	14	2	9	8	1	0	0
Nein	16	0	0	1	9	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	25	18	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	26	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 29**
24.5146

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 15:56:48

Geschäft Anzug 11 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend mehr Sicherheit und Komfort für Velofahrende in der Ahornstrasse

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	25	18	0	0	0	7	0	0	0
Nein	45	0	0	15	11	10	1	7	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	25	18	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	26	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 30**
24.5159

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 16:06:01

Geschäft Anzug 12 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velovignetten und Velocodierungen gegen Velodiebstähle

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ent
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	69	20	17	13	1	9	7	2	0	0
Nein	15	0	0	0	8	1	0	5	1	0
Ent	3	0	0	1	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	20	17	14	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	10	6	1	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	26	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
24.5160

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 16:08:28
Geschäft Anwesenheit ermitteln

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Anwesend
Thüring Joël (SVP)	Anwesend		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Anwesend	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	93	25	18	14	10	9	8	7	1	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	9	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 31**
24.5160

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 16:26:40

Geschäft Anzug 13 Amina Trevisan und Konsorten betreffend öffentliche Aufarbeitung der Geschichte illegalisierter migrantischen Familien mit Saisonnier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	68	26	17	1	1	8	8	6	1	0
Nein	26	0	0	14	10	1	0	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	9	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	26	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 33**
24.5179

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 16:40:04
Geschäft Anzug 15 Annina von Falkenstein betreffend Erweiterung Tagesfamilien durch Tagesgrosseltern

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	48	0	0	14	9	10	8	7	0	0
Nein	43	26	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	26	17	14	9	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	1	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	97	26	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 34**
23.5657

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 17:10:36

Geschäft Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	0	14	11	10	8	7	0	0
Nein	42	24	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	24	18	14	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 35**
23.5658

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 17:35:23

Geschäft Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	0	15	10	10	8	7	0	0
Nein	42	24	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	24	18	15	10	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	4	0	0	1	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	25	18	15	10	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36**
16.5164

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 17:41:50

Geschäft Motion Thomas Strahm und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts ohne Berücksichtigung des Landwerts, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	1	15	10	9	8	7	0	0
Nein	41	24	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	24	18	15	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	0	1	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	93	25	18	15	10	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36.1**
16.5166

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 17:42:31

Geschäft Motion Katja Christ und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts: Berücksichtigung energetische Sanierung, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	0	0	15	10	9	8	7	0	0
Nein	42	24	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	24	18	15	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	0	1	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	93	25	18	15	10	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 36.2**
16.5168

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 17:43:14

Geschäft Motion Christophe Haller und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts zu 60% des Marktwerts, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	49	0	0	15	10	9	8	7	0	0
Nein	41	23	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	23	18	15	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	0	1	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	93	25	18	15	10	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 39**
22.5082

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 17:50:52

Geschäft Anzug Beat Braun und Konsorten betreffend echter Wohnschutz jetzt: Mehr Baslerinnen und Basler zu Wohnungseigentümer/innen machen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	23	17	5	0	0	5	0	0	0
Nein	35	0	0	6	10	9	3	7	0	0
Ent	4	0	0	4	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	23	17	15	10	9	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	4	0	0	1	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	93	25	18	15	10	9	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 43**
23.5586

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 20:30:50

Geschäft Motion Melanie Eberhard und Konsorten für eine verbindliche Kooperation der Spitäler der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	0	0	14	11	10	0	7	0	0
Nein	49	24	18	0	0	0	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	24	18	14	11	10	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	95	24	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 44**
23.5585

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 20:46:12

Geschäft Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	25	18	0	0	0	0	0	0	0
Nein	50	0	0	15	11	10	7	7	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	95	25	18	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	25	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 44**
23.5585

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 20:47:02

Geschäft Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend "Kontakt- und Anlaufstelle Dreispitz" und die Nähe zum geplanten Primarschulhaus Walkeweg und Kindergarten an der Münchensteinerstrasse 101, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	50	0	0	15	11	10	7	7	0	0
Nein	43	25	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	95	25	18	15	11	10	8	7	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	96	25	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
23.5478

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 21:10:35

Geschäft Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen», Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	3	0	0	0	2	0	1	0	0	0
Nein	4	1	0	2	0	0	0	0	0	1
Ent	4	0	1	2	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	11	1	1	4	2	1	1	0	0	1
Nicht abgestimmt	83	22	17	11	9	9	7	7	1	0
Nicht anwesend	6	6	0	0	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	94	23	18	15	11	10	8	7	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
23.5478

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 21:13:07

Geschäft Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen», Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	24	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	52	1	0	15	11	10	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	25	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
23.5478

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 21:13:49

Geschäft Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen», Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Bollack Lukas (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GAB)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Hanauer Raffaela (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	95	25	18	15	11	10	8	7	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 47**
23.5478

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 21:14:05

Geschäft Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohngleichheitsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen», Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	43	25	18	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	25	18	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	4	0	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	25	18	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
23.5572

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 21:44:07

Geschäft Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich des Stockwerkeigentums, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	46	26	17	0	0	3	0	0	0	0
Nein	48	0	0	15	11	7	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 48**
23.5572

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 21:44:50

Geschäft Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich des Stockwerkeigentums, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	43	26	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
23.5573

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:02:04

Geschäft Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Ja
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	43	26	17	0	0	0	0	0	0	0
Nein	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
23.5573

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:02:44

Geschäft Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nein
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	43	26	17	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 49**
23.5573

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:04:01

Geschäft Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich der energetischen Sanierungen, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	0	1	15	11	10	8	7	0	0
Nein	42	26	16	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	26	17	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	1	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	95	26	17	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
23.5574

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:12:08

Geschäft Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	42	26	16	0	0	0	0	0	0	0
Nein	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	2	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	16	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 50**
23.5574

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:12:48

Geschäft Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen im Bereich Wohnschutzkommission, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	42	26	16	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	2	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	16	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 51**
23.5575

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:17:59

Geschäft Motion Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Definition Wohnungsnot, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	52	26	16	0	0	3	7	0	0	0
Nein	41	0	0	15	11	7	1	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	2	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	16	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 51**
23.5575

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:18:44

Geschäft Motion Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend Definition Wohnungsnot, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	42	26	16	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	2	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	16	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 52**
23.5576

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:29:33

Geschäft Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein
Bollack Lukas (GLP)	Nein
Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Urgese Luca (FDP)	Nein
Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Keller Christine (SP)	Ja
Mattmüller Georg (SP)	Ja
Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Balmer Ivo (SP)	Ja
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Ja
Seggiani Michela (SP)	Ja
Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Feurer Anouk (GAB)	Ja
Mück Heidi (GAB)	Ja
Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Ja
Iselin Adrian (LDP)	Nein
Auderset André (LDP)	Nein
Ebi Alex (LDP)	Nein
Suter Stefan (SVP)	Nein
Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sieber Johannes (GLP)	Nein
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Seiler Daniel (FDP)	Nein
Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Roth Franziska (SP)	Ja
Hettich Daniel (LDP)	Nein
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wehrli Felix (SVP)	Nein
Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Bartha Béla (GAB)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	41	26	15	0	0	0	0	0	0	0
Nein	52	0	1	15	11	10	8	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	2	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	16	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 52**
23.5576

Abstimmungsdatum 12. Juni 2024 22:30:15

Geschäft Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident
Perret Jean-Luc (SP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja

Name	*Ergebnis*
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja
Bollack Lukas (GLP)	Ja
Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Urgese Luca (FDP)	Ja
Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Keller Christine (SP)	Nein
Mattmüller Georg (SP)	Nein
Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Balmer Ivo (SP)	Nein
Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Baumgartner Beda (SP)	Nein
Seggiani Michela (SP)	Nein
Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Feurer Anouk (GAB)	Nein
Mück Heidi (GAB)	Nein
Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Friedl Harald (GAB)	Nein
Iselin Adrian (LDP)	Ja
Auderset André (LDP)	Ja
Ebi Alex (LDP)	Ja
Suter Stefan (SVP)	Ja
Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sieber Johannes (GLP)	Ja
Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Seiler Daniel (FDP)	Ja
Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Roth Franziska (SP)	Nein
Hettich Daniel (LDP)	Ja
Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wehrli Felix (SVP)	Ja
Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Bartha Béla (GAB)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Ja

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	51	0	0	15	11	10	8	7	0	0
Nein	42	26	16	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	26	16	15	11	10	8	7	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	3	2	0	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	94	26	16	15	11	10	8	7	0	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 26. Juni 2024 09:03:54
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Bollack Lukas (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaela (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	85	26	13	13	11	9	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	15	13	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	2	2	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	90	26	16	13	11	9	7	6	1	1

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Trakt Nr. / Gesch. Nr **Traktandum 1**
23.9050

Abstimmungsdatum 26. Juni 2024 09:09:24
Geschäft Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*	*Name*	*Ergebnis*
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Bollack Lukas (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP, P)	Präsident	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaela (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	**Total**	**SP**	**GAB**	**LDP**	**SVP**	**Mitte-EVP**	**GLP**	**FDP**	**Fraktionslos**	**Präsidium**
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	88	25	16	13	11	9	7	7	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	25	16	13	11	9	7	7	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	1	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	93	26	17	14	11	9	7	7	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

	Tagesordnung	Komm.	Dep.	Dokument
1.	Ersatzwahlen Regierungsrat und Regierungspräsidium vom 3. März 2024 (erster Wahlgang) und vom 7. April 2024 (zweiter Wahlgang); Validierung	Ratsbüro	PD	24.0558.01
2.	Kantonale Volksinitiative «für mehr Musikvielfalt», Bericht der BKK	BKK	PD	22.0980.04
3.	Petition P461 "Erhalt des Grünraums in der Schutzzone Maiengasse - Mittlere Strasse - Friedensgasse", Bericht der PetKo	PetKo		23.5095.03
4.	Petition P475 "Grüne Boulevards und grüne Plätze fürs St. Johann - für saubere Luft, Sicherheit und Lebensqualität", Bericht der PetKo	PetKo		24.5025.02
5.	Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR		JSD	23.5650.02
6.	Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend Stromsparbonus für Betriebe gerecht verteilen, Stellungnahme des RR		WSU	23.5645.02
7.	Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Abbau von Hindernissen bei der Förderung von Photovoltaikinstallationen in den historischen Ortskernen von Basel, Riehen und Bettingen, Stellungnahme des RR		WSU	23.5591.02
8.	Motion Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Gleichbehandlung der nachobligatorischen Schulzeit in Sachen Familienurlaub, Stellungnahme des RR		ED	23.5643.02
9.	Motion Tobias Christ und Konsorten für eine Generelle Aufgabenüberprüfung mit Entlastungsziel, Stellungnahme des RR		FD	23.5657.02
10.	Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend die Einführung eines Aufgaben- und Finanzplans, Stellungnahme des RR		FD	23.5658.02
11.	Motion Thomas Strahm und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts ohne Berücksichtigung des Landwerts, Motion Katja Christ und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts: Berücksichtigung energetische Sanierung sowie Motion Christophe Haller und Konsorten betreffend Besteuerung des Eigenmietwerts zu 60% des Marktwerts, Zwischenbericht des RR		FD	16.5164.05 16.5165.05 16.5168.05
12.	Anzug Beat Braun und Konsorten betreffend echter Wohnschutz jetzt: Mehr Baslerinnen und Basler zu Wohnungseigentümer/innen machen, Schreiben des RR		FD	22.5082.02
13.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Gleichbehandlung von Ehegatten und Konkubinatspaaren bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Stellungnahme des RR		FD	23.5497.02
14.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb zwischen kantonalen Unternehmen und Privaten stärken, Stellungnahme des RR		FD	23.5590.02
15.	Antrag Claudia Baumgartner und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Massnahmen zur Aufwertung der beiden ehemaligen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Volles Ständerecht), Stellungnahme des RR		PD	23.5642.02
16.	Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Schaffung eines Bio-Stadt-Labels, Schreiben des RR		PD	19.5427.03
17.	Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten zur Förderung der Suizidprävention im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR		GD	22.5171.02
	Überweisung an Kommissionen			
18.	Photovoltaik im Verwaltungsvermögen - Erschliessung des Solarpotenzials bis 2030, Ratschlag des RR	UVEK	FD	24.0429.01

19.	Erlen-Verein Basel über einen Staatsbeitrag für die Jahre 2025 bis 2028, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	24.0544.01
20.	Antrag auf Erhöhung der Anzahl Richterinnen und Richter am Appellationsgericht gemäss § 87 GOG, Bericht des Gerichtsrats	JSSK	GerR	24.5203.01
21.	Schweizerische Rheinhäfen: Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2023 sowie Wahl der Revisionsstelle für das Geschäftsjahr 2024, Bericht des RR; *Partnerschaftliches Geschäft*	IGPK Rheinhäfen	WSU	24.0619.01
22.	Petition P476 "Nein zum Rheintunnel"	PetKo		24.5222.01
23.	Petition P477 "Für den Erhalt unserer Universität"	PetKo		24.5223.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

24.	Motionen:			
	1. Adrian Iselin und Michael Hug betreffend Schaffung von kantonalen Förderbeiträgen für Photovoltaik-Anlagen zusätzlich zur Förderung durch den Bund			24.5184.01
	2. Fleur Weibel und Konsorten betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan			24.5205.01
	3. Franziska Roth und Jenny Schweizer betreffend finanzielle Stärkung der Spielgruppen			24.5206.01
	4. Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten			24.5208.01
	5. Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten			24.5209.01
	6. Béla Bartha und Konsorten betreffend Barrierenabbau auf Biotopverbundsachsen			24.5210.01
25.	Anzüge:			
	1. Heidi Mück und Konsorten betreffend stärkere Sensibilisierung der Lehrpersonen für geschlechtsunabhängige Leistungseinschätzung			24.5211.01
	2. Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit an der Universität Basel			24.5212.01
	3. Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit finanziellen Schwierigkeiten durch frühzeitige Information über bestehende Hilfs- und Beratungsangebote in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern			24.5213.01
	4. Oliver Thommen und Konsorten betreffend die Beantwortung von Interpellationen			24.5214.01
	5. Bruno Lötscher-Steiger betreffend Prostata-Vorsorge			24.5219.01
26.	Umgestaltung der Archäologischen Informationsstelle «Basel, 80 v. Chr. Murus Gallicus - Der Keltenwall», Bericht der BKK	BKK	BVD	23.0948.02

Kenntnisnahme

27.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1736)	BegnKo		
28.	Jahresbericht 2023 der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH), Bericht der IGPK	IGPK Hitzkirch		24.5185.01
29.	IWB Industrielle Werke Basel: Genehmigung der Jahresrechnung 2023, Schreiben des RR		WSU	24.0551.01
30.	Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen, Schreiben der JSSK, (stehen lassen)	JSSK		16.5314.05

31.	Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Änderung der Kündigungsbestimmungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des oberen Kaders aller dem Personalgesetz unterstellten Bereiche, Anzug Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Regulierung der Arbeit auf Abruf im Personalrecht des Kantons Basel-Stadt, Anzug Felix Wehrli und Konsorten betreffend Reduktion der Arbeitszeit bei den Polizistinnen und Polizisten im Schichtdienst sowie weiteren Kantonsangestellten, Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Bekämpfung des Fachkräftemangels - mehr Lernende im Bereich der Informations-und Kommunikationstechnik in der Verwaltung sowie Anzug Michael Hug und Tobias Christ betreffend Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst, Schreiben des RR, (stehen lassen)	FD	21.5766.03 22.5295.02 22.5472.02 22.5573.02 22.5584.03
32.	Schriftliche Anfrage Ivo Balmer betreffend Massnahmen gegen Verdrängung in Basel Nord und weiteren Quartieren, Schreiben des RR	PD	24.5058.02
33.	Schriftliche Anfrage Georg Mattmüller betreffend Öffnungszeiten und Betrieb im saisonalen Hallenbad Eglisee, Schreiben des RR	ED	24.5059.02
34.	Schriftliche Anfrage Joël Thüring betreffend Durchsetzung unserer demokratischen Werte, Schreiben des RR	JSD	24.5073.02
35.	Schriftliche Anfrage Beda Baumgartner betreffend hält Uber den Mindestlohn in Basel-Stadt ein?, Schreiben des RR	WSU	24.5069.02